A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

Febr. 1971

AKTUALITÄT DER LENINSCHEN PARTEI

BOLSCHEWISIERUNGSLEGENDE DER KPD «II»

BETRIEBSARBEIT UND ORGANISATIONSFRAGE

Zur Geschichte der Studentenbewegung

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

3. Jahrgang Nr. 10 Februar 1971

		Seite
Hans-Dieter Heilmann Bernd Rabehl	Die Legende von der "Bolschewisierung" der KPD (Teil II)	1
Heinz Bierbaum Joachim Bischoff Michael Krätke Michael Menard	Zur Aktualität der Leninschen Partei	39
Rudi Schmidt	Betriebsarbeit und Organisationsfrage Zur Geschichte der Studentenbewegung	83

Redaktion, Werbung und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK

1 Berlin 41, Postfach 270
Postscheckkonto Berlin-West 62010
Anzeigenpreisliste 2/70
1.-8. Tausend Februar 1971

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv:
Bernard Langfermann, Frank Stern
Hella Stern, Gudrun Wossidlo

Cover
G. Funccius
Westberlin

Satz
H. Schwenger
Westberlin

Druck
Verlag + Druck
Westberlin

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement 1971 (6 Nummern) beträgt somit DM 18,–.

Die Lieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag für mindestens ein Kalenderjahr bezahlt wurde. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres. Eine ausdrückliche Verlängerung des laufenden Abonnements ist nicht notwendig.

Die Zahlung kann durch Bankscheck oder durch Überweisung auf das Postscheckkonto der SOZIALISTISCHEN POLITIK vorgenommen werden. Der Eingang der Zahlung wird in aller Regel nicht bestätigt. Die Aufnahme der Lieferung gilt als Zahlungsbestätigung. Gesonderte Rechnungsstellung erfolgt nur auf besonderen Wunsch.

Bestellung von Einzelexemplaren

Soweit einzelne Ausgaben der SOPO in örtlichen Buchhandlungen nicht erhältlich sind, können sie nur noch über eine Buchhandlung der Westberliner Buchladen Kollektive bestellt werden: Das Politische Buch, 1 Berlin 15, Lietzenburger Str. 99, Buchhandlung Karin Röhrbein, 1 Berlin 12, Savignyplatz 5, Jürgens Buchladen, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40. Die Abrechnung erfolgt über die jeweilige Buchhandlung.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt, bei.

Hans-Dieter Heilmann, Bernd Rabehl

Die Legende von der 'Bolschewisierung' der KPD II

2. Das Problem vom 3. KI-Kongreß bis zur Oktoberniederlage

Wenn davon ausgegangen wird, daß unter monopolkapitalistischen Bedingungen der Kampf des Proletariats ausgeht vom und entscheidend stattfindet im wichtigsten gesellschaftlichen Bereich, den Betrieben, sich die Organisation des Proletariats also auszurichten hat nach dieser wichtigsten Basis ihres Kampfes, und jedes Prinzip des Aufbaus der Organisation dem zu entsprechen hat, wird auch die Zugrundelegung des demokratischen Zentralismus als Prinzip für die Durchführung der gesamten Aktivität der Partei beim Fehlen der Basis der Organisation in den Betrieben von vornherein abstraktes Postulat bleiben.

Das alte sozialdemokratische Übel der bürokratisierten Partei, der formalen Demokratie und des realen bürokratischen Zentralismus, der Trennung in Funktionäre und Fußvolk, kann in der konkreten Durchführung des Prinzips des demokratischen Zentralismus seine Aufhebung finden.

Die unter monopolkapitalistischen Bedingungen notwendige Einheit des Proletariats bedingt gleichermaßen die Einheit der proletarischen Partei, die möglichst große Einheit in ihrer gesamten Aktivität. Diese relativ a b s t r a k t e Begründung reicht aber für die Notwendigkeit der zentralen Durchführung der Aktivität der Partei nicht aus. Der Zentralismus erhält seine konkrete Begründung als notwendige Funktion der Einheit allein dadurch, daß das, was zentral durchgeführt werden soll, Produkt der Aktivität der Parteimitglieder ist; nur wenn die Beschlüsse der Partei Ergebnisse der Diskussionen der Mitglieder sind, wird ihre zentrale Durchführung möglich, denn dann werden die Beschlüsse aus Überzeugung durchgeführt und nicht aus purer Disziplin, erhält die disziplinierte Durchführung der Beschlüsse auch seitens derer, die gegen sie gestimmt haben, seine Berechtigung. Die inhaltliche Diskussion ist aber nur möglich, wenn jedes Mitglied praktisch arbeitet, in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen; in der Partei des Proletariats ergibt sich notwendig das Schwergewicht der Arbeit in den Betrieben, ergibt sich notwendig die Zusammenfassung der Kommunisten in den Betriebszellen als Grundorganisation der Partei, als Zentren der Aktivität der Partei und als Ausgangspunkt der Beschlüsse und ermöglicht so die Aufhebung der Trennung in Funktionäre und Fußvolk. Die Parteidemokratie verliert ihren abstrakten, demokratischen Charakter. Nur unter Beachtung dieser konkreten Begründung des Zentralismus kann die Parteidemokratie funktionieren.

Umgekehrt bedingt das Funktionieren des Zentralismus nicht nur, daß sämtliche Aktivitäten direkt oder indirekt von allen Mitgliedern gleichberechtigt und mit gleichen Pflichten wahrgenommen werden, sondern daß alle Funktionäre und Leitungen von den Mitgliedern gewählt werden, ihnen rechenschaftspflichtig sind und jederzeit absetzbar.

Die Aufhebung des Gegensatzes von Demokratie, revolutionärer Disziplin, Spontaneität und zentralem Organisationsaufbau im Leben der Partei dekretieren zu wollen – erstmals unternommen vom 3. KI-Kongreß (243) – war aus jenem Grunde der fehlenden Basis unter der Arbeiterschaft, in den Betrieben, eine Illusion.

243 "Leitsätze über den Organisationsaufbau der kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit", in: THESEN UND RESOLUTIONEN DES III. WELTKONGRESSES DER KI, Moskau, 26.6. - 12.7.1921, Bibl. der KI XX, Hamburg 1921, S. 105 ff.; vgl. dazu BERICHT 2.(7.) PARTEITAG; Org.satzungen, § 2, a.a.O., S. 432.

Die politischen Konsequenzen der fehlenden Verankerung in den Betrieben, des undurchführbaren Prinzips des demokratischen Zentralismus, fanden ihren Ausdruck im Scheitern der vom 3. KI-Kongreß richtig aus den ökonomischen und politischen Bedingungen abgeleiteten Einheitsfronttaktik. Diese nimmt ihre konkrete politische Form an in den proletarischen Kampf- und Abwehrorganisationen, den proletarischen Hundertschaften, dem RFB, der Roten Hilfe, der IAH u.a., die allein als Einheitsfrontorgane Kampfinstrumente des gesamten Proletariats sein können. In der praktischen Arbeit u.a. in diesen Organen hat sich die Avantgarderolle der kommunistischen Partei zu beweisen, haben die Kommunisten sich das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben und die führende, anleitende Rolle der Kommunisten im Kampf gegen die Bourgeoisie zu beweisen.

1921 mußte die Dekretierung des demokratischen Zentralismus für die KPD ein umso hilfloserer Versuch bleiben, als sich durch Spaltung, die verlustreichen Kämpfe, durch die Demoralisierung der Arbeiterklasse (244) die – später so genannten – Ultralinken mit ihrer 'Auffassung' von der Rolle der Partei, mit ihren 'Analysen', ihrer sektiererischen Politik in der KPD vor allem in der Führung immer stärker durchsetzen konnten und bis 1925 die KPD als Partei des Proletariats zugrunde richteten.

Das Schwergewicht der Betriebszellen, inhaltlich erstmals in den Leitsätzen des 3. KI-Kongresses versucht, (245) wurde danach vom EKKI so angegeben:

> "Betriebszellen sind in erster Hand in solchen Betrieben zu gründen, deren Arbeiter in der revolutionären Bewegung wichtige Bedeutung haben. Hierbei ist selbstverständlich die Anzahl der Arbeiter im Betriebe ein wichtiger Umstand, keineswegs aber der allein bestimmende Grund. Z.B. solche Betriebe am Orte, wie Munitionswerkstätten, Reparaturwerke der Eisenbahnen, Kraftstationen der allgemeinen Beleuchtungswerke, Typographien und dgl. sind jedenfalls bei der Bildung der Zellen in erster Linie zu berücksichtigen." (246)

Die Diskussion des Organisationsproblems wurde im EKKI und in der KPD zu diesem Zeitpunkt (247) hauptsächlich auf dem Hintergrund der erwarteten bevorstehenden 'Endkämpfe' geführt. Nachdem die Bildung von Betriebszellen in der Parteidiskussion kaum eine Rolle gespielt hatte, soweit sich das aus den hierfür geeigneten Organen ablesen läßt (248), versuchte man ohne genügende Diskussion (249) ab August 1923 unter dem Druck der Ereignisse die Sache übers Kreuz zu brechen:

244 Vgl. BERICHT 3. PARTEITAG, a.a.O., S. 12, 14, 16, 17.

245 "Leitsätze", a.a.O.; vgl. dazu auch das Organisationsreferat Koenens, PROTOKOLL 3. KONGRESS, a.a.O., S. 956 ff.

246 "Über die Bildung der kommunistischen Zellen und Arbeitsgruppen", in: DIE TÄTIGKEIT DER EXEKUTIVE UND DES PRÄSIDIUMS DES EKKI v. 13.7. - 1.2.22, Petrograd 1922, S. 182 ff. hier S. 187.

247 Vgl. BERICHT 3.(8.) PARTEITAG, a.a.O., S. 55, S. 221 und vgl. DER PARTEIARBEITER, 1. Jg., 1923, Nr, 1, S. 3 und Nr, 6, S. 41.

248 Im Zeitraum 1921-23 die KOMMUNISTI. PARTEIKORRESPONDENZ, sie weist lediglich 5 diesbezügliche Artikel rein handwerklerischen Charakters auf. Vgl. Jg. 22, Nr. 12, 13, 15, 22 und Jg. 1923, Nr. 2/3; durch Beschluß des 3.(8.) Parteitages wurde mit der Publikation DER PARTEIARBEITER dieser Zustand geändert.
"... hat die KPD bisher der systematischen Förderung des organisatorischen Aufbaus der Partei die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet? Wir antworten nein. Die organisatorischen Fragen werden meist nur als verwaltungstechnische Aufgaben behandelt." W. Ulbricht: "Einige politisch-organisatorische Fragen", DIE INTERNATIONALE, 6. Jg. 1923, H. 16, S. 464.
Bereits auf der ZA-Tagung Mitte Mai 1923, dem ersten Schritt auf Umstellung auf Betriebszellen, auf der Ulbricht das wichtigste Referat hielt, wurde die "Schaffung von Betriebszellen als Fundamente der Parteiorganisation" gefordert; (vgl. PARTEIARBEITER, 1. Jg. 1923, Nr. 4, S. 21); die Resolution des ZA ist abgedruckt in: DOKUMENTE UND MATERIALIEN, VII, 2, S. 329 ff.

> "Schon sind unter dem Druck der politischen Notwendigkeit an zahlreichen Orten die Betriebszellen aufgebaut, die Zentralgruppen zu politischen Arbeitsgruppen geworden und aus dem Betriebszellenaufbau für die Organisation der Orte und Bezirke die Schlüsse gezogen worden. Daß das überall und schnell geschieht, dazu sollen die Richtlinien helfen." (250)

Nachdem schon Anfang 1923 erkannt worden war, daß "die Partei ... wohl imstande (ist), mit dem vorhandenen Organisationsapparat eine Wahlbewegung mehr oder weniger gut durchzuführen, die Kraft der Partei ... jedoch nicht (ausreicht), Aktionen wirklich zu leiten und vorwärts zu treiben" (251), zeigten die spontanen Kämpfe auf dem Höhepunkt der Inflation, daß die KPD mit den Kämpfenden kaum verbunden war, geschweige ihrem Anspruch als Avantgarde gerecht werden konnte:

> "Besonders krass tritt die Passivität vieler Organisationen in Erscheinung, wenn in irgendeinem Gebiet des Reiches eine Massenbewegung der Arbeiter sich entwickelt. Statt sofort darauf zu reagieren und die Kämpfenden zu unterstützen, verhalten sich die Organisationen, als ob ihnen (sic) dies alles nichts angeht." (252)

249 Im PARTEIARBEITER wurde gefordert, "wenn der Aufbau der Betriebszellen sich so schnell vollziehen soll, wie es die politischen Aufgaben der KPD dringend erfordern, dann muß sich auch die Presse der KPD mehr auf diese Aufgabe einstellen, als es bisher der Fall ist." (PARTEIARBEITER, 1. Jg., 1923, Nr. 7).
"Gegenwärtig werden in der kommunistischen Presse organisatorische Fragen fast nicht besprochen, obwohl das zur Anregung der Tätigkeit jedes einzelnen Mitglieds dringend notwendig ist." (W. Ulbricht: "Einige politisch-organisatorische Fragen, a,a,O., S. 465).

250 Eiserne Kohorte, a.a.O., S. 4.
Ulbricht warnte vor einer Überstürzung der Durchführung der Umstellung: "Die Durchführung des Organisationsaufbaus ... erfordert eine lange zähe Arbeit und darf nicht überstürzt geschehen, damit der Parteiapparat keine Schädigung erleidet." (Ulbricht: "einige org.-polit. Fragen", a.a.O., S. 467).
Ebenso THESEN UND RESOLUTIONEN 3. KONGRESS, a.a.O., S. 111; wie sich die administrative Umstellung auswirkte, zeigte später 1924/25 der KJVD, der auf diese Art fast die Hälfte seiner Mitglieder verlor. Vgl. Werner Scholem; "Einige noch ungelöste organisatorische Fragen", DIE INTERNATIONALE, 8. Jg. 1925, Sonderheft zum Reichsparteitag, S. 63. Die Zehnergruppen wurden auf Beschluß des 2.(7.) Parteitags gebildet zur Zusammenfassung der Arbeit innerhalb der Wohnorganisation; vgl. BERICHT 2.(7.) PARTEITAG, Org.Satzung, § 3, a.a.O., S. 432f.

251 W. Ulbricht: "Schafft Kommunistische Betriebszellen!", DER PARTEIARBEITER, 1. Jg. 1923, H. 3.

252 Ulbricht: "Einige polit.-org. Fragen", a.a.O., S. 464.

KPD Protokolle des 9., 10. und 11. Parteitags
Frankfurt 1924, Berlin 1925, Essen 1927.

3 Bd. 1700 S. 36 DM
Amboß Reprint 1 Berlin 61 Großbeerenstr. 88

Der 9. Parteitag stellte hinsichtlich der Auguststreiks fest, es habe sich gezeigt, "daß die Partei nicht genügend mit den Betrieben verbunden ist und deshalb nicht imstande war, breite Massen schnell zu mobilisieren. Die Parteileitungen fühlten sich nicht als Kampfleitungen, sondern ließen sich trotz ihrer leitenden Funktionen zu weniger wichtigen Versammlungstouren verleiten, sodaß in verschiedenen Bezirken eine tatsächliche Kampfleitung zeitweise nicht existierte." (253) Genauso verhielt es sich mit der Verbindung der einzelnen Leitungsorgane untereinander; der Zentralismus funktionierte nicht. (254)

Von daher ist der Putschismus-Vorwurf gegen die Taktik der KPD im Oktober jedenfalls gerechtfertigt. (255)

Um die praktischen Organisationsprobleme zusammenzufassen sei Thälmann zitiert, der bezüglich des Hamburger Aufstandes schreibt, daß "die Hamburger Kämpfer ... die volle Sympathie der Arbeiter in den Betrieben (besaßen), aber ... organisatorisch keine Verbindung mit ihnen (hatten). Es zeigte sich die ganze Unbrauchbarkeit, die verhängnisvolle Rückständigkeit unserer alten sozialdemokratischen Wohnorganisation. Die Wahlmaschine taugt nicht für die Barrikaden! Die schwerste Lücke in der Hamburger Kampffront war das Fehlen kommunistischer Betriebszellen." (256)

Das Problem theoretisch und perspektivisch richtig erkannt – also nicht funktional bezüglich bevorstehender Endkämpfe – wurde bereits vor dem Oktober von jenen Genossen, für die es ein Element ihrer Praxis war; die Forderung nach Umstellung auf Betriebszellen ging aus und wurde unterstützt von den Arbeitern in der Partei. (257)

Maßgeblich beeinflußt wurde die Diskussion durch Ulbricht, der zu dieser Zeit Mitglied des Orgbüros war und sich des Parteispitznamens "Genosse Zelle" erfreute. In einer Reihe von Aufsätzen formulierte Ulbricht alle die Probleme, denen sich die Partei 1923 angesichts der ökonomischen und politischen Entwicklung aufgrund ihres organisatorischen Zustandes konfrontiert sah (258): Die notwendige Verankerung der Partei in den Betrieben, "wo Massen von Arbeitern täglich gemeinsam fronden müssen und im Kampf um das nackte Leben zusammengeschweißt werden"; wo "die Peitsche der großindustriellen Diktatur auf die Arbeiter unmittelbar niedersaust"; die sich daraus ergebende Aufgabe der Partei, durch die Arbeit ihrer Zellen "den Abwehrwillen und die Empörung der Arbeiter umzumünzen in revolutionäre Kraft"; "das Selbstbewußtsein (der Arbeiter) zu stärken und Kampfpositionen zu erobern";
erst wenn die Partei auf aktiven Betriebszellen aufgebaut sei, sei sie imstande, "die Sabo-

253 BERICHT IX. PARTEITAG, a.a.O., S. 54.
254 Ebda., S. 55.
255 Inwiefern die KP-Führung vom EKKI zum Losschlagen gezwungen wurde, wie dies das politische Büro der BL-Berlin-Brandenburg 1924 angibt (vgl. "Skizzen zu Thesen über die politische Situation und über die Lage der Partei, vorgelegt vom Pol. Büro der BL-Berlin-Brandenburg", DIE INTERNATIONALE, 6. Jg., Jan. 1924, Ergänzungsheft Nr. 1, S. 55) kann hier nicht untersucht werden.
256 Ernst Thälmann: "Die Lehren des Hamburger Aufstandes", DIE ROTE FAHNE v. 23.10.1925, abgedruckt in: ZUR GESCHICHTE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS. Eine Auswahl von Mat. und Dok. aus den Jahren 1924-46, Hrsg. v. M-E-L-Stalin-Institut beim ZK der SED, Berlin 1955, S. 156.
257 Vgl. BERICHT IX. PARTEITAG, a.a.O., S. 55.
258 PARTEIARBEITER, 1. Jg. 1923, Nr. 3, S. 13 ff; S. 17 ff / Nr. 4, S. 21 ff; S. 26ff./ Nr. 5, S. 31 ff; S. 35 ff.
DIE INTERNATIONALE, 6. Jg. 1923, H. 16, S. 462 ff.
Diese und andere Aufsätze sind z.T. verändert in: Ulbricht: ZU FRAGEN DER PARTEIARBEIT, Berlin 1960 und Ulbricht: ZUR GESCHICHTE DER DT. ARBEITERBEWEGUNG, Bd. 1, Berlin 1963, abgedruckt.

tage der reformistischen Gewerkschaftsführer zu brechen, die Teilkämpfe vorwärts zu treiben, zu verbreitern, zusammenzufassen, mit konzentrierter Kraft zu steigern und über den ursprünglichen wirtschaftlichen Rahmen hinauszutreiben". "Die allgemeinen Kampfaufgaben der Kommunistischen Partei in jedem Betrieb, Ort und Bezirk in Verbindung zu bringen mit den dort vorhandenen speziellen Nöten der Arbeiter" sei erst möglich, wenn der Zentralismus funktioniere durch direkte Zusammenarbeit der Leitungen mit den Betriebszellen.

Die Einheitsfronttaktik bleibe solange undurchführbar, solange in den Ortsgruppen die Passivität grassiere. Ulbricht erkennt richtig, daß ohne Massenbasis in den Betrieben die Einheitsfront illusorisch bleiben muß.

Nicht nur den aktuellen Kampfaufgaben stehe die Organisation nach Wohnbezirken entgegen, sondern auch dem Ziel, der proletarischen Revolution: "Eine Partei, die auf territorialer Grundlage basiert, kann unmöglich die Sowjetdiktatur mit Hilfe breiter Massen der Arbeiter erkämpfen, weil die Räte in den Betrieben ihr festes Fundament haben." (259)

Ulbricht ist sich auch klar über das zentrale Problem des Verhältnisses von Massenbewegung und Organisation, das von der KPD in ihrer Geschichte nie gelöst wurde: das Problem der organisatorischen Zusammenfassung der sich mit und in den Kampagnen und Demonstrationen der Partei solidarisierenden, ihre Kampfbereitschaft manifestierenden Arbeiter, einerseits in den Kampforganen des Proletariats, den Räten und den verschiedenen Einheitsfrontorganen, den Massenorganisationen, andererseits in der Partei selbst, vor allem beim Abflauen der spontanen Kämpfe, bedingt durch die Maßnahmen der Konterrevolution, wobei beidesmal den Betriebszellen entscheidende Bedeutung zukommt. (260)

Die Gefahren des Anwachsens des kleinbürgerlichen Elements in der Partei aufgrund der Radikalisierung der expropriierten Kleinbürger im Gefolge der Inflation erforderten die Konzentration der Partei auf die Industriearbeiterschaft, "indem die Betriebszellen das Fundament der Partei im weitesten politischen und organisatorischen Sinne des Wortes bilden", um den Arbeitern den entscheidenden Einfluß in der Partei zu sichern. (261)

Ulbricht wendet sich damit gegen die in den Parteiorganisationen weitverbreitete sozialdemokratische Praxis, die Ortsleitung in der allgemeinen Mitgliederversammlung wählen zu lassen "statt dahin zu wirken, daß die von den Betriebszellen der Großbetriebe vorgeschlagenen Genossen sowie die Ressortleiter die Ortsleitung bilden". Das Wahlergebnis sei zumeist ein Zufallsresultat mit der Folge, daß "die ungenügende Verbindung der auf sozialdemokratische Art und Weise gewählten Parteileitung mit den ausführenden Organen der Parteibeschlüsse" oft Differenzen zeitige, "weil die Beschlüsse oft undurchführbar sind." (262)

Es ist notwendig, auf die Kritik der vorherrschenden Zustände in den Parteiorganisationen näher einzugehen, um den formalen, abstrakten Charakter der Parteidemokratie praktisch zu beweisen, entsprechend dem obigen Abschnitt:

> "In der alten SPD wurde 'demokratisch' gewählt. Aber die Wahl war hinter den Kulissen so gut vorbereitet und die alten Herren wurden aus Tradition so selbstverständlich 'mit großer Mehrheit' wiedergewählt, daß mit der so korrigierten Demokratie auszukommen war..."
> Ebenso in der KPD:

259 PARTEIARBEITER, 1. Jg. 1923, Nr. 4, S. 21.
260 Vgl. dazu: PARTEIARBEITER, 1. Jg. 1923, Nr. 5, S. 32.
261 Ulbricht: DIE INTERNATIONALE, 1923, a.a.O.
262 Ulbricht: PARTEIARBEITER, 1. Jg. 1923, Nr. 1, S. 4.

"Jemand macht Vorschläge, und der Vorsitzende fragt: Werden weitere Vorschläge gemacht? Dann hagelt es Namen und dann wird 'gewählt' ... In einer kleinen Ortsgruppe, wo einer den anderen kennt, mag man das nicht so ernst nehmen. In der größeren Ortsgruppe kennen sich die Genossen aber oft kaum und wissen wenig oder nichts von der Parteiarbeit der Vorgeschlagenen. So ist es möglich, daß Zufallswahlen zustande kommen, durch die in die Ortsleitung Genossen gewählt werden, die durch irgend einen Umstand bekannt geworden sind, die aber nicht genug Selbstkritik haben, um ihre Unzulänglichkeit für das betreffende Parteiamt zu erkennen." (263)

Ulbricht beschloß seinen "Internationale"-Artikel mit dem Hinweis, "wir sind uns klar über die Widerstände, die in einzelnen Organisationen (gegen die Forderungen des Orgbüros (d.Verf.)) entstehen". Und richtig: Im Zentralausschuß im August 1923 werden die Forderungen des Orgbüros entscheidend verwässert; anstelle der Betriebszellen als Grundorganisation – was "im weitesten politischen und organisatorischen Sinne" nur bedeuten konnte (264) – bleiben die Ortsgruppen Grundlage der Organisation, "deren hauptsächlichste Arbeitskörper die Betriebszellen und die Zehnergruppen sind" (265); die Parteirechte mußten also nach wie vor in der Wohnbezirksorganisation wahrgenommen werden. (268)

Der 9. Parteitag maß den ZA-Richtlinien folglich Kompromißcharakter bei, "die weitergehende Formulierung des Orgbüros wurde von den leitenden Körperschaften abgelehnt." (267) Ein Fortschritt war aber, daß künftig die Bezirks- und Ortsleitungen "mindestens zur Hälfte aus Mitgliedern der wichtigsten Großbetriebszellenleitungen bestehen" sollten. (268)

3. Das Problem unter der Fischer-Maslow-Führung

Die Oktoberniederlage und ihre Folgen beendeten die organisatorischen Anstrengungen der KPD abrupt (269). Nicht nur hatte die KPD die Situation falsch eingeschätzt, nicht

263 Ebda.

264 Schon am 10. Juni hatte Ulbricht auf einer Sitzung des Bezirksausschusses der KP-Groß-Thüringen die Betriebsfraktionen als "überlebten Kompromiß zwischen den veralteten Organisationsformen und den revolutionären Aufgaben der KPD bezeichnet."
Zit. n. Walter Klaws: "Das Ringen der KPD...", a.a.O., BZG, 1968, H. 3, S. 496. Daß Ulbricht hier nicht offen die Betriebszelle als Grundorganisation fordert, ist mit Sicherheit zurückzuführen auf den "Widerstand" aber auch die Vorsicht vor einer Überstürzung der Umstellung; vgl. zu letztem: PARTEIARBEITER, 1. Jg., 1923, H. 5, S. 19.

265 Eiserne Kohorte, a.a.O., S. 5.

266 Welcher Art der "Widerstand" war, erhellt, daß Ulbricht auf dem 9. Parteitag nicht mehr in die Zentrale kam; er blieb noch kurze Zeit "Sekretär für die umorganisierten Betriebszellen" in der Zentrale (Klaws, BZG, a.a.O., S. 501); daß er im August 1924, nach der Unterstellung der "Abteilung Zelle" unter die direkte Kontrolle des vom "Ultralinken" Scholem geleiteten Orgbüros "gezwungen (wurde), seine Tätigkeit in der KPD zeitweilig einzustellen." (Fieber, a.a.O., S. 56 f., Anm. 107); darüberhinaus wurde versucht, Ulbrichts Arbeit im Orgbüro des EKKI unmöglich zu machen und ihn an der Teilnahme zu der ersten Orgkonferenz 1925 zu hindern. (Fieber, ebda., S. 57) Ähnlich wie Ulbricht erging es Zetkin, Schumann, Pieck, Meyer, Frölich, Eberlein u.a.

267 BERICHT 9. PARTEITAG, a.a.O., S. 54.

268 Eiserne Kohorte, a.a.O., S. 21.

269 Obwohl Anfang Dez. 1923 von der Zentrale Org. Richtlinien erlassen worden waren, daß die illegale Arbeit in erster Linie von den Betriebszellen durchgeführt werden sollte, ihnen also "der entscheidende Einfluß in der Parteiorganisation gesichert werden" müsse (BERICHT 9. PARTEITAG, a.a.O., S. 56 f).

nur war sie organisatorisch gar nicht in der Lage, bewaffnete Kämpfe anzuleiten (270), die KPD brach auch unter den Schlägen der Konterrevolution, der beginnenden Massenarbeitslosigkeit und der 'Säuberung' der Betriebe von Kommunisten, während der Illegalität notwendig organisatorisch zusammen aufgrund ihrer mangelnden Verankerung in den Betrieben.

"Das Verbot der Partei machte die Organisationen vorübergehend aktionsunfähig, weil die Illusion der Legalität und die grundsätzlichen organisatorischen Mängel der Partei es unmöglich machten, die Arbeit illegal so fortzusetzen, wie es notwendig gewesen wäre." (271)

Hinter der Feststellung "die Jahre 1924 und 1925 sind die bitteren Kerker- und Zuchthausjahre der deutschen kommunistischen Partei" (272) stand der Terror der Militärdiktatur Seeckts, die Verfolgungen durch die bürgerliche Klassenjustiz: in 16 Monaten wurden 7000 Kommunisten angeklagt, 3 zum Tode verurteilt, 5774 verurteilt zu 11.625 Jahren und 4 Monaten Gefängnis, Zuchthaus und Festung; in 19.349 politischen Prozessen und Untersuchungsverfahren leistete die Juristische Zentrale der KPD Rechtshilfe. (273)

"Ein Monat deutsche Republik (brachte) die gleiche Zahl Jahre politischer Haft für Proletarier ... wie zehn Jahre Sozialistengesetz und das Mehrfache der politischen Strafen in der ganzen übrigen Zeit des Bestehens des Wilhelminischen Reiches bis Kriegsbeginn." (274)

Ende 1924 befanden sich "7000 der besten revolutionären Kämpfer hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern." (275)

Die Befürchtung, in der Illegalität von den Massen isoliert zu werden, bewahrheitete sich insofern, als sich die KPD unter dem Einfluß der Fischer-Maslow von den Massen isolierte. Das Nichterkennen der Bedeutung des Inflationsendes und der Währungsreform; des Konjunkturanstiegs in der Wirtschaft; des Verhältnisses von relativer Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft und Arbeitslosigkeit aufgrund der Rationalisierungen; des auf der relativen Verbesserung der Lage der Arbeiter basierenden steigenden Einflusses der reformistischen Organisationen in der Arbeiterklasse korrespondiert mit der Sozialfaschismustheorie; der sektiererischen Einheitsfront "von unten"; der "Revolutionierung" der Gewerkschaften; der Gleichsetzung von Arbeiter- und Bauernregierung und Diktatur des Proletariats; der Erwartung neuer, "entscheidender Kämpfe" binnem kurzem: der KP als "einziger Arbeiterpartei". Die KPD verlor nicht nur die Hälfte ihrer Mitglieder, verlor nicht

270 Ebda.

271 "Illusion der Legalität" ist typisch für die Fischer-Maslow-Gruppe.

272 Ruth Fischer: "Parteitag der Bolschewisierung", DIE INTERNATIONALE, 8. Jg. 1925, Sonderheft zum Reichsparteitag, S. 5.

273 INPREKORR., 5. Jg., Nr. 88, S. 1209 f.; die 16 Monate beziehen sich auf die Zeit vom 1.1.24-30.4.25. Nach dem Kapp-Putsch gab es 711 Verfahren und einen Verurteilten, den Polizeipräsidenten von Berlin, Jagow, der für seine führende Rolle "fünf Jahre Festungshaft (erhielt), ebensoviel wie Genosse Heinrich Brandler für einen Artikel." (KPD-TASCHENKALENDER 1923, S. 49).

274 Richard Schaible: "Festung Groden bei Cuxhaven, der Kommunist im Kerker", DIE INTERNATIONALE, 8. Jg. 1925, H. 12, S. 749.

275 KPD-TASCHENKALENDER 1925, S. 82.

Wir bitten unsere Leser, Einzelexemplare der SOZIALISTISCHEN POLITIK in Zukunft nur noch bei den Westberliner Buchladen Kollektiven zu bestellen:

Das politische Buch, 1 Berlin 15, Lietzenburgerstraße 99
Buchhandlung Karin Röhrbein, 1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Jürgens Buchladen, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Straße 40.

Abonnementsbestellungen laufen nach wie vor über die Redaktion.

nur ein Drittel ihrer Wähler vor allem in den Industriebezirken (276), sie verlor faktisch die Verbindung mit der Arbeiterklasse. Besaß die KPD 1923 noch 2700 Fraktionen in den Gewerkschaften, waren es Anfang 1925 noch 200 (277); die Gewerkschaftsabteilung der KPD war zu Beginn des Jahres 1925 "fast völlig liquidiert" (278); die Abonnentenzahl der KP-Zeitung ging um 40 % zurück. (279)

Die Meinung der Zentrale: "Unsere politische Linie ist richtig; ihr dürfte kein Rückgang des Einflusses entsprechen, darüber herrscht Einigkeit in der Partei." (280)

Sehr viel aussagekräftiger hingegen über den Zusammenhang von 'richtiger politischer Linie' und 'Einfluß' dürfte folgendes typisches Zitat aus einem Antrag der Fischer-Maslow zum IX. Parteitag:

> "Die KPD ist die Partei des Proletariats. Sie ist stark genug, das Proletariat in den Machtkampf zu führen, sobald es die Situation gestattet. Wenn sie die Einheitsfront von unten organisiert, tut sie das, um die großen Massen des Proletariats in Kämpfe zu führen, und nicht, weil sie 'allein' zu schwach ist, sondern weil sie 'allein' stark genug ist, die Massen in Kämpfe zu führen. Die KPD wird gerade durch dieses Bewußtsein sich von jedem Putschismus freihalten." (281)

Die Situation der Partei an der Basis war eine völlig andere. Über die Aktivität der Mitglieder wurde 1923 bemerkt, sie seien

> "radikal in den Parteiversammlungen, passiv und stumm im Betrieb. Haben wir doch festgestellt, daß in Großbetrieben mit 4000 Arbeitern, wo 200 Kommunisten beschäftigt sind, die Fraktion aus 15 Genossen besteht. Ein Beweis, daß unsere Genossen die Selbstverständlichkeit der Mitarbeit in den Betriebszellen durchaus noch nicht begriffen haben." (282)

Ebenso repräsentativ für 1924 dürfte folgender Passus aus dem Rundschreiben einer Bezirksleitung sein:

> "Die Arbeiterschaft sieht in uns nicht mehr die Partei, die sie zum Siege führen kann. Die Arbeiterschaft glaubt nicht mehr an die Kommunistische Partei als die Partei, die mit Aussicht auf Erfolg den Kampf gegen die Reaktion und den Kapitalismus aufnehmen kann. Deshalb fühlen sich die breiten Arbeitermassen alleingelassen und ohne Führung. An diesem entsetzlichen Zustand sind in erster Linie schuld die breiten Schichten unserer Funktionäre in den Ortsgruppen und vor allem in den Betrieben. Trotz der Oktoberniederlage, trotz der schweren Verfolgungen durch die Illegalität der Partei ist äußerlich die Partei intakt geblieben. Aber innerlich, ist die Partei schwach. Die Oktoberereignisse und die unbedingt notwendige Umstellung der Partei haben die Partei auf das schwerste erschüttert." (283)

---

276 Ca. 1 Mill. Stimmen bei der Reichstagswahl vom 7.12.1924 gegenüber der vom 4.5.1924. Vgl. Weber, a.a.O., S. 361.; vgl. Fieber, a.a.O., S. 51 f.

277 PROTOKOLL ERW. EXEKUTIVE MÄRZ/APRIL 1925, a.a.O., S. 175. Zu den wichtigsten Gewerkschaften:

	1923	1925 (Januar
Metallarbeiterverband	400	42 Fraktionen
Holzarbeiterverband	200	12 Fraktionen
Transportarbeiterverband	100	6 Fraktionen

278 Fieber, a.a.O., S. 64.

279 Ebda., S. 48.

280 Fieber, a.a.O., S. 212 (IML, ZPA, 3/1/495, BL. 154).

281 BERICHT 9. PARTEITAG, a.a.O., S. 124.

282 PARTEIARBEITER, 1. Jg. 1925, Nr. 3, S. 16; der Verfasser macht hier den Fehler, Fraktion und Zelle gleichzusetzen.

283 Rundschreiben Bezirksleitung Niederrhein an die Ortsgruppen v. Juni 1924, zit. nach: DER BONZENSPIEGEL. Splitter und Späne. Aus dem Klassenkampf für den Klassenkampf, Berlin 1926, S. 61.

Der Zusammenhang zwischen einer Politik, die aufgrund der konkreten Analyse der konkreten Situation die Bedürfnisse und Tagesforderungen der Arbeiterklasse aufzunehmen und zu formulieren versteht und dafür kämpft, der Verankerung in der Arbeiterklasse und ihre organisatorische Lösung durch die Betriebsparteiorganisation wurde nach dem Oktober ansatzweise von der damaligen Zentrale-Mehrheit versucht herzustellen. (284) Von den Thesen der kommenden 'Linken' hingegen kann davon überhaupt nicht die Rede sein; nicht einmal das Wort 'Betriebszelle' taucht auf; stattdessen die nun schon hinlänglich ausgebreiteten 'Vorstellungen' der Fischer-Maslow davon, wie die Partei den Massen ihr "Rettungsprogramm" "einhämmert", dergestalt die Revolution organisiert entfesselt, namentlich "durch schleunigsten gründlichen Ausbau der Betriebsräte (!) zu Sowjets, d.h. Organe des Aufstands..." und einer relativ detaillierten Aufstellung darüber, wer "zu beseitigen", was "zu nehmen, zu halten, zu sprengen usw..." ist. (285)

Umso eigenartiger erscheint dann das Ergebnis der Januar-Tagung des EKKI 1924, das als eine der Lehren aus den deutschen Ereignissen die Resolution über die Betriebszellenorganisation als Grundlage der Partei faßte (286) – unter voller Zustimmung der Fischer-Maslow – aber ohne zu erkennen, daß die zugrundegelegte politisch-ökonomische Einschätzung der Fischer-Maslow-Sinowjew und die daraus abgeleitete Taktik dem Inhalt dieser Resolution diametral entgegengesetzt war.

Es war oben notwendig, die 'linken' Phrasen der Fischer-Maslow wiederholt breitzutreten, da nur so ihr Widerstand in der Praxis gegen die organisatorische Umstellung als einem der Gründe für das Scheitern der Verankerung der KPD in den Betrieben erklärbar wird;

---

284 Vgl. "Thesen zur Taktik des Oktoberrückzugs und zu den nächsten Aufgaben der Partei", DIE INTERNATIONALE, 6. Jg. 1924, Ergänzungsheft 1, S. 14 ff. Es handelt sich um die spätere "Mittelgruppe".

285 "Zur Lage in Deutschland und zur Taktik der Partei", ebda., S. 57 ff., insbes. S. 62f. (Zusatz in Klammern von uns).

286 Lehren der dt. Ereignisse, a.a.O., S. 114 ff. Die Resolution galt für alle kommunistischen Parteien bis auf die KPR, die schon seit 1902 das Problem der Verankerung in den Betrieben praktisch löste. Vgl. Lenin, "Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben", WERKE, Bd. 6, Berlin 1967, insbes. S. 235 und 240 f. Die Umstellung der kommunistischen Parteien, insbes. die der KPD, geschah auf dem Hintergrund der Praxis der KPR und nach deren organisatorischem Beispiel: vgl. BERICHT TÄTIGKEIT EKKI 1921/22, a.a.O., S. 186 JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFT, POLITIK UND ARBEITERBEWEGUNG 1922/23, Hamburg o.J., S. 466 ff.; DER PARTEIARBEITER, 1. Jg. 1923, Nr. 1, S. 3; DER PARTEIARBEITER, 3. Jg. 1925, Nr. 2, S. 14 und 16 f.; BERICHT TÄTIGKEIT EKKI VOM 4. - 5. WELTKONGRESS, a.a.O., S. 98 f.; INPREKORR, 9. Jg. 1926, H. 4, S. 47.; INPREKORR, 8. Jg. 1925, Nr. 106, S. 1463; Ernst Schneller: "Heraus mit der Sprache", DIE INTERNATIONALE, 8. Jg. 1925, Sonderheft zum Reichsparteitag, S. 70; Klaws, BZG, a.a.O., S. 496 (Ulbrichts diesbezgl. Argumentation in der Disks. 1923); über die russischen Gewerkschaftsfraktionen und Parteizellen, Isaac Deutscher: DIE SOWJET. GEWERKSCHAFTEN. Ihr Platz in der sowjet. Arbeitspolitik, Frankfurt/M. 1969, S. 56 f.
Als Material über Org. Fragen zur Information über den Aufbau der KPR und die Tätigkeit ihrer Betriebszellen, angekündigt von der Org.Abteilung (BERICHT TÄTIGKEIT EKKI v. 4./5. WELTKONGRESS, a.a.O., S. 99), werden 1925 angegeben: neben einer Aufsatzsammlung "Lenin über Org.Fragen" und Stalins "Lenin und der Leninismus" (=Grundlagen des Leninismus).
Kaganowitsch: DER AUFBAU DER KPR(B); Sinowjew: DIE GESCHICHTE DER KPD (vgl. INPREKORR., 5. Jg. 1925, Nr. 117, S. 1670 und ARBEITERZEITUNG BL-Frankfurt, Beilage v. 17.9.1925). Die Umstellung sollte in der KPD binnen zwei Monaten beendet sein.

die Umstellung der Parteiorganisation war in erster Linie überhaupt kein organisatorisches Problem, wovon die Webersche Darstellung ausgeht, d.h. ein taktisches Mittel einer Gruppe von Funktionären, die zufällig für die Betriebszellen kämpfen und die Umstellung als Keule gegen andere Funktionäre schwingen, die dagegen sind, weil sie ihre Basis zufällig in der Wohnorganisation haben. (287) Die organisatorische Umstellung war ein politisches Problem; ihren politischen Inhalt beweist gerade der Zusammenhang zwischen (in diesem Fall) verkommener Theorie, sektiererischer Praxis und entsprechender Organisation.

Die verbale Zustimmung, aber praktische Sabotierung des Beschlusses durch die Fischer-Maslow stellte sich so dar:

> "Solange die Betriebszellenfrage nur diskutiert wurde und sich in der Praxis nur als Verstärkung der Betriebsarbeit auswirkte, bestanden in der Partei fast keine Meinungsverschiedenheiten. Erst als wir die konsequente Umstellung auf Betriebszellen verlangten ... zeigte sich die prinzipielle Gegnerschaft eines Teils der Genossen." (288)

Diese Politik der "doppelten Buchführung", der verbalen Zustimmung und der praktischen Sabotage, die schließlich mit zum regelrechten Sturz der Fischer-Maslow-Zentrale führte (289), konnte sich hinsichtlich der Organisationsfrage voll durchsetzen, nachdem die Fischer-Maslow auf dem IX. Parteitag die Führung der KPD übernahm.

An der Betonung der Notwendigkeit der Umstellung auf Betriebszellen fehlte es auf diesem Parteitag nicht (290), und es wurde auch ein entsprechender Beschluß gefaßt. (291) Bezeichnend ist aber, daß "über die Organisationsresolution ... ausführlich zu sprechen" "die Redaktionskommission keine Möglichkeit" hatte. (292)

Dahinter stand, wie Klaws aufgrund internen Materials nachweisen konnte, daß "die Ultralinken den Parteitag das von der Organisationskommission ausgearbeitete neue Parteistatut nicht diskutieren und keinen eindeutigen Beschluß zur Reorganisation fassen (ließen). Dem Antrag einer Gruppe von Delegierten, die Organisationsfrage als besonderen Tagesordnungspunkt zu behandeln, wurde nicht stattgegeben." (293)

Stattdessen wurde der Januar-Beschluß des EKKI (verbal) angenommen, die praktische Durchführung aber dem (von Scholem geleiteten) Orgbüro überwiesen (294), mit der

287 Vgl. die Darstellung Webers, a.a.O., S. 152 und 270. Es soll nicht bestritten werden, daß die Fischer-Maslow in den Straßenzellen mehr Anhänger hatten; das zeigten z.B. die Abstimmungen für oder gegen die "Ultralinken" nach dem "Offenen Brief"; in Berlin stimmten von den Betriebszellenmitgliedern 78,4 % = 3263 für den "Offenen Brief"; von den Straßenzellenmitgliedern 71,6 % = 1532; (Bericht der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg v. 15.11.25 bis 31.5.26, zit. n. W. Klaws: "Vom Anfang der Betriebsparteiorganisation. Die 'goldenen 20er Jahre'. Arbeitstitel: Das Ringen um die Durchsetzung der Betriebszellen in der Berliner Parteiorganisation der KPD in den Jahren 1924-29", Berlin 1967-69. Unv. Manuskript).

288 Ulbricht, IML, ZPA, 3/2/1086, Bl. 86; zit. n. Klaws, BZG, a.a.O., S. 497.

289 Vgl. PROTOKOLL ERW. EXEKUTIVE DER KI, Moskau, 17.2.-15.3.1926 Hamburg-Berlin 1926.

290 Vgl. BERICHT 9. PARTEITAG, S. 83, Sinowjew-Brief; S. 124 Thesen der 'Linken'; S. 188 Thesen der Org.Kommission.

291 Ebda., S. 385 ff.

292 Ebda., S. 337.

293 Klaws, BZG, a.a.O., S. 500 f.; vgl. Ulbricht auf dem Parteitag, (BERICHT 9. PARTEITAG, a.a.O., S. 284); vgl. den Statutenentwurf, ebda., S. 189 ff. Die Umstellung sollte vom 1. Mai bis 1. Juli abgeschlossen sein (ebda., S. 193 f.).

294 Vgl. ebda., S. 337.

Folge, "daß die in Deutschland geschaffenen Betriebszellen zum größten Teil nicht lebensfähig (waren), da sie keine Parteirechte (besaßen)". (295)

Die deutsche Partei wie die anderen kommunistischen Parteien Europas begingen den großen Fehler, nicht nur neben den Betriebszellen die Wohnorganisation praktisch aufrechtzuerhalten, sondern ihnen "faktisch die führende Rolle in der Partei" zu belassen (296), d.h. die Betriebszellen behielten den Charakter von Betriebsfraktionen. (297)

Obwohl der 5. Kongreß für alle kommunistischen Parteien beschloß, "allein die Betriebszelle ist die Grundlage der Parteiorganisation", die Straßen- bzw. Wohnzellen "die Betriebszellen nicht beeinträchtigen" dürften und "diesen an Bedeutung und Rolle keineswegs gleichgestellt" seien (298), die Parteistruktur also bezüglich Ortsgruppe, Kassierung und Leitung nicht nur oberflächlich sondern grundlegend umgewandelt werden müsse hinsichtlich aller Parteirechte, die die Betriebszellen als Grundorganisation haben sollten; obwohl der 5. Kongreß dies im neu beschlossenen Statut der KI bekräftigte (299), versuchte die deutsche Parteiführung die praktische Durchführung weiter hinauszuzögern mit der Begründung, "die Betriebszellen (müßten) zunächst durch Stellung politischer Propaganda- und Agitationsaufgaben in ihrem inneren Leben gestärkt werden..., um sich für die volle Umstellung der Organisation reif zu erweisen." (300)

Klarer konnte die organisatorische Konsequenz der Fischer-Maslowschen 'Vorstellung', die Massen Richtung Revolution in Bewegung zu setzen vermittels des Einhämmerns des KP-Rettungsprogramms nicht zu Tage treten; die praktische Auswirkung:

> "Die meisten Parteiorganisationen glauben ihre Aufgaben zu erfüllen, wenn sie allgemeine Agitation treiben. Sie kümmern sich in der Regel wenig um die organisatorische Auswertung, um die organisatorische Sicherung der agitatorischen Erfolge." (301)

Die sich immer stärker bemerkbar machenden Folgen der Politik der KP-Führung, die verlogene Offene-Brief-Politik, der Verlust der Verbindung mit den Arbeitern, die Erfolglosigkeit der Umstellung auf Betriebszellen, die Folgenlosigkeit der – bezüglich der Betriebszellenfrage im Stil des IX. Parteitages abgefaßten – Beschlüsse der Januar-Tagung des ZA (302), veranlaßten mehrere in Opposition zur Führung Stehende zu Appellen ans EKKI, das eingreifen müsse, um eine Änderung der Lage in der Partei zu bewirken.

295 Piatnitzki in der Org. Kommission des 5. Weltkongresses. ("Die Organisation der Betriebszellen. Organisatorische Fragen und Beschlüsse des V. Weltkongresses", a.O., o.J., S. 8, zit. n. Klaws, BZG, S. 501).

296 BERICHT TÄTIGKEIT EKKI, vom 4. bis 5. Weltkongreß, a.a.O., S. 99, Bericht der Org.Abteilung des EKKI.

297 Vgl. Klaws, BZG, a.a.O.; vgl. BERICHT TÄTIGKEIT EKKI vom 4. bis 5. Weltkongreß, a.a.O.

298 "Resolution über den Umbau der Partei auf Grundlage der Betriebszellen", THESEN UND RESOLUTIONEN DES 5. WELTKONGRESSES DER KI, Moskau, vom 17.6. bis 8.7.1924, Hamburg 1924, S. 90 f.

299 § 5 der "Statuten der KI", THESEN UND RESOLUTIONEN 5. WELTKONGRESS, a.a.O., S. 83.

300 So die von R. Fischer angeleitete Bl-Berlin-Brandenburg. IML, ZPA, 5/2 1202, Bl. 37, zit. n. Klaws, S. 501 f.; vgl. auch Fieber, a.a.O., S. 65, der als Zentrum des Widerstands das Org.Büro unter Scholem angibt.

301 Ulbricht: "Zur Methode der Reorganisation auf der Basis der Betriebszellen", DIE KOMM. INTERN., 6. Jg. 1925, H. 8, abgedr. in: ZU FRAGEN DER PARTEIARBEIT, Berlin 1960, S. 47.

302 Vgl. "Die KPD – die einzige Arbeiterpartei im Dawes-Deutschland", a.a.O., S. 25 und S. 28.

"Die objektive Lage der Partei ist sehr schelcht. Die subjektive Lage noch schlechter... Es droht ein Zerfall der Partei, wenn die Komintern und Profintern es nicht verstehen werden, die Krise an der Wurzel zu packen. Die Partei kann von einem Zerfall nur durch einen vollständigen Neuaufbau gerettet werden." (303)

Das zentrale Thema des Erweiterten EKKI-Plenums im März/April 1925 war die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien. Berechtigt kann von einer 'Bolschewisierung' der KPD – d.h. einer Partei nach all dem Vorbildlichen, das die KPR 'unter' Lenin auszeichnete – dann gesprochen werden, wenn darunter zunächst verstanden wird der Versuch der Bestimmung der revolutionären Politik in der Epoche des Imperialismus, d.h. konkret bezüglich der KPD die Zugrundelegung der Marxschen Theorie und Wiederanwendung der marxistischen Methode auf die Analyse der gesellschaftlichen Erscheinungen und Verhältnisse in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und ihren Zusammenhängen, bestimmt durch den Akkumulationsprozeß des Kapitals im Weltmaßstab in der Epoche des Imperialismus (304), und von daher der Bestimmung der konkreten Taktik der revolutionären Partei:

"Auf jeder Entwicklungsstufe, in jedem Moment muß die Taktik des Proletariats diese objektiv unvermeidliche Dialektik der menschlichen Geschichte berücksichtigen, indem sie einerseits die Epoche der politischen Stagnation oder der schneckenhaft langsamen, sogenannten 'friedlichen' Entwicklung ausnutzt, um das Bewußtsein, die Kraft und Kampffähigkeit der fortgeschrittenen Klasse zu entwickeln, und indem sie andererseits diese ganze Arbeit auf das 'Endziel' der Bewegung der betreffenden Klasse ausrichtet und darauf eingestellt, diese Klasse zur praktischen Lösung der großen Aufgaben in den großen Tagen zu befähigen, 'worin sich 20 Jahre zusammenfassen' (305)."

Aus der Analyse des Kräfteverhältnisses der Klassen, der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus unter den Bedingungen des Imperialismus, der Rolle des Staates, aus dem Begreifen der Dialektik von Reform und Revolution, dem Kampf um die Tagesforderungen der Arbeiterklasse in Verbindung mit dem Ziel der Vorbereitung der proletarischen Revolution unter diesen Bedingungen, hat sich die Bestimmung der Taktik der revolutionären Partei abzuleiten sowie ihre eigene Bestimmung in den Klassenkämpfen.

Lenin leitete in seiner Imperialismusanalyse die Ursachen des spontanen revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse (und unter russischen Bedingungen der Bauernschaft), ihre radikaldemokratische Zielrichtung gegenüber der bürgerlichen Ideologie, ihrer Propaganda und Manipulation ab aus den objektiven und politischen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in der Etappe des Imperialismus; für die Taktik der revolutionären Partei als Teil und Avantgarde der Klassenbewegung bedeutete das die Unterstützung der revolutionären Massenkämpfe und der radikalen Demokratie in den Massenorganisationen mit dem Ziel der Ersetzung der bürgerlichen Staatsorgane durch die Organe der revolutionären Klasse; für die Bestimmung der Rolle der revolutionären Partei bedeutete das nicht die Einschränkung der sich in den Massenorganisationen manifestierenden Spontaneität und Initiative der Massen mit dem Ziel irgendeiner 'Organisierung der Revolution' nach Schreibtischvorstellungen. Die Kommunisten konnten nur dann diese Massenorganisationen durch ihre Propaganda und Agitation beeinflussen, wenn sie die Stimmung der Massen richtig begriffen, ihre Vorstellungen richtig zusammenfaßten, um konkret die nächsten Schritte angeben zu können, fand die Spontaneität ihre Schranken in den Maßnahmen der Konterrevolution. Diese Bedingung der Rolle der revolutionären Partei schloß einen organisatorischen Mechanismus von selbsternannter Avantgarde und Massenorganisationen, der die Partei notwendig zur Sekte verdammt, aus. Daraus erhellt bereits, daß 'Bolschewisierung' bezüglich der Organisationsform keinesfalls ein rein technisches oder administrativ lösbares O r g a n i s a t i o n sproblem sein kann. Die Organisationsform der Partei des Proletariats hängt ab von und muß entsprechen den Bedingungen ihrer Praxis, die wiederum zweifach abhängt von den konkreten, jeweils spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen unter denen der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie vor sich geht, und der revolutionären Strategie und Taktik, die die revolutionäre Partei anzugeben versucht aufgrund einer möglichst allseitigen Analyse dieser jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen. In diesem Sinne von einer Bolschewisierung der KPD zu sprechen ist nicht möglich. In Wahrheit begriff die KPD die Bolschewisierung nahezu allein als organisatorisches Problem – wovor z.B. Sinowjew ausdrücklich gewarnt hatte (306) –, d.h. sie verstand unter Bolschewisierung vornehmlich die Verankerung in den Betrieben auf dem Wege der puren Organisiererei, zu dem die Organisationsarbeit werden mußte ohne Begreifen der Bolschewisierung als hauptsächlich politisches Problem:

"Weil wir die Unzulänglichkeit unseres Parteiapparates für die Organisierung der Revolution, für die Führung selbst der kleinsten Arbeiterkämpfe eingesehen haben, deswegen stellen wir die Partei auf die Grundlage der Betriebszellen um." (307)

Geschke im Orgreferat auf dem 10. Parteitag: "Reden ist nichts, organisieren alles." (308)

Die Untersuchung der Einschätzung der Situation durch das EKKI-Plenum Anfang 1925, vervollkommnet in Bucharins Stabilisierungsanalyse, hatte gezeigt, daß die Marxsche Methode ersetzt wurde durch Bucharinschen Soziologismus – mit allen Konsequenzen für die Taktik der KI und der KPD.

Von einer grundlegenden Kritik an den von Wunschvorstellungen geprägten bisherigen Einschätzungen kann nicht gesprochen werden; symptomatisch dafür mag Neumanns

303 Philipp Dengel an S.A. Losowski am 4.12.1924; IML, ZPA, 3/4/1005, Bl. 109 und 111, zit. n. Fieber, a.a.O., S. 67; so auch Meyer und P. Fröhlich in Briefen ans EKKI, (Fieber, ebda.); vgl. auch Brief E. Meyers an Fischer vom 5.1.1925, abgedr. b. Weber, a.a.O., S. 408 f. und den Rundbrief der Jannack-Gruppe, ebda., S. 409 ff; vgl. auch Clara Zetkins Rede auf dem 5. Erw. EKKI-Plenum, März/April 1925, PROTOKOLL, a.a.O., S. 170 ff.

304 W.I. Lenin, "Karl Marx. Kurzer biographischer Abriß mit einer Darlegung des Marxismus", WERKE I, Bd. 21, Berlin 1967, S. 43.

305 Ebda., S. 64.

306 "Die Bolschewisierung der Parteien der KI", INPREKORR 1925, Nr. 12, S. 136; vgl. auch "Thesen über die Bolschewisierung der komm. Parteien", THESEN UND RESOLUTIONEN, Erw. EKKI, März/April 1925, a.a.O., S. 41, 6. Teil.

307 PARTEIARBEITER, 3. Jg. 1925, Nr. 3, S. 26.

308 BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 425 (fettgedruckt). Die Folge davon liefert G. gleich mit, indem er die bestehenden Zeilen kritisiert als "wohl Zellen der Betriebe, aber nicht Zellen der Partei in den Betrieben." a.a.O., S. 434. Vgl. auch Ernst Schneller, "Zur Org.Frage", INTERNATIONALE 1925, H. 7, S. 431/32. Das beste Beispiel für dieses Begreifen der Bolschewisierung als Organisationsaufgabe ist die Schrift: Heinz Neumann, WAS IST BOLSCHEWISIERUNG? Hamburg 1925, die in der Partei als d i e Abhandlung empfohlen wurde: "Neben Stalins 'Lenin und der Leninismus', ist es das Buch, das die Frage der Bolschewisierung in einfacher, verständlicher und doch meisterhafter umfassender Weise behandelt", (Rundschreiben des "Org.Büro Zelle" vom 3.4.1925 an die Betriebszellen, zit. n. Weber, a.a.O., S. 87, Anm. 172); vgl. gleichermaßen PARTEIARBEITER 3. Jg. 1925, S. 27; wie wenig Neumann das Problem der Bolschew. für die KPD als politisches begreift, zeigt entlarvend (insbes. S. 5 und 75) der Passus über die "Organisierung der Revolution" (a.a.O., S. 57 u. 105) und die Einschätzung der Sozialdemokratie als Partei der Arbeiteraristokratie (a.a.O., S. 14); vgl. die (nur z.T. richtige) Kritik von K.S. (= Kurt Sauerland) an Neumann, DIE INTERNATIONALE, 8. Jg. 1925, H. 6, S. 377 ff.

Antwort auf dem EKKI-Plenum auf die rhetorische Frage sein, warum man die Stabilisierung nicht 'schon' 1924 konstatiert habe: "Auch Lenin irrte zuweilen in der Beurteilung der Dauer gewisser Phasen." (309)

Im Gegenteil wurde die Kontinuität betont; die KI und die KPD versperrten sich so die Möglichkeit, die Ursache ihrer Fehler zu erkennen.

Die These der "Organisierung der Revolution" wurde ebenso beibehalten (310) wie die falsche Betonung des Schwergewichts der Einheitsfronttaktik als Mittel zur Entlarvung der sozialdemokratischen Führung (311) anstelle der Betonung der notwendigen Einheit des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Kapital und seinen Staat. Dasselbe trifft zu auf die Frage des demokratischen Zentralismus in der Partei, weil die Verankerung der proletarischen Organisation in den Betrieben als Grundbedingung seiner Funktionsfähigkeit ungeheuer erschwert wurde einerseits durch die objektiven Bedingungen (312), zum anderen durch den sich gegenseitig bedingenden Zusammenhang zwischen dieser fehlenden Betriebsbasis, sektiererischer Politik, falschen Analysen – was sich notwendig auf das ganze Leben der Partei auswirkte; in der Ersetzung der theoretischen Diskussion und ideologischen Auseinandersetzung durch die "Leninphilologie, ähnlich der Goethephilologie in Deutschland oder der Pandektenliteratur des Mittelalters", ... "an Stelle der lebendigen Kritik tritt der Gedanke: autos epha, der Meister hat's gesagt" (313); durch Diffamierung (Luxemburgismus, Trotzkismus, Brandlerianertum, etc.); durch Ausschluß (314) und später durch physische Liquidierung, der die KPD in völliger Hilflosigkeit gegenüberstand; die Partei verkam in der völligen Bürokratisierung, im Personenkult, in der Degenerierung der Parteitage zu bloßen Akklamationsinstrumenten.

Zweifellos bedeutet aber die Erkennung der Fehler der sektiererischen Politik bezüglich der Arbeit in den Gewerkschaften einen gewissen Fortschritt, ebenso wie die Ablehnung bloßer agitatorischer Kampagnen und stattdessen die Konzentrierung auf die Durchsetzung der Tagesforderungen der Arbeiter und die Konzentrierung auf die Betriebe in der politischen und organisatorischen Arbeit. (315)

Im Rahmen dieser Arbeit kann aber nur die "organisatorische Seite der Bolschewisierung" (315a), die Reorganisation der KPD weiterverfolgt werden. (315b)

309 PROTOKOLL ERW. EKKI März/April 1925, a.a.O., S. 326.
310 THESEN UND RESOLUTIONEN, Erw. EKKI März/April 1925, a.a.O., S. 9.
311 Ebda., S. 36.
312 In dieser Hinsicht war die Bolschewisierung auf jeden Fall zu spät unternommen worden; darüber im letzten Kapitel.
313 Paul Levi, "Vorwort" zu Trotzki: DIE LEHREN DES OKTOBER, Berlin 1924, S. 7.
314 So setzte es z.B. die deutsche Delegation auf dem 5. EKKI-Plenum durch, daß die "Thesen über die Bolschewisierung" im 5. Teil, D. 10 bezüglich der innerparteilichen Auseinandersetzungen entscheidend verkürzt wurden um den Passus "keinesfalls mit Hilfe mechanischer Säuberungen" (vgl. PROTOKOLL Erw. EKKI März/April 1925, a.a.O., S. 322).
315 THESEN UND RESOLUTIONEN, Erw. EKKI März/April 1925, a.a.O., S. 36.
315a W. Ulbricht, Zur Methode der Reorganisation auf der Basis der Betriebszellen, Die Kommunistische Internationale, 1925, H. 8, abgedr. in: ZU FRAGEN DER PARTEIARBEIT, a.a.O., S. 47.
315b Die Fortsetzung der Analyse der Revision des Marxismus in den Analysen und der Politik der KPD, der Bürokratisierung der Parteiorganisation bis einschließlich des VII. KI-KONGRESSES erscheint zusammen mit der Kritik an der AO-Analyse im nächsten Heft.
Das eigentliche Schlußkapital, die empirische Analyse des Scheiterns der Betriebszellen-Organisation der KPD wird bereits an dieser Stelle abgedruckt.

Parallel zum V. EKKI-Plenum tagte die 1. Organisationskonferenz der KI, deren alleiniges Thema die Umstellung der kommunistischen Parteien auf Betriebszellen war.

Prinzipiell lehnt kein Delegierter mehr die Umstellung ab (316), doch war das auch alles hinsichtlich der vor allem von der deutschen 'Betriebszellenfraktion' erhobenen Forderung, die Wohnzellen als Grundorganisation aufzulösen und die Betriebszelle als alleinige Grundorganisation einzuführen. Obwohl Piatnitzki – der in seinen Beiträgen vor allem die Schwächen der bestehenden Betriebszellen kritisierte, die vorgelegten Berichte als teilweise schönfärberisch bezeichnete und dafür vor allem von der deutschen Delegation heftigen Widerspruch erntete (317) – eine "Kombination zwischen Wohn- und Betriebszelle als Grundorganisation" für "unmöglich" erklärt (318), faßte diesbezüglich die Orgkonferenz keinen entsprechenden Beschluß, der eindeutig gewesen wäre, sondern forderte lediglich "die Umstellung ... energisch fortzusetzen..." (319)

Die deutschen 'linken' Delegierten begründeten ihren (indirekten) Widerstand gegen die konsequente Umstellung praktisch mit den Folgen ihrer eigenen Politik: der Gefahr des Verlustes vieler Mitglieder, hauptsächlich passiver. (320)

Die Kritik, die Piatnitzki diesbezüglich an der deutschen Parteiführung vor allem übte:

> "Wir spüren bis jetzt wenig davon, daß die politische Arbeit der Zentralen auf die Zellen eingestellt ist. In einem offiziellen Berichte aus Deutschland, der unmittelbar vor der Beratung eingetroffen ist, beklagen sich die Genossen aus dem Orgbüro (Zelle), daß eine gewisse Kluft zwischen politischer Leitung und organisatorischer Leitung besteht." (321)

Den Hintergrund dieser Kritik erhellt eine Abstimmung der Orgkonferenz, die sich gegen die Stimmen der KPD-Delegation gegen die – vor allem in der KPD bestehende – Institution der Funktionäre "in der heutigen Form" aussprach, d.h. nach bester sozialdemokratischer Tradition die Entscheidung von Parteifragen durch Funktionärskonferenzen anstatt durch Ortsparteikonferenzen, die sich aus den Zellendelegierten hätten zusammengesetzt. (322) Einmal war dies direkte Folge der Passivität der Mitglieder, zum anderen be-

316 Vgl. INPREKORR, 1925, Nr. 83, S. 1125.
317 Piatnitzki, Information über die Tätigkeit der Org.Abteilung des EKKI, INPREKORR 1925, Nr. 40, S. 597 ff., und Nr. 45, S. 649 ff. und S. 646 f.
318 INPREKORR, 1925, Nr. 40, S. 598.
319 "Resolution der Org.Konferenz", THESEN UND RESOLUTIONEN, Erw. EKKI, März/April 1925, a.a.O., S. 103.
320 INPREKORR, 1925, Nr. 40, S. 598.
321 INPREKORR, 1925, Nr. 45, S. 655.
322 Piatnitzki: "Die Ergebnisse der Org.Konferenz der Sektionen der KI", INPREKORR, 1925, Nr. 83, S. 1127.

SOPO 8/70 (September)
Hübner/Pilch/Riehn: Kritik der "Produktiven und unproduktiven Arbeit"
Bischoff/Ganssmann/Kümmel/Löhlein:
Mystifikation und Klassenbewußtsein
Produktive und unproduktive Arbeit
Altvater/Huisken:
Produktive und unproduktive Arbeit als Kampfbegriffe, als Kategorien der Klassenanalyse und der Reproduktionsbedingungen des Kapitals

gründete dies jene Passivität ständig neu. Obwohl Piatnitzki richtig erkennt, "ohne Auflösung der (Wohnorganisation) wird es schwer sein, die Parteimitglieder zu veranlassen, die Zellenversammlungen zu besuchen und in den Zellen zu arbeiten", wurde von der Orgkonferenz der gordische Knoten nicht durchhauen: der Zusammenhang von sektiererischer Politik in der Praxis, Angst vor Verlust der (notwendig passiven) Mitglieder, passiven Betriebszellen, unterlassener Auflösung der Wohnorganisation. Die KPD drehte sich weiterhin in der Organisationsfrage im Kreis, wenn sie die Auflösung der Wohnzellen nur in den Bezirken vornahm, "wo die Mehrheit der Parteimitglieder b e r e i t s in Betriebszellen organisiert" war. (323) So richtig die Vermeidung der "unvorsichtige(n) Auflösung der Straßenzellen" (324) war, so prinzipiell falsch war, damit den "Kompromiß" (325) in der Frage der 'Auflösung' der Wohnorganisation zu begründen. (326)

Daß der 10. Parteitag eine Farce war, wurde schon erwähnt. (327) Bezüglich der Organisationsfrage wurde im neuen Parteistatut (328) und der Resolution zur Organisationsfrage formal den Ergebnissen des zweijährigen Kampfes für die Umstellung auf Betriebszellen Rechnung getragen. Die Praxis war aber eine ganz andere Sache (329); dies bestätigt Ulbricht für die Zeit vor und nach dem Parteitag:

323 INPREKORR, 1925, Nr. 83, S. 1126 (Hervorhebung von uns).

324 INPREKORR, 1925, Nr. 83, S. 1137.

325 Meinung der dt. Delegation über das diesbezügliche Ergebnis in der Resolution "Der organisatorische Aufbau der kommunistischen Parteien"; vgl. INPREKORR, 1925, Nr. 45, S. 657.

326 Wie schon gesagt, eine andere Frage ist, ob die KPD diese Frage zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch prinzipiell und konsequent lösen konnte.
Im "Musterstatut", das auf der Konferenz für alle Sektionen verbindlich angenommen wurde, um eine "einheitliche Form der Parteiorganisationen in allen Sektionen der KI" zu schaffen (INPREKORR., 1925, Nr. 83, S. 1129) las sich das so: "Parteimitglieder, die in keinem Betrieb arbeiten, werden i n d e r R e g e l an die im Orte bestehende Betriebszelle angegliedert, s o n s t b i l d e n s i e S t r a ß e n z e l l e n." (INPREKORR., 1925, Nr. 83, S. 1141; Hervorhebung von uns) Damit war dem Verbleiben in der bevorzugten Wohnzelle unter Verschiebung subjektiver und objektiver Hinderungsgründe Tür und Tor geöffnet. Auf dieses Dilemma stützten sich auch die Rückzugsgefechte der Ultralinken in dieser Frage (vgl. W. Scholem: "Einige noch ungelöste organisatorische Fragen", a.a.O., S. 62 ff.).

327 Vgl. dazu Clara Zetkins Beitrag auf dem 6. Erw. EKKI-Plenum, (PROTOKOLL ERW. EXEKUTIVE DER KI, Moskau v. 27.2.-15.3.26, Hamburg-Berlin 1926, S. 249); vgl. das "Vorwort zum X. Parteitagsbericht", a.a.O., insbes. S. IV - V;
vgl. "Brief des EKKI an alle Organisationen und die Mitglieder der KPD", abgedr. in: DER NEUE KURS, Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew, Brief des EKKI, Hg. ZK der KPD, Berlin, den 25.9.1925, S. 54.

328 Bericht 10. Parteitag, a.a.O., S. 232 ff.; es ersetzte jenes von 1921 und blieb bis 1933 in Kraft; "Resolution zur Organisationsfrage", ebda., S. 226 ff.

329 Dies bezieht sich ebenso auf das verabschiedete Aktionsprogramm, d.h. Minimalprogramm der KPD (S. 220 ff.); die Resolution zur Gewerkschaftsfrage (S. 241 f.); die Durchführung der Einheitsfrontpolitik; alles verbaler Ausdruck des schon auf der Mai-Tagung des ZA eingeleiteten versuchten Bruchs mit der sektiererischen Politik (vgl. zur ZA-Tagung, Fieber, a.a.O., S. 71 f.); vgl. bezüglich "Aktions-" oder "Minimal"-programm die Scholastik Thälmanns, DIE INTERNATIONALE, 1925, Sonderh. zum Reichsparteitag, S. 3); Die Org.frage, Resolution und Statut waren von den einzelnen Parteiorganisationen vor dem Parteitag nicht diskutiert worden; das EKKI erhielt die Entwürfe erst nach Beginn des Parteitages; vgl. "Der Brief der Org.abteilung des EKKI", in: DER NEUE KURS, a.a.O., S. 68; vgl. Köhler - Württemberg, Diskussion zum Org.referat, BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 448; Müller – Erzgebirge-Vogtland, ebda., S. 453.

"Überall zeigt sich dieselbe Tendenz, daß die Orgarbeit als eine Aufgabe betrachtet wird, die außerhalb des Rahmens der politischen Parteiarbeit liegt. Wie falsch das ist, zeigte sich besonders bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik. Die besten Richtlinien über Durchführung der Einheitsfronttaktik bleiben lediglich Papier, wenn die Partei nicht versteht, ihre Arbeit in den Betrieben so zu verwurzeln, daß eventuelle Spitzenverhandlungen unter dem Massendruck der Arbeiter stattfinden. Alle Diskussionen über Einheitsfronttaktik ändern an dieser Tatsache, die wir schon seit 1921 in Deutschland erfahren haben, absolut nichts." (330)

Insofern ist es gerechtfertigt, die Feststellung über den Parteitag in Zusammenhang zu bringen mit der 'Lösung' der Organisationsfrage.

Statut und Organisationsresolution entsprechen dem Stand der Diskussion auf der Orgkonferenz; die Funktionärkonferenzen werden abgeschafft zugunsten der Delegiertenkonferenzen der Zellen (331); aber wiewohl die Betriebszelle nun als Fundament der Parteiorganisation verbindlich festgelegt wird (332), wird der Mangel der Orgkonferenzbeschlüsse reproduziert inform der Dualität bezüglich der Angliederung von Mitgliedern entweder an die Betriebszelle oder an die Straßenzelle. (333)

Die Darstellung der diesbezüglichen Frage der Praxis und Situation in der Partei war auf dem 10. Parteitag – wie gewöhnlich unter der Fischer-Maslow-Führung – eine abgewogene Mischung aus Lüge und Wahrheit.

Der Bericht über den Stand der Umstellung sagt garnichts aus über die wirkliche Reorganisation: "Am stärksten ist die Umstellung erfolgt in Berlin (626), Erzgebirge (330) und Wasserkante (290), am schwächsten in Ostpreußen und Hessen-Waldeck, wo so gut wie keine Zellen bestehen." (334) Über die wirkliche Reorganisation sagt etwas aus die Durchführung der Kassierung in den Betriebszellen; der Brief der Orgabteilung des EKKI ist diesbezüglich vernichtend vor allem für die traditionellen Hochburgen der Fischer-Maslow: in Berlin wurde nur in 4 von 626 Betriebszellen kassiert, im Bezirk Wasserkante in 13 von 290. (335)

330 M. Ulbricht: "Bemerkungen zu den Organisationsfragen in der KPD", DIE INTERNATIONALE, 1925, H. 9, S. 571.

331 Bericht 10. Parteitag, a.a.O., S. 234 f.; der Delegiertenkonferenz entsprach die Parteikonferenz, die aber nur dreimal stattfand bis 1933.

332 Ebda., Statut § 12, S. 233.

333 Dies betraf vor allem Erwerbslose, nicht in Betrieben Beschäftigte, aber eben vor allem auch Arbeiter, die zu weit vom Betrieb wegwohnten und andere objektive und subjektive Gründe geltend machten, um nicht in der Betriebszelle zu arbeiten. Daß nicht alle Parteimitglieder automatisch den Betriebszellen angegliedert werden sollten, um diese nicht zu "ersticken", die Straßenzellen auch unter den Bedingungen regionaler (ländlicher) und industriebezogener Unterschiede weiter bestehen sollten, war klar und wurde von Ulbricht z.B. auch betont. (Vgl. "Bemerkungen zu den Org.fragen", a.a.O., S. 573); vgl. auch Piatnitzki: "Die letzten Erfahrungen der Zellenarbeit", INPREKORR., 1925, Nr. 117, S. 1631. Das war aber nicht die prinzipielle Frage, um die sich die Org.debatte drehte. Die Unklarheiten, die in der Resolution "Reorganisation der Partei" eindeutig auf eine Verzögerung der Umstellungen hinauslief (vgl. BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 227, I, e-g) wurde nach dem Parteitag von der Org.abteilung des EKKI kritisiert (vgl. Brief der Org. abteilung des EKKI, a.a.O., S. 71). Wie unklar aufgrund der praktischen Schwierigkeiten das Verhältnis Betriebs - Straßenzellen war, zeigt der Artikel Ulbrichts zur Vorbereitung der 2. Org.konferenz ("Die Straßenzellen", INPREKORR, 1926, Nr. 4, S. 77 ff) und die Diskussion auf der 2. Org.konferenz (vgl. INPREKORR., 1926, Nr. 60, S. 854 ff.; Nr. 65, S. 945.; Nr. 68, S. 1069 ff.).

334 BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 121.

335 "Brief der Org.abteilung", a.a.O., S. 71; In dem Bezirk, der als erster dem "Offenen

Der Orgbrief des EKKI konstatierte nicht nur, daß die bestehenden Betriebszellen in der "Mehrzahl wenig aktiv" seien und "die Reorganisation der Orts- und Stadtorganisationen auf der Basis der Betriebszellen ... nur in wenigen Ausnahmen durchgeführt" sei, sondern auch einen allgemeinen Rückgang der Betriebszellenarbeit seit dem Parteitag und belegt die Behauptung, daß dies "vor allem Folge der Vernachlässigung der Zellenarbeit durch die Parteileitungen" sei durch Beispiele: weder bei der Zentrale (bzw. ab dem Parteitag dem ZK) noch bei den Bezirksleitungen wurden "Orgabteilungen zur systematischen Führung der Organisationsarbeit geschaffen" (336); die Verbindung von Organisation und politischen Kampf innerhalb der Kampagnen wurde dadurch verhindert, "daß das Flugblatt zum Antikriegstag am 8. August nur von der Wohnbezirksorganisation und nicht durch die Betriebszellen verteilt" wurde, weil "die Zellenorganisation – im Gegensatz zur Wohnbezirksorganisation – dafür noch nicht genügend vorbereitet" gewesen sei nach Ansicht der BL Berlin-Brdbg. (337)

Durch das Nebeneinander von Betriebszellen und alten Wohnorganisationen wurde "die Zellenarbeit direkt unmöglich" gemacht; es bestehe eine allgemeine Unfähigkeit der Leitungen, die Arbeit der Betriebszellen zu führen, bei der Durchführung der Beschlüsse zu helfen und die technischen Fragen zu regeln. (338) Parteiarbeit leisteten fast nur die Funktionäre; der demokratische Zentralismus funktioniere nicht, wenn "die gründliche Vorberatung der Beschlüsse in den Zellen" unterbleibe, die Beschlüsse also "meist nur aus Disziplin mehr oder weniger schlecht ausgeführt" würden. (339)

Wie es in der Partei aussah, charakterisieren die Auseinandersetzungen bzw. die Abrechnung mit Fischer-Maslow auf dem VI. EKKI-Plenum; Manuilski:

> "Sie, Ruth Fischer, in der Rolle der Retterin der Komintern! Lachen Sie nicht. Sie, die sie beinahe die Kommunistische Partei Deutschlands zugrundegerichtet haben. Was ist in der KPD nach Ihnen übrig geblieben? Im Ruhrgebiet, dieser ihrer Bedeutung nach wichtigsten Organisation, sind Ihnen nur noch 4000 Parteimitglieder übrig geblieben. Nachdem sie fort waren, ist es innerhalb weniger Monate gelungen, die Zahl der Parteimitglieder um mehr als das Doppelte zu erhöhen..." (340)

Im "politischen Bericht der Zentrale" vor dem Parteitag hieß es, der KPD sei es "gelungen, ihren Einfluß auch in Zeiten der Flaute, der scheinbaren Stabilisierung zu behaupten und das Vertrauen unter Millionen Arbeitern zu festigen." (341) In Wahrheit war die Führung der KPD, zumindest Ruth Fischer, ganz anderer Meinung, einer Meinung, die selbst offen den eigenen Bankrott erklärt; die Demoralisierung, die Passivität der Mitglieder wie

---

Brief zustimmte, wurde in 264 von 330 Betriebszellen (Erzgebirge) kassiert; in Württemberg in 116 von 148; Thüringen 162 von 176; Ruhrgebiet 29 von 122; Halle-Merseburg 7 von 71; Hessen-Waldeck war ein ultralinker Bezirk; in Berlin wurde am 31.12.24 in 2 Zellen kassiert, 6 Monate später also in zwei weiteren; der Bericht auf dem Parteitag spricht nur allgemein von einer Kassierung in 796 Zellen, d.h. 30 % (BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 123); die Kassierung war das "organisatorische Gerippe" der Betriebszelle, wie vorher auch der Wohnorganisation; die Kassierung sollte "den Zusammenhalt und die Übersicht über die Mitgliedschaft" garantieren. (vgl. "Die Zelle, das Fundament der Partei", INPREKORR., 1926, Nr. 4, S. 51; dieser Artikel ist ein Teil der Richtlinien der KPD vom 7.9.1925 für die Durchführung der Reorganisation).

336 "Brief der Org.abteilung", a.a.O., S. 71.

337 Ebda., S. 73.

338 Ebda., S. 74.

339 Ebda., S. 77.

340 PROTOKOLL ERW. EKKI Febr./März 1926, a.a.O., S. 627. 1923 hatte der Bezirk Ruhrgebiet 21 259 Mitglieder, vgl. Weber, a.a.O., S. 374.

341 BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 30.

der Arbeiterklasse wird nicht etwa auf die Folgen der eigenen Politik zurückgeführt, sondern auf die SPD (342) und voll Zynismus auf eine unter den Mitgliedern angeblich verbreitete mystische Untergangssehnsucht:

> "Ich glaube, daß die Ursache der Schwierigkeiten aus zwei Hauptquellen kommt, die aber im Zusammenhang miteinander stehen. Erstens aus einer versteckten Liquidatorenstimmung tief in der Masse der Mitgliedschaft, die sagt: wir haben keinen Sieg errungen, wozu sollen wir uns plagen, eine kommunistische Partei aufzubauen. Wir können ebenso gut Klassenkampf in der Sozialdemokratie machen. Als Beispiel, als Beweis dafür gilt, daß unsere Parteigenossen mit geradezu leidenschaftlicher Begeisterung Demonstrationen und Roten Frontkämpferbund machen. Warum ? Weil sie sich damit vorspiegeln, daß sie an der Eroberung der Macht stehen, daß sie damit spielen können, Revolution zu machen, ohne die kleine Organisationsarbeit zu leisten. Meine Überzeugung ist, daß der Demonstrationscharakter überwiegt, weil unsere Leute sich flüchten in diese Demonstrationen, um die tägliche Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben nicht machen zu müssen." (343)

Die Lösung der Organisationsfrage, die praktische Durchführung der Beschlüsse des 10. Parteitages war in der KPD nur noch möglich durch den Kampf gegen Personen, durch die Absetzung der Führung. (344)

---

342 "Ich habe schon darauf hingewiesen, daß breite Schichten der Arbeiterschaft in die Arme der Reaktion zurückgetrieben wurden durch die Politik der Sozialdemokratie. Aber es kommt noch schlimmer. Die Arbeiterschaft ist demoralisiert, ist gespalten, die Verärgerung und die Passivität in der Gewerkschaftsfrage ist ein Hauptresultat jener Politik." (BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 505, "Lage-Referat R. Fischers".)

343 Aus der Rede R. Fischers in der dt. Kommission des EKKI-Präsidiums auf den Beratungen ders 2. dt. Delegation vom 12.-14.8.25, abgedr. in: "Brief des EKKI", a.a.O., S. 47; vgl. dazu Fieber, a.a.O., S. 140 f.

344 Die Fischer-Maslow-Führung hatte nicht nur die Beschlüsse des 10. Parteitages nicht durchgeführt, entscheidend für ihren Sturz war gleichermaßen die "doppelte Buchführung" gegenüber der KI, z.T. aus Furcht vor einer 'Rechtswendung' der KI, wobei aber nicht erwartet werden darf, daß dies etwa Ergebnis der Einsicht in die Revision des Marxismus durch Stalin und Bucharin gewesen wäre. Der einzige, der dazu in der Lage war in der dt. KP und die Ansätze auch lieferte, Karl Korsch, wurde von den Fischer-Maslow schon seit Jahren bekämpft. Andere Gründe für den Sturz waren das versteckte Paktieren mit den (aus der Führung ausgeschlossenen) 'Ultralinken'; die Rebellion gegen die persönliche Diktatur Ruth Fischers und die Verunmöglichung der Parteidemokratie; vgl. dazu "EKKI-Brief", Brief der Org. abtlg.", a.a.O.; vgl. die Diskussion auf dem 6. EKKI-Plenum, a.a.O., vgl. Weber a.a.O., S. 120 ff; vgl. Fieber, a.a.O., S. 140 ff.
Der ultralinke Scholem 'zur Schuldfrage': "Die Verantwortung für den Zusammenbruch der linken Berliner Organisation trägt, das kann ernsthaft nicht bestritten werden, die Genossin Ruth Fischer." (Werner Scholem: "Die Berliner Organisation wieder ein Damm gegen die Rechten", DIE INTERNATIONALE, 1925, H. 10, S. 623).

INFORMATIONSDIENST
des Sozialistischen Lehrerbundes

Der Informationsdienst soll dem Aufbau einer besseren Kommunikation unter den progressiven Lehrern in der Bundesrepublik dienen und erscheint sechs Mal im Jahr. Probeheft bei Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, (nur gegen Bezahlung, DM 2,– in Briefmarken beifügen).

Der Offene Brief des EKKI, der in der KPD wie eine Bombe einschlug und den Sturz der Fischer-Maslow-Führung einleitete (345), fand in der KPD sehr schnell volle Unterstützung vor allem die der Betriebsarbeiter und der Betriebszellen. (346)

Durch neue Richtlinien für die Durchführung der Reorganisation, (347) durch den Umbau der Orgabteilung, wurden die technischen Möglichkeiten für die Durchführung der Reorganisation geschaffen (348); die Bildung einer neuen Gewerkschaftsabteilung schaffte die Voraussetzungen für die diesbezügliche Durchführung der Beschlüsse des 10. Parteitages. (349)

"Eine der wichtigsten organisatorischen Konsequenzen", die aufgrund der Parteidiskussion über den Offenen Brief sofort durchgeführt werden sollte, war die "Neuwahl aller Organe von den Betriebszellen bis zu den Bezirksleitungen" nicht aufgrund "technischer Maßregelungen oder Ersetzungen" sondern durch "Auswahl der besten Parteiarbeiter für alle leitenden Funktionen", das hieß, "die besten Genossen aus den Betriebszellen in die leitenden Körperschaften der Partei." (350) Ob die Diskussion "gründlich und sachlich" geführt werden konnte, ist zu bezweifeln, wenn gleichzeitig von vornherein dekretiert wurde "wer gegen den Brief stimmt, entscheidet sich gegen die Komintern und gleichzeitig gegen Sowjet-Rußland." (351) Genauso im Offenen Brief: "Jede bisherige Abweichung von der kommunistischen Politik begann in Deutschland mit einer Attacke gegen Sowjetrußland, die RKP, die Komintern." (352)

Der "Arbeitsplan" von August bis November bestimmte: "Die kommenden zwei Monate sollen in erster Linie einer umfassenden gründlichen Organisationsarbeit gewidmet sein; Demonstrationen und Versammlungskampagnen nur bei ganz dringenden Anlässen." In einer "Revisions- und Reorganisationswoche" vom 1. bis 15. November sollte der tatsächliche Stand der Arbeit und der Organisation in allen Bezirken sowie die Organisation der Betriebszellen in den wichtigsten Bereichen festgestellt werden. (353)

345 Nach der ersten Parteikonferenz (31.10.-1.1.25), auf dem Plenum des ZK am 6.11.25 wurden Fischer und Maslow aus dem Pol.Büro (vgl. Fieber, a.a.O., S. 193 f.) und im August 1926 aus der KPD ausgeschlossen (vgl. Weber, a.a.O., S. 161).

346 Vgl. "Aus der Praxis der Reorganisation", INPREKORR., 1926, Nr. 4, S. 60 ff., insbesondere S. 61; in dem hier veröffentlichten Material der Org.abteilung der KPD kommt zum Ausdruck, daß sich keine einzige Betriebszelle gegen den Offenen Brief ausgesprochen hatte. Vgl. dazu auch die bei Wilhelm Ersil, Ernst Laboor auszugsweise abgedruckten Briefe ("Die Parteidiskussion im Sept./Okt. 1925 und ihre Bedeutung für die marxist.-leninist. Entwicklung der KPD", BZG, 1966, H. 4, S. 601).

347 "Die Zelle, das Fundament der Partei", a.a.O.

348 Vgl. Fieber, a.a.O., S. 149 f.

349 Ebda., S. 150; erst 1928 hatte die KPD quantitativ etwa den Einfluß in den Gewerkschaften von 1923; (Piatnitzki: "Das Problem der organisatorischen Verankerung des ideologischen Einflusses der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern", in: KOMM. INTERNATIONALE, 1928, H. 38, S. 2347.).

350 Referentenmaterial Nr. 1, FÜR DIE PARTEIDISKUSSION, hrsg. v. ZK, Berlin 25.9.25, S. 3 (nur als Manuskript gedruckt).

351 Ebda., S. 3 f.

352 Brief des EKKI, a.a.O., S. 48. Welche Auswirkungen das hatte, zeigt der die 1. Abstimmung der Berliner Bezirksleitung und des Zentralvorstandes gegen den Offenen Brief revidierende 2. Beschluß, der nicht etwa aus Einsicht in die falsche Politik der Fischer-Maslow erfolgte, sondern um den Eindruck der 1. Abstimmung zu vermeiden, "die Berliner Spitzenkörperschaften (wären) gegen die Komintern. Das ist für uns untragbar. Wir sehen ein, daß alle unsere Vorbehalte zu Fragen zweiter und dritter Ordnung herabsinken, angesichts der Tatsache, daß wir in erster Linie klarstellen müssen, ob wir für oder gegen die Komintern sind." (Referentenmaterial Nr. 1, a.a.O., S. 29) Das ist nichts anderes als die politische Erscheinung der Bucharinschen Stabilisierungs-Analyse.

Das bedeutete aber keineswegs, daß die KPD nun auch mit ihrer sektiererischen 'Auffassung' von der "einzigen Arbeiterpartei", der 'organisierten Revolution' und den übrigen Phrasen brach: "Die Teuerung steigt, die Massen kommen in Bewegung ... Jetzt gilt es für die Partei zu beweisen, daß sie die einzige Arbeiterpartei ist, d.h. die Führung bei diesen Massenmobilisationen in den Händen hat und in den Händen behält. Jetzt ist Organisation alles." (354)

Zur 1. Reichsparteikonferenz, die das ZK umbildete (355) und dem 10. Parteitag entsprechende Beschlüsse zur Einheitsfrontpolitik, Gewerkschaftsarbeit, zur Frage der innerparteilichen Demokratie und zur Reorganisation (356) faßte, waren zum ersten Mal die Delegierten auf der Grundlage der Betriebszellen gewählt worden. (357)

Das Problem war theoretisch klar. (358) Aus den Erfahrungen der russischen Revolution, dem Kampf der Linken im Weltkrieg, den revolutionären Kämpfen 1918/19, dem Kapp-Putsch, den Ruhrkämpfen, der Oktoberniederlage und der Illegalität hatte die KPD in der Organisationsfrage o r g a n i s a t o r i s c h die richtigen Konsequenzen gezogen. Die neue Führung der KPD sollte die praktische Durchführung leisten.

353 KPD-RUNDSCHREIBEN NO. 1, Arbeitsplan August/November, hrsg. v. ZK der KPD, Berlin, 25.8.1925 an die Bezirksleitungen, Redaktionen, Unterbez.-Leitungen, Arbeitsgebietsleitungen, Ortsgruppenleitungen, Zellenleitungen, nur als MS gedruckt, S. 3; S. 30.

354 KPD-RUNDSCHREIBEN NO. 1, a.a.O., S. 6 und 25. Es ist möglich, daß das Rundschreiben noch ohne Berücksichtigung des Offenen Briefes und des damit eingeleiteten "Neuen Kurses" verfaßt wurde, das Gewicht dieser Ausführungen evtl. relativiert werden müßte, zumal im Offenen Brief gefordert wurde, "weniger davon (zu reden), daß die kommunistische Partei Deutschlands die einzige Arbeiterpartei ist!" ("Brief des EKKI", a.a.O., S. 58).
Im RUNDSCHREIBEN NO. 5 wird darauf hingewiesen, daß dieses "vorzeitig" herausgegeben worden sei, "weil durch die Veröffentlichung des EKKI-Briefes eine neue innerparteiliche Situation gegeben ist." (RUNDSCHREIBEN NO. 5. Unsere Arbeit; Oktober/November, Arbeitsplan Oktober/November, hrsg. vom ZK der KPD Berlin, den 26.9.1925, an die Bezirksleitungen usw. S. 4.)
Im Arbeitsplan selbst wird aber beständig auf das RUNDSCHREIBEN NO. 1 verwiesen, bezüglich der "allgemeinen Arbeit", also Kampagnen, Org.Arbeit, Wahlen etc., (vgl. RUNDSCHREIBEN NO. 5, a.a.O., S. 2 und 3).

355 Vgl. Fieber, a.a.O., S. 193.

356 "Resolution zur Organisationsfrage, angenommen auf der 1. Reichsparteikonferenz der KPD in Berlin am 1.11.1925", abgedr. in: GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Bd. 4, a.a.O., S. 434/35.

357 Von 253 Delegierten kamen 168 unmittelbar aus den Betrieben (vgl. Fieber, a.a.O., S. 176). Diese Zahl ergibt sich auch aus den Angaben Piatnitzkis ("Vor der 2. Internationalen Organisationsberatung der Sektionen der KI", INPREKORR, 1926, Nr. 4, S. 38); Weber gibt 249 an (a.a.O., S. 133).

358 Die 2. Orgkonferenz vom 10. bis 17.2.1926 beschäftigte sich in Fragen der Betriebszellenorganisation nur noch "rein praktisch" mit der "Organisierung und Tätigkeit der Zellen" (vgl. Piatnitzki: "Vor der 2. ...", a.a.O., S. 38).

359 entfällt

Wir bitten unsere Abonnenten, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

4. Die Durchführung in der Praxis

In den vorhergehenden Teilen dieser Arbeit wurde versucht, die Organisationsfrage zu untersuchen unter der Dialektik von objektiven Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse in der monopolkapitalistischen Gesellschaft – deren richtige, konkrete Analyse in der revolutionären Partei erscheint – und (damit) der Schaffung der Voraussetzung, die die Partei zu dieser Taktik erst befähigen (vornehmlich ihr Ursprung in der Arbeiterklasse, ihre Verankerung in den Betrieben). Es wurde gezeigt, daß in der hierfür entscheidenden Phase, der Zeit von 1920/21 bis 1925, die KPD der Bewältigung dieses dialektischen Zusammenhangs, die den Charakter der Partei als revolutionäre Partei, als Avantgarde des Proletariats beweist, weder in der Theorie noch in ihrer Praxis gerecht wurde. (360)

Im folgenden werden die zusätzlichen objektiven Schwierigkeiten dargestellt, die zu überwinden unter den oben angegebenen fehlenden Voraussetzungen prinzipiell unmöglich war; vor allem aber in der Phase, in der die Widersprüche in den Bourgeoisfraktionen gegenüber der Phase von 1918-1923 in viel geringerem Maße zu Tage traten, die Herrschaft der Bourgeoisie sich gegenüber jener Phase stabilisiert hatte, die spontanen Massenkämpfe notwendig versandeten.

Wenn behauptet wird, daß die Lösung des zentralen Organisationsproblems der KPD zu spät in Angriff genommen wurde, geschieht das unter diesem Aspekt.

Der Kampf, die Verankerung in den Betrieben ist objektiv unmöglich in einer Phase der erstarkenden Konterrevolution ohne gleichzeitige, direkte, massive Unterstützung der in den Betrieben Kämpfenden durch den Kampf der Massen auf der Straße. In der Phase, in der diese Voraussetzungen – zumindest eher – bestand, beging die KPD jenes – wie Lenin es nannte – "größte Verbrechen".

Die 'zusätzlichen Schwierigkeiten', mit denen die KPD zu kämpfen hatte, und die dazu beitrugen, ihre Verankerung in den Betrieben zu verhindern, charakterisiert am besten der folgende Satz:

> "Das liegt daran, daß wir viele Genossen verloren haben, die aktiv tätig waren bis Oktober 1923 und die Genossen, die wir noch haben, sind durch die Genossen, die wir verloren haben, flau geworden. Wenn wir zusammen kommen in einem roten Kartell und Stellung nehmen zu den Aufgaben der Zellen, dann sehen wir, daß der eine Genosse sagt: was meinst Du wohl, ich bin jetzt im Betrieb, ich lag 1 1/2 Jahre auf der Straße, ich habe Frau und Kinder zu ernähren, ich bin froh, daß ich jetzt wieder Arbeit habe, ich kann es nicht machen. Ein anderer sagt, bei uns im Betrieb da ist es so mies, da ist es überhaupt nicht möglich." (361)
>
> "Ist die Zellenbekämpfung schon in den privaten Betrieben ebenso notwendig wie schwer, so ist es für die staatlichen Betriebe noch wesentlich notwendiger, aber auch viel schwieriger, weil hier seitens der KPD noch viel vorsichtiger gearbeitet wird."

Diese Schreiben des "Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung" (362) weist an sich bereits ausreichend darauf hin, sowie sein Hinweis an die Länder "daß die Betriebszellenarbeit illegalen Charakter trägt...", die Betriebszellen strafrechtlich Verschwörerorganisationen seien (363), daß das Kapital, 'sein' Staatsapparat und – bei Gelegenheit – gleichfalls Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht etwa so beschränkt sind, und in den Betrieben nicht die Basis der Gesellschaft erkannten, ihrer

360 Daß dies auch für die anschließende Phase, vor allem ab Anfang 1928 zutrifft, wurde schon bemerkt.
361 De Vries, Nordwest, BERICHT 9. PARTEITAG, a.a.O., S. 471.
362 Vom 22.9.1924, zit. n. Klaws, BZG, a.a.O., S. 503.
363 Nach § 128 STGB; zit. n. Klaws, ebda., Anm. 31.

Ökonomie und ihrer Herrschaft, ganz im Gegenteil: (364) nirgendwo ist die herrschende Klasse schneller bereit zum Zuschlagen und schlägt sie brutaler zu als bei 'Störung des Betriebsfriedens' und bedient sich dabei der in aller Primitivität 'legal' ausgeübten Gewalt: sie läßt Streiks nicht nur durch Polizei und Armee zerschlagen, die Streikenden durch ihre Justiz verfolgen; sie ruft nicht nur dazu auf "schlagt ihre Führer tot" (365), sie setzt auch Kopfgelder auf Kommunisten aus (366), sie setzt nicht nur politische Polizei und Werkspitzel (367), sondern auch Detektivagenturen auf Kommunisten an (368); sie bedient sich solcher funktional terroristischer Institutionen wie der "Teno" (369), der "Werkspolizei" (370), sog. "Werksportvereine" (371) oder bildet selbst Betriebszellen: die sog. "weißen" oder "gelben", wie z.B. dies der frühere Reichsminister des Inneren, Jarres, tat, und dafür aus dem "Republikschutzfonds" des Reichsinnenministeriums die finanziellen Mittel bekam. (372) In ländlichen Gebieten übernehmen offen faschistische Verbände diese Arbeit; (373) in den Industriezentren werden SA-Kasernen in unmittelbarer Nähe der großen Betriebe eingerichtet. (374)

364 Vgl. etwa einen diesbezüglichen Abschnitt aus "Der Arbeitgeber", zit. in: PARTEIARBEITER, 10. Jg. 1932, Nr. 2, S. 52/53; so auch die Geschäftsleitung der "Vereinigung der Dt. Arbeitgeberverbände", zit. bei Fieber, a.a.O., S. 131.
365 "Solange die KPD noch ihre Führer hat – für rechtzeitigen Ersatz und für die Heranbildung dieses Ersatzes hat sie längst Sorge getragen – solange besteht die kommunistische Gefahr für Deutschland und für die ganze Welt weiter." ("Der Arbeitgeber", zit. n. PARTEIARBEITER, 10. Jg. 1932, Nr. 2, S. 53).
366 So z.B. die Direktion der Anilinwerke zur Ergreifung des Herstellers der Parteizellenzeitung 3000 Mark, vgl. INPREKORR 1925, Nr. 40, S. 605 u. 602.
367 Vgl. Prot. Erw. Exekut. Febr./März 1926, a.a.O., S. 521; vgl. BERICHT 9. PARTEITAG, a.a.O., S. 121.
368 So z.B. die Pinkerton Gesellschaft, einer internationalen Agentur, die den Unternehmern per Werbebrief ihre diesbezüglichen Dienste offerierte. Vgl. PARTEIARBEITER, 5. Jg. 1927, Nr. 3 und 6. Jg. 1928, Nr. 1, S. 30 f.
369 Technische Nothilfe, entsprechend dem heutigen Werkschutz, Vgl. BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 120.
370 Ebda., S. 121.
371 Vgl. PARTEIARBEITER, 5. Jg. 1927, Nr. 6, S. 189.
372 Gustav Herzog: "Weiße Betriebszellen in Deutschland", INPREKORR, 5. Jg. 1925, Nr. 112, S. 1762/63; diese Betriebszellen der Unternehmer arbeiteten eng mit der Teno zusammen, die genauso international organisiert war, wie die "Gelben". Die SPD ging ab 1925 im Verein mit den Gewerkschaften dazu über, ebenfalls Betriebsorganisationen aufzubauen; obwohl sie u.a. zur "Schwächung der KPD", zur "Abwehr gegen die bösartige Zersetzungs- und Radaupolitik der Kommunisten in den Gewerkschaften..." gegründet wurden, ist ihr grundsätzlicher Zweck nicht der Terror gegen die Kommunisten; Vgl. PARTEIARBEITER, 4. Jg. 1926, H. 2, S. 163 f; vgl. W. Ulbricht: "Organisationsfragen der Sozialdemokratie", INPREKORR, 1925, Nr. 84, S. 1154 ff.; vgl. INPREKORR 1925, Nr. 117, S. 1632; INPREKORR, 1926, Nr. 4, S. 39/40.
Auch die Faschisten bilden schon ab 1925 Betriebszellen, vgl. INPREKORR, 1925, Nr. 117, S. 1632; vgl. "Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß", a.a.O., S. 19; vgl. PARTEIARBEITER, 10. Jg. 1932, H. 1, S. 21.
Kaasch gibt für 1927 an, daß vor allem die Großbetriebe von SPD, Zentrum und Faschisten beherrscht wurden, bes. in der chem. Industrie, (vgl. Kaasch, Wienand: "Die soziale Struktur der KPD", DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE, 1928, H. 19, S. 1058).
373 Vgl. BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 455.
374 Vgl. PARTEIARBEITER, 1932, H. 1, S. 21/22.

Dies alles sowie die zusätzlichen Denunziationen durch die Bürokraten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften (375) zwang die Betriebszellen der KPD von Anfang an zur illegalen Arbeit: "Die Verfolgung durch die Polizei und die Staatsbehörden und durch die Pinkertons der Sozialdemokratie haben einen derartig großen Umfang angenommen, daß die Betriebszellen es überhaupt nicht wagen dürfen, sich öffentlich zu betätigen." (376)

Die unmittelbarste und wirksamste Maßnahme der vereinigten Konterrevolution bestand in der Entlassung eines jeden Arbeiters, schon allein wenn er "eine Zellenzeitung bei sich trägt"; (377) "kommunistischer Sympathien überführte Arbeiter" kommen auf die unter den Unternehmern zirkulierenden 'Schwarzen Listen'; vor allem in den Großbetrieben und vor allem dort, wo rationalisiert wird, wird "jeder neu eingestellte Arbeiter vorher auf Herz und Nieren auf seine politische Zuverlässigkeit geprüft." (378)

Auf der ersten Orgkonferenz wurde festgestellt, daß "in Deutschland unsere besten Genossen aus den Betrieben verjagt worden sind." (379)

Klaws konnte als erster den Zusammenhang zwischen Rationalisierung, Entlassungen, den davon in erster Linie betroffenen Kommunisten und dem Zurückgehen der Betriebszellenzahlen am Beispiel Großberlins nachweisen: (380)

Arbeitslosigkeit in Berlin (381)

10.10.1925	49 395	eingetragene	Arbeitslose
01.12.1925	100 000	"	"
16.01.1926	189 337	"	"
30.01.1926	233 124	"	"
30.03.1926	246 812	"	"
17.07.1926	276 917	"	"
22.01.1927	284 612	"	"

375 Vgl. H. Remmele: "Zur Gewerkschaftsarbeit der KPD", KOMMUN. INTERN., 1928, H. 7/8, S. 423; vgl. BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 121; vgl. Klaws, BZG, S. 503; vgl. INPREKORR, 1925, Nr. 40, S. 601; vgl. PROT. ERW. EXEKUT., Febr./März 1926, a.a.O., S. 521; vgl. "Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß", a.a.O., S. 15; die gewerkschaftlich organisierten Kommunisten mußten nicht nur Reverse unterschreiben, sich jeder Arbeit gegen die Gewerkschaften zu enthalten, sondern auch solche, gegen die KPD zu kämpfen, (vgl. PARTEIARBEITER, 1929, Nr. 3, S. 73 ff.).

376 INPREKORR, 1925, Nr. 40, S. 602; vgl. ebenso: "Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß", a.a.O., S. 15.

377 Anweisung der Leunadirektion, (Vgl. INPREKORR, 1925, Nr. 40, S. 605); die Arbeitsordnung der chemischen Großindustrie verbot jeglichen Schriftenvertrieb. (Vgl. PARTEIARBEITER, 1926, H. 3, S. 75).

378 "Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß", a.a.O., S. 14 u. 15.

379 INPREKORR, 1925, Nr. 45, S. 655; der Anteil der arbeitslosen Funktionäre am Funktionärskörper der einzelnen Bezirke war 1931 fast überall größer als 1/3, (August Creutzburg: "Der Stand der Organisationsarbeit der KPD und ihre nächsten Aufgaben", KOMM. INTERN., 1931, H. 7, S. 290).

380 Walter Klaws: "Vom Anfang der Betriebsparteiorganisation. Die 'goldenen zwanziger Jahre'." Arbeitstitel: DAS RINGEN UM DIE DURCHSETZUNG DER BETRIEBSZELLEN IN DER BERLINER PARTEIORGANISATION DER KPD IN DEN JAHREN 1924 bis 1929, Berlin 1967/69, unveröffentlichtes Manuskript. Im Folgenden alle nicht anders gekennzeichneten Angaben danach.

381 Landesarbeitsamt Berlin, nach Klaws.

Auswirkungen der Rationalisierung/Entlassungen

	Beschäftigte	
	Frühjahr 1925	Frühjahr 1926
AEG-Ackerstraße (Zähler)	4 200	2 150 (a)
AEG-Kabelwerk Oberspree	7 300	3 800
NAG-Oberschöneweide (Metall)	4 200	1 300
AEG-Henningsdorf (Stahl + W-Werk)	4 900	2 650
Bergmann-Rosenthal	4 300	2 200
Schwarzkopf/Maffei	4 000	1 900
Borsig	7 000	3 000
Siemens	Verminderung um 50 % und Kurzarbeit (b)	

a) gleichzeitig Steigerung der Arbeitsproduktivität um 100 %, Zählerproduktion auf Fließband eingeführt 1924

b) gleichzeitig Steigerung der Arbeitsproduktivität um 100 %, Fließbandproduktion 1925 eingeführt.

Schwächung der Betriebszellen durch Entlassungen am Beispiel der Zelle AEG-Henningsdorf:
Frühjahr 1925: 112 Zellenmitglieder
bis Frühjahr 1926: 42 Zellenmitglieder entlassen

Zahl der Berliner Betriebe 1925:	1 424
Zahl der Berliner Betriebszellen 1925:	626 (382)
Zahl der Berliner Betriebszellen am 31.5.26:	522 (12 105 Mitglieder) = 407 Betriebszellen 115 Straßenzellen
Zahl der Berliner Betriebszellen 1927:	316 Betriebszellen 187 Straßenzellen (383)
Zahl der Berliner Betriebszellen 1929:	270 Betriebszellen (384)

	Betriebszellenmitglieder	Straßenzellenmitglieder
1925/26	7 264	4 808
1926	60 % Parteimitgl.(385)	
1927	40,8 % Parteimitgl.(386) 50,9 % Parteimitgl.(einschl. Zugeteilten) (386)	49,1 % (386)
1928	3 944 = 29 % Parteimitgl.	9 252 = 71 % (387)
1929	25 % Parteimitgl. (388)	

382 Berlin nach den 20 Verwaltungsbezirken; darunter auch Sammelzellen, d.h. mehrere Betriebe gleicher oder ungleicher Branche, z.B. "Betriebszelle rund um den Lützowplatz"; (vgl. dazu auch PARTEIARBEITER, 1925, Nr. 1, S. 5).

383 Kaasch: "Soziale Struktur", a.a.O., S. 1057.

384 Das bedeutete, daß nicht einmal in allen 313 Berliner Betrieben mit über 500 Beschäftigten Zellen existierten; das Verhältnis von eingegangenen zu neugegründeten Betriebszellen war Anfang 1928 41:6; ab 1929 mit Zunahme der Arbeitslosigkeit zerfielen die Betriebszellen rapide.

385 PROTOKOLL 10. PLENUM, a.a.O., S. 247 (Bezirk Brandenburg).

386 Kaasch, a.a.O., S. 1057 (Bezirk Berlin-Brandenburg).

387 Bericht BL-Bln.-Brdbg. v. 31.1.1929, S. 251, zit. n. Klaws; in der Provinz Brdbg. befanden sich nur 174 Mitglieder = 6,1 % der Gesamtmitglieder in Betriebszellen.

388 PROTOKOLL 10. PLENUM, a.a.O., S. 247.

In Berlin gab es 1925/26 86 Zellen in Großbetrieben (1000 Beschäftigte und mehr) und 240 Zellen in Mittelbetrieben (300-1000 Besch.) und 300 Zellen in Kleinbetrieben. (389)

Mitgliederstärke der Zellen in Berlin

Großbetriebszellen	3 - 150 Mitglieder
Mittelbetriebszellen	3 - 40 Mitglieder
Kleinbetriebszellen	1 - 15 Mitglieder

Beschäftigte KPD-Mitglieder in Berlin-Brandenburg in

Großbetrieben	20 - 25 %	(1925/26)
Kleinbetriebe	42 - 50 %	(1925/26)
Arbeitslos	35 - 38 %	(1925/26)

Für 1927 liegen nur allgemeine Zahlen vor, es waren 51,7 % in Betrieben beschäftigt; 18% waren arbeitslos. (391) Im Oktober 1930 waren 45,4 % in Betrieben beschäftigt. (392)

Die beschäftigten Parteimitglieder in einem industriellen Stadtbezirk Berlins Ende 1925 verteilten sich wie folgt: (393)

Kleinbetriebe bis	50	Beschäftigte auf	6 Arb.	1 Kommunist
Kleinbetriebe von	50-100	Beschäftigte auf	24 Arb.	1 Kommunist
Mittelbetriebe von	100-500	Beschäftigte auf	49 Arb.	1 Kommunist
Mittelbetriebe von	500-1000	Beschäftigte auf	58 Arb.	1 Kommunist
Großbetriebe	1000-5000	Beschäftigte auf	137 Arb.	1 Kommunist
Großbetriebe	5000-10000	Beschäftigte auf	189 Arb.	1 Kommunist

Kaasch gibt für 1927 die prozentuale Verteilung der Mitglieder der Berliner Parteiorganisation an: (394)

in Betrieben		bis	50 Arb.	18,7 % der Mitgl.
in Betrieben	von	51-100	Arb.	5,8 % der Mitgl.
in Betrieben	von	101-500	Arb.	13,0 % der Mitgl.
in Betrieben	von	501-1000	Arb.	5,7 % der Mitgl.
in Betrieben	von	1001-3000	Arb.	5,2 % der Mitgl.
in Betrieben	von	3001-5000	Arb.	1,8 % der Mitgl.
in Betrieben	über	5000	Arb.	1,5 % der Mitgl.

Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg gibt für 1925/26 an, daß "fast die Hälfte aller Parteimitglieder (im Berliner Stadtgebiet) ... arbeitslos" wurden. (395) Eine andere Quelle stellt auch für Berlin fest: "Die Entlassungen trafen selbstverständlich unsere besten Genossen." (396)

Was hier für Berlin exakt bewiesen werden konnte, trifft gleichermaßen auf die Situation der Kommunisten in den Betrieben im ganzen deutschen Reich zu und verschlechterte sich ständig, vor allem während der Wirtschaftskrise ab 1928. Von entscheidender Bedeutung für die zunehmende Einflußlosigkeit der Kommunisten in den Arbeitskämpfen und gleichzeitig für das Scheitern der Verankerung in den Betrieben war, daß die Kommunisten vor allem aus den Großbetrieben flogen, den proletarischen Zentren, in denen das jeweilige Kapital aufgrund seiner Monopolstellung am hemmungslosesten unter den Arbeitern, vor allem unter den kommunistischen, wüten kann. Nicht nur sank der Anteil der in Betrieben beschäftigten Kommunisten ständig, zusätzlich kam es – innerhalb der Tendenz des Kapitals, aufgrund seiner Verwertungsbedingungen die Produktionskosten auf Kosten der Ware Arbeitskraft zu senken, d.h. unter anderem laufende Dequalifizierung der Arbeitskraft – dazu, daß die KPD-Mitglieder erstens vor allem in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt waren, in denen der Anteil der qualifizierten Arbeitskräfte höher ist, die KPD-Zellen also sich vor allem aus qualifizierten Arbeitern zusammensetzten (397), in den großen entscheidenden Industriezentren also schwach waren. Ein Vergleich der 28 KPD-Bezirke zeigte 1928, "daß in den Bezirken Mitteldeutschlands, in Berlin, Wasserkante und Sachsen in den Großbetrieben stärkere kommunistische Betriebszellen vorhanden (waren), als dies noch in den Bezirken der gewaltigsten Trustmagnaten an der Ruhr, an der Saar und in Oberschlesien der Fall (war)." (398)

Die Reichskontrolle der KPD ergab für 1927, daß von den 143 172 Mitgliedern 53, 28 % in Betrieben beschäftigt waren, und 21,6 % arbeitslos. (399) Piatnitzki gibt auf dem XI. EKKI-Plenum im März 1931 den Prozentsatz der Betriebsarbeiter an der Gesamtmitgliedschaft für 1928 mit 62,3 %; für 1929 mit 51,6 %; für 1930 mit 32,2 %; für 1931 mit 20 bis 22 % an. (400) Diese Tendenz setzte sich bis zur Zerschlagung der KPD fort.

389 Bericht BL-Bln.-Brdbg. 1925/26, zit. n. Fieber, S. 65/66.
390 Ebda.
391 Kaasch, a.a.O., S. 1057.
392 Piatnitzki: "Brennende Fragen", a.a.O., S. 25.
393 PARTEIARBEITER, 1926, Nr. 1, S. 2.
394 Kaasch, a.a.O., S. 1056.
395 Bericht BL-Bln.-Brdbg. v. 15.11.1925 - 31.5.1926, S. 27, zit. n. Klaws; (Zusätze in Klammer von uns); in einigen Orten betrug die Arbeitslosigkeit bis zu 70 %, (Bericht 10. Parteitag, S. 121).
396 IML, ZPA 4/12, Bl. 94, zit. n. Klaws; direkte Auswirkungen der Entlassungen ist die "empfindliche Schwächung der Betriebszellenzeitungen" (Jan. 26:3; Febr. 26:3; März 26:12; April 26:17 jeweils in ganz Berlin; (Bericht BL, Bln.-Brdbg., a.a.O.).
397 1927: Industriearbeiter insgesamt 68,1 % der Gesamtmitglieder.
Gelernte: 39,92 % – Ungelernte: 28,18 % – Handwerkliche und Gewerbl. Arbeiter: 9,57 % (Kaasch, a.a.O., S. 1052);
1928: 39,92 % Gelernte, 18 % Ungelernte (Piatnitzki: "Das Problem...", a.a.O., S. 2688).
398 H. Remmele: "Zur Gewerkschaftsarbeit", a.a.O., S. 422.
399 Kaasch, a.a.O., S. 1060.
400 O. Piatnitzki: BRENNENDE FRAGEN. DIE ARBEIT UNTER DEN ARBEITSLOSEN. Partei- und Gewerkschaftsarbeit im Betrieb. Die Fluktuation im Mitgliederbestand. Bücherei des Parteiarbeiters, Bd. 2, Hamburg Berlin 1931, S. 25; im Oktober 1931 waren von den 23 000 Neuaufgenommenen nur 19,9 % Betriebsarbeiter. (PARTEIARBEITER, 1932, H. 1, S. 9).

NEUERSCHEINUNGEN

In der Reihe THEORIE UND PRAXIS:

Bd.3 Eugen Varga, Der deutsche Imperialismus – die historischen Wurzeln seiner Besonderheiten; mit Einleitung 56 S., DM 3.50

Bd.6 Kampf–Kritik–Umgestaltung: proletarische Schule und Universität in China (Kommunistische Jugend- und Erziehungsarbeit Teil 1); ca. 250 S., ca. DM 8.--

In der Reihe PROLETARISCH–REVOLUTIONÄRE ROMANE:

Bd.1 K.Neukrantz, Barrikaden am Wedding – Kampf einer Straßenzelle in den Berliner Maitagen 1929; 260 S. mit Nachwort, Fotos und Dokumenten zu den Maikämpfen 1929, DM 6.--

Bd.2 W.Schönstedt, Kämpfende Jugend – Kommunistische Jugendarbeit in Kreuzberg (1932); 158 S. mit Nachwort, Fotos und Dokumenten zur kommunistischen Jugendarbeit, DM 6.-- (Februar 71)

Oberbaumverlag - Verlag für Politik und Ökonomie - 1 Berlin 21 Bundesallee 1

Dies wurde von Koenen Ende Januar 1931 auf einer Mitgliederversammlung der KPD in Halle so zum Ausdruck gebracht:

> "Im Leunawerk müßte bei den 11 000 bis 12 000 dort beschäftigten Arbeitern mindestens eine Zelle von 600 bis 700 Kommunisten bestehen. Das wäre das mindeste. Aber wir haben nicht einmal dieses. Man schämt sich, es offen auszusprechen, wir haben im Leunawerk Null komma nischt." (401)

Das Resumee zog Piatnitzki 1933:

> "Man kann schätzungsweise annehmen, daß bis zum Hitlerumsturz die Zahl der in den Betrieben, und zwar nicht in den größten Betrieben, beschäftigten Kommunisten nicht mehr als elf Prozent der Gesamtzahl der Parteimitglieder ausmachte... Der Partei ist es bis auf den heutigen Tag nicht gelungen, sich in den Betrieben Stützpunkte zu schaffen..." (402)

Oben wurde festgestellt, daß je größer die Betriebe waren, desto kleiner die Anzahl der dort arbeitenden Kommunisten. Für 1927 ergab die Reichskontrolle 53,28 % Betriebsarbeiter in der KPD, davon arbeiteten:

in Betrieben (381) (bez. auf die Mitgliederzahl)

bis 50	bis 100	bis 500	bis 1000	bis 3000	bis 5000	üb. 5000
36,35 %	11,98 %	9,01 %	9,01 %	13,29 %	4,92 %	2,55 %
19,37 %	6,39 %	11,88 %	4,8 %	7,08 %	2,39 %	1,36 %

von 69 % Betriebsarbeitern 1928 (404)

39,00 %	11,43 %	18,76 %	9,59 %	14,81 %	3,1 %	3,4 %

Wie groß die Zahl der KPD-Großbetriebszellen war, zeigen folgende Angaben: 1929 hatte die KPD 1 411 Betriebszellen in den 191 211 deutschen Betrieben mit mehr als 10 Arbeitern, d.h. lediglich in 0,79 % aller deutschen Betriebe. 1 050 Betriebszellen bestanden in Klein- und Mittelbetrieben und 361 Zellen in Großbetrieben. (405)

Anzahl der Betriebe mit Zellen	Belegschaftsstärke	Prozentsatz der Betr. mit Zellen zur Gesamtzahl der Betr.
in 33 von 71	über 5000	46,478 %
in 328 von 1051	von 1000-5000	31,208 %
in 245 von 1780	von 500-1000	13,747 %
in 702 von 40188	von 50-500	1,747 %
in 103 von 148112	von 10-50	0,070 %

Der Vergleich mit dem bezüglich Berlins oben angegebenen Verhältnis von Kommunisten zu Arbeitern mit dem entsprechenden Verhältnis im Ruhrgebiet zeigt den weitaus geringeren Einfluß der KPD in der Schwerindustrie gegenüber der verarbeitenden Industrie: im Bezirk Ruhrgebiet waren im Mai 1927 54 % der KPD-Mitglieder in 268 Betriebszellen in 220 Betrieben mit zusammen 495 927 Arbeitern: (406)

401 DIE KOMMUNISTEN UND DIE GEWERKSCHAFTEN. (Hg.) DMV, Berlin o.J. 1931, Bl. 7,1; vgl. Piatnitzki: "Das Problem...", a.a.O., S. 2681: 1928 bestand der Betriebsrat der Leunawerke "in der Mehrzahl aus Kommunisten", ebenso die Vertrauensleute, bzw. waren letzte Sympathisierende; P. beziffert die gesamte Arbeiterschaft der Leunawerke damals mit 28 000.
402 Piatnitzki: "Die gegenwärtige Lage in Deutschland. Erg." Stenogramm eines Referats in der "Intern. Leninschule" vom 11.4.1933, Hamburg 1933, S. 28.
403 Kaasch, a.a.O., S. 1055.
404 PROTOKOLL 10. PLENUM, a.a.O., S. 248; die dortigen Angaben für 1927 weichen geringfügig von denen Kaasch's ab.
405 Piatnitzki: "Brennende Fragen", a.a.O., S. 29.
406 Vgl. Kaasch, a.a.O., S. 1056.

Betriebe mit Zellen	Belegschaftsstärke	Gesamtbelegschaft	Kommunisten auf	Arbeiter	ein Komm.
28	500-1000	19 560	277	70	"
152	1000-3000	278 777	1955	147	"
31	3000-5000	119 190	665	172	"
9	über 5000	82 450	391	235	"

Terror und Entlassung zerschlugen die Betriebszellen der KPD; Rationalisierung, Akkordarbeit samt alledem, was den Großbetrieb nach Marx als Zuchthaus auszeichnet, zwang viele Kommunisten vom Groß- in den Klein- und Mittelbetrieb und sogar in die Straßenzellen und zellenlosen Ortsgruppen überzuwechseln. (407)

Insgesamt gelang die Umstellung der KPD auf Betriebszellen nicht, im Gegenteil nahm nicht nur die Zahl der Straßenzellen ab 1926 ständig zu, sondern auch die Zahl der darin zusammengefaßten Mitglieder, unter ihnen ein großer Anteil Betriebsarbeiter, so daß die KPD mehrmals gezwungen war, die Straßenzellen zu teilen, (408) und wiederholt die "systematische Säuberung der Straßenzellen", in denen sich "immer noch viele betriebstätige Genossen" herumdrücken, gefordert wurde. (409)

Der Grad der erreichten Umstellung ist abzulesen am Prozentsatz der in Betriebszellen, Straßenzellen und Ortsgruppen ohne Zellen erfaßten Mitglieder:

	in Betriebszellen	in Straßenzellen	in Ortsgruppen o.Z.
1927	15 % (410)	47 % (411)	31 % (411)
1928	12 % (410)	42 % (411)	43 % (411)
1929	14,7 % (412)	45 % (413)	40,3 % (413)

407 Vgl. dazu PARTEIARBEITER, 1926, H. 2, S. 1 u. 39 ff.; H. 3, S. 66; H. 4, S. 107 ff. ("Mehr Kontrolle über die Straßenzelle"); vgl. auch "über die Durchführung unserer nächsten Aufgaben", Resolution des Plenums des ZK der KPD v. 8./9.9.1927; PARTEIARBEITER, Sonderbeilage zu Jg. 5, H. 10, S. 17; vgl. auch Piatnitzki: "Das Problem...", a.a.O., S. 2349 u. Tätigkeitsbericht EKKI, Febr.-Nov. 1926, S. 19.
408 Vgl. Piatnitzki: "Brennende Fragen", S. 28 u. 38.
409 Vgl. Kaasch, a.a.O., S. 1057; im Ruhrgebiet steckten 1927 26 % der Betriebsarbeiter in Straßenzellen (ebda., S. 1058).
410 PROTOKOLL 10. PLENUM, a.a.O., S. 246; Piatnitzki gibt für 1927 15,61 %, für 1928 18,96 % an, a.a.O., S. 25 (Brennende Fragen).
411 PROTOKOLL 10. PLENUM, a.a.O., S. 246.
412 Piatnitzki: "Brennende Fragen", a.a.O., S. 25.
413 Ebda., S. 25.

links
Sozialistische Zeitung
Probenummern anfordern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

Für die folgenden Jahre liegen keine Angaben für die KPD insgesamt vor, jedoch zeigt der Vergleich des Standes einzelner Bezirke, für die mehrere Angaben vorliegen, daß der Prozentsatz der in Betriebszellen organisierten Mitglieder sank:

Bezirk	Betr.Z.	Stra.Z.	Ortsgr. o.Z.
1925 Ergeb.Vogtl.	50 % (A)		
1927 Südbayern	15,53 % (B)	46,62 % (B)	37,88 % (B)
1927 Ostpreußen	11,93 % (B)	89,07 % (B)	
1927 Pfalz	16,20 % (B)	33,57 % (B)	49,09 % (B)
1927 Ergeb.Vogtl.	11,05 % (C)		
1928 Hessen/Frkft.	12,00 % (D)	60,00 % (D)	28,00 % (D)
1929 Niederrhein	14,00 % (E)		
1929 Oberschlesien	34,00 % (F)		
1929 Saarland	33,00 % (F)		
1929 Erzgebirge	24,00 % (F)		
1929 Ostpreußen	9,59 % (G)	48,49 % (G)	41,42 % (G)
1929 Halle-Mersebg.	13,59 % (G)	33,27 % (G)	53,14 % (G)
1929 Thüringen	10,51 % (G)	37,97 % (G)	51,70 % (G)
1929 Ruhrgebiet	34,12 % (G)	58,20 % (G)	7,76 % (G)
1929 Hessen/Frkft.	4,20 % (G)	59,51 % (G)	46,29 % (G)
1929 Baden	14,05 % (G)	71,12 % (G)	34,83 % (G)
1929 Südbayern	6,15 % (G)	57,93 % (G)	35,92 % (G)
1930 Ruhrgebiet	1/3 (H)		
1930 Halle-Mersebg.	13,00 % (H)		
1930 Thüringen	10,00 % (H)		
1930 Ostpreußen	9,00 % (H)		
1930 Hessen	4,00 % (H)		
1932 Oberschlesien	11,09 % (I)		
1932 Halle-Mersebg.	8,50 % (I)		
1932 Thüringen	5,70 % (I)		
1932 Niederrhein	7,00 % (I) etwa		
1932 Saargebiet	16,00 % (I) etwa		
1932 Baden/Pfalz	9,00 % (I) etwa		

A = BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 453
B = Kaasch, a.a.O., S. 1057.
C = errechnet nach den Angaben Piatnitzkis, in: KOMM. INTERNATIONALE, 8. Jg. (1927), H. 18, S. 881.
D = Piatnitzki: DAS PROBLEM DER ORGANISATORISCHEN VERANKERUNG, a.a.O., S. 2676.
E = DER REVOLUTIONÄR, Diskussions- und Mitteilungsblatt der KPD/Niederrhein/Düsseldorf, April 1929, zit. n. Weber, a.a.O., S. 269, Anm. 83 (59 % der Mitglieder waren Betriebsarbeiter)
F = PROTOKOLL 10. PLENUM, a.a.O., S. 247.
G = Piatnitzki: BRENNENDE FRAGEN, a.a.O., S. 25/26.
H = Weber, a.a.O., S. 269.
I = DER PARTEIARBEITER, 10. Jg. (1932), H. 1, S. 12.

SOPO 11 (April 70) enthält u.a.:
Heilmann/Rabehl: Bolschewisierungslegende der KPD (III)
Diskussionsbeiträge zu SOPO 10
Desai u.a.: Umsturz in Indien?

Über den Einfluß der KPD in den Betrieben vermag auch die quantitative Stärke ihrer Betriebszellen im Jahre 1929 etwas auszusagen: (414) (bei 1411 Betriebszellen)

Stärke der Zellen	in Betrieben
bis 10 Mitglieder	761
bis 15 Mitglieder	240
bis 20 Mitglieder	164
bis 30 Mitglieder	123
bis 40 Mitglieder	56
bis 50 Mitglieder	31
mehr als 50 Mitglieder	36

414 Ebda., S. 27.

AKTUELLE MATERIALIEN ZUR KLASSENANALYSE HOCHENTWICKELTER GESELLSCHAFTEN
herausgegeben vom ASTA der Universität Freiburg in Zusammenarbeit mit dem SHB – AK "Gesellschaftstheorie"

Inhaltsangabe:
Klaus Herrmann: Realmarxismus und revolutionäres Subjekt
Peter van Spall: Klassengefüge, Konzentration und Technologie
Michael Ehrke: Weitere Daten zur Klassenanalyse
Kajo Heymann: Bürokratie – Definition eines soziologischen Begriffs
Mannheimer AK "Marxismus": Wissenschaft und materielle Produktion
Auszug aus dem RICHTA-Report
Klaus Meschkat: Über die Theorie der Arbeit bei Marx
Kajo Heymann: Chancen der Humanisierung der Arbeit
Ricardo Lombardo-Radice: Über die Möglichkeit von Revolutionen in der "Industriegesellschaft"
Svetozar Stojanovic: Spontaneität und Organisation
Eugen Varga: Der russische Weg zum Sozialismus (Testament, die Originalübersetzung aus dem russischen)
Redaktionskollektiv ROTE KRITIK, Tübingen: Zur Stalinfrage
Matthias Pfüller: Selbstverwaltung und Technologie
Ernst Piehl: Arbeiterkontrolle – Alternative zur Mitbestimmung? – Thesen zur Strategie
Diskussion: ZEITDIENST, Zürich und Professor Ives Bourdet, Paris über "Selbst- oder Mitbestimmung der unmittelbaren Produzenten und die Ideologie des Volkskapitalismus"

erhältlich beim Politikreferat des ASTA, 78 Freiburg, Belfortstraße 11 – 0761/2031 (Gössner) oder in den linken Buchläden; pro Exemplar ca. 5,– DM (Selbstkosten ohne Profit!) zuzüglich Versandspesen.

Eine ähnliche Aufstellung für die 2404 Straßenzellen zeigt, daß das Schwergewicht der Partei auf diesen ruhte: (415)

Stärke der Zellen	Straßenzellen
bis 20 Mitglieder	1216
bis 30 Mitglieder	559
bis 40 Mitglieder	305
bis 75 Mitglieder	160
bis 100 Mitglieder	158
mehr als 100 Mitglieder	6

Tabellarische Übersicht über den Stand der Betriebszellen von 1923 - 1931

1923	keine,	mit wenigen Ausnahmen (416)
1924	1. 8.:	1 092 (417)
1924	30.12.:	1 853 (418)
1925	31. 5.:	2 673 (419)
		1 384 (420)
1926		2 243 (421)
1927		2 107 (422)
		2 135 (423)
1928		1 556 (424)
1929		1 411 (425)
1930		1 524 (426)
1931 Febr.		1 808 (427)

415 Ebda.

416 Sept. 1923: 3321 Ortsgruppen (BERICHT 9. PARTEITAG, a.a.O., S. 58); Die Angabe stammt von Piatnitzki: "Der Parteiaufbau in den Sektionen der KI", INPREKORR, 1925, Nr, 17, S. 198, Sondernummer.

417 Mickiewicz-Kapsukas, Die Reorganisation der kommunistischen Parteien auf der Grundlage der Betriebszellen, INPREKORR, 1925, Nr. 12, S. 146. Diese Zahl gilt bis 1.8.1924; nach Max Hesse (Die Tätigkeit einer Betriebszelle in Deutschland, INPREKORR, 1925, Nr. 17, S. 202) wurden diese von Mai bis August 1924 aufgebaut und waren "arbeitsfähig"; die Zahl entstammt dem Bericht der Zentrale der KPD an die Org.Abtlg. des EKKI (vgl. Kurzer Tätigkeitsbericht der Org.abteilung des EKKI, Juli-Dez. 1924, INPREKORR, 1925, Nr. 17, S. 207).

418 BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 121.

419 BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 121, davon allein 1800 im Bezirk Bln.-Brdbg., von denen aber nur 540 aktiv waren. (vgl. INPREKORR, 1925, Nr. 45, S. 650) bzw. "einigermaßen" (INPREKORR, 1925, Nr. 83, S. 1126); vgl. dazu PARTEIARBEITER, 1925, Nr. 2, S. 13; Geschke nennt auf der 1. Org.Konferenz "ungefähr 4000", vermutlich zählt er zu den KPD Zellen die des KJVD (vgl. INPREKORR, 1925, Nr. 40, S. 601). Über die einzelnen Bezirke liegen folgende Angaben vor: (alle Angaben nach BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O.)

Württemberg:	116, UB-Stuttgart 85 (S. 450)
bzw.:	160, UB-Stuttgart 120 (kassiert 126) S. 480)
Wasserkante:	290 (S. 121)
Erzgeb.-Vogtl.:	330 (S. 121); dagegen 434 (S. 453), von denen 50 % kassiert wurden. Im Juni 1924 über 100 mit 1200 Mitgl. (S. 459)
Hall. Merseburg:	71 (S. 459)
Thüringen:	178 (größtenteils kassiert) S. 457)
Berlin:	626 (S. 121) dagegen 623 (S. 475) 646 (Piatnitzki, Zur 2. Org.Ber., a.a.O., Komm. Intern. 1926, H. 2, S. 130).

420 PROTOKOLL 10. PLENUM, a.a.O., S. 245, nach Angaben des ZK der KPD; 110 Straßenzellen (so auch Piatnitzki: "Brennende Fragen", S. 24 und ders., Das Problem..., a.a.O., S. 2349).

Bei der Darstellung der Schwierigkeiten, auf die die organisatorische Umstellung stieß, können solche, die Elemente der allgemeinen Lebenslage des Arbeiters unter dem Kapitalismus darstellen, – vor allem solche, die wesentlich Ergebnis des kapitalistischen Arbeitsprozesses sind, – nicht stark genug betont werden. Von Anfang an wurde die Betriebszellendiskussion auf der Ebene der praktischen Durchführung davon beherrscht, und hauptsächlich wurde sie diesbezüglich geführt von Arbeitern in der Großindustrie.

Gegenüber früheren Produktionsweisen ist die Großindustrie in ihrer technischen Basis revolutionär. Unter kapitalistischen Bedingungen bedeutet das für die Arbeiterklasse:

> "Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andre Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andern. Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters. Andrerseits reproduziert sie in ihrer kapitalistischen Form die alte Teilung der Arbeit mit ihren knöcher-

421 Piatnitzki: "Brennende Fragen", S. 24; 1928 Straßenzellen (10. Plenum, S. 245), (so auch Piatnitzki: "Das Problem...", a.a.O., S. 2349).

422 PROTOKOLL 10. PLENUM, a.a.O., S. 245; 2597 Straßenzellen, Ortsparteiorganisationen ohne Zellen 1963; Zahlen auch bei Piatnitzki: "Das Problem...", a.a.O., S. 2349.

423 Einige ausgewählte Bezirke: (Kaasch, a.a.O., S. 1057)

Berlin-Brdbg.:	316 Betr.zellen	187 Str.zellen
Oberschlesien:	34 Betr.zellen	20 Str.zellen
Erzgeb.-Vogtl.:	164 Betr.zellen	47 Str.zellen (i.Chemnitz)
Ruhrgebiet:	240 Betr.zellen	210 Str.zellen
Thüringen:	114 Betr.zellen	106 Str.zellen
Hessen/Frankfurt:	40 Betr.zellen	90 Str.zellen

Die Zahl 2135 stammt von Creutzburg: DIE ORG.ARBEIT DER KPD, Hamburg, Berlin 1931, S. 56 f., zit. n. Weber, a.a.O., S. 269.
Das EKKI gab für Ende 1927 an, daß "fast alle Organisationen" der KPD umgestellt seien. ("Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß", a.a.O., S. 17; so auch B.W. "Einige organisatorische Probleme der KI", DIE KOMM. INTERNATIONALE, 1928, H. 33/34, S. 2150; das stimmte nicht (vgl. dazu die Forderungen nach restloser etc. Umstellung auf dem 11. Parteitag – BERICHT 11. PARTEITAG, a.a.O., S. 29, ebenso Waffen für den Klassenkampf, BESCHLÜSSE DES XII. PARTEITAGES DER KPD., Berlin o.J., S. 83 ff.

424 Piatnitzki: "Brennende Fragen", a.a.O., S. 24, so auch PROTOKOLL 10. PLENUM, S. 245.
2461 Straßenzellen und 2358 Ortsparteiorganisationen ohne Betriebszellen,(PROTOKOLL 10. PLENUM, a.a.O.). Die Zahl der Betriebszellen ging in den Bezirken Ruhrgebiet um 123, Halle-Merseburg um 63, Niederrhein um 60 gegenüber 1927 zurück; insgesamt in 22 von 27 KPD-Bezirken (PROTOKOLL 10. PLENUM, S. 245/46).

425 Piatnitzki: "Brennende Fragen", S. 24; Straßenzellen 2519 (ebda.); Betriebszellenangaben auch bei Creutzburg: DIE ORG.ARBEIT, a.a.O., zit. n. Weber, S. 269; Niederrhein: 111 Betriebszellen, 231 Straßenzellen (Weber, S. 269, Anm. 83).

426 Piatnitzki: "Brennende Fragen", a.a.O., S. 24; Straßenzellen 2824 (ebda.); Betriebszellenangabe auch bei Creutzburg, a.a.O., zit. n. Weber, a.a.O. und Creutzburg: "Der Stand der Org.arbeit", a.a.O., S. 293. Anfang 1930 wurden 188 Betriebszellen neugegründet sowie 522 Ortsgruppen (Creutzburg, Stand der Org.arbeit, a.a.O., S. 291).

427 Weber, a.a.O., S. 364; 5231 Ortsgruppen (ebda.).

nen Partikularitäten. Man hat gesehn, wie dieser absolute Widerspruch alle Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage des Arbeiters aufhebt, ihm mit dem Arbeitsmittel beständig das Lebensmittel aus der Hand zu schlagen und mit seiner Teilfunktion ihn selbst überflüssig zu machen droht; wie dieser Widerspruch im ununterbrochenen Opferfest der Arbeiterklasse, maßlosester Vergeudung der Arbeitskräfte und den Verheerungen gesellschaftlicher Anarchie sich austobt." (428)

Was Marx aus der Entwicklung der Industrie systematisiert hätte, formulierte die KPD aufgrund ihrer praktischen Arbeit als direkte Folge:

"Der deutsche Arbeiter betrachtet noch heute nicht nur den Kapitalisten, sondern auch den Betrieb als seinen Feind, von dem er sich gern löst. Insbesondere bei jedem Konflikt, bei jedem Streik oder gar Aufstand verlassen die Arbeiter fluchtartig den Betrieb, statt sich im Betrieb zu vereinigen und die Kampfmaßnahmen zu beschließen." (429)

Diese Situation, die im übertragenen Sinne zu Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert zur Maschinenstürmerei führte, führte in den Zwanziger Jahren bei Einführung der Arbeitsplatzbewertungssysteme, der Fließbandarbeit und angesichts der vereinigten Gewalt von Kapital und Staat dazu,

"daß ein großer Teil der revolutionär denkenden Arbeiter diese Großbetriebe meidet und, wenn ihn die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen, mal in einem derartigen Betrieb Arbeit zu nehmen, danach trachtet, den Betrieb so schnell als möglich zu wechseln." (430)

Dieser von Marx beschriebene Charakter des Arbeitsprozesses im Großbetrieb bedingt die erneute Zersplitterung der Arbeiterklasse; u.a. hervorgerufen durch die Verunmöglichung jeglicher Kommunikation am Arbeitsplatz: durch 5- oder 4-Schichtarbeit; Über- und Untertagearbeit, die Zerstreuung der Arbeiter auf dem Werksgelände. Nicht genug damit verschärft das Kapital die Arbeitsbedingungen, um jegliche Solidarisierung der Arbeiter im Keim zu ersticken: "Man muß die Zellen außerhalb aufbauen, wenn man zu den politischen Dingen Stellung nehmen will, weil Belegschaftsversammlungen seit Jahren in den Werken der chemischen Industrie nicht mehr stattgefunden haben. Die Arbeitsordnung läßt das nicht zu." (431)

"Wenn ein Genosse oder ein Betriebsrat auch nur wagt, in einen anderen Betrieb zu gehen, um sich nach irgend etwas zu erkundigen, so muß er genau die Gründe und den Zweck des Besuches angeben. Wenn er das nicht tut, wird er bestraft und gemaßregelt. Es hat in dem Betrieb keiner die Berechtigung, in einen anderen Betrieb zu gehen. Die Genossen können sich nicht einmal im Bad sprechen, weil sie alle zu verschiedenen Zeiten arbeiten." (432)

So wie die KPD z.B. im Leunawerk gezwungen war, Block-, Bau-, Abteilungs- und Schichtzellen zu bilden (433), mußte sie im Untertagebetrieb – in dem aufgrund der weit auseinanderliegenden Steigerreviere die Verbindung zwischen den Arbeitern unmöglich war und der Kontakt während der An- und Ausfahrt durch die Zechenleitung verhindert wurde, indem sie revierweise an- und ausfahren ließ – den Kontakt über die privilegierten Betriebsausschußmitglieder versuchen herzustellen, d.h. sie mußte diese Position erst erobern. (434)

428 Marx: KAPITAL, Bd. 1, MEW, Bd. 23, Bln. 1968, S. 511.
429 "Die Komm. Partei – Die eiserne Kohorte", a.a.O., S. 14.
430 PARTEIARBEITER, 1926, H. 2, S. 39 ("Der Betriebsrevolutionär").
431 BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 458, Schröder, Halle-Merseburg.
432 BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 473, Herbert Müller, Rhein/Saar, er berichtet von BASF, wo 4-Schichtbetrieb war.
433 PARTEIARBEITER, 1926, H. 3, S. 75.
434 Ebda., S. 85.

Die explosionsartige Entwicklung der deutschen Industrie nach 1871 ließ zumeist weitab vom teuren – weil infrastrukturell am geeignetsten – Industriegelände die Arbeiterkasernen entstehen. War schon die Zellenversammlung im Betrieb unmöglich (435), so wirkte sich zusätzlich die große Entfernung Arbeitsplatz - Wohnung nachteilig auf die Aktivität der Zellenmitglieder aus: "Die Genossen gingen lieber abends in ihren Zahlabend als sofort nach Schluß des Betriebes in die Zellensitzung..." (436)

Das Wohnproblem vor allem war ein Grund, der den Aufbau arbeitsfähiger, aktiver Betriebszellen behinderte (437), was sich vor allem bei Aktionen bemerkbar machte. Z.B. stellte bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 28.1.1925 "gerade der Bezirk Neukölln, in dem kein einziger Großbetrieb und nur wenige Mittel- und Kleinbetriebe sind, die meisten Demonstranten, hauptsächlich Sympathisanten..." Das Gegenteil war in Bezirken mit Großbetrieben der Fall. (438)

435 Dies war einer der wesentlichsten Unterschiede zu den Bedingungen im Vergleich zum russ. Vorbild der Zellenorganisation. Außerdem wohnten die russ. Arbeiter nicht sehr weit vom Arbeitsplatz. (Piatnitzki: "Der Aufbau...", INPREKORR, 1925, Nr. 17, S. 199). Dazu kam, daß die KPR keine sozialdemokratische Wohnorganisationstradition hatte, da einmal die Illegalität sie die richtigen Schlüsse schon sehr früh ziehen ließ, zum anderen die Wahlen zur Duma, z.B. in der kurzen Legalitätsphase 1905, die für die Arbeiterschaft auf Betriebsbasis durchgeführt wurden; 3. war der Organisationsgrad der Bourgeoisie ein viel geringerer als in Deutschland, es gab z.B. in Rußland keine Arbeitgeberverbände und deshalb auch keine schwarzen Listen.
436 BERICHT 10. PARTEITAG, a.a.O., S. 121; "Zahlabend" hieß die Zellenversammlung der Wohnzellen.
437 Vgl. INPREKORR, 1925, Nr. 45, S. 655; ebda., S. 145, 199, 207.
438 INPREKORR, 1925, Nr. 40, S. 601, Geschke.

Diese Bücher werden Sie mehr als einmal lesen

Kaplan/Katzenbach (USA) und Tunkin (UdSSR)
Modernes Völkerrecht – Form oder Mittel der Außenpolitik
Eine Gegenüberstellung der amerikanischen und sowjetischen Interpretationen der soziologischen und juristischen Grundlagen

Wladimir I. Lenin
Die ersten Dekrete der Sowjetmacht
aus dem Russischen, 200 Seiten, geb. DM 28,–

Alexander Anciskin und Nicolai Solovev
Die Wirtschaftsprojektion der Sowjetunion
Struktur und Methoden. 120 Seiten, geb. DM 15,–

Herwig Roggemann
Die Gesetzgebung der sozialistischen Staaten
Loseblattwerk in Sammelordnern
Subskr. DM 0,20, N.P. 0,25 pro Seite

Herwig Roggemann
Die Staatsordnung der Sowjetunion
Gesetz-Texte, 296 Seiten, DM 25,–

des Volkerrechts, 405 Seiten, kartoniert DM 20,–.

Bernard Külp
Streik und Streikdrohung
Ihre Wirkung in der Volkswirtschaft und Sozialpolitik, 64 Seiten, kartoniert, DM 6,– / gebunden DM 7,50.

Menschen in der Sowjetunion
200 künstlerische Bilder 23 X 30 cm von Menschen in Alltagssituationen
DM 36,–

Boris Grusin
Freizeit als Problem
Empirisch-soziologische Untersuchung in der Sowjetunion, Bulgarien, Polen und Ungarn
184 Seiten, geb. DM 28,–

Sergej S. von Podolinsky
Rußland vor der Revolution
Die agrarsoziale Lage und Reformen
240 Seiten, geb. DM 28,–

Hermann Hilterscheid
Industrie und Gemeinde
Die Stadt Wolfsburg und das Volkswagenwer
352 Seiten, geb. DM 50,–

BERLIN VERLAG, 1 Berlin 33, Ehrenbergstr. 29, Tel.: 0311-769 1069

Alles was bisher über die Schwierigkeiten beim Aufbau der Betriebszellen gesagt wurde, muß berücksichtigt werden, um die verbreitete Passivität der Betriebszellen zu verstehen. (439) Das darf aber nicht dazu verleiten, den politischen Ausgangspunkt zu verdrängen, in dem in der Hauptsache das Scheitern der Betriebszellenorganisation der KPD begründet ist. Selbst die dieses Problem erkennende Kritik in der KPD versucht nur den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, wenn sie als Konsequenz die "Politisierung der Zellenarbeit" fordert:

> "Die Mitgliederzahlen der Partei stagnieren. Das Leben in den Zellen wird durch die ungeheure organisatorische Kleinarbeit, die auf jedem Mitglied in der Organisation lastet, und durch den vielfach vorherrschenden Schematismus, aber besonders durch die nicht genügende Politisierung der Zellenarbeit gelähmt. Dauernd wird geklagt über mangelhafte Verbindung der Kampagnen miteinander. Man versucht, die Mängel mit Hilfe organisatorischer Maßregeln zu beseitigen. Der Mangel ist jedoch im Grunde kein organisatorischer, sondern ein politischer." (440)

Unter "Politisierung" verstand die KPD nichts anderes als das Dekret, daß es anders werden muß.

Die Kritik:

> "Wenn man jedoch die konkrete Einstellung, die konkrete praktische Arbeit vieler Parteileitungen analysiert, dann stellt man oft eine erschreckende Fülle von Uninteressiertheit, Verständnislosigkeit, Unbeholfenheit gegenüber der Betriebsarbeit, in den primitivsten Fragen der Streikforderungen, der Taktik bei der Vorbereitung, Führung und den Abbruch von Wirtschaftskämpfen fest. Es gibt sogar Bezirksleitungen, U.B. und Ortsleitungen der Partei, die zu wichtigsten Bewegungen in einzelnen Industrien ihres Gebietes überhaupt nicht Stellung genommen haben."

Das Dekret:

> "Der Beschluß des Politbüros, will diesen Zuständen radikal ein Ende bereiten. Durch die doppelte Kontrolle von oben und unter tatkräftiger Kontrolle von unten seitens der Mitgliedschaft müssen diese verhängnisvollen Mängel beseitigt werden. Parteileitungen, die nicht die Initiatoren, die Organisatoren des Widerstandes, des Streiks, der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen sind, müssen so schnell wie möglich beseitigt und durch kampfwillige Genossen ersetzt werden, die fähig sind, die Hauptaufgaben der Partei in der praktischen Organisierung des Kampfes (und nicht der Rederei über den Kampf) zu erfüllen. Nur wenn es der Partei gelingt, diese Wendung zur Streikorganisierung durchzuführen, erfüllt sie ihre historische Funktion." (441)

Anfangs bildete das entscheidende Kriterium für erfolgreiche Zellenarbeit nicht etwa die Rolle der in ihr zusammengefaßten Kommunisten bei Betriebskonflikten, Streiks, ihr Einfluß auf und im Betriebsrat und in den Massenorganisationen, sondern nach alter sozialdemokratischer Gewohnheit, Anzahl,s Auflagenhöhe, und Verbreitung der Betriebszeitung. (442)

---

439 Der Grad der Passivität der Zellenmitglieder schwankte zwischen 50 und 70 %; vgl. Thesen und Resolutionen. Erw. Exekutive März/April 1925, a.a.O., S. 104; INPREKORR, 1926, Nr. 4, S. 38, INPREKORR, 1925, S. 1125/26, S. 647, S. 1908. DER NEUE KURS, a.a.O., S. 70; Piatnitzki: "Brennende Fragen", a.a.O., S. 32 und 36; PARTEIARBEITER, 1927, H. 11, S. 326 ff.; 1932, H. 1, S. 9; PROTOKOLL 10. PLENUM, S. 246/248 und 249/250/262.

440 Max Köhler: "Warum braucht die Komm. Intern. ein Aktionsprogramm? "DIE INTERNATIONALE, 10. Jg., 1927, H. 24, S. 781.

441 Franz Dahlem: "Die brennendste Aufgabe", PARTEIARBEITER, 1931, Nr. 11. S. 291.

442 Vgl. "Protokoll der 1. Org.Konferenz", INPREKORR, 1925, Nr. 40, Nr. 45, Nr. 83 passim.

In einer Zeit aber, in der quantitativ die KPD größer wurde, die Fluktuation aber bis zu 70 % betrug (443) und die Betriebszellen gekennzeichnet waren von Auszehrung, wird ihre Arbeit vor allem gemessen am "Erfolg" oder "Fehlen einer planmäßigen Werbearbeit." (444)

Vom "revolutionären Wettbewerb der Jüngsten" bis zur "Betriebs- und Werbeoffensive", vom detaillierten "Plan für die Streikreifmachung des Betriebes Glanzstoff AG" bis zur Parole "Organisiert den roten Massensturm auf die Betriebe" feierte die revolutionäre Phrase wahre Orgien. (445)

Die Politik der KPD, die Praxis ihrer Grundorganisationen, hatte nichts mehr mit der realen Situation und den Kämpfen der Arbeiterklasse zu tun:

> "Selbstkritische Stellungnahme der Siemenszellen
>
> Mit größter Klarheit und Entschlossenheit an neue Aufgaben... Nach Feststellung der Schwächen in den Zellen und Fraktionen der einzelnen Fabriken kommt die Mitgliederversammlung zu folgender konkreter (!) Aufgabenstellung: Die Hauptaufgabe der Partei ist in der gegenwärtigen Situation: Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse! Kampf gegen Kriegsgefahr, Lohnraub und Notverordnungsdiktatur, für den Kampf 'Klasse gegen Klasse', für ein 'freies, sozialistisches Rätedeutschland!' Diese Aufgaben verwirklichen, heißt die festgestellten Mängel überwinden. Die Generalmitgliederversammlung gelobt, ihre ganze Kraft einzusetzen, um zu erreichen..."(446) — (folgen 29 'gute Vorsätze')

---

443 Eine Umfrage unter 36 Betriebszellen ergab 1932, daß "nur in 2 von diesen der Agitprop-Mann, der in der Zelle eine zentrale Funktion ausübte, länger als 1/4 Jahr seine Funktion inne hatte." (PARTEIARBEITER, 1932, Nr. 3, S. 88); vgl. zur Fluktuation u.a. Piatnitzki: "Brennende Fragen", a.a.O., S. 39, 42, 46; Creutzburg: "Stand der Org.Arbeit", a.a.O., S. 289; Kaasch, a.a.O., S. 1063; PARTEIARBEITER, 1928, Nr. 5, S. 147 ff.

444 In der Zeit vom 1.6.-29.7.31 bekamen folgende Zellen folgende neue Mitglieder: AEG-Henningsdorf 3 /AEG-Brunnenstraße 8 / AEG-Trafowerk 1 / AEG-Treptom 3/ AEG-Ackerstraße 3 / Kabelwerk Oberspree 9 / (PARTEIARBEITER, 1931, Nr. 9, S. 264); im Oktober und November 1931 nahm von 5 verglichenen Großbetrieben eine einzige Betriebszelle überhaupt Mitglieder auf, nämlich ein einziges. (PARTEIARBEITER, 1932, H. 1, S. 10, zit. ebda.); in Berlin zerfielen die Betriebszellen ab 1929 rasch. (Mündl. Mittteilung von Klaws).

445 PARTEIARBEITER, 1932 passim; der Parteiarbeiter war die "Monatsschrift für die Praxis revolutionärer Organisationsarbeit".

446 PARTEIARBEITER, 1932, Nr. 4, S. 108-110 (Zusätze in Klammern von uns).

Rotbücher
Im Abonnement jeder Band 1 DM billiger

Borin/Plogen: Management und Selbstverwaltung in der CSSR.
Rotbuch 4. 156 Seiten. DM 5.50 (4.50)

Charles Bettelheim: Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen.
Rotbuch 12. 156 Seiten. DM 6.50 (5.50)

Huberman/Sweezy u. a.: Focus und Freiraum – Debray: Brasilien, Linke in den Metropolen.
Rotbuch 16. 160 Seiten. DM 5.50 (4.50)

Edoarda Masi: Die chinesische Herausforderung.
Rotbuch 17. 176 Seiten. DM 6.50 (5.50)

Horst Kurnitzky: Versuch über Gebrauchswert.
Rotbuch 19. 72 Seiten. DM 3.50 (2.50)

Scuola di Barbiana: Die Schülerschule.
Rotbuch 21. 156 Seiten. DM 6.50 (5.50)

David Horowitz: Imperialismus und Revolution.
Rotbuch 22. 228 Seiten. DM 8.50 (7.50)

Wagenbach
Berlin 31. Jenaer Straße 6

Sozialistische Jahrbücher

1 Über die Organisation des Befreiungskampfes.
Rotbuch 20. 272 Seiten. DM 8.50 (7.50)
Aus dem Inhalt: Wissenschaftliche Revolution und Imperialismus / Beginn der Black Power / Indonesiens Weg zur Konterrevolution / Die CSSR und die sowjetische Strategie / u. a.

2 Gegen Dogmatismus in der Arbeiterbewegung.
Rotbuch 23. 244 Seiten. DM 8.50 (7.50)
Aus dem Inhalt: Korsch: Warum ich Marxist bin / Sweezy/Magdoff: Anmerkungen über multinationale Konzerne / Corz: Weder Gewerkschaftler noch Bolschewik! / Krassó: Trotzkis Marxismus / Mandel: Trotzkis Marxismus – eine Gegenkritik / u. a.

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) – Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Barbara Schilling (presserechtlich verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Heft 1 (Januar) 1971 enthält u.a.:
CHILE: Luis Corvalan, Die Chance des Sieges – SYRIEN: Interview mit Khaled Bagdache (KPS) – INDIEN: Der Kampf um den Boden – Dokumente der Internationalen Untersuchungskommission über die Kriegsverbrechen der USA in Indochina.

Heft 2 (Februar) 1971 enthält u.a.:
PERU: Militärregierung – aber sozial und antiimperialistisch – ZIMBABWE: ZAPU: – Im Kampf gegen Rhodesien – INDONESIEN: Profil einer Neokolonie

Bereits erschienen:
Referat und Materialien über den Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker Angolas, Guineas und Mozambiques (Preis: 3,– DM)

Jahrgang 1970 enthielt u.a. Dokumente aus:
Angola, Brasilien, Chile, DRV, Guinea-Bissau, Kambodscha, Laos, Mozambique, Peru, Südvietnam.

Preis: Einzelheft 1,50 DM, 12 Hefte 15,– DM
Bestellungen an: Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46.

Heinz Bierbaum, Joachim Bischoff, Michael Krätke, Michael Menard

Zur Aktualität der Leninschen Partei[1]

Die politische Entwicklung der Neuen Linken zeigt ein charakteristisches Phänomen: der Kotau vor der Spontaneität und die Ablehnung des organisierten Kampfes, denen ein unreflektiertes Verhältnis gegenüber den Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus korrespondierte, schlagen um in das Bekenntnis zu bolschewistischen Parteiprinzipien und die bedingungslose Übernahme des Leninschen Parteitypus. Es haben sich eine Reihe von Parteiinitiativen und Aufbauorganisationen konstituiert, deren prinzipielle Differenzen in ihren politischen und theoretischen Auffassungen trotz vehementer Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppierungen weder unmittelbar einsichtig noch hinreichend vermittelt sind. (1a) Für diese Kaderorganisationen steht die Aktualität des Leninschen Parteitypus außer Frage. Unterschiede resultieren folglich nur aus der divergierenden Interpretation und Anwendung der bolschewistischen Parteiprinzipien. Einwände gegen die von den verschiedenen Parteiinitiativen gegebene Begründung der Aktualität der bolschewistischen Kaderpartei und Zweifel an der historischen Berechtigung des spezifisch leninistischen Parteitypus angesichts hochentwickelter kapitalistischer Verhältnisse verfallen dem Verdikt der Parteifeindlichkeit und werden umstandslos als Seminarmarxismus abgetan oder anarchistischen Positionen zugeschlagen.

Dieses Abschieben der Kritik läuft notwendig auf das Abblocken der Diskussion um die bisherigen Formen und Inhalte revolutionärer Tätigkeit hinaus und verhindert die Bestimmung der gegenwärtigen und künftigen Aufgaben revolutionärer Taktik. So wichtig zur Lösung der anstehenden Aufgaben die gründliche Kenntnis der Geschichte der Arbeiterbewegung ist, so wenig können doch etwa bestimmte organisatorische Formen auf veränderte gesellschaftliche Verhältnisse unvermittelt übertragen werden. Eine solche Weise der Übertragung schließt die Abstraktion von der historischen Bedingtheit dieser organisatorischen Formen ein und die so viel beschworene geschichtliche Erfahrung der Arbeiterklasse geringt zur leeren Form. Stattdessen ist die Gültigkeit sogenannter allgemeiner Prinzipien revolutionärer Taktik für gegenwärtige gesellschaftliche Verhältnisse zu zeigen. In der gegenwärtigen Phase der Organisierung kommunistischer Intelligenz muß die sich hier zeigende grenzenlose Sorglosigkeit in Fragen revolutionärer Theorie bekämpft, der Dogmatismus aufgebrochen werden. Eine solche Kritik kann zunächst nur am theoretischen Selbstverständnis der verschiedenen organisatorischen Richtungen ansetzen. Gerade weil die gegenwärtige Diskussion der Organisationsfrage durch "Anleihen bei den Klassikern" bestimmt ist, kann versucht werden, die Vernachlässigung bestimmter Aspekte bei der Applikation "allgemeiner Prinzipien" revolutionärer Theorie auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse aufzudecken durch die Rekonstruktion des systematischen Zusammenhangs, aus dem jene Prinzipien entlehnt sind. Diese Kritik bleibt beschränkt und trifft die praktische Arbeit dieser Organisationsansätze nur vermittelt, nämlich insofern ihr Verständnis von den Inhalten und Formen revolutionärer Tätigkeit der theoretische Ausdruck ihrer eigenen Praxis ist. Es kann sich im folgenden nicht darum handeln, neue Wege zur praktischen Lösung der Organisationsfrage zu weisen, sondern in Anknüpfung an theoretische Begründungen politischer Positionen den Zusammenhang zwischen Klassenanalyse und revolutionärer Taktik zu problematisieren.

---

1 Die folgenden Thesen beruhen auf Diskussionen der Projektgruppe 'Klassenanalyse' und in der Roten Zelle Soziologie.

1 a Die einzelnen Aufbauorganisationen wie KPD-AO, PL/PI und KB/ML sowie ihre Absetzungen voneinander werden an einer späteren Stelle diskutiert.

1. Zur Kritik an Krahls revolutionstheoretischen Überlegungen

Krahls Kritik an der Übernahme des leninistischen Parteitypus als für die hochentwickelte Klassengesellschaft völlig inadäquater revolutionärer Organisationsform und an der sich in Teilen der Bewegung abzeichnenden Tendenz der Erstarrung theoretischer Arbeit zur fiktiven Geschlossenheit einer marxistisch-leninistischen Theorie wird in der Organisationsdebatte nicht aufgenommen. (2) Daß die Diskussion um die richtigen Prinzipien der Kaderpartei solange gespenstisch bleiben muß wie in die Auseinandersetzung die Fragwürdigkeit der theoretischen Begründung von der Notwendigkeit der Partei nicht einbezogen wird, macht Genosse Krahl zum Ausgangspunkt seiner Kritik an derlei Organisationsversuchen. Diese mechanistischen Organisationsvorschläge erscheinen ihm als totaler Verrat an den durch die antiautoritäre Bewegung reaktualisierten und neubegründeten "Prinzipien der emanzipativen Vernunft". Die traditionalistisch verkürzten Modelle seien Resultat einer mangelnden Reflexion auf die kategoriale Ebene des Klassenbewußtseins, die am Anfang jedweder Konstruktion einer Theorie der Revolution zu stehen hätten.

Klassenbewußtsein als parteiliches Totalitätsbewußtsein

Konstitutiv für die Kategorie des Klassenbewußtseins ist nach Krahl ein bestimmtes Verhältnis von Theorie und Empirie. Der Begriff des Klassenbewußtseins "als eine nicht empirische, gleichwohl daseiende Kategorie der gesellschaftlichen Totalität" (3) ist gebunden einerseits an konkret nützliche Arbeit, also an Gebrauchswerte, Bedürfnisse, Interessen und andererseits an abstrakte Arbeit. Von den beiden Bildungselementen des Klassenbewußtseins ist das eine, das theoretische, vermittelt durch die Erkenntnis der kapitalistischen Gesellschaft als einer Herrschaftstotalität von Verdinglichung, das andere, das empirische, bestimmt durch die von dem jeweiligen Stand der Produktivkräfte abhängige Bedürfnisstruktur der Massen. Das Bewußtsein von der Totalität der Verdinglichung wird als parteiliches gesetzt, insofern es – gleich über welche Vermittlungen – in das empirische Interessenbewußtsein der Massen hineinragt. Revolutionsstrategie entgeht erst dann der mangelnden Reflexion auf die kategoriale Verfassung des Klassenbewußtseins, wenn die Einsicht in den Zwangscharakter permanenter Wertabstraktion verbunden wird mit der historischen Reflexion "auf jene empirischen Momente der Gebrauchswerte, Bedürfnisse und Interessen, die im Doppelcharakter von Ware und Kapital die durch die Allgemeinheit abstrakter Arbeit unterdrückte und an ihrer freien Entfaltung gehinderte Individualität darstellen" (4). Die Entwicklung des Totalitätsbewußtseins zur proletarischen Parteilichkeit ist selbst an eine objektive Voraussetzung gebunden: erst mit der auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte gegebenen hochzivilisierten Bedürfnisbefriedigung kann sich das Interessenbewußtsein des Proletariats "aus sich selbst heraus zu aufgeklärter Spontaneität entfalten." (5) Die Bestimmtheit des Totalitätsbewußtseins als parteilichem schließt also die Bestimmtheit des Konsumtionsbewußtseins als spontan und emanzipativ produktivem ein. In fragwürdiger Anlehnung an den Totalitätsbegriff bei Hegel und Marx glaubt Krahl, diesen empirischen wie nicht empirischen Begriff von Klassenbewußtsein konstruieren zu können, dessen konstitutives Moment ein unauflösbarer Zusammenhang von "Totalität und Konsum", Theorie und Empirie, Gebrauchswert und Tauschwert ist. "Klassenbewußtsein ist i m m e r ein ans Durchschauen der Wertabstraktion gebundenes, parteiliches Totalitätsbewußtsein und an die Befriedigung von Bedürfnissen geheftetes produktives Konsumtionsbewußtsein." (6)

2 Vgl. Hans-Jürgen Krahl: "Zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein", SDS-INFO 26/27, Dezember 1969.
3 Ebda., S. 9.
4 Ebda., S. 13.
5 Ebda., S. 13.

Angesichts "einer im Rußland des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts nur formell unter das Kapital subsumierten Arbeit, die ihren an sich gesellschaftlichen Charakter noch nicht preisgeben kann, in dem der terroristische Prozeß der ursprünglichen Akkumulation noch nicht abgeschlossen, bürgerlicher Tauschverkehr unentwickelt und die spezifisch kapitalistische Produktionsweise nur in wenigen Industriezweigen voll ausgebildet ist" (7), konnte Lenin Krahl zufolge von der Trennung der beiden Momente des Klassenbewußtseins ausgehen. Da sich das spontan entstehende ökonomistische Bewußtsein der Massen nicht aus sich selbst heraus zu aufgeklärter Spontaneität und damit Klassenbewußtsein entwickeln kann, muß nach Lenin die bolschewistische Partei, Träger des politischen Totalitätsbewußtseins, die Politisierung des Massenbewußtseins von außen erwirken. Unterliegt dem Leninschen Parteikonzept die rigide Trennung von politischem Totalitätsbewußtsein und Massenbewußtsein im Begriff des Klassenbewußtseins, so muß bei Projektion dieses Parteitypus auf die hochentwickelten kapitalistischen Länder Westeuropas jene analytische Trennung angesichts hochzivilisierter Bedürfnisbefriedigung zur Verselbständigung der beiden Bildungsmomente fortgehn und schließlich zur Eliminierung der Empirie aus der Totalitätskategorie führen. Nach Krahl nimmt mit Lukacs diese verschwiegene Reduktion des Klassenbewußtseins "in einem den Metropolen unangemessenen leninistischen Sinn" ihren Anfang. Jede Übertragung dieses spezifischen Parteitypus schneidet die Reflexion auf die historische Genesis des Klassenbewußtseins ab, denn: "Das richtige Klassenbewußtsein existiert immer schon in Gestalt der a priori vorgegebenen richtigen Partei des Proletariats, dem Leninschen Parteitypus, der allen geschichtlichen Formbestimmungen transzendental enthoben wird." (8)

Gegen die leninistische Reduktion im Begriff des Klassenbewußtseins macht Krahl geltend, daß in die Strategiediskussion die emanzipative Bedürfnis- und Bewußtseinsstruktur der Massen wieder aufgenommen werden muß. In Ansehung hochzivilisierter Bedürfnisbefriedigung im spätkapitalistischen System wird durch die Propagierung der Leninschen Kaderpartei implizite "eine der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit angemessene Entfaltung von Spontaneität rückgängig" (9) gemacht. Mehr noch als früher ist heute in den hochkapitalistischen Ländern Westeuropas die geschichtliche Voraussetzung gegeben, "den Massen wirklich emanzipative Vernunftinteressen zu vermitteln" (10), rigide Vorstellungen von Kader aber, die historische Berechtigung für eine Phase unentwickelter Bedürfnisstrukturen der Massen hatten, verfehlen notwendig die Ebenen der entfremdeten Arbeit, des verdinglichten Bewußtseins und des verarmten Lebens. Hochzivilisierte Bedürfnisbefriedigung auf Grundlage eines hohen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte geht freilich nach Krahl einher mit einer Veränderung in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise.

Die staatsinterventionistisch verfestigte zweite Natur der kapitalistischen Gesellschaftsformation

Krahl konstatiert für den Spätkapitalismus eine doppelte Bewegung: einerseits tritt an die Stelle der Konkurrenz der Kapitale das Monopol, womit das Kapital eine neue Vergesell-

6 Ebda., S. 14 (Hervorhebung – d.Verf.; soweit nicht anders vermerkt, Hervorhebung) im Original).
7 Ebda., S. 12.
8 Ebda., S. 12.
9 Ebda., S. 9.
10 Ebda., S. 14.

schaftungsqualität gewinnt. Im Verlauf dieses Prozesses gewinnt "die außerökonomische Zwangsgewalt des Staates wieder direkte ökonomische Potenz" (11), und mit dem Staatsinterventionismus in Permanenz wird "die Zirkulationssphäre als legitimationsideologisches Reich der bürgerlichen Sittlichkeit" (12) zerstört. Andererseits ist im Monopolkapitalismus die Arbeit nicht mehr nur formell, sondern auch reell unter das Kapital subsumiert, d.h. die geistige Arbeit wird dem Verwertungsprozeß des Kapitals unterworfen, was eine Veränderung im Begriff des Industrieproletariats nach sich zieht. Für Krahl folgt aus dieser Entwicklung, daß "wenn die Wissenschaften nach Maßgabe ihrer technischen Umsetzbarkeit und ihre Träger, die geistigen Arbeiter, in den produktiven Gesamtarbeiter integriert sind, dann ist nicht anzunehmen, daß sozialrevolutionäre Strategien sich in der klassischen Weise nahezu ausschließlich aufs Industrieproletariat beziehen können." (13) Durch die These von der neuen Vergesellschaftungsqualität des Kapitals will Krahl ein zusätzliches Argument gegen die Proklamation traditionalistisch verkürzter Organisationsmodelle ableiten. Bei seiner Argumentation unterläuft ihm aber ein Zirkelschluß: soll einerseits die Aufhebung der Verdinglichung sozialer Lebenswelten im System der Kritik der politischen Ökonomie nicht mehr denkbar sein, weil allein im Rahmen von Lohnarbeit und Kapital das Klassenbewußtsein nicht mehr zu bestimmen sei, so soll doch andererseits diese These durch Rekurs auf Begriffe der Marxschen Theorie wie formelle und reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital begründet werden. Das Herausreißen der Begriffe aus ihrem systematischen Zusammenhang führt zu einer Verkehrung der inhaltlichen Bestimmungen: was bei Marx in der Entfaltung des Begriffs vom Kapital im Allgemeinen zur Bestimmung der Produktion von absolutem und relativem Mehrwert einen systematischen Stellenwert hat, wird bei Krahl zur differentia specifica von Konkurrenz- und Monopolkapitalismus. (14) Die Begriffslosigkeit, wie sie in der Gleichsetzung von formeller und reeller Subsumtion der Arbeit unter den Verwertungsprozeß mit Konkurrenz- und Monopolkapitalismus sichtbar wird, verweist auf eine spezifische Weise der Auseinandersetzung mit der Marxschen Theorie, aus der ebenso die dualistische Konstruktion des Begriffs von Klassenbewußtsein ableitbar sein muß. Für Krahl basiert die aktualitätsbezogene Theoriebildung auf einer spezifischen Aneignung der "genetischen Bedingungen und Voraussetzungen der Marxschen und marxistischen Revolutionstheorie" (15), die daher am Anfang der Auseinandersetzung mit seiner Argumentation gegen die Aktualität der leninistischen Kaderpartei stehen muß. Um die Brüchigkeit der Krahlschen Argumentation darstellen zu können, muß also auf seine Marxrezeption eingegangen werden.

11 Ebda., S. 10.
12 Ebda., S. 10.
13 Ebda., S. 11.
14 Die Kritik wird hier nicht näher ausgeführt; vgl. hierzu auch: Bischoff, Ganßmann, Kümmel, Löhlein: "Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse", in: SOPO 6/7.
Der Krahlschen Argumentation schließt sich das MARXISMUS-Kollektiv an in dem Aufsatz: "Die ML-Kritik am Intellektuellen ist eine logische Unmöglichkeit.", in: Max Horkheimer: KRITISCHE THEORIE DER GESELLSCHAFT, Bd. III, Raubdruck, Frankfurt 1968, S. I ff.
Auch für es ist jeder Versuch, unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Westeuropa eine Kaderpartei aufzubauen, gekennzeichnet "durch den Verrat am emanzipatorischen Potential, welches so mühselig, nur kraft der Erfahrung brutaler Gewalt, von der antiautoritären Bewegung reaktualisiert wurde." (S. VII) Die Entmythologisierung der leninistischen Parteiorganisation wird seiner Ansicht nach rückgängig gemacht, wenn die kraft ihrer klassenspezifischen Privilegien intellektuell sensibilisierten Subjekte ihre Einsicht in die Herrschaftstotalität der Verdinglichung nicht in eine materialistische Theorie umsetzen "im Bezugsrahmen reformulierter, emanzipativer Massenbedürfnisse und neuer Prinzipien der Vernunft im kapitalistischen Verwertungsprozeß" (S. III f), sondern ihre theoretische Unsicherheit durch Anlehnung an traditionelle Organisationsmodelle zu kompensieren suchen. Erst die Vermittlung von theoretischer Einsicht und empirischen Massenbedürfnissen konstituiere den Begriff des Klassenbewußtseins als "nicht empirische gleichwohl daseiende Kategorie" und bilde die Garantie, der verdinglichten Blindheit der kapitalistischen Produktionsgeschichte zu entgehen. Die so bestimmte Reorganisation der Revolutionstheorie hat sich zu vollziehen in Ansehung "der aktienstrukturellen Vergesellschaftung des Kapitals", des "Prozess(es) der Monopolkapitalisierung", der "Destruktion der Zirkulationssphäre" und der mit der Verwertung der instrumentellen Vernunft "veränderten Lage der arbeitenden Klasse" (vgl. S. X und XXXVI). Wie bei Krahl läuft dies Programm auf eine Neubestimmung der Marxschen Kategorien hinaus, ohne diese verraten zu wollen. Die Emanzipation von der Entfremdung und Verdinglichung sozialer Lebenswelten ist für das MARXISMUS-Kollektiv "im Rahmen von Lohnarbeit und Kapital g a n z b e s t i m m t nicht mehr heimzuholen" (S. V), obgleich das eben sistierte System der Kritik der politischen Ökonomie ihm allererst die Begriffe zur Verfügung stellt, um einer Ontologisierung revolutionärer Theorie zu entgehen. Überhaupt argumentiert das MARXISMUS-Kollektiv mit einer gewissen Nonchalance, wo es systematisch zu begründen gälte. Die "sogenannten Grundwidersprüche von Lohnarbeit und Kapital, und Produktivkräften und Produktionsverhältnissen – d i e n u n s c h o n b a l d a n d i e 4 0 0 J a h r e e x i s t i e r e n" (S. V), warum sollten gerade die "alles entscheiden"? Vielmehr gelangt es zu der Ansicht, daß "objektiv ... k a u m n o c h die Bedingungen der bestimmten Negation gegeben" sind (S. VI). (Hervorhebung – d.Verf.).
15 Bernd Leineweber: "Vorwort zu Hans-Jürgen Krahl 'Zur Wesenslogik der Marxschen Warenanalyse' ", in: NEUE KRITIK Nr. 55/56 1970, S. 9.
16 entfällt. 10.
17 Ebda., S. 10.
18 Ebda., S. 9.

Die geschichtsphilosophische Relevanz der Marxschen Warenanalyse

Um den Zusammenhang zwischen dem oben skizzierten Programm seiner theoretisch-politischen Tätigkeit und einer spezifischen Interpretation der Marxschen Theorie darstellen zu können, muß auf ein älteres Referat von Krahl zurückgegriffen werden, "das auf die Marxrezeption in Teilen der Bewegung nicht nur des Frankfurter Raumes bis in die Gegenwart einen nachhaltigen Einfluß gehabt hat". (17) Dieser nachhaltige Einfluß rührt nicht zuletzt daher, daß er die aktuellen politischen Aufgaben in den Bezugsrahmen einer Selbstreflexion auf dem Boden der marxistischen Theorie stellte und somit ein spezifisches Verhältnis von genetisch-inhaltlicher Aneignung der klassischen Theorie und aktualitätsbezogener Theoriebildung entwickelte. Dieses Verhältnis basiert darauf, daß Krahl nicht die "unmittelbare Rezeption der inhaltlich durchgeführten Kritik der politischen Ökonomie" (18) an den Anfang der Selbstreflexion stellte, sondern sich allererst der genetischen Bedingungen und Voraussetzungen der Marxschen und marxistischen Revolutionstheorie versicherte. Die aktualitätsbezogene Theoriebildung hat sich im Rahmen marxistischer Tradition auszuweisen, was eben nicht heißen kann, unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen dogmatisch an den wesentlichen Aussagen Marxscher Theorie festzuhalten, sondern sich zu vergewissern, wie durch den wissenschaftlichen Sozialismus die Radikalisierung des emanzipatorischen Vernunftinteresses der bürgerlichen Aufklärung ins Werk gesetzt wurde. In dieser spezifischen Aufarbeitung liegt der Schlüssel für die Möglichkeit, in Anknüpfung an Massenbedürfnisse und neue Prinzipien emanzipatorischer Vernunft gegenwärtig diese Radikalisierung in Angriff zu nehmen, also eine den veränderten Verhältnissen adäquate Theorie der Revolution begründen zu können. Krahl will folglich die Dialektik von Wissenschaftskritik und Gesellschaftstheorie in der Marxschen Theorie entschlüsseln und so die Elemente des materialistischen Ge-

schichtsbegriffs rekonstruieren. Konstitutiv für die Struktur des materialistischen Geschichtsbegriffs ist nach Krahl die "historische Lehre von der gesellschaftlichen Realität des abstrakt Allgemeinen" (19). Angesichts der historischen Verallgemeinerung der Warenform gewinnt die Warenanalyse geschichtsphilosophische Bedeutung dadurch, daß in ihr die Hypostasis der abstrakten gesellschaftlichen Formbestimmungen beschrieben, also der Mechanismus der "Vergegenständlichung von an sich selbst nicht dinghaften, gesellschaftlichen Formbestimmungen" (20) aufgedeckt ist. In Anknüpfung an eine Intention Lukacs', "der als einer der ersten das Verdinglichungsproblem in seiner geschichtsphilosophischen Tragweite erkannt hat, ohne sich jedoch von den innerphilosophischen Voraussetzungen hinreichend zu lösen" (21), will Krahl die Frage nach der geschichtsphilosophischen Relevanz wieder aufnehmen. Das Herausarbeiten der geschichtsphilosophischen Implikationen der Marxschen Warenanalyse, speziell der Wertformanalyse, mündet bei Krahl in folgende zentrale These: "für den geschichtsphilosophischen Gehalt der materialistischen Darstellungsweise ist im Sinne von Hegels Begriff einer kritisch objektivierenden Erfahrung die erkenntniskritische Reflexion auf die gegenständlichen Inhalte des 'erscheinenden Wissens' konstitutiv." (22) Bei dieser These wird folgendes Problem sichtbar; einerseits will Krahl im Gegensatz zu Lukacs das Verdinglichungsproblem frei von innerphilosophischen Voraussetzungen reflektieren, andererseits soll doch das Konstituens des materialistischen Geschichtsbegriffs in der Hegelschen Philosophie vorweggenommen sein. Inwieweit Krahl sein Programm durchhalten kann, durch Aufnahme der genetischen Voraussetzungen der Marxschen Theorie die Bedingungen einer Radikalisierung emanzipatorischen Vernunftinteresses freizuschälen und für die Strategiediskussion fruchtbar zu machen, ohne dabei seinerseits den Lukacsschen Fehler zu wiederholen, muß sich in der Bestimmung des Verhältnisses von Marx zu Hegel zeigen, wie sie in der Ableitung seiner zentralen These aus der Analyse der Wertform eingeschlossen ist.

Krahls "lemmatische Skizze einer 'seinslogischen Struktur' der Bedingungen der Möglichkeit dinglicher Wertgegenstände"

In der materialistischen Darstellung der Warenform des Produkts ist nach Krahl das Verhältnis von Wert zu Tauschwert als das von Wesen und Erscheinung bestimmt. Mit dieser Distinktion knüpft Marx an die dialektische Logik an. "Die Differenz von Wert und Wertform erschließt sich nur der wesenslogischen Dialektik, Medium der kritischen Reflexion auf die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie, die allererst konstitutiv ist für den von der marxistischen Theorie beanspruchten Wissenschaftsbegriff". (23) Krahl faßt das Verhältnis von Marx zu Hegel zunächst so, daß sich Marx der dialektischen Logik bediene, um die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie, in denen die Herrschaftstotalität von Verdinglichung reproduziert wird, in einen Reflexionszusammenhang zu stellen, mittels des-

19 Hans-Jürgen Krahl: "Zur Wesenslogik der Marx'schen Warenanalyse", in: NEUE KRITIK Nr. 55/56, S. 18.
20 Ebda., S. 21.
21 Ebda., S. 21.
Zum Einfluß von Lukacs vgl. auch: Detlev Claussen, "Zum emanzipativen Gehalt der materialistischen Dialektik in Horkheimers Konzeption der kritischen Theorie", in: NEUE KRITIK 55/56 1970, S. 47. "Lukacs hat in Geschichte und Klassenbewußtsein den Ideologiebegriff des jungen Marx im Kapital hinter den Kategorien von Fetischismus und Verdinglichung, und damit den Entfremdungsbegriff der Pariser Manuskripte als gesellschaftliche, verselbständigte Macht über den Individuen, die diese produzieren, eingeholt." Wegen dieser Bedeutung müßte die Lukacssche Marxinterpretation einer gründlichen Kritik unterzogen werden.
22 Ebda., S. 33.
23 Ebda., S. 22.

sen der Verdinglichungsmechanismus transparent werde. Durch das vom objektiven Idealismus zur Verfügung gestellte Medium kritischer Reflexion wird also Kapitalismuskritik erst möglich. Obgleich empirisch nicht verifizierbar, fällt die Differenz von Wesen und Erscheinung "für Marx jedoch streng in die Sphäre endlicher Seinsbestimmungen, in die der Existenz." (24) Nach Krahl folgt Marx nun einerseits der von Hegel gegebenen seinslogischen Bestimmung des Daseins, nach der endliches Sein immer eines ist, das sich auf ein anderes bezieht, geht aber andererseits über Hegel hinaus, insofern er die Ableitung eines bestimmten Inhalts aus der Bewegung des Begriffs als idealistische Konstruktion verwirft. Während Hegel aus der reinen Bewegung der spekulativen Abstraktion den bestimmten Inhalt deduziert, "erkennt Marx, daß der unstrukturierte formale Wert nicht aus eigener Kraft sich zu raumzeitlichen Erscheinungsformen zu organisieren vermag." (25) Damit steht Marx vor dem Problem, einmal in der Ableitung der versachlichenden Selbstdarstellung des Werts den Tauschwert als ein auf ein anderes Bezogenes darzustellen, zum anderen jedoch entgegen Hegel dem Begriff der dinglichen Existenz die immanente Kraft verweigern zu müssen, durch die er seinen wesentlichen Grund zur Erscheinung bringen kann, also dem Wertbegriff die Qualität, sich durch sich selbst zur Erscheinung bringen zu können. Nach Krahl löst Marx dieses Problem, indem er "die der endlichen Welt immanente wesentliche Differenz" von Wert und Wertform "nochmals in der Sinnwelt selbst" differenziert "in eine von konkretnützlichen Naturalformen und der ihnen widersprechenden abstrakten Wertgegenständlichkeit". (26) Diese in der Marxschen Theorie nicht ausgeführten Annahmen über die Struktur der dinglichen Gegenstandswelt erlauben die Darstellung der Erscheinungsform des abstrakt-allgemeinen Werts als eine von der Naturalform der Ware unterschiedene wiewohl nur an der Naturalform mögliche. Das Erfordernis, "daß etwa der 'Leinwandwert' um seines Ausdrucks willen einer Gegenständlichkeit bedarf, 'welche von der Leinwand selbst dinglich verschieden und ihr zugleich mit anderer Ware gemeinsam ist', läßt sich in der Marxschen Theorie nur auf Grund einer indirekten materialistischen Lehre vom Ding einlösen, die jedoch an keiner Stelle systematisierbar oder zu positivieren wäre." (27)

Erst durch Anknüpfung an die Hegelsche Logik und die ontologischen Implikate lassen Krahl zufolge sich die Natureigenschaften des Geld- und Kapitalverhältnisses als rein subjektive Thesis gesellschaftlicher Formbestimmungen darstellen. Mittels dieser Instrumente wird "die reale, im Innern des kapitalistischen Produktionsprozesses an den individuellen Produzenten und den konkreten Gebrauchswerten sich vollziehende Darstellung der gesellschaftlichen Abstraktion analytisch erst der Kritik zugänglich". (28) Begriffliche Abstraktion, d.h. Hegelsche Logik und die indirekte materialistische Lehre vom Ding, dienen nach Krahl in spezifischer Weise als Medium der theoretischen Rekonstruktion einer komplexen Verhältnisbestimmung. Es ist nicht etwa so, daß Marx, ausgehend von dem einfachsten, wenngleich abstraktesten ökonomischen Konkretum, der Ware, den Prozeß der zunehmenden Verkehrung von Subjekt und Objekt entwickelt, und in dieser Entfaltung zugleich eingeschlossen ist, warum stufenweise der Prozeß im Resultat verschwindet, sondern mittels einer differenzierten Rezeption der Hegelschen Theorie, insbesondere der Logik, klärt die "Kritik der politischen Ökonomie... die von den individuellen Produzenten selbst eingegangenen Produktionsverhältnisse auf, die die allgemeine Selbstbewegung des Kapitals verdunkelt." (29) Wenn Marx "das Verhältnis von Wert und Tauschwert in diesen Reflexionszusammenhang setzt und es als die sich selbst ver-

24 Ebda., S. 23.
25 Ebda., S. 25 (Hervorhebung – d.Verf.).
26 Ebda., S. 23.
27 Ebda., S. 24 (Hervorhebung – d.Verf.).
28 Ebda., S. 26.
29 Ebda., S. 32.

schleiernde Erscheinungsform eines ihm zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Wesens begreift, so enthält keineswegs die selbständige Darstellung des Werts in seiner entäußerten Erscheinungsform, dem Gelde, d i e s e R e f l e x i o n, sondern sie verschleiert erst das gesellschaftliche Begründungsverhältnis." (30)

Nach Krahl bedurfte es bloß einer dem Stadium der Frühschriften gegenüber differenzierteren Rezeption Hegelscher Theorie, der Kritik an der Reproduktion totaler Verdinglichung in der "alles verzehrenden mephistophelischen Rastlosigkeit des metaphysischen Begriffs" (31), der sich ohne äußeren Stoff zu objektivieren vermag, damit für Marx die wesenslogische Dialektik zum Mittel seiner Kapitalismuskritik werden konnte. Über das so bestimmte Medium kritischer Reflexion ist der Verdinglichungsmechanismus zunächst bloß theoretisch aufgehoben. Die Kapitalismuskritik muß ergänzt werden durch eine Theorie der Revolution, in der bestimmt ist, wie diese Einsicht in die Herrschaftstotalität von Verdinglichung mit den Bedürfnissen der Massen vermittelt werden und die Radikalisierung der Prinzipien emanzipativer Vernunft so in Gang gesetzt werden kann, daß die Durchschlagung praktisch wahr wird. Im Folgenden ist zu zeigen, daß Krahl das Verhältnis von Marx zu Hegel aufgrund einer durch bürgerliches Theorieverständnis geprägten Marxrezeption falsch bestimmt und dieses die unzureichende Interpretation des Prozesses der fortschreitenden Verkehrung von Subjekt und Objekt begründet, womit freilich seine aktualitätsbezogene Theoriebildung die Aktualität verfehlen muß.

Wert als historisch spezifische Form gesellschaftlicher Arbeit

Für Krahl gründet sich das System der bürgerlichen Gesellschaft, also einer historisch spezifischen Form der Aneignung der Natur, auf den abstrakten Zusammenhang voneinander indifferent gegenüberstehenden Individuen. "Abstrakte Arbeit, der höchst reale Organisationsmodus des kapitalistischen Produktionsprozesses, ist die Arbeit isoliert und unabhängig voneinander privat arbeitender Individuen." (32) Dies abstrakte gesellschaftliche Produktionsverhältnis ist Wert, "reine gesellschaftliche Form, an sich selbst unbestimmt und materiell fundiert nur in der abstrakten Eigenschaft, 'Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn' zu enthalten." (33) Krahl verfehlt die Wertbestimmung, wenn er Wert als abstrakte Eigenschaft und nicht als historische Form gesellschaftlicher Arbeit faßt. Nur in einer historisch spezifischen Produktionsweise, wo sich die Menschen von der Nabelschnur des natürlichen Gattungszusammenhangs losgerissen haben, und ihre Verhältnisse nicht unmittelbar als Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse erscheinen, stellt sich die in der gesellschaftlichen Aneignung der Natur verausgabte Arbeit als Werte von Dingen dar. Weil der gemeinschaftliche Charakter der Arbeit nicht mehr naturwüchsig gegeben noch schon bewußt hergestellt ist, stellt sich ihre Gesellschaftlichkeit her über den gesellschaftlichen Verkehr der Sachen. Wert als historische Form gesellschaftlicher Arbeit ist von vornherein dadurch charakterisiert, daß sich die Gesellschaftlichkeit als gegenständlicher Charakter von Sachen darstellt. "Das Arbeitsprodukt ist in allen gesellschaftlichen Zuständen Gebrauchsgegenstand, aber nur eine historisch bestimmte Entwicklungsepoche, welche die in der Produktion eines Gebrauchsdings verausgabte Arbeit als seine 'gegenständliche' Eigenschaft darstellt, d.h. als seinen Wert, verwandelt das Arbeitsprodukt in Ware." (34) Vollzieht sich der soziale Lebensprozeß, der Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur sowie der gesellschaftliche Verkehr, unter der Form eines vielgliedrigen Systems gesellschaftlicher Teilung der Arbeit, ohne den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit unmittelbar gewährleisten zu können, müssen die Arbeitsprodukte Warenform annehmen. In der historisch spezifischen Produktionsweise, in der die Warenform des Arbeitsprodukts die ökonomische Zellenform ist, die Arbeit doppelt bestimmt: einerseits ist die in der Formung der Naturstoffe verausgabte Arbeit konkret nützliche Tätigkeit, und als Bildnerin von Gebrauchsgegenständen ist sie eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, andererseits, da alle Produktion Aneignung der Natur von Seiten des Individuums innerhalb und vermittelst einer spezifischen Gesellschaftsform ist, besteht die spezifische Gesellschaftlichkeit der Arbeit darin, daß ihr gesellschaftlicher Charakter als Eigenschaft von Dingen erscheint. Dieser in der Ware eingeschlossene zwieschlächtige Charakter der Arbeit ist nach Marx der Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht. Weil für Krahl Wert als reine gesellschaftliche Form bloß Produkt begrifflicher Abstraktion ist, verkennt er, daß "diese Abstraktion der Arbeit überhaupt nicht nur das geistige Resultat einer konkreten Totalität von Arbeiten", sondern selbst "in der Wirklichkeit als Mittel zum Schaffen des Reichtums überhaupt" (35) geworden ist. Ihm entgeht, daß die Bestimmtheit dieser Abstraktion selbst Produkt historischer Verhältnisse ist. Die Tatsache, daß Arbeit aufgehört hat "als Bestimmung mit den Individuen in einer Besonderheit verwachsen zu sein" (36), ist aber selbst Voraussetzung für die Erkenntnis und Darstellung der spezifischen Form der Gesellschaftlichkeit. Wird dieser Zusammenhang übersehen, also die historische Form der gesellschaftlichen Arbeit, die sich als Wert ausdrückt, nicht adäquat erfaßt, dann kann auch der Stellenwert der doppelten Bestimmtheit der Arbeit für die Darstellung des bürgerlichen Systems nicht begriffen werden. Da Krahl den Wert zum bloßen Reflexionsprodukt erklärt, entgeht ihm der entscheidende Aspekt der Wertbestimmung, und folglich übersieht er den zwieschlächtigen Charakter der Arbeit, was zur Konsequenz hat, daß er die Ware, die Doppelform des Arbeitsprodukts, nicht als Resultat des zwieschlächtigen Charakters der Arbeit entwickeln kann.

Da Krahl den Zusammenhang zwischen Doppelcharakter der Arbeit und Doppelform des Arbeitsprodukts nicht sieht, kann er behaupten, daß die Erscheinungsform des Werts nur durch Rekurs auf eine materialistische Lehre vom Ding entfaltet werden kann, womit ins-

30 Ebda., S. 31 (Hervorhebung – d.Verf.).

31 Ebda., S. 43.

32 Ebda., S. 20. In dieser Formulierung ist das ganze Mißverständnis der Krahlschen Argumentation angelegt. Daß "den Ökonomen ohne Ausnahme das Einfache entging, daß, wenn die Ware das Doppelte von Gebrauchswert und Tauschwert, auch die in der Ware dargestellte Arbeit Doppelcharakter besitzen muß, während die bloße Analyse auf Arbeit sans phrase wie bei Smith, Ricardo etc. überall auf Unerklärliches stoßen muß. E s i s t d i e s i n d e r T a t d a s g a n z e G e h e i m n i s d e r k r i t i s c h e n A u f f a s s u n g." (Brief von Marx an Engels vom 8. Jan. 1868, MEW 32, S. 11 – Hervorhebung – d.Verf.) Wenn Krahl die doppelte Bestimmtheit der Arbeit ignoriert und von Arbeit sans phrase als Systembegriff redet, liegt darin die ganze Unkritik seiner Auffassung begründet.

33 Ebda., S. 25.

34 KAPITAL, Bd. 1, MEW 23, S. 76.
Daß der gesellschaftliche Charakter der Privatarbeiten, ihre Gleichheit als menschliche Arbeit, eine Abstraktion von ihrer realen Ungleichheit ist und in der einzig möglichen Erscheinungsform von Arbeit, ihrer zweckbestimmten Verausgabung, nicht sichtbar wird, ändert nichts an der "physiologischen Wahrheit", daß in jeder gesellschaftlich bestimmten Arbeit in gleicher Weise menschliches Hirn, Nerv, Muskel etc. verausgabt werden.

35 GRUNDRISSE, S. 25.

36 Ebda., S. 25.
"Das Geheimnis des Wertausdrucks, die Gleichheit und gleiche Gültigkeit aller Arbeiten, weil und insofern sie menschliche Arbeit überhaupt sind, kann nur entziffert werden, sobald der Begriff der menschlichen Gleichheit bereits die Festigkeit eines Volksvorurteils besitzt. Das ist aber erst möglich in einer Gesellschaft, worin die Warenform die allgemeine Form des Arbeitsprodukts, also auch das Verhältnis der Menschen zueinander als Warenbesitzer das herrschende gesellschaftliche Verhältnis ist." (KAPITAL, Bd. 1, S. 74).

geheim die Marxsche Warenanalyse im Kern rückgängig gemacht wird. Wird in einer historisch spezifischen Gesellschaftsformation der gesellschaftliche Charakter der Arbeit dadurch vermittelt, daß sich die in der Formung von Naturstoffen verausgabte Arbeitszeit erst als gegenständliche Eigenschaft des Arbeitsprodukts ausdrücken muß, so kann die Wertgegenständlichkeit nicht unmittelbar mit der Naturalform des Produkts zusammenfallen, sondern muß eine davon verschiedene Erscheinungsform gewinnen. Nach Marx versteht sich von selbst, daß die Wertgegenständlichkeit als etwas rein Gesellschaftliches nur im gesellschaftlichen Verhältnis von Ware zu Ware erscheinen kann. Der Wertcharakter einer Ware erhält also erst seinen Ausdruck durch ihre Beziehung auf eine andere Ware. "Vermittelst des Wertverhältnisses wird die Naturalform der Ware B zur Wertform der Ware A oder der Körper der Ware B zum Wertspiegel der Ware A." (37) Der in der Ware eingeschlossene Gegensatz von Gebrauchswert und Wert erhält also seine einfachste Erscheinungsform, seine einfache Wertform, durch einen äußeren Gegensatz, durch das Verhältnis zweier Waren. Aber schon im einfachen Wertausdruck der Ware ist eine eigentümliche Verkehrung des Sachverhalts eingeschlossen: Wert, etwas rein Gesellschaftliches, erscheint als Naturaleigenschaft eines Dings. (38) "Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. Durch dies Quidproquo werden die Arbeitsprodukte Waren, sinnlich übersinnliche oder gesellschaftliche Dinge." (39) Im einfachen Wertausdruck, wo sich der innere Gegensatz zwischen Gebrauchswert und Wert als äußerer darstellt, ist eingeschlossen, daß die Darstellung des Produkts als Ware zur Verdoppelung in Ware und Geld fortgehn und das so verselbständigte allgemeine Äquivalent in der Warenzirkulation neue Formbestimmungen erhalten muß. "Der der Ware immanente Gegensatz von Gebrauchswert und Wert, von Privatarbeit, die sich zugleich als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit darstellen muß, von besondrer konkreter Arbeit, die zugleich nur als abstrakt allgemeine Arbeit gilt, von Personifizierung der Sache und Versachlichung der Personen – dieser immanente Widerspruch erhält in den Gegensätzen der Warenmetamorphose seine entwickelten Bewegungsformen." (40) Ausgehend von der Elementarform des bürgerlichen Reichtums, der Ware, leitet Marx die spezifische Art der Gesellschaftlichkeit ab, die Stufenfolge der zunehmenden Verkehrung von Subjekt und Objekt, die die kapitalistische Produktionsweise charakterisiert. Er zeigt, daß schon in der einfachen, noch unentwickelten Wertform eine für die moderne Produktionsweise charakteristische Mystifikation enthalten ist, die Versachlichung der Personen und Personifizierung der Sachen, und daß diese hier noch einfache Mystifikation mit der Entfaltung der Wertformen sich weiterentwickelt. (41) Die Entwicklung der Wertbestimmung ist nichts anderes als die Darstellung der spezifischen Form der gesellschaftlichen Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft. Aus den Charakteren des Produkts als Ware und der Ware als kapitalistisch produzierter Ware leitet Marx "die ganze Wertbestimmung und die Regelung der Gesamtproduktion durch den Wert" ab: "In dieser ganz spezifischen Form des Werts gilt Arbeit einerseits nur als gesellschaftliche Arbeit, andererseits ist die Verteilung dieser gesellschaftlichen Arbeit und die wechselseitige Ergänzung, der Stoffwechsel ihrer Produkte, die Unterordnung unter und

37 KAPITAL, Bd. 1, S. 67.
38 Auf die Differenz von relativer Wertform und Äquivalentform wird hier nicht eingegangen.
39 KAPITAL, Bd. 1, S. 86.
40 Ebda., S. 128.
41 Vgl. Bischoff, Ganßmann, Kümmel, Löhlein: "Mystifikation und Klassenbewußtsein", in: SOPO 8, S. 15 ff.

Einschiebung in das gesellschaftliche Triebwerk, dem zufälligen, sich wechselseitig aufhebenden Treiben der einzelnen kapitalistischen Produzenten überlassen." (42)

Krahl kann diese Gesamtstruktur der Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft nicht in den Griff bekommen, da seine Interpretation schon am einfachsten Verhältnis vorbeigeht, dem Zusammenhang zwischen Doppelcharakter der Arbeit und Doppelform des Produkts; also auch die Notwendigkeit der bestimmten Erscheinungsform des Werts, der einfachen Wertform, aus der Wertbestimmung nicht begründen kann. Während Marx beweist, "daß die Wertform oder Wertausdruck der Ware aus der N a t u r d e s W a r e n w e r t s entspringt, nicht umgekehrt Wert und Wertgröße aus ihrer Ausdrucksweise als Tauschwert" (43), greift Krahl, um die Bedingungen der Möglichkeit dinglicher Wertgegenstände aufzeigen zu können, auf eine materialistische Lehre vom Ding zurück. Er kann also nicht die Versachlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus der spezifischen Form der gesellschaftlichen Arbeit entwickeln, sondern muß zur Darstellung des Verdinglichungsprozesses selbst wiederum auf eine Lehre vom Ding zurückgreifen. Der entscheidende Mangel der Krahlschen Interpretation der Marxschen Warenanalyse liegt im Mißverstehen der Wertbestimmung. "Hätte er weiter den Wert untersucht, so hätte er... weiter gefunden, daß hierin das Ding, der 'Gebrauchswert' als bloße V e r g e g e n s t ä n d l i c h u n g menschlicher Arbeit als V e r a u s g a b u n g g l e i c h e r m e n s c h l i c h e r A r b e i t s k r a f t gilt, und daher dieser Inhalt als g e g e n s t ä n d l i c h e r Charakter der S a c h e dargestellt ist, als (Charakter), der i h r s e l b s t sachlich zukommt, obgleich diese Gegenständlichkeit in ihrer Naturalform n i c h t erscheint, (was aber eine besondere W e r t f o r m nötig macht). Er würde also gefunden haben, daß der 'Wert' der Waren nur in einer historisch entwickelten Form ausdrückt, was in allen andern historischen Gesellschaftsformen ebenfalls existiert, wenn auch i n a n d e r e r F o r m, n ä m l i c h g e s e l l s c h a f t l i c h e r C h a r a k t e r d e r A r b e i t, sofern sie als V e r a u s g a b u n g 'g e s e l l s c h a f t l i c h e r' A r b e i t s k r a f t existiert." (44) Eine der Konsequenzen der unzureichenden Interpretation der Wertbestimmung bei Krahl liegt darin, daß er den Übergang von einfacher zu entwickelter Warenzirkulation nicht mehr nachvollziehen kann. Der komplexe Zusammenhang, wodurch die einfache Warenzirkulation als Moment eines übergreifenden Prozesses bestimmt wird, wird bei Krahl verkürzt zum bloßen Aufgreifen einer bisher in der Warenanalyse ausgesparten Prämisse. "Die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse tritt in ein universales Stadium mit den 'historischen Existenzbedingungen des Kapitals', der ausbeutenden Mehrwertproduktion, welche die Existenz des freien Arbeiters auf dem Warenmarkt verlangt. Davon abstrahiert die Warenanalyse zwar, doch gewinnt sie an geschichtsphilosophischer Bedeutung erst im Hinblick auf die historisch schon voll entwickelte Preis- und Geldform der Ware, sowie auf die Verallgemeinerung der Warenform des Arbeitsprodukts durch die Arbeitskraft als einer Ware." (45) Da Krahl die Notwendigkeit nicht erkennt, mit der sich der Tauschwert aus der Form von Ware und Geld zur Form des Kapitals und die tauschwertsetzende Arbeit zur Lohnarbeit fortentwickeln, daß also die Entwicklung der Warenform mit der Entwicklung der Wertform zusammenfällt, muß er die im Verwertungsprozeß eingeschlossene zunehmende Verkehrung von Subjekt und Objekt als bloß graduelle Fortsetzung mißverstehen. "Der Verdinglichungsprozeß potenziert sich g r a d u e l l mit der Verwandlung von Geld in Kapital und dessen Verwertungsprozeß." (46)

42 KAPITAL, Bd. 3, MEW 25, S. 887.
43 KAPITAL, Bd. 1, S. 75 (Hervorhebung – d.Verf.).
44 RANDGLOSSEN ZU ADOLPH WAGNERS "LEHRBUCH DER POLITISCHEN ÖKONOMIE", MEW 19, S. 375.
45 Hans-Jürgen Krahl: "Zur Wesenslogik der Marx'schen Warenanalyse", a.a.O., S. 30.
46 Ebda., S. 30 (Hervorhebung – d.Verf.).

Im Gegensatz zu Krahls These muß im Zuge der Darstellung der zunehmenden Verselbständigung des Werts der Übergang von der einfachen zur entwickelten Warenproduktion als notwendiger selbst aus der Wertbestimmung abgeleitet werden. Geld als verselbständigtes allgemeines Äquivalent ist Resultat des Zirkulationsprozesses, das gleichsam naturwüchsig aus ihm hervorwächst. Diese "Verselbständigung erscheint nicht nur in der Form, daß es als selbständiger abstrakter Tauschwert – Geld – der Zirkulation gegenübersteht, sondern daß diese zugleich der Prozeß seiner Verselbständigung ist; es als Verselbständigtes aus ihr wird." (47) Diese in der Formbestimmung des Geldes als Geld ausgedrückte Verselbständigung ist selbst bloßer Schein und weist auf einen andern, tieferliegenden Prozeß hin. "Die Zirkulation in sich selbst betrachtet ist die Vermittlung vorausgesetzter Extreme. Aber sie setzt diese Extreme nicht. Als Ganzes der Vermittlung, als totaler Prozeß selbst muß sie daher vermittelt sein. Ihr unmittelbares Sein ist daher reiner Schein. Sie ist das Phänomen eines hinter ihrem Rücken vorgehnden Prozesses." (48) Die ursprüngliche Operation des Austausches von Äquivalenten ist beständige Voraussetzung wie Resultat des Zirkulationsprozesses des industriellen Kapitals, sie erweist sich jetzt als abstrakte Sphäre des bürgerlichen Gesamtproduktionsprozesses und ist als solche die reale Basis aller Gleichheit und Freiheit. "Als reine Ideen sind sie idealisierte Ausdrücke seiner (des Tauschprozesses – d. Verf.) verschiednen Momente; als entwickelt in juristischen, politischen und sozialen Beziehungen, sind sie nur reproduziert in andren Potenzen." (49) Weil die einfache Zirkulation sich durch ihre eigenen Bestimmungen als Moment eines übergreifenden Prozesses darstellt, erweist sich die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit gerade als Unfreiheit und Ungleichheit, insofern durch die einfache Warenzirkulation die Despotie des Kapitals beständig vermittelt und versteckt wird. Krahl sitzt in seiner Interpretation der Marxschen Warenanalyse selbst noch dem Schein der Selbständigkeit der einfachen Warenzirkulation auf, sofern er den Ubergang in den Zirkulationsprozeß des industriellen Kapitals und die damit zum Schein herabgesetzte Selbständigkeit der einfachen Warenzirkulation sowie den dialektischen Umschlag im Appropriationsgesetz nicht entwickeln kann. (50) Die Formel von einem 'legitimationsideologischen Reich bürgerlicher Sittlichkeit' bleibt der Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft äußerlich, was schließlich darin mündet, daß er glaubt, im 'staatsinterventionistisch verfestigten Monopolkapitalismus' sei diese abstrakte Sphäre des bürgerlichen Gesamtproduktionsprozesses sistiert und die Legitimationsbasis bürgerlicher Herrschaft zusammengebrochen.

Hat sich gezeigt, daß Krahl auf Grund einer unzureichenden Fassung der Wertbestimmung den Übergang von einfacher zu entwickelter Warenzirkulation nicht nachvollziehen kann,

47 GRUNDRISSE, S. 937.
48 Ebda., S. 920.
49 Ebda., S. 915.
50 Weil er diesen Umschlag im Appropriationsgesetz nicht entwickeln kann, muß ihm notwendig der Gegensatz zwischen der realen und der idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft entgehen. Er muß daher das überflüssige Geschäft übernehmen, den idealen Ausdruck, das verklärte und von der Wirklichkeit selbst als solches aus sich geworfene Lichtbild, selbst wieder verwirklichen zu wollen. Daher formuliert er: "Die kommunistische Organisation des politischen Kampfes löst die Emanzipationsversprechen des bürgerlichen Tauschverkehrs überhaupt erst ein." (Hans-Jürgen Krahl: "ANGABEN ZUR PERSON", in: "Georg Lukacs zum 13. April 1970", Neuwied und Berlin 1970, S. 190 f) und: "Auch wir kämpfen um die politische Macht im Staat, aber wir haben eine Legitimation, denn unser Machtkampf ist begleitet von einem permanenten Kommunikationsprozeß, in dem sich die Kategorien der Emanzipation, die erst im abstrakten Prinzip existieren, realisieren und entfalten, wo sie zum praktischen Dasein werden." (Hans-Jürgen Krahl: "Angaben zur Person", a.a.O., S. 192).

so liegt darin zugleich begründet, daß er die in den verschiedenen Stadien des Zirkulationsprozesses des Kapitals eingeschlossenen Formbestimmungen und immanenten Widersprüche nicht entwickeln kann. Insofern ist die im Zirkulations- und Produktionsprozeß des Kapitals vorsichgehende Weiterentfaltung des Prozesses von Versachlichung der Subjekte und Subjektivierung der Sachen bei ihm zur bloß graduellen Zunahme der Verkehrung von Subjekt und Objekt herabgesetzt. Die einzige Entwicklung ist für Krahl die zunehmende Verknöcherung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die ausschließlich die Verfestigung des falschen Bewußtseins der Produzenten hervorbringt. "Marx zeichnet drei in sich komplizierte Stadien im Verselbständigungsprozeß des Kapitals, der die zunächst noch fadenscheinige Objektivität der gesellschaftlichen Formbestimmung für das Bewußtsein der ökonomischen Klassen zunehmend verhärtet." (51) Weil Marx nur die Kritik an der Verdinglichung durch das Aufzeigen der Bedingungen der Möglichkeit dinglicher Wertgegenstände leiste, kann in diese Kritik nach Krahl noch nicht die Angabe der Bedingungen der Möglichkeit eingeschlossen sein, wie der bestimmte gesellschaftliche Charakter, das Proletariat, jenes enorme Bewußtsein entwickeln kann, um die Herrschaftstotalität von Verdinglichung zu durchschlagen, muß diese revolutionstheoretische Aufgabe in Ansehung der jeweiligen konkreten Gestalt der Verdinglichungstotalität gelöst werden. Die in dieser verkürzten Interpretation ausgeklammerten Momente sind jetzt kurz zu skizzieren.

Das Kapital gibt dem ganzen Prozeß der sozialen Produktion einen bestimmten Charakter, führt eine neue Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit herbei und revolutioniert damit alle politischen und sozialen Verhältnisse. Für die kapitalistische Produktionsweise wird die permanente Revolutionierung der technischen und organisatorischen Formen gesellschaftlicher Produktion allgemeines Gesetz. Mit der Entfaltung der Produktivkräfte, der großen Industrie, entwickeln sich "einerseits die Konflikte, die eine Umwälzung der Produktionsweise, eine Beseitigung ihres kapitalistischen Charakters, zur zwingenden Notwendigkeit erheben – Konflikte, nicht nur der von ihr erzeugten Klassen, sondern auch der von ihr geschaffenen Produktivkräfte und Austauschsformen selbst –; und sie entwickelt andrerseits in eben diesen riesigen Produktivkräften auch die Mittel, diese Konflikte zu lösen." (52) Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktionsweise ist das Kapital selbst, insofern die rastlose Entwicklung der Produktivkräfte, in zunehmenden Konflikt gerät mit den spezifischen Bedingungen, worin sich das Kapital allein verwerten kann. Die wachsende Unangemessenheit des Entwicklungsstands der Produktivkräfte zu den bisherigen Produktionsverhältnissen drückt sich in einer Reihe von Konflikten und Krisen aus. "Über einen gewissen Punkt hinaus wird die Entwicklung der Produktivkräfte eine Schranke für das Kapital, also das Kapitalverhältnis eine Schranke für die Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit ... Die letzte Knechtsgestalt, die die menschliche Tätigkeit annimmt, die der Lohnarbeit auf der einen, des Kapitals auf der andern Seite, wird damit abgehäutet, und diese Abhäutung selbst ist das Resultat der dem Kapital entsprechenden Produktionsweise; die materiellen und geistigen Bedingungen der Negation der Lohnarbeit und des Kapitals, ... sind selbst Resultate seines Produktionsprozesses." (53) In der Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft werden deren spezifische Produktionsbedingungen als historische bestimmt, nämlich als sich selbst aufhebende. Die historische Berechtigung der kapitalistischen Produktionsweise liegt in der rastlosen Entwicklung der Produktivkräfte, die in letzter Instanz auf der Entfaltung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit beruht, und diese immanente Tendenz muß zunehmende Konflikte zwischen der materiellen Entwicklung der Produktion und ihrer gesellschaftlichen Form produzieren, wobei in der Aufhebung der Privatarbeit

51 Hans-Jürgen Krahl: "Zur Wesenslogik der Marx'schen Warenanalyse", a.a.O., S. 35.
52 "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", MEW 19, S. 193.
53 GRUNDRISSE, S. 635 (Hervorhebung – d.Verf.).

und der Entfaltung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit einerseits die Möglichkeit für eine höhere Produktionsweise liegt und andererseits in den Konflikten die zwingende Notwendigkeit der Aufhebung dieser Produktionsweise eingeschlossen ist. Wenngleich hier nicht im Einzelnen die Vermittlungen gezeigt werden können, wie in der Darstellung der spezifischen Art der Gesellschaftlichkeit der Arbeit, also des Verkehrungsprozesses von Subjekt und Objekt, zugleich die Möglichkeit und Notwendigkeit angelegt sind, daß der eine bestimmte gesellschaftliche Charakter, das Proletariat, sich die ihm fremden und äußerlichen Produktionsbedingungen subsumieren kann, so ist dennoch klar, daß die richtige Anschauung und Deduktion der historisch gewordenen Verhältnisse zu Punkten führt, "an denen die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse – und so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet." (54)

Aufgrund seiner unzureichenden Interpretation der Wertbestimmung kann Krahl diesen Zusammenhang in der Marxschen Theorie nicht aufnehmen. Die Darstellung der spezifischen Art der Gesellschaftlichkeit enthält für ihn nur die Seite der graduellen Zunahme der Verkehrung von Subjekt und Objekt, ohne daß er sieht, wie in dieser Entwicklung zugleich die Bedingungen ihrer Aufhebung aufgezeigt sind. Die Konsequenz einer so mißverstandenen Werttheorie ist der Zwang zur Ergänzung der Marxschen Theorie durch eine explizite Theorie der Revolution.

Wenn die historische Form gesellschaftlicher Arbeit nicht nur durch die zunehmende Verdinglichung und Mystifikation gesellschaftlicher Verhältnisse charakterisiert ist, dann kann unter Revolutionstheorie nur verstanden werden die Lösung der anstehenden Aufgaben revolutionärer Taktik auf Basis einer Klassenanalyse. Die Analyse des inneren Zusammenhangs zwischen ökonomischer und politischer Bewegung auf einer historisch bestimmten Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisses, den Entwicklungstendenzen sowie den verschiedenen Formen des Bewußtseins der Produktionsagenten ist nur möglich durch Anknüpfung an das System der Kritik der politischen Ökonomie, weil die Untersuchung der wirklichen ökonomischen Bewegung die Dechiffrierung der verknöcherten und verselbständigten Formen gesellschaftlicher Arbeit – wie sie an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen – unterstellt und diese Untersuchung der realen Bewegung der Konkurrenz selbst wieder Voraussetzung ist, um die Reflexe der ökonomischen Bewegung, die politischen Formen, ideologische Anschauung etc., in ihrer Rückwirkung auf diese Bewegung bestimmen zu können. Ist dieser methodische Zugang aufgegeben, so muß notwendig entweder eine der verschiedenen Nebengestalten des Klassenkampfs herausgegriffen, in einen bloßen Reflexionszusammenhang gestellt und zum bestimmenden Moment der sozialen Revolution erklärt werden oder versucht werden, durch Rückgriff auf die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung Revolutionsstrategien oder allgemeine Prinzipien revolutionärer Taktik herauszuarbeiten. (54a)

54 Ebda., S. 365.

54a Vgl. zu diesem gesamten Zusammenhang die Bemerkung von Engels: "Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das i n l e t z t e r I n s t a n z bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das e i n z i g bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politischer Formen des Klassenkampfs und seine Resultate – Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. – Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkungen auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren F o r m. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten (...) als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsepoche ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades." (Brief an Joseph Bloch vom 21./22.9.1890, MEW 37, S. 463)
Wenn Engels von der Anwendung der Marxschen Theorie oder der Marxschen Methode spricht, so bezieht er sich auf die Notwendigkeit, ein Stück Zeitgeschichte vermittelst der materialistischen Geschichtsauffassung aus der gegebenen ökonomischen Lage zu erklären, d.h. den inneren Zusammenhang zwischen politischen Begebenheiten und ökonomischen Tatsachen nachzuweisen (vom Problem der Vollendung der "Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft" einmal ganz abgesehen). "Aber sowie es zur Darstellung eines historischen Abschnitts, also zur praktischen Anwendung kam, änderte sich die Sache, und da war kein Irrtum möglich. Es ist aber leider nur zu häufig, daß man glaubt, eine neue Theorie vollkommen verstanden zu haben und ohne weiteres handhaben zu können, sobald man die Hauptsätze sich angeeignet hat, und das auch nicht immer richtig. Und diesen Vorwurf kann ich manchem der neueren 'Marxisten' nicht ersparen, und es ist da dann auch wunderbares Zeug geleistet worden." (Ebda., S. 465)
Vgl. dazu auch Lenin: "Mit anderen Worten, die Marxsche Theorie besteht in der Untersuchung und Erklärung der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmter Länder, und ihre 'Anwendung' auf Rußland kann nur darin bestehen, u n t e r A u s n u t z u n g der erarbeiteten Mittel der m a t e r i a l i s t i s c h e n Methode und der T h e o r e t i s c h e n politischen Ökonomie die russischen Produktionsverhältnisse und ihre Entwicklung zu u n t e r s u c h e n." (Was sind die 'Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? in: WERKE, Bd.1, S. 267.) Das hier unterliegende Methoden- und Theorieverständnis müßte freilich genauer untersucht werden.

55 Hans-Jürgen Krahl: "Zur Wesenslogik der Marx'schen Warenanalyse", a.a.O., S. 31.

56 Ebda., S. 18 f. Von daher erklärt sich auch, warum Krahl seinen Ausführungen das Motto aus der Hegelschen Geschichte der Philosophie: "... und Abstraktionen in der Wirklichkeit geltend machen, heißt Wirklichkeit zerstören" vorwegstellt.

Wie oben gezeigt, liegt die Ursache für das Krahlsche Mißverständnis der Marxschen Warenanalyse und der Wertbestimmung darin, daß er Wert bloß als begriffliche Abstraktion faßt und nicht als historisch spezifische Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit. Konsequenterweise muß bei dieser Interpretation die Unterscheidung von Wert und Wertform nicht eine der Sache eigentümliche sein – weil Wert als gegenständlicher Ausdruck eines Quantums gesellschaftlicher Arbeit bestimmt ist –, sondern eine, die dem Werkzeug der Reflexion zukommt, mittels dessen der reale Zusammenhang erst der Kritik zugänglich wird. "Wenn die Kritik an der Politischen Ökonomie das Verhältnis von Wert und Tauschwert in diesen Reflexionszusammenhang (von Wesen und Erscheinung – d. Verf.) setzt und es als die sich selbst verschleiernde Erscheinungsform eines ihm zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Wesens begreift, so enthält keineswegs die selbständige Darstellung des Werts in seiner entäußerten Erscheinungsform, dem Gelde, diese Reflexion, sondern sie verschleiert erst das gesellschaftliche Begründungsverhältnis." (55) Nach Krahl bedient sich Marx zur Darstellung der spezifischen Art der Gesellschaftlichkeit der Arbeit des Mediums kritischer Reflexion; durch wesenslogische Differenzierungen wird das Instrument dialektischer Logik zur Kapitalismuskritik tauglich gemacht. Hatte Marx in den Frühschriften begriffliche Abstraktion "nomialistisch der Inhaltsleere bezichtigt", so korrigiert er später diese Einschätzung, "vermittelt durch eine differenziertere Rezeption der Hegelschen Logik", und führt neue wesenslogische Differenzierungen in den Begriff der Abstraktion ein, die "diese als Medium der theoretischen Rekonstruktion einer komplexen gesellschaftlichen Verhältnisbestimmung" gelten läßt. (56) Nach Krahl bleibt das Ver-

hältnis von Marx zu Hegel so bestimmt, daß Hegel – wenn auch noch nicht vollständig – vorab das Medium der ökonomiekritischen Reflexion bereitgestellt habe. Diese Auffassung von der Applikation einer korrigierten dialektischen Logik auf die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie ist in doppelter Weise fragwürdig. Einerseits fällt er zurück hinter Hegels Kritik an der Auffassung, "daß der Stoff des Erkennens als eine fertige Welt außerhalb des Denkens an und für sich vorhanden, daß das Denken für sich leer sei, als eine Form äußerlich zu jener Materie hinzutrete, sich damit erfülle, erst daran einen Inhalt gewinne und dadurch ein reales Erkennen werde." (57) Damit löst er die Logik aus dem systematischen Zusammenhang der Hegelschen Philosophie und reproduziert eine der Hegelschen Position kontroverse Vorstellung von dem Erkennen als einem Werkzeug und Medium. (58) Andererseits kann auf Grundlage dieses unreflektierten Verhältnisses zur Hegelschen Philosophie die Marxsche Hegelkritik nicht mehr aufgenommen werden, und die These, daß Hegel, wenngleich in verzerrter Form, Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft in ihren allgemeinsten Bewegungsformen dargestellt habe, muß Krahl vollkommen fremd bleiben.

Bei einer Auffassung, die von der dialektisch-materialistischen Verwendung wesenslogischer Kategorien ausgeht, also die Methode von der Bewegung des Stoffes abzieht, muß notwendigerweise an den Anfang wissenschaftlicher Erkenntnis erkenntnistheoretische Reflexion gestellt werden, um sich vorab der zu applizierenden reinen Form, der kategorialen Ebene, zu versichern. Konsequenz eines solchen Methoden- und Theorieverständnisses ist die These, daß es zunächst nicht um "die unmittelbare Rezeption der inhaltlich durchgeführten Kritik der politischen Ökonomie" (59) gehen kann. Stattdessen wird die Marxsche Warenanalyse, also die ersten drei Kapitel des "Kapitals", als Grundstein der Marxschen Theorie, als Exempel für die Anwendung der Methode des Dialektischen Materialismus mißverstanden. Ein solches Methodenverständnis zieht notwendig eine Interpretation der Marxschen Theorie nach dem Muster bürgerlicher Theorie nach sich, wo dann die Kategorien nicht mehr als theoretische Ausdrücke historischer Verhältnisse erscheinen, sondern teilweise oder insgesamt in präexistierende ewige Ideen umgedeutet werden. "Die Abstraktion oder Idee ist aber nichts als der theoretische Ausdruck jener materiellen Verhältnisse, die Herr über sie (die unmittelbaren Produzenten – d. Verf.) sind. Verhältnisse können natürlich nur in Ideen ausgedrückt werden und so haben Philosophen als das Eigentümliche der Neuen Zeit ihr Beherrschtsein von Ideen aufgefaßt." (60)

Krahls Programm, erstmals nach Lukacs den Begriff der Verdinglichung revolutionstheoretisch so zuspitzen zu wollen, ohne sich zugleich dabei in innerphilosophischen Voraussetzungen zu verstricken, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn zunächst "auf dem diskussionsbedürftigen Boden seiner philosophischen Herkunft aus dem Kantischem Dualismus und dem Hegelschen Objektivismus ... de(r) Rahmen für eine angemessene Behandlung der Marxschen Schriften, insbesondere des 'Kapital' " bestimmt werden

57 G.W.F. Hegel: WISSENSCHAFT DER LOGIK, Bd. 1, Hamburg 1967, S. 24.

58 G.W.F. Hegel: PHÄNOMENOLOGIE DES GEISTES, Berlin 1964, S. 65. "Sie setzt nämlich Vorstellungen von dem Erkennen als einem Werkzeuge und Medium, auch einem Unterschied unserer selbst von diesem Erkennen voraus; vorzüglich aber dies, daß das Absolute auf einer Seite stehe und das Erkennen auf der andren Seite für sich und getrennt von dem Absoluten doch Reelles, oder hier mit daß das Erkennen, welches indem es außer dem Absoluten, wohl auch außer der Wahrheit ist, doch wahrhaft sei, eine Annahme, wodurch das, was sich Furcht vor dem Irrtum nennt, sich eher als Furcht vor der Wahrheit zu erkennen gibt."

59 Bernd Leineweber: "Vorwort zu Hans-Jürgen Krahl 'Zur Wesenslogik der Marxschen Warenanalyse' ", a.a.O., S. 9.

60 GRUNDRISSE, S. 82.

soll. (61) Revolutionsstrategische Überlegungen müssen notwendig in die Leere gehen, wenn nicht die inhaltliche Aufarbeitung des Systems der Kritik der politischen Ökonomie am Anfang steht, sondern diese durch einleitende erkenntniskritische Reflexionen im Sinne bürgerlichen Theorieverständnisses präformiert wird. Einer solchen Position ist das Marxsche Verdikt über Lasalle entgegenzuhalten: es ist "ein ganz andres Ding..., durch Kritik eine Wissenschaft erst auf den Punkt (zu – d. Verf.) bringen, um sie dialektisch darstellen zu können, oder ein abstraktes, fertiges System der Logik auf Ahnungen eben eines solchen Systems anzuwenden." (62)

2. Zur Kritik an gegenwärtigen Parteikonzeptionen

Krahl wendet sich gegen die Übernahme des leninistischen Parteitypus. Die Brüchigkeit seiner Argumentation liegt begründet in einer fragwürdigen Interpretation der Marxschen Theorie. Da er die Marxsche Theorie nach dem Muster bürgerlichen Methodenverständnisses mißversteht, die Entfaltung der Wertbestimmung nicht nachvollziehen kann, folglich den Übergang von einfacher zu entwickelter Warenzirkulation nicht zu bestimmen weiß, ihm der Stellenwert von formeller und reeller Subsumtion der Arbeit unter das Kapital innerhalb des Systems der Kritik der politischen Ökonomie verborgen bleibt, muß er die Marxsche Theorie um eine übergreifende Konzeption des Klassenbewußtseins und eine Theorie der Revolution ergänzen. Das Programm einer aktualitätsbezogenen Theoriebildung im Bezugsrahmen einer kritischen Selbstreflexion auf dem Boden der marxistischen Theorie muß notwendig scheitern, wenn die Voraussetzung, die Aneignung der Marxschen Theorie, selbst schon fragwürdig ist. Soviel gegen die Durchführung der Krahlschen Kritik an der traditionalistisch verkürzten Übernahme von Parteimodellen für die hochentwickelten kapitalistischen Länder einzuwenden ist, sowenig kann seine Intention in Frage gestellt werden, aktuelle politische Probleme systematisch in Beziehung zur Marxschen Theorie zu setzen. Gegenwärtige Aufgaben politischer Taktik sind nur zu lösen im Bezugsrahmen des Systems der Kritik der politischen Ökonomie. "Es ist zum Beispiel kaum anzunehmen, daß wir in unserm Krieg gegen das Kapital erfolgreich sein könnten, wenn wir unsere Taktik – sagen wir – von der politischen Ökonomie eines Mill ableiten würden." (63) Wenngleich wir die Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein für theoretisch falsch und praktisch gefährlich halten, stimmen wir doch damit überein, daß "die theoretische Auseinandersetzung mit den Grundkategorien der marxistischen Tradition ... weder Seminarmarxismus noch bloße Schulung, sondern ... selber schon Moment unserer politischen Praxis" (64) ist.

Wir haben versucht zu zeigen, daß die Unzulänglichkeit der Krahlschen Kritik an der Übernahme des Leninschen Parteitypus ihre Ursache in einer fragwürdigen Rezeption des Systems der Kritik der politischen Ökonomie hat. Es ist jetzt zu zeigen, wie ausgehend von der oben im Gegensatz zu Krahl skizzierten Interpretation von der Mystifikation gesellschaftlicher Verhältnisse die bisherigen Versuche einer theoretischen Begründung der Notwendigkeit des leninistischen Parteitypus für die hochentwickelten kapitalistischen Länder zu beurteilen sind. Solange die dem hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte

61 Bernd Leineweber: "Vorwort zu Hans-Jürgen Krahl 'Zur Wesenslogik der Marxschen Warenanalyse' ", a.a.O., S. 13.

62 Brief von Marx an Engels vom 1. Februar 1858, MEW 29, S. 275 (Hervorhebung – d.Verf.).

63 Aufzeichnungen eines Interviews, das Karl Marx einem Korrespondenten der Zeitung "The World" gewährte, MEW 17, S. 643.

64 Claussen, Leineweber, Negt: "Rede zur Beerdigung des Genossen Hans-Jürgen Krahl", in: NEUE KRITIK Nr. 55/56 1970, S. 7. Selbstredend kann hier nur die Auseinandersetzung mit dem System der Kritik der politischen Ökonomie gemeint sein.

entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht untersucht sind, kann die Auseinandersetzung mit den theoretischen Begründungen für die Notwendigkeit eines bestimmten Parteitypus eine bestimmte Abstraktionsebene nicht verlassen. Es geht also hier nicht darum, eine Frage gegenwärtiger revolutionärer Taktik aufzunehmen, denn dann wären die nächsten Schritte der Organisierung sozialistischer Intelligenz im Hinblick auf den sich verschärfenden Klassenkampf anzugeben. Vielmehr kann die Parteikonzeption nur insofern diskutiert werden, wie sie sich der allgemeinen Bestimmung nach aus dem Auflösungsprozeß des Privateigentums durch die Vergesellschaftung der Arbeit ergibt. (64a)

Zur Plattform der KPD-AO

In ihrer vorläufigen Plattform zieht die KPD-Aufbauorganisation die Lehren aus den Kämpfen, Fehlern und Illusionen der Studentenbewegung. Sie kritisiert die Studentenbewegung dahingehend, diese sei nacheinander verschiedenen Illusionen über sich selbst verfallen, um sich der herrschenden Ideologie der parlamentarischen Demokratie entledigen zu können, und fügt dieser Kritik die Selbstkritik hinzu, daß es den jetzt in der KPD-AO organisierten Genossen früher an Einheit und Entschlossenheit fehlte, um aus ihren theoretischen Einsichten die richtigen organisatorischen Konsequenzen ziehen zu können, und proklamiert als Resultat dieser Einheit von Kritik und Selbstkritik "die Aktualität der leninistischen Partei" (65). Die theoretischen Einsichten reduzieren sich darauf, unmittelbar für eine bestimmte organisatorische Konsequenz einzutreten, d.h. vorrangig den Aufbau einer Kaderpartei als höchster Form der Klassenorganisation des Proletariats zu betreiben. (66) Hält die KPD-AO der Studentenbewegung vor, sie habe umstandslos und

64a Bei der Darstellung und Kritik der theoretischen Begründungen für die Notwendigkeit des Leninschen Parteitypus beschränken wir uns auf die KPD-AO, die PL/PI und den KB/ML.
Auf die KPD/ML und ihre verschiedenen Linien, deren Bedeutung – gerade in Westdeutschland – nicht vorab bestritten werden soll, wird hier nicht eingegangen, da aus ihren Publikationen keine über die dargestellten Begründungsversuche hinausgehende einheitliche theoretische Linie abzulesen ist.
In diesem Zusammenhang müßte ausführlich auf die Parteikonzeption von KPD, DKP und SEW eingegangen werden. Denn diese Parteien gehen auch davon aus, daß die Leninsche Lehre von der Partei neuen Typus nicht nur den spezifischen russischen Bedingungen entsprochen habe, sondern auch für hochentwickelte kapitalistische Verhältnisse tauge. Die Konsequenz dieser Auffassung, daß die Stellung und Funktion der proletarischen Partei unabhängig von den konkreten historischen Bedingungen, unter denen sie zuerst formuliert wurden, allgemeingültige proletarische Organisationsprinzipien darstellten, ist die These, daß mit zunehmender kapitalistischer Entwicklung sich der Widerspruch zwischen der kleinen Schicht der Monopolbourgeoisie und der Masse des Volkes verschärfe, und daß das Proletariat, resp. seine Partei, sich an die Spitze aller oppositionellen Kräfte zu stellen habe, um die Führung im Kampf um die demokratische Republik zu übernehmen und damit die Massen zielgerichtet an die proletarische Revolution heranzuführen. Die Auseinandersetzung mit dieser Auffassung, ausgehend von den hier entwickelten Thesen, muß einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben, nicht zuletzt weil bisher der meist pauschale Revisionismusvorwurf genauere und differenziertere Analysen ersetzte.

65 Hochschulthesen der KPD-AO, in: ROTE PRESSE KORRESPONDENZ, Nr. 63, S. 3.

66 In der Formulierung "Aktualität der Revolution" zeigt sich wiederum der Einfluß Lukacs' auf die gegenwärtige politische Diskussion. Lukacs interpretierte die Leninsche Theorie unter dem Aspekt der Aktualität der Revolution.
Georg Lukacs: Lenin, in: Lukacs: WERKE, Bd. 2, Neuwied und Berlin 1968, S. 524 f: "Er (Lenin – d.Verf.) hat bloß das Weiterschreiten des geschichtlichen Prozesses seit dem Tode von Marx in die Lehre hineingearbeitet. Und dies bedeutet, daß die Aktualität der proletarischen Revolution nun mehr nicht nur als weltgeschichtlicher Horizont über die sich befreiende Arbeiterklasse gespannt ist, sondern, daß die Revolution bereits zur Tagesfrage der Arbeiterbewegung geworden ist."
Die Unbewußtheit diesem Einfluß gegenüber äußert sich sowohl in dem Fehlen einer Kritik an Lukacs' Marx- und Lenin-Interpretation, als auch darin, daß die Frage nach der Aktualität der Revolution hinter dem Dogma von der Aktualität der Leninschen Partei verschwindet.

unreflektiert die Leninsche Partei verworfen, so verfällt sie ihrem eigenen Verdikt, wenn sie sich ebenso umstandslos die Prinzipien der bolschewistischen Partei zu eigen macht, ohne ihre Entschlossenheit theoretisch begründen zu können. Weder vermag die KPD-AO die Notwendigkeit dieses bestimmten Parteitypus als höchster Organisationsform des Proletariats aus "der allgemeinen revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus" abzuleiten, noch hat sie "vom grundlegenden Gesichtspunkt des Marxismus aus. d.h. mit der Methode der Klassenanalyse" eine Reihe gründlicher Untersuchungen über die Natur der spätkapitalistischen Verhältnisse in der BRD vorgenommen, um über diesen Zusammenhang die Notwendigkeit dieser Partei zu begründen. Die Notwendigkeit der revolutionären Organisation als Mittel zur Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf der Arbeiterklasse, deren Funktion es ist, an das spontane Bewußtsein der Arbeiter anzuknüpfen und es allseitig revolutionär zu entwickeln, steht für die KPD-AO derart außer Frage, daß sie der Notwendigkeit der theoretischen Begründung enthoben zu sein glaubt. Zwar haben nach der KPD-AO Kommunisten die Pflicht, "ständig die Bewegungen der Klasse zu verfolgen, denn nur aus der konkreten Analyse einer konkreten Situation sind sie mit Hilfe der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus fähig, die Lage der Massen einzuschätzen", aber vorab steht schon fest, daß die Massen der Ideen einer handelnden Avantgarde bedürfen, daß "die Bereitschaft der Massen, den Klassenkampf zu verschärfen, ... nur im Zusammenhang mit der Parteiorganisation und dem Grad ihrer Verschmelzung mit den Massen gesehen" (67) werden kann und darf. Den Aufbau der Kaderpartei als höchster Form der Klassenorganisation des Proletariats an die erste Stelle zu setzen, heißt für die KPD-AO, das Prinzip des Leninismus in der Organisationsfrage zu vertreten; Leninismus, weil Lenin das Konzept des gleichzeitigen Aufbaus von Partei und Massenorganisation des Proletariats reaktualisierte, das von Marx und Engels in der "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten" entwickelt worden war, während sie in der Folgezeit aber als Opfer einer noch nicht voll ausgearbeiteten Theorie und in Erwartung einer ökonomischen Katastrophe dieses organisatorische Prinzip aufgaben und "auf eine konsequente Entlarvung von Lasalles Staatsfetischismus und illusionär-reformistischer Grundhaltung verzichteten." (68)

67 Vorläufige Plattform der Aufbauorganisation für eine Kommunistische Partei Deutschlands, in: RPK, Nr. 56/57, S. 3.

68 DIE BOLSCHEWISIERUNG DER KPD, 1. Teil, Schriftenreihe 1 der KPD-Aufbauorganisation, Berlin 1970, S. 302.
Die These, "daß es das Verdienst Lenins ist, den vollen Umfang der Lehren von Marx und Engels zum Parteiaufbau in der Revolution von 1905 wiederhergestellt und aktualisiert zu haben" (S. 301 – Hervorhebung – d.Verf.), läßt keinen anderen Schluß zu, als daß Marx und Engels die ersten Leninisten der Arbeiterbewegung waren, Ob das Abgehen von dem 1850 entwickelten Prinzip bloße Inkonsequenz, Mangel einer grundsätzlichen Entlarvung kleinbürgerlichen-politischen Denkens ist, und nicht vielmehr notwendiges Resultat der umfassenden Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft, wird später aufgenommen. Wenn die Kaderorganisation höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats ist, muß sie aus dem ökonomsichen Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft, das Marx im "Kapital" darstellte, abgeleitet werden können.

Zur Plattform der PL/PI

Die Proletarische Linke/Parteiinitiative kritisiert an der Auffassung von der Avantgardeorganisation, wie sie auch von der KPD-AO vertreten wird, daß in ihr die Organisation der proletarischen Massen nicht als Hauptkraft der Klassenkämpfe berücksichtigt sei, darin die Gefahr der Verselbständigung der Kader gegenüber den Massen liege, diese Initiativen zu Sekten verkommen zu müssen und bei der Organisierung des Proletariats keine oder sogar eine verhängnisvolle Rolle spielen werden. Sie wendet sich gegen die schematische Gegenüberstellung von ökonomischem und politischem Kampf des Proletariats und die darin eingeschlossene Unterstellung von der Borniertheit der Massen, die bloß zu Ökonomismus fähig seien. "Der Ökonomismusvorwurf gegenüber Massenkämpfen des Proletariats entstammt denn auch meist einem mehr oder minder verdeckten Blanquismus, der der Anfangsgründe des wissenschaftlichen Sozialismus nicht mächtig ist." (69) Weil die politische Revolution des Proletariats von ihrem sozialen Inhalt nicht abgelöst werden kann, müssen politischer und ökonomischer Kampf eine untrennbare Einheit bilden. Die proletarischen Massen müssen im Kampf um die Aneignung der ihnen fremd gegenüberstehenden Produktionsbedingungen, die zugleich Ursache für die Verselbständigung aller politischen Macht sind, ihre eigenen Organisationsformen entwickeln, die sie in die Lage versetzen, die Leitung des gesamtgesellschaftlichen Lebens in die Hand zu nehmen und die proletarische Revolution siegreich durchzuführen, in denen also die Trennung von ökonomischem und politischem Kampf aufgehoben ist. Die Räte, die spezifische Organisationsform des Proletariats, sind "Kampfeinheiten der proletarischen Massen; ihre Bildung, ihre Form, ihr gesellschaftlicher Ort, ihre Verbreitung, die Formen ihrer Interdependenz und ihres Zusammenschlusses etc. resultieren aus den Situationen des Klassenkampfs". (70) Die materiellen Bedingungen für die spezifische Kampf- und Organisationsform des Proletariats sind nicht bei einem relativ unentwickelten Stadium der kapitalistischen Produktionsweise gegeben, im Gegenteil erst mit der großen Industrie und der fortgeschrittenen Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Zwar können materielle Bedingungen für diesen spezifischen Typ der Massenorganisation angegeben werden, aber das Proletariat wird doch erst in revolutionären Situationen seine Räteorganisation entfalten können. Für die PL/PI hat also der Ökonomismusvorwurf nur insoweit Berechtigung, als er sich wendet gegen eine Auffassung von der automatischen Eskalation der Klassenkämpfe bis hin zur revolutionären Zuspitzung, also gegen eine Automatik im Umschlag von ökonomischen in politischen Kampf. Es kann also die Ausbildung der Räteorganisation nicht der spontanen Entwicklung einer revolutionären Situation überlassen werden, vielmehr muß jetzt Arbeit verausgabt werden, "damit das Proletariat fähig wird, in einer solchen Situation das Rätesystem in seinem revolutionären Charakter voll zu entwickeln." (71) Zugleich sieht die PL/PI, daß es für die Lösung der gegenwärtigen Aufgaben politischer Taktik notwendig ist, herauszufinden, "unter welchen bestimmten Bedingungen ökonomische Massenkämpfe stattfinden und in welcher bestimmten Weise unter diesen Bedingungen ökonomische Massenkämpfe Momente enthalten, die über die Beschränktheit ihres ökonomischen Inhalts hinausreichen". (72) Statt aber ausgehend von dieser Problematisierung über die gründliche Rezeption der Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft die konfligierenden Tendenzen des Kapitals abzuleiten, um seine konkreten Erscheinungsformen in der wirklichen Bewegung der Konkurrenz bestimmen zu können, hält die PL/PI es für richtiger, bei der Strategiefindung von der "sinnlichen Stufe der Erkenntnis" auszugehen. Durch Betriebsarbeit sollen sich die ungelösten theoretischen Fragen

69 Plattform der PL/PI, in RPK Nr. 74/75, S. 5.
70 Ebda., S. 4.
71 Ebda., S. 5.
72 Ebda., S. 4.

als Fragen der Praxis darstellen und damit dem Stadium des reinen Problematisierens und des Seminarmarxismus entzogen sein. Weil die PL/PI ihre Arbeit als Schaffung von Voraussetzungen für revolutionäre Situationen versteht, unter denen die Millionenmassen des Proletariats dem Kapitalismus ein Ende setzen können; zugleich aber die Anfangsgründe des wissenschaftlichen Sozialismus zugunsten einer empiristisch verkürzten Strategiefindung aufgibt, ist für sie Unterscheidung von Kader- und Massenorganisation eine bloß "praktische", die nicht mehr theoretisch ausgewiesen zu werden braucht noch kann. Es ist daher nicht verwunderlich, daß der PL/PI die Bestimmung des Verhältnisses von Kader- und Massenorganisation einerseits und Räteorganisation andererseits nicht gelingt.

Zur Plattform des KB/ML

Der Kommunistische Bund/Marxisten-Leninisten kritisiert einerseits die Einschätzung der PL/PI, daß die ideologischen Auseinandersetzungen erst auf Grundlage einer erweiterten Praxis den bornierten Boden akademischer Gefechte um die richtige Exegese der Klassiker verlassen können. Weil die PL/PI "nicht von der bestehenden Theorie des Marxismus-Leninismus ausgeht, sondern die Theorie aus den Klassenkämpfen entwickeln will, kann für sie die ideologische Auseinandersetzung keine Rolle spielen." (73) Grundlage dieser Theorielosigkeit ist die Auffassung, daß die Proletarier in der Fabrik schon an sich im Besitz der richtigen Ideen sind, daß daher der Intellektuelle durch Betriebsarbeit seine kleinbürgerlichen Schranken abstreifen und der so ausgebildete Kader durch Konfliktstrategie Klassenbewußtsein reaktualisieren kann. Konsequenz dieser Konzeption ist, daß die Prinzipien des organisatorischen Aufbaus der Partei nicht mehr angegeben werden können.

Andererseits wird mit Recht vom KB/ML die entscheidende Schwäche der KPD-AO, ihr Programm einer leninistischen Kaderorganisation theoretisch nicht ableiten zu können, in den Mittelpunkt ihrer Absetzung von dieser Aufbauorganisation gerückt. In der Plattform der KPD-AO sei auch nicht ansatzweise eine proletarische Linie ausgewiesen. "Diese Linie muß fehlen, da an keiner Stelle in der Plattform die Praxis aus der revolutionären Theorie abgeleitet wird; ein konkretes Theorie-Praxis-Verhältnis ist nirgendwo angegeben. Da an keiner Stelle versucht wird, die Theorie des Marxismus-Leninismus auf die deutsche Wirklichkeit anzuwenden, muß die Plattform notwendigerweise zu einem prinzipienlosen Eklektizismus werden." (74) Für den KB folgt daraus, daß die KPD-AO es nur zu einer Partei menschewistischen Typs bringen kann.

Der KB/ML hält daran fest, daß es das Gebot der Stunde sei, eine Partei der Berufsrevolutionäre zu schaffen, deren Notwendigkeit aber weder einfach dekretiert noch aus den durch Betriebsarbeit gewonnenen Erfahrungen empiristisch begründet werden kann. Da eine revolutionäre Bewegung nur erfolgreich sein kann, wenn sie mit der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus gewappnet ist, muß sie vielmehr ihre eigene Organisationsform als notwendige ausweisen können. Unter revolutionärer Theorie versteht der KB/ML allerdings ein hierarchisches System von Haupt- und Nebenwidersprüchen, in das sowohl der Grundwiderspruch des Kapitalverhältnisses als auch die Erfahrungen von der russischen bis zur chinesischen Revolution eingehen. Dieser Kanon muß jeweils im nationalen Rahmen "konkretisiert" werden. "Das Erkennen und die richtige Einschätzung dieser Widersprüche ist für die nationale Organisation des Proletariats von großer Bedeutung. Nur wenn diese Widersprüche und ihre Bewegungen in den verschiedenen Zeitabschnitten analysiert, wenn der Brennpunkt der gegenwärtigen konkreten Widersprüche festgestellt ist, können die internationale und interne Lage richtig eingeschätzt und der Politik der Organisation ein verläßliches theoretisches Fundament gegeben werden." (75)

73 Plattform des Kommunistischen Bundes/ML, in: KOMMUNIST – Organ des Kommunistischen Bundes/ML, Mai 1970, S. 57.
74 Ebda., S. 53.
75 Ebda., S. 24.

Die allgemeine Theorie ist dem KB zufolge die Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft und vom Klassenkampf. Sie wurde von den großen Theoretikern und Praktikern des Klassenkampfs entwickelt und "ist das Ergebnis von Verallgemeinerungen der Erfahrungen aus den Klassenkämpfen der verschiedenen Epochen aller Länder und der erfolgreichen Revolutionen." (76) Zunächst hat Marx aus dem Studium der Geschichte der Klassenkämpfe, d.h. seinen politisch-ökonomischen Analysen die Stellung des Proletariats im Gesamtreproduktionsprozeß bestimmt und es als historisches Subjekt der Revolutionen erkannt. Diese von Marx ausgearbeitete polit-ökonomische Theorie wandte Lenin auf die Situation in Rußland an und damit auf den Kapitalismus im Stadium des Imperialismus. Daraus entwickelte er "die organisatorische Form, die für den Kampf des Proletariats unumgänglich ist: die bolschewistische Kaderpartei" (77). Insofern hat Lenin die Lehre von der Hegemonie des Proletariats weiterentwickelt. Da für den KB/ML der Leninsche Parteitypus Bestandteil der allgemeinen Theorie ist, ergibt sich für ihn die Schlußfolgerung, daß diese Organisationsform die einzige Waffe des Proletariats im Kampf um seine politische und soziale Emanzipation ist; die "konkrete Klassenanalyse" dient nurmehr der Bestimmung des Programms und des Zeitpunkts der Gründung der Partei.

Diese Ableitung der Notwendigkeit dieses bestimmten Parteitypus ist widersprüchlich. Marxsche Theorie ist zunächst nichts anderes als die Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft, die Entfaltung des allgemeinen Begriffs des Kapitals, die Voraussetzung ist für die Untersuchung bestimmter Klassenkämpfe, d.h. der wirklichen Bewegung der Konkurrenz. Die Ableitung des Konstitutionsprozesses des Scheins ist Bedingung, um ein Stück Zeitgeschichte aus der gegebenen ökonomischen Lage erklären zu können, da sonst die Untersuchung dem Schein an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft notwendig aufsitzt. Wenn Lenin, ausgehend von den allgemeinen Bewegungsgesetzen des Kapitals, die Verhältnisse in Rußland untersucht, dann ist zu fragen, ob dieser bestimmte Parteitypus von den empirischen Umständen bestimmt ist oder in dieser Absolutheit als einzig mögliche Kampfform des Proletariats sich aus den allgemeinen Tendenzen des Kapitals ergibt. Wenn der KB/ML formuliert, daß Lenin die Marxsche Theorie weiterentwickelt habe durch die Anwendung gerade dieser Theorie auf die russischen Verhältnisse, dann muß Lenin entweder auf eine Konsequenz aus den Bewegungsgesetzen des Kapitals gestoßen sein, die Marx übersehen hatte, oder er muß einer durch den Imperialismus veränderten Natur der kapitalistischen Produktionsweise soweit Rechnung getragen haben, daß er das durch diese Entwicklung partiell obsolet gewordene System der Kritik der politischen Ökonomie reformuliert hat, und gerade diese Reformulierung die Ableitung von der universellen Notwendigkeit eines bestimmten Parteitypus für die proletarische Revolution einschließt. In jedem Fall kann die These von der Weiterentwicklung der Lehre von der Hegemonie des Proletariats nur aufrecht erhalten werden, wenn die Beziehung zum System der Kritik der politischen Ökonomie nachgewiesen ist. Dagegen geht in die Vorstellung des KB/ML von der Weiterentwicklung der allgemeinen Theorie die Differenz von Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals und Untersuchung konkreter Klassenverhältnisse nicht ein, da für ihn allgemeine Theorie immer nur "das Ergebnis von Verallgemeinerungen der Erfahrungen aus den Klassenkämpfen der verschiedenen Epochen aller Länder und der erfolgreichen Revolutionen" (78) ist. In dieser Vorstellung von Verallgemeinerung verschwindet aber die methodische Differenz zwischen den allgemeinen Tendenzen des Kapitals einerseits sowie ihren konkreten Erscheinungsformen und den rein empirischen Umständen andererseits; das System der Kritik der politischen Ökonomie und Mao Tsetungs Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan werden gleichgesetzt und ihr vermittelter Zusammenhang ausgelöscht.

76 Ebda., S. 19.
77 Ebda., S. 9 (Hervorhebung – d.Verf.).
78 Ebda., S. 19.

Dieser Widerspruch in der Auffassung der allgemeinen Theorie des Marxismus-Leninismus wird reproduziert in der Entfaltung des Begriffs des Klassenbewußtseins. Zum einen geht der KB/ML im Anschluß an Lenin und die II. Internationale davon aus, daß das Proletariat von sich aus kein Klassenbewußtsein entwickeln kann, zum anderen versucht er, dieselbe These aus der Marxschen Theorie abzuleiten. Die Arbeiter "können aus dem Produktionsprozeß und ihren spontanen Kämpfen nur partielle Einsicht in das Wesen des Kapitalismus bekommen und von sich aus nicht die Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus entwickeln." (79) Da die spontanen Kämpfe des Proletariats innerhalb des Rahmens von Lohnarbeit und Kapital verbleiben, können sie diese Schranke in ihrem Bewußtsein von sich aus auch nicht durchbrechen. "Deshalb ist es notwendig, die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus durch Agitation und Propaganda in die Arbeiterklasse hineinzutragen." (80) Die Bewegung von der Klasse an sich zur Klasse für sich, d.h. die Entwicklung von bloß ökonomischem Bewußtsein zum Klassenbewußtsein, kann nur vermittelst des Eingreifens des bewußten Vortrupps der Arbeiterklasse, der Partei, vor sich gehen. Insofern ist "sie, die Partei, ... die bewußte Trägerin des unbewußten Prozesses." (81) Zugleich soll die These von der prinzipiellen Beschränktheit des Arbeiterbewußtseins mit der Marxschen Theorie in Übereinstimmung gebracht werden. Zwar vollzieht sich die Organisierung der Proletarier durch die Große Industrie, insofern diese die Zersplitterung innerhalb des Produktionsprozesses aufhebt und die gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit entfaltet, weshalb es ihnen auch nicht verborgen bleiben kann, "daß es nicht nur der einzelne Kapitalist ist, der sie unterdrückt, sondern die Klasse der Kapitalisten, und daß die Unterdrückung der Kapitalistenklasse nicht nur auf die Fabriken beschränkt ist, sondern in allen Lebensbereichen stattfindet" (82), aber die kapitalistische Gesellschaft ist eine Warengesellschaft, und daher ist die allseitige Entwicklung des politischen Bewußtseins des Proletariats allein aus den Kämpfen um die Bedingungen des Kaufs und Verkaufs der Ware Arbeitskraft nicht möglich. "Das Proletariat als Produkt des Kapitalismus ist der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen, die gekennzeichnet ist durch die Warenproduktion und die damit verbundene Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Warenproduktion bewirkt eine 'Mystifikation der gesellschaftlichen Verhältnisse' (Marx), mit einer Verselbständigung des Scheins gegenüber dem Wesen, die auch das Bewußtsein des Proletariats in der Verdinglichung gefangen hält. Das Proletariat kann demnach aus seinen Erfahrungen aus dem Produktionsprozeß und seinen spontanen Kämpfen nur partielle Einsicht in das Wesen des Kapitalismus bekommen und nicht von sich aus die Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus entwickeln. Erst durch die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterklasse kann die Arbeiterklasse von den Erscheinungsformen der kapitalistischen Gesellschaft zu deren Wesen vordringen." (83)

Konsequenz dieser eigentümlichen Theorieauffassung des KB/ML ist eine doppelte Ableitung der allgemeinen Notwendigkeit der Kaderpartei. Wenn auch der KB/ML dies den oben diskutierten Organisationsansätzen vorweg hat, die Notwendigkeit dieses bestimmten Parteitypus selbst noch theoretisch begründen zu wollen, so hat doch dieser Versuch die Schwäche, daß ihm wegen des Übersehens der methodischen Differenz von der Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals und der Darstellung der wirklichen ökonomischen und politischen Bewegung die Widersprüchlichkeit seiner Argumentation unbewußt bleibt. Dem KB/ML entgeht, daß die eine Ableitung, nämlich der Rekurs auf die Verkeh-

79 Ebda., S. 15.
80 Ebda., S. 15.
81 Ebda., S. 15 (Hervorhebung – d. Verf.)
82 Ebda., S. 11 (Hervorhebung – d. Verf.)
83 KB/ML: ZUR GESCHICHTE UND KRITIK UND SELBSTKRITIK DER MARXISTEN-LENINISTEN WESTBERLINS, hekt. Manuskript, Berlin 1970.

rung von Subjekt und Objekt, d.h. auf die der Warenproduktion eigentümliche Fetischisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, gegenüber der anderen, durch Rekurs auf Lenin die These von der prinzipiellen Beschränktheit des Arbeiterbewußtseins als bloß empirisch-geschichtliches Faktum zu behaupten, einen übergreifenden Begründungszusammenhang einschließt. Das Faktum des trade-unionistischen Verhaltens des Proletariats wird durch Rückgriff auf das System der Kritik der politischen Ökonomie als notwendige Konsequenz des fortschreitenden Prozesses der Verdinglichung abgeleitet.

Selbst wenn man zunächst die These von der prinzipiellen Beschränktheit des Bewußtseins der Arbeiterklasse akzeptiert, so kann diese dennoch keine Begründung für die allgemeine Notwendigkeit der Kaderpartei darstellen, da z.B. auch Krahl mit dieser These übereinstimmt, aber zu dem Konzept von der Kaderpartei gerade entgegengesetzten Organisationsvorstellungen kommt. Wenn also aus ein- und derselben These, der Mystifikation der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit der prinzipiellen Beschränktheit des Arbeiterbewußtseins, sowohl die allgemeine Notwendigkeit der Kaderpartei abgeleitet als auch diese allgemeine Notwendigkeit bestritten wird, dann muß die Richtigkeit und der systematische Ort dieser These im System der Kritik der politischen Ökonomie geklärt werden bzw. ist zu prüfen, ob diese Darstellung des Prozesses zunehmender Verdinglichung auf einer verkürzten Rezeption der Marxschen Theorie beruht.

Diese Überprüfung schließt ein die Klärung des Zusammenhangs von Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft und Analyse realer ökonomisch-politischer Bewegungen einerseits sowie "Theorien der Revolution" andererseits. Denn, wenn unterstellt ist, daß die Marxsche Theorie allein auf die These der prinzipiellen Beschränktheit des Arbeiterbewußtseins hinausläuft, dann muß sie durch eine wie auch immer geartete Revolutionstheorie ergänzt werden. (84) Diesen Theorien ist also immer gemeinsam, daß das beschränkte Bewußtsein der proletarischen Massen in politisches Bewußtsein transformiert werden muß. Diese Transformation soll möglich sein entweder durch Radikalisierung emanzipatorischer Vernunftprinzipien in spontanen Massenaktionen oder durch Agitation und Propaganda seitens der Kaderpartei als bewußte Trägerin eines unbewußten Prozesses. Die konsequenteste Fassung der These von der Beschränktheit des Arbeiterbewußtseins findet sich bei den Anhängern der Kaderorganisation. Denn die Einsicht in die geschichtlichen Bedingungen der Emanzipation des Proletariats ist bis zur Revolution der Minderheit vorbehalten: "nur in der unmittelbaren Revolution selbst kann sich die Mehrheit der Unterdrückten von der Herrschaft der bürgerlichen Ideologie befreien", nur "wenn eine Revolution, d.h. eine plötzlich ansteigende Massen t ä t i g k e i t außerhalb des Rahmens der entfremdeten Arbeit, das Gefängnis dieses Betriebes sprengt, kann der mystifizierende Einfluß des Gefängnisses auf das Massenbewußtsein zurückgedrängt werden." (85) Dieser Auffassung unterliegt eine bestimmte Vorstellung vom wissenschaftlichen Sozialismus als sozialistischer Ideologie, deren einziger Träger die Partei ist. Die Einsicht in die wahre Natur der kapitalistischen Produktionsweise, die den Massen durch ihre bloß ökonomischen Erfahrungen versagt ist, kann nur die Wissenschaft des Sozialismus vermitteln, "die sich letzten Endes nicht kollektiv, sondern nur individuell in ihrer

84 So schreibt z.B. Leineweber: "Vorwort zu Hans-Jürgen Krahl 'Zur Wesenslogik der Marxschen Warenanalyse' ", NEUE KRITIK 55/56, 1970, S. 15: "Die werttheoretische Grundannahme von Marx, daß die Wertabstraktion sich naturgesetzlich durchsetzen und schließlich den Zusammenbruch des Kapitalismus herbeiführen wird, hat bei ihm, wie bei seinen westeuropäischen Nachfolgern, die Erarbeitung einer expliziten Theorie der proletarischen Revolution verhindert." Die Suche nach "organisationsfähigen Kategorien" muß daher an die erste Stelle der theoretischen Arbeit gesetzt werden.

85 Ernest Mandel: "Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins", in: LENIN, REVOLUTION UND POLITIK, edition Suhrkamp 338, S. 155 f.

Totalität aneignen läßt. ... Die Vorstellung, diese Kenntnisse und Erkenntnisse könnten 'spontan' aus der Arbeit an der Drehbank oder an der Rechenmaschine hervorgehn, ist absurd." (86) Klassenbewußtsein haben also zunächst nur Einzelne, die Berufsrevolutionäre, dank der ihnen möglichen Aneignung der Wissenschaft des Sozialismus, der damit nicht mehr nur der ideelle Ausdruck der wirklichen Bewegung ist, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Erst im Akt der sozialistischen Revolution sollen auch die Massen diese 'wissenschaftliche Einsicht' in den Sinn und die Notwendigkeit ihres Kampfes unmittelbar erlangen können. (87)

Die These vom wissenschaftlichen Sozialismus als dem Konstituens für Klassenbewußtsein ist selbst nur konsequenter Ausdruck der These von der prinzipiellen Beschränktheit des Arbeiterbewußtseins, die, wie oben gezeigt, auf einer bestimmten Interpretation der der Waren produzierenden Gesellschaft eigentümlichen Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse basiert.

3. Zur Parteikonzeption von Marx und Engels

Die Darstellung der spezifischen Art der Gesellschaftlichkeit der Arbeit enthält nicht nur die Stufenfolge der Verdinglichung und Mystifikation gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern in ihr sind zugleich die materiellen Bedingungen und die zwingende Notwendigkeit einer höheren Produktionsform aufgezeigt, damit auch die Notwendigkeit einer weiterentwickelten Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit. Diese widersprüchlichen Tendenzen des Kapitals müssen sich im Bewußtsein der Produktionsagenten ausdrücken, und mit der Entwicklung dieser Widersprüche wird die zunehmende Mystifikation gesellschaftlicher Verhältnisse aufgebrochen. Die Dechiffrierung der verknöcherten Formen der gesellschaftlichen Arbeit und die Aufhebung der verdrehten Form, in der der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß im Bewußtsein der arbeitenden Klasse erscheint, im Konstitutionsprozeß des Klassenbewußtseins bedeutet aber, daß die Arbeiter die Illusion aufheben, vereinzelte Einzelne zu sein, durch die bewußte Organisation ihres bisher bloß vom Kapital gesetzten gesellschaftlichen Zusammenhangs als einer notwendigen Bedingung für die gesellschaftliche Organisation der Produktion. Die Konstitution der Klasse für sich oder die bewußte Form der Assoziation der Produzenten, wie sie sich im Prozeß der Verallgemeinerung der Warenproduktion und damit der zunehmenden Vergesellschaftung der Arbeit, also der Entwicklung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital herausbildet, muß der politischen Form nach bestimmt werden. Obwohl hier eine bestimmte Abstraktionsebene nicht verlassen werden kann, also die anstehenden Aufgaben revolutionärer Taktik nicht aufgegriffen werden können, was nämlich eine Analyse einer konkreten historischen Situation zur Voraussetzung hätte, so muß doch bei dieser Bestimmung der Partei des Proletariats unterschieden werden zwischen Phasen, wo die Vergesellschaftung der Arbeit noch relativ unentwickelt ist und isolierte Arbeit vorherrscht, und wo bei hochentwickeltem Stand der Produktivkräfte die Mehrheit der unmittelbaren Produzenten aus Lohnarbeitern besteht.

86 Ebda., S. 159. Vgl. dagegen Engels: "Vorrede zur deutschen Ausgabe des 'Kommunistischen Manifests' ", 1890, MEW 4, S. 584/585.

87 Diese These von der relativen Autonomie des wissenschaftlichen Sozialismus liefert die wesentliche Begründung für die offizielle These der II. Internationale von der prinzipiellen Beschränktheit des Arbeiterbewußtseins. Lenin übernimmt diese These von Kautsky zur Begründung seiner Konzeption der Partei der Berufsrevolutionäre. "Ebenso entstand auch in Rußland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz." Lenin: WAS TUN, Werke Bd. 5, S. 386.

Die doppelte Bestimmtheit des Bewußtseins des Proletariats

Die Agenten der kapitalistischen Produktion leben in einer verzauberten Welt, in der ihnen ihre eigenen gesellschaftlichen Beziehungen als Eigenschaften der Dinge erscheinen. Die gesellschaftlichen Formen der Produktion verselbständigen sich, nehmen fremdartige, scheinbar unabhängige Existenzweise voneinander und damit unmittelbar dingliche Gestalt an. Die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft ist die Bewegung der verkehrten Welt, insofern die Verknöcherung der gesellschaftlichen Verhältnisse, also die Versachlichung der Personen und Versubjektivierung der Sachen sich soweit entwickelt hat, daß sich die Produktionsagenten nurmehr als bloße Repräsentanten personifizierter Dinge gegenübertreten. (88) "Die Vermittlungen der irrationellen Formen, worin bestimmte ökonomische Verhältnisse erscheinen und sich praktisch zusammenfassen, gehn die praktischen Träger dieser Verhältnisse in ihrem Handel und Wandel jedoch nichts an; und da sie gewohnt sind, sich darin zu bewegen, findet ihr Verstand nicht im geringsten Anstoß daran... In den dem inneren Zusammenhang entfremdeten und, für sich isoliert genommen, abgeschmackten Erscheinungsformen fühlen sie sich ebenfalls so zu Haus wie ein Fisch im Wasser." (89)

In der Stufenfolge der Mystifikation der gesellschaftlichen Verhältnisse hat die Kategorie des Lohns, in der der Wert resp. Preis der Ware Arbeitskraft in Wert resp. Preis der Arbeit selbst verwandelt wird, einen entscheidenden Stellenwert. Wert der Arbeit ist insofern irrationeller Ausdruck des kapitalistischen Produktionsverhältnisses, als darin die Substanz des Werts, gesellschaftliche Arbeit, selbst Wert erhält. In diesem Ausdruck erscheinen nicht mehr die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft als bezahlt, sondern die in einem bestimmten Zeitraum verflüssigte Arbeit überhaupt, also erscheint alle Arbeit als bezahlte Arbeit. Damit verschwindet die Teilung des Arbeitstags in notwendige und Surplusarbeit, die Aneignung der Surplusarbeit durch den Kapitalisten wird verschleiert. Durch die Form des Arbeitslohns wird das die bürgerliche Produktionsweise charakterisierende Produktionsverhältnis, nämlich der Austausch des variablen Kapitals mit der lebendigen Arbeitskraft und dem entsprechenden Ausschluß des Arbeiters vom Produkt, wird Zwangsarbeit in freie Lohnarbeit, vermittelte Zwangsarbeit, verwandelt. An die Stelle des Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisses tritt der "falsche Schein eines Assoziationsverhältnisses, worin Arbeiter und Kapitalist das Produkt nach dem Verhältnis seiner verschiedenen Bildungsfaktoren teilen." (90) Wenn die Aneignung von Mehrarbeit als Quelle der Verwertung hinter dieser Form versteckt ist, dann kann den anderen Elementen des Produktionsprozesses die okkulte Qualität der Verwertung zugeschrieben werden. "Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhn alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie." (91)

88 Der krasseste Ausdruck dieser Verkehrung ist, daß die verknöcherten Formen, in die sich der Wert als historisch spezifische Form der gesellschaftlichen Arbeit auflöst, schließlich selbst als Substanz, Quellen des Werts erscheinen.

89 KAPITAL, Bd. 3, S. 787. Der hier skizzierte Zusammenhang der Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse ist im Aufsatz "Mystifikation und Klassenbewußtsein", SOPO 8, S. 15 ff, näher ausgeführt.

90 KAPITAL, Bd. 1, S. 555. Ebenso Marx, Brief an Friedrich Engels vom 30.4.1868, MEW 32, S. 71: "Da durch die Form des Arbeitslohns die ganze Arbeit als bezahlt erscheint, scheint der unbezahlte Teil derselben notwendig als nicht aus der Arbeit, sondern aus dem Kapital, und nicht aus dem variablen Teil desselben, sondern aus dem Gesamtkapital entspringend."

91 KAPITAL, Bd. 1, S. 562.

Auch der Arbeiter bewegt sich daher in den Gestaltungen des Scheins, die die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft bilden, und bleibt in dieser verzauberten Welt befangen. Weil der beständig erneuerte Selbstverkauf des Arbeiters durch das Kapitalverhältnis gesetzt ist, seine ökonomische Hörigkeit zugleich vermittelt wie versteckt ist, das Kapital als Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis ihm nicht mehr bewußt wird, verkehrt sich auch für den Arbeiter diese gesellschaftliche Form zur Naturform. Diese der Produktionsform immanente Verkehrung bildet die Voraussetzung dafür, daß sich im Fortgang der kapitalistischen Produktion eine Arbeiterklasse entwickeln kann, "die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit, die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt." (92)

Die Trennung der Arbeiter von den Verwirklichungsbedingungen ihrer Arbeit, der Entfremdungsprozeß der Arbeit, umfaßt jedoch nicht nur die Versachlichung der Personen und die Personifizierung der Sachen, also die Mystifikation der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch die Entwicklung der materiellen Bedingungen für die Aufhebung dieser Trennung, die Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit. Weil die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter nur die Herrschaft der verselbständigte. dem Arbeiter fremd gegenüberstehenden Arbeitsbedingungen ist, vollzieht sich die Entfaltung der gesellschaftlichen Arbeit innerhalb dieser bornierten Verhältnisse. Die Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit ist nicht das Werk der assoziierten und bewußt handelnden Produzenten, sondern durch das Kapital bestimmt. Daß die Entfaltung der Potenzen gesellschaftlicher Arbeit im Gegensatz zu den unmittelbaren Produzenten auch die materiellen Bedingungen für deren Emanzipation einschließt, was sich in zunehmenden Konflikten ausdrückt, ist auch ein entscheidender Bestimmungsgrund für deren Bewußtsein. "Insofern steht hier der Arbeiter von vornherein höher als der Kapitalist, als der letztere in jenem Entfremdungsprozeß wurzelt und in ihm seine absolute Befriedigung findet, während der Arbeiter als sein Opfer von vornherein dagegen in einem rebellischen Verhältnis steht und ihn als Knechtungsprozeß empfindet." (93)

Abgesehn von den Formen, in welchen sich dieser Knechtungsprozeß im Bewußtsein ausdrückt, bzw. der Bestimmung der Bedingungen, unter denen sich die Knechtung verschärft und damit auch das Bewußtsein davon verändert – was noch zu skizzieren wäre – kann schon jetzt festgehalten werden, daß die Darstellung der spezifisch bürgerlichen Form der gesellschaftlichen Arbeit mißverstanden ist, wenn der Akzent ausschließlich auf die Mystifikation der gesellschaftlichen Verhältnisse gelegt wird, die in dem Verkehrungsprozeß von Subjekt und Objekt enthaltenen positiven, revolutionären Momente aber ignoriert werden. Die These von der Herrschaftstotalität der Verdinglichung und damit von der prinzipiellen Beschränktheit des Arbeiterbewußtseins ist immer schon Ausdruck der Abstraktion davon, daß die Herrschaft der Produktionsbedingungen über die unmittelbaren Produzenten und die damit gesetzte rücksichtslose Entfaltung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit notwendiger Durchgangspunkt ist, wodurch allein die materielle Basis einer freien menschlichen Gesellschaft geschaffen wird. Wenn aus der Marxschen Theorie, d.h. der systematischen Darstellung der historisch spezifischen Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit, dieses wesentliche Moment ausgeklammert wird, dann muß notwendig versucht werden, die so verkürzte Theorie durch eine Theorie der Revolution zu ergänzen, in der allererst die notwendigen Bedingungen des revolutionären Prozesses und seine organisatorischen Formen benannt werden. Dagegen wird hier daran festgehalten, daß die Bestimmungen der Bedingungen, unter denen das Proletariat die Mystifikation und Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse durchbrechen kann, selbst

92 KAPITAL, Bd. 1, S. 765.

93 RESULTATE DES UNMITTELBAREN PRODUKTIONSPROZESSES, Frankfurt 1969, S. 18.

noch in der Marxschen Theorie entwickelt sind, wenngleich nur auf einer bestimmten Abstraktionsstufe. Insofern sich auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft ihr innerer Zusammenhang verkehrt darstellt, muß die innere Natur des Kapitals begriffen sein, soll nicht in der Untersuchung konkreter Klassenstrukturen die Bewegung des Scheins reproduziert werden. "Die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich auf der Oberfläche zeigt, in ihrer realen Existenz, und daher auch in den Vorstellungen, worin die Träger und Agenten dieser Verhältnisse sich über dieselben klar zu werden suchen, sind sehr verschieden von, und in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihrer innern, wesentlichen, aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff." (94) Die Bestimmung der allgemeinen und notwendigen Tendenzen des Kapitals ist selbst noch Voraussetzung für die Darstellung ihrer Erscheinungsformen und die Untersuchung, wie diese durch zahllos verschiedene empirische Umstände modifiziert sind. Daher ist die Bestimmung der Notwendigkeit wie der Bedingungen der Aufhebung der Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse durch das Proletariat – im Anschluß an die Marxsche Theorie – zunächst nur im Rahmen des allgemeinen Begriffs des Kapitals möglich. Die genaue Bestimmung der Formen des Bewußtseins der Klassen und ihrer Fraktionen muß der Untersuchung der wirklichen Bewegung der Konkurrenz vorbehalten bleiben, in der der modifizierende Einfluß durch die politischen Formen, ideologische Anschauung, tradiertes Bewußtsein etc. auf die wirkliche ökonomische Bewegung aufzunehmen ist. Der Zusammenhang dieser verschiedenen Momente kann nur bestimmt werden, wenn zunächst – ausgehend vom Kapital im Allgemeinen – die reale ökonomische Bewegung dargestellt und die spezifische politische Gestalt des Gemeinwesens aus der spezifisch ökonomischen Form, in der den unmittelbaren Produzenten Mehrarbeit abgepreßt wird, abgeleitet ist, um dann durch Analyse der verschiedenen gegebenen Umstände die vielfältigen Abstufungen in den Erscheinungsformen erklären zu können. Wird dieser methodische Zusammenhang aufgegeben, müssen einzelne Momente der komplexen historischen Situationen zur Konstruktion einer "Theorie der Revolution" herhalten, in der dann die vorgeblich aus der geschichtlichen Erfahrung der Arbeiterklasse gewonnenen "allgemeinen Prinzipien" revolutionärer Taktik und die Darstellung der Momente der historisch spezifischen Form gesellschaftlicher Arbeit auseinanderfallen.

"Das Wirken einer größeren Arbeiteranzahl zur selben Zeit, in demselben Raum (oder, wenn man will, auf demselben Arbeitsfeld), zur Produktion derselben Warensorte, unter dem Kommando desselben Kapitalisten, bildet historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion." (95) In der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise vollzieht sich die Entfaltung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit, der jedoch den einzelnen Produzenten als fremde, vom Kapital gesetzte Macht gegenübertritt. Die gesellschaftlichen Formen der Arbeit der so kombinierten Produzenten resp. die Formen ihrer gesellschaftlichen Arbeit erscheinen den einzelnen Arbeitern als von ihnen ganz unabhängige Verhältnisse. "Als unabhängige Personen sind die Arbeiter Vereinzelte, die in ein Verhältnis zu demselben Kapital, aber nicht zueinander treten." (96) Weil es das treibende Motiv und der bestimmende Zweck des Kapitals ist, sich selbst zu verwerten, ergibt sich die allgemeine Tendenz, über eine beständige Verkürzung der notwendigen Arbeit eine Vergrößerung der Surplusarbeit zu erreichen durch die Entwicklung der Produktivität der Arbeit, d.h. ihrer gesellschaftlichen Potenzen. Je mehr das Kapital die gesellschaftliche Organisation der Produktion entwickelt, desto mehr verschärft sich der Widerspruch, daß die Arbeiter als gesellschaftliche produzieren, ihnen aber diese Gesellschaftlichkeit nicht bewußt ist, sondern als Qualität des Kapitals erscheint. "Die Vermehrung der Produktivkraft der Arbeit und die größte Negation der notwendigen Arbeit ist die notwendige Tendenz des Kapitals, wie wir gesehn. Die Verwirklichung dieser Tendenz ist die Verwandlung des Arbeitsmittels in Maschinerie." (97) In dem Maße, wie sich das Maschinensystem, die große Industrie, entwickelt, wird der Zweck des Kapitals, seine maßlose Verwertung, zunehmend unverträglich mit den Mitteln seiner Verwirklichung. In demselben Maße, wie die Arbeitszeit durch das Kapital als bestimmendes Prinzip der Produktionsweise gesetzt wird, in demselben Maße wird die Arbeit des einzelnen Produzenten in ihrem unmittelbaren Dasein zur gesellschaftlichen Arbeit und entwickelt sich der Konflikt zwischen der materiellen Entwicklung der Produktion und ihrer gesellschaftlichen Form. Dieser dem Kapitalverhältnis immanente Widerspruch zwischen dem Setzen der Arbeitszeit als einzigem Maß und Quelle des Reichtums einerseits und der Reduktion dieser Arbeitszeit auf ihr Minimum andererseits drückt sich als wachsende Unangemessenheit der produktiven Entwicklung der Gesellschaft zu ihren bisherigen Produktionsverhältnissen in Konflikten und Krisen aus. "Diese widersprechende Forderung, deren Entwicklung in verschiedenen Formen als Überproduktion, Überpopulation etc. sich zeigen wird, macht sich geltend in der Form eines Prozesses, worin die widersprechenden Bestimmungen sich in der Zeit ablösen." (98) Mit der Entwicklung der großen Industrie erhält die Produktion eine bisher nie gekannte Elastizität, eine sprunghafte Ausdehnungsfähigkeit, wird durch eine internationale Teilung der Arbeit in den Weltmarkt integriert und schafft durch die Entwicklung der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit eine vom absoluten Wachstum der Bevölkerung unabhängige Vermehrung des disponiblen Menschenmaterials, womit die materielle Grundlage für den eigentümlichen Lebenslauf der modernen Industrie gelegt ist, der durch eine Phasenfolge von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Überproduktion, Krise und Stagnation bestimmt ist. Weil die Akkumulation des Kapitals nicht nur Produktion auf erweiterter Stufenleiter ist, sondern fortwährenden qualitativen Wechsel seiner technischen wie Wertzusammensetzung einschließt, schlägt sich die Revolutionierung der Arbeitsmittel in einer Veränderung der materiellen Grundlage der periodischen Krisen nieder, was schließlich auf eine stufenweise Verkürzung der Phasenfolge bzw. der Periode des Zyklus hinausläuft. (99) Diese Bewegungen, die das Kapital im Prozeß der Akkumulation begleiten, spiegeln sich wider in der Lebenslage der Masse des Proletariats, insofern sich die Ebb- und Flutperioden des industriellen Zyklus als Wechsel von bequemen und liberalen sowie despotischen Formen der Herrschaft des Kapitals darstellen.

Die große Industrie vermehrt die Masse des Proletariats und drängt es immer mehr in den gesellschaftlichen Zentren der Produktion zusammen. (100) Das Wachstum des Proleta-

94 KAPITAL, Bd. 3, S. 219.
95 KAPITAL, Bd. 1, S. 341.
96 KAPITAL, Bd. 1, S. 352.

97 GRUNDRISSE, S. 585.
98 GRUNDRISSE, S. 656.
99 Auf die Probleme, die bei der Untersuchung der gegenwärtigen Verlaufsform des Zyklus auftreten, kann hier nicht eingegangen werden. Sie hätte als entscheidendes Problem zu klären, warum etwa in der BRD die Abschwungsphase des industriellen Zyklusssich bisher nicht immer als Depression und spürbare Krise ausgedrückt hat. Vgl. dazu Altvater: "Zur Konjunkturlage der BRD Anfang 1970", SOPO 5, 1970, und Diskussion in SOPO 6/7.
100 Obgleich die Bourgeoisie sehr sparsam ist, macht sie bei wachsender Produktivität der Arbeit die Retainerschaft der Feudalen nach. Mit der Veränderung der organi-

Da wir nicht a l l e SOPO-Bezieher persönlich kennen können, bitten wir darum, bei Überweisungen den vollen Namen und die Adresse anzugeben.

riats vollzieht sich nicht als kontinuierliche Entwicklung, sondern ist bedingt durch den Periodenwechsel des industriellen Zyklus, wo die Arbeiter bald durch qualitativen Wechsel der Zusammensetzung des Kapitals aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfen, bald durch quantitative Ausdehnung auf gegebener technischer Grundlage in ihn hineingezogen werden. Wie sich die dem Kapital an und für sich eigene Gleichgültigkeit gegenüber einer bestimmten Art der Produktion innerhalb des industriellen Zyklus als wechselnde Verteilung auf verschiedene Produktionszweige geltend macht, so muß auch der Arbeiter diesen Übergang mitmachen, und wird die Variabilität der Arbeit und die Gleichgültigkeit des Arbeiters gegen den bestimmten Inhalt seiner Tätigkeit erzeugt. "Je entwickelter die kapitalistische Produktion in einem Lande, umso größer die Forderung der Variabilität an das Arbeitsvermögen, umso gleichgültiger der Arbeiter gegen den besondren Inhalt seiner Arbeit und umso flüssiger die Bewegung des Kapitals aus einer Produktionssphäre in die andere." (101) Neben der beständigen Erzeugung einer zunehmenden Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen den bestimmten Inhalt ihrer Tätigkeit durch die beständige Bildung neuer Beschäftigungsarten, durch zunehmende Variabilität des Arbeitsvermögens und durch wachsende Unsicherheit in der Lebenslage des Proletariats, schließt der Lebenslauf der großen Industrie den beständigen Wechsel in den Bedingungen des Kaufs und Verkaufs der Ware Arbeitskraft ein. Je nachdem ob die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals die zur Verfügung stehenden exploitablen Menschenmassen überflügeln, also die Nachfrage nach Arbeit ihr Angebot übersteigt, verändern sich die Arbeitslöhne und die Konkurrenzbedingungen unter den Arbeitern. Weil die Ware Arbeitskraft wie jede andere Ware im Rhythmus des industriellen Zyklus beständigen Fluktuationen von Angebot und Nachfrage ausgesetzt ist, aber das Gesetz der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit auf der Basis der durch den beständigen qualitativen Wechsel in der Zusammensetzung des Kapitals produzierten industriellen Reservearmee die Despotie des Kapitals vollendet, indem so das Kapital selbst noch die Bedingungen des Kaufs und Verkaufs der Ware Arbeitskraft setzt, müssen die Arbeiter durch Assoziationen ihre Vereinzelung und Konkurrenz untereinander aufheben, die selbst vom Druck der relativen Surpluspopulation abhängt. "Während der Phase sinkender Marktpreise, ebenso wie während der Phasen der Krise und der Stagnation, ist der Arbeiter, falls er nicht überhaupt aufs Pflaster geworfen wird, einer Herabsetzung des Arbeitslohns gewärtig. Um nicht der Geprellte zu sein, muß er, selbst während eines solchen Sinkens der Marktpreise, mit dem Kapitalisten darüber markten, in welchem proportionellen Ausmaß eine Lohnsenkung notwendig geworden sei. Wenn er nicht bereits während der Prosperitätsphase, solange Extraprofite gemacht werden, für eine Lohnsteigerung kämpfte, so käme er im Durchschnitt eines industriellen Zyklus nicht einmal zu seinem Durchschnittslohn oder dem Wert seiner Arbeit." (102) So gleichgültig es für die Analyse des Kapitals ist, ob man das Niveau der Arbeiterbedürfnisse hoch oder niedrig ansetzt, so wesentlich ist es, festzuhalten, daß die Kämpfe um den Lohnstandard von dem ganzen Lohnsystem unzertrennliche Begleiterscheinungen sind, die Arbeiter nur als assoziierte mit dem Kapitalisten in Verhandlungen über den Verkauf ihrer Arbeitskraft treten können, daß also in den tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital die Notwendigkeit dieser Organisation begründet liegt.

schen Zusammensetzung und dem Wachstum der Revenue vermehren sich die nicht direkt von der Arbeit lebenden Klassen und Unterklassen, "leben besser als früher, und ebenso vermehrt sich die Zahl der unproduktiven Arbeiter." Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT, MEW 26, 2, S. 564.

101 RESULTATE DES UNMITTELBAREN PRODUKTIONSPROZESSES, S. 40. In diesem Zusammenhang muß nicht nur die ständige Veränderung der Berufsstruktur gesehen werden, sondern auch die Veränderung der Qualifikation der Arbeitskraft.

102 Marx: "Lohn, Preis und Profit", MEW 16, S. 146.

Einerseits werden in der kapitalistischen Produktionsweise ihre spezifischen Produktionsverhältnisse reproduziert, die Trennung der Arbeiter von den Verwirklichungsbedingungen ihrer Arbeit, sodaß stets erneut der objektive Reichtum im Kapital ihnen als beherrschende und ausbeutende Macht gegenübertritt, und die beständige Erneuerung ihres Selbstverkaufs gesetzt ist, sowie mit der Reproduktion dieser Verhältnisse auch die verdrehten Formen, in denen sich der Produktionsprozeß im Bewußtsein der Produktionsagenten widerspiegelt. Andererseits zwingt das Kapital die Arbeiter dazu, schrittweise in ein Verhältnis zueinander zu treten, zu ersten Formen der Organisation im Kampf gegen die sie beherrschende Macht der verselbständigten Produktionsbedingungen. In dem Maße, wie das Kapital die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen den bestimmten Inhalt ihrer Arbeit erzeugt, ihnen damit zunehmend bewußt wird, daß sie als bloße Personifikationen von Arbeitsvermögen in einem Zwangsverhältnis zu den personifizierten Funktionären der verselbständigten Produktionsbedingungen stehen, in dem Maße bilden sie Organisationen zu dem Zweck, die Konkurrenz unter sich aufzuheben und den Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. "Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maß, wie die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie als die des Lohnes." (103) Aus den ökonomischen Kämpfen heraus entwickelt die Arbeiterklasse vorläufige Organisationen, die eine Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen bewirken und selbst Mittel für die Schaffung höherentwickelter organisatorischer Formen sind. Mit der Zerstörung aller Übergangsformen, wohinter sich die Herrschaft des Kapitals zeitweilig versteckt, und der Etablierung seiner direkten Herrschaft verallgemeinert sich auch der direkte Kampf gegen diese Herrschaft, die Kollisionen nehmen zunehmend den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an, womit die Arbeiterassoziationen einen immer deutlicheren politischen Charakter erhalten. "Und in dieser Weise wächst überall aus den vereinzelten ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine politische Bewegung hervor, d.h. eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt. Wenn diese Bewegungen eine gewisse previous organisation unterstellen, sind sie ihrerseits ebensosehr Mittel der Entwicklung dieser Organisation." (104)

Weil die Form der Organisation abhängt von dem Grad der Bewußtheit vom Kapital als vermitteltem Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, dieser jedoch bestimmt ist durch das Maß, in dem durch das Kapital die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen den bestimmten Inhalt ihrer Arbeit entwickelt ist, was wiederum abhängt von den jeweiligen Phasen des industriellen Zyklus so wie seiner gesamten Verlaufsform, deshalb vollzieht sich die Bewegung vom ökonomischen zum politischen Kampf nicht kontinuierlich. Vielmehr wird "diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei,.... jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst." (105) In den Phasen des industriellen Zyklus, wo sich die Despotie des Kapitals in bequeme und liberale Formen kleidet, also günstige Verkaufsbedingungen für die Ware Arbeitskraft gegeben sind, werden die Assoziationen der arbeitenden Klasse geschwächt, weil durch die Erweiterung des Konsumtionsfonds der Arbeiterklasse, durch die Stetigkeit der Beschäftigung und relative Sicherheit der Lebenslage, kurz, durch die Abnahme der vollkommenen Gleichgültigkeit gegen den bestimmten Inhalt der Arbeit die Herrschaft des Kapitals verschleiert wird. Steigender Preis der Arbeit infolge überschäumender Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals erlaubt zwar eine Veränderung des Lebensstandards und

103 ders.: "Elend der Philosophie", MEW 4, S. 180.

104 Marx, Brief an Bolte vom 23.11.1871, MEW 33, S. 332 f.

105 Marx/Engels: MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI, MEW 4, S. 471.

eine veränderte Behandlung des Proletariats, hebt aber das für die Lohnarbeit charakteristische Abhängigkeitsverhältnis nicht auf. "Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickeln, wie dies innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse überhaupt möglich ist, kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein. Eine solche Revolution ist nur in den Perioden möglich, wo diese beiden Faktoren, die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, miteinander in Widerspruch geraten... Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese." (106)

Mit der Entwicklung der großen Industrie wird die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt, die Herrschaft des Kapitals schafft für diese Masse eine gemeinsame Situation und Gleichheit ihrer Lebenslagen, und damit bildet diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital. Die große Industrie entwickelt in den riesigen Produktivkräften selbst erst die Voraussetzung für die Organisation der revolutionären Elemente als Klasse, und diese Entwicklung schließt eine Reihe von Konflikten zwischen den von ihr geschaffenen Produktivkräften und den gesellschaftlichen Formen der Produktion ein, die die Beseitigung des kapitalistischen Charakters der Produktion zur zwingenden Notwendigkeit erheben. Die Verwandlung der vereinzelten ökonomischen Bewegung in einen Kampf von Klasse gegen Klasse als politischem Kampf hat also ihre materielle Basis in bestimmten ökonomischen Bedingungen. "In diesem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst." (107) Das eigentliche Resultat der ökonomischen Auseinandersetzung des Proletariats bemißt sich daran, wieweit sie die politische Bewegung vorantreiben, liegt also nicht in ihrem unmittelbaren Erfolg, sondern in der Ausweitung und Festigung der revolutionären Organisation, was einer fortschreitenden Aufhebung der Konkurrenz unter den unmittelbaren Produzenten gleichkommt. (108) "Die Konkurrenz isoliert die Individuen, nicht nur die Bourgeois, sondern noch mehr die Proletarier gegeneinander, trotzdem daß sie sie zusammenbringt. Daher dauert es eine lange Zeit, bis diese Individuen sich vereinigen können, ... und daher ist jede organisierte Macht gegenüber diesen isolierten und in Verhältnissen, die die Isolierung täglich reproduzieren, lebenden Individuen erst nach langen Kämpfen zu besiegen. Das Gegenteil verlangen hieße ebensoviel wie zu verlangen, daß die Konkurrenz in dieser bestimmten Geschichtsepoche nicht existieren soll oder daß die Individuen Verhältnisse, über die sie als Isolierte keine Kontrolle haben, sich aus dem Kopf schlagen sollen." (109) Weil die radikale soziale Revolution selbst noch an historische Bedingungen der ökonomischen Entwicklung gebunden ist, kann hier, wo nur die allgemeinen Tendenzen des Kapitals skizziert werden konnten, der

106 Marx: "Klassenkämpfe in Frankreich", MEW 7, S. 98 ("in den Perioden" von uns hervorgehoben).

107 ders.: "Elend der Philosophie", MEW 4, S. 181. In diesem Zusammenhang muß auch die von Mandel angeführte Stelle aus der "Heiligen Familie" gesehen werden. Vgl. Mandel, a.a.O., S. 159 f; Marx/Engels: "Die heilige Familie", MEW 2, S.38.

108 ders.: "Lohn, Preis und Profit", MEW 16, S. 152.
"Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.

109 Marx/Engels: "Die deutsche Ideologie", MEW 3, S. 61, Fußnote (Hervorhebungen – d. Verf.).

genaue Stand der Bewegung von der Klasse an sich zur Klasse für sich nicht bestimmt werden. Diese Aufgabe kann nur gelöst werden durch eine Klassenanalyse, in der eine genaue Bestimmung der Verhältnisse der deutschen Industrie und ihrer Stellung auf dem Weltmarkt sowie dessen Entwicklungstendenzen zu leisten wäre.

Läuft diese These, daß nicht der Wille, sondern die ökonomischen Bedingungen Grundlage der sozialen Revolution sind, auf eine ökonomistische Position hinaus, die sich im Hinblick auf den Automatismus in der revolutionären Entwicklung, der sich aus dem unvermeidlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise ergeben soll, jeder revolutionären Betätigung enthält, und in akademischen Scheingefechten um die richtige Exegese seminarmarxistisch verkommen muß? Kann eben in Ansehung des den nationalen Grenzen längst entwachsenen Zentralisations- und Konzentrationsgrads des Kapitals "bei der Strategiebestimmung nicht auf eine katastrophische Totalkrise" (110) gesetzt werden? Sind also Marx und Engels "Opfer einer noch nicht voll ausgearbeiteten Theorie der Handelskrisen (geworden), die ihnen eine ökonomische Katastrophe als unmittelbar bevorstehend nahelegte" (111), was zu falschen Schlußfolgerungen für die Organisation des Proletariats führte? Hat "die werttheoretische Grundannahme von Marx, daß die Wertabstraktion sich naturgesetzlich durchsetzen und schließlich den Zusammenbruch des Kapitalismus herbeiführen wird, ... bei ihm, wie bei seinen westeuropäischen Nachfolgern, die Erarbeitung einer expliziten Theorie der proletarischen Revolution verhindert", und ist in Erwägung des Monopolkapitalismus und der spätkapitalistisch organisierten Produktion sowie der Verwendung von Wissenschaft und Technik "Kritik als Wissenschaft der Krise" obsolet geworden. (112) Um diese Einwände aufzunehmen, muß gezeigt werden, welche organisatorischen Konsequenzen, insbesondere für das Stadium relativ unterentwickelter Klassenkämpfe, in dieser Interpretation der Marxschen Theorie eingeschlossen sind.

Die Partei des Proletariats

Bisher hat sich gezeigt, daß auf Grundlage der zentralisierten Produktionsmittel, die auf großer Stufenleiter organisierte Arbeit die materielle Basis der Bewegung des Proletariats ist. "Was das Proletariat zu tun hat, ist den gegenwärtigen kapitalistischen Charakter dieser organisierten Arbeit und dieser zentralisierten Arbeitsmittel umzuwandeln, sie aus Werkzeugen der Klassenherrschaft und Klassenausbeutung in Formen der freien assoziierten Arbeit und in gesellschaftliche Produktionsmittel zu verwandeln." (112a) In dem Maße, wie sich die wirkliche Einsicht in die historischen Bedingungen dieser sozialen Bewegung unter der arbeitenden Klasse verbreitet, und sich somit die Kräfte für die Kampforganisation der arbeitenden Klasse sammeln, in demselben Maße verändern sich mit Verschärfung des Klassenkampfs die politischen Formen dieser sozialen Bewegung der Arbeiterklasse. Auf einem bestimmten Punkt der Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche wird die letztmögliche politische Form der Bourgeoisgesellschaft ersetzt werden durch die politische Form der sozialen Emanzipation der Arbeiterklasse, wodurch die Befreiung der gesellschaftlichen Formen in der gegenwärtigen organisierten Arbeit von den Fesseln der Lohnsklaverei eingeleitet wird. Wenn sich die Formen des proletarischen Klassenkampfs verändern mit der Entwicklung des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital und mit den in einer konkreten historischen Situation eingeschlossenen spezifischen Umständen, jene indes wie oben angedeutet, nur auf Grund einer Analyse dieser gegebenen historischen Situation zu bestimmen sind, so können doch bei der allgemeinen Betrach-

110 "Plattform der PL/PI", a.a.O., S. 3.

111 DIE BOLSCHEWISIERUNG DER KPD, a.a.O., S. 301.

112 Leineweber, a.a.O., S. 15.

112a Marx: "Erster Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich", MEW 17, S. 551.

tung dieser Verlaufsform des proletarischen Klassenkampfs zwei Phasen unterschieden werden bezogen auf den Grad der Entwicklung der Vergesellschaftung der Arbeit. Einerseits nehmen bei relativ unentwickeltem Kapitalverhältnis, wo zwar das Kapital die gesamte Produktion dominiert, die Mehrheit der unmittelbaren Produzenten aber unter Bedingungen isolierter und nicht kombinierter Arbeit produziert, vorkapitalistische Produktionsweisen und Übergangs- oder Zwischenformen einen relativ breiten Raum ein (etwa freies Parzelleneigentum) und ist damit ein Gegensatz zwischen städtischen und ländlichen Produzenten vorhanden. Andererseits schließt ein hochentwickelter Stand der Produktivkräfte die Auflösung dieses Gegensatzes ein, nimmt die landwirtschaftliche Produktion selbst industriellen Charakter an, lösen sich die Zwischenschichten auf, und wird die Mehrheit der unmittelbaren Produzenten zu Lohnarbeitern. Aus der Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Entwicklung auf dem Weltmarkt resultiert die Gleichzeitigkeit dieser möglichen Situationen. Bei der Bestimmung der Parteikonzeption muß eben berücksichtigt werden, ob isolierte oder kombinierte Arbeit – und die damit gegebenen verschiedenen politischen Formen sowie sozialen und politischen Ansichten – die gesellschaftliche Produktion dominieren. Zunächst muß entwickelt werden, welche organisatorischen Konsequenzen sich bei hochentwickeltem Stand der Produktivkräfte, aber relativ unentwickeltem Stand des Klassenkampfs für die Kommunisten ergeben.

Wenngleich für die Auflösung der widersprüchlichen Verfassung des Bewußtseins des Proletariats und damit für die Verwandlung der ökonomischen in eine politische Bewegung materielle Bedingungen in dem Sinne ausschlaggebend sind, daß die Konflikte zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und den Produktivkräften erst die Veränderung des kapitalistischen Charakters der Produktion zur zwingenden Notwendigkeit erheben, so folgt daraus nicht, daß das Proletariat als Ganzes gleichförmig diesen Prozeß der Veränderung des Bewußtseins durchmacht. Weil die verschiedenen Fraktionen des produktiven Gesamtarbeiters unterschiedlichen Bedingungen unterliegen, das Proletariat nicht gleichmäßig ökonomischen Konflikten und Krisen ausgesetzt ist und dieselbe ökonomische Basis durch mannigfaltige Umstände zahllose Abstufungen in der Erscheinung zeigt, was sich notwendig im Bewußtsein der Produktionsagenten widerspiegelt, und die nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Modifikationen zu begreifen sind, ergibt sich innerhalb der arbeitenden Klasse eine Differenzierung nach dem Grad der Bewußtheit von der wirklichen Natur der kapitalistischen Produktionsweise. (113) Aufgrund der Erfahrung tagtäglicher sozialer Konflikte, ihrer Arbeits- und Lebenserfahrungen, vereinigen sich zunächst nur die im Hinblick auf die Entwicklung dieser Bewußtheit fortgeschrittensten Teile des Proletariats zu kommunistischen Organisationen. "Die allgemeinen Bestrebungen und Tendenzen der Arbeiterklasse entspringen den realen Bedingungen, in denen sie sich vorfindet. Deshalb sind die Bestrebungen und Tendenzen in der ganzen Klasse vorhanden, obwohl sich die Bewegung in ihren Köpfen in den unterschiedlichsten Formen widerspiegelt, mehr oder weniger phantastisch, mehr oder weniger den Bedingungen entsprechend. Diejenigen, die den verborgenen Sinn des sich vor unseren Augen abspielenden Klassenkampfes am besten deuten – die Kommunisten – sind die letzten, den Fehler zu begehen, Sektierertum zu billigen oder zu fördern." (114) Selbst wenn die Avantgardeorganisation der bewußten Minderheit notwendiges Moment im Konstitutionsprozeß der Klasse für sich ist, so ist doch ihr Charakter dadurch bestimmt, daß sie sich in diesem Prozeß als Avantgardeorganisation aufhebt. Die proletarische Revolution

113 Dieser Zusammenhang kann auf Basis der bisherigen Überlegungen nicht weiter ausgeführt werden.

114 Marx, Brief an Paul und Laura Lafargue vom 18.4.1870, MEW 32, S. 671 (Hervorhebung – d. Verf.).

kann nicht durch die Aktion einer kleinen, aber wohl organisierten Minderheit eingeleitet werden, die zwar gegenüber den bisherigen Minderheitsrevolutionen in der Geschichte das voraus hat, daß sie im Grunde doch als Vorhut die Interessen der arbeitenden Klasse und damit der Majorität der Bevölkerung vertritt, und daß notwendig der Umschlag der Revolution der Minorität in die Revolution der Majorität erfolgen muß, sondern die grundlegende soziale Umgestaltung der Produktionsverhältnisse kann nur das bewußte Werk der Mehrheit sein, die nicht durch die Avantgarde überrumpelt und zum Handeln gedrängt werden kann. Statt die Massen überlisten zu wollen, indem dem revolutionären Entwicklungsprozeß vorgegriffen werden soll, hat die Avantgarde die Aufgabe, durch fortwährende Agitation die intellektuelle Entwicklung des Proletariats zu fördern. Nicht die Revolution kann die Bedingung für die Einsicht der Massen in ihr Handeln sein, sondern umgekehrt ist diese Einsicht selbst Bedingung für die proletarische Revolution. "Die Zeit der Überrumpelung, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabeisein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten... Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer ausdauernder Arbeit." (115)

Diese Auffassung, daß die proletarische Revolution nur bewußte Aktion der Mehrheit sein kann, und sich das Proletariat orientieren muß an den wahren Bedingungen seiner Emanzipation, ist selbst erst möglich auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der bürgerlichen Gesellschaft. In den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise hat das Proletariat noch unentwickelte Gestalt, ist zu keiner selbständigen geschichtlichen Bewegung fähig und sucht nach einer sozialen Wissenschaft, nach sozialen Gesetzen, um von deren Erkenntnis ausgehend die fehlenden materiellen Bedingungen schaffen zu können. An die Stelle der allmählich vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse treten in dieser historischen Phase Sekten, die sich auf persönlich erfinderische Tätigkeit werfen, um phantastisch utopische Gesellschaftsideale auszuhecken, deren Verwirklichung durch allerlei Allerweltsheilmittel bewerkstelligt werden soll. Die ersten Versuche des Proletariats, sein Klasseninteresse durchzusetzen, sind einmal bestimmt durch notwendig falsche Vorstellungen von der wirklichen Bewegung in die höhere Produktionsform, zum andern durch Emeuten, ausgelöst von geheimen Gesellschaften, verschwörerischen Organisationen einer Minorität. Diese Geheimgesellschaften als wichtigste Form des sozialistischen Sektenwesens, deren historische Berechtigung in einem noch relativ unentwickelten Stand der Produktivkräfte liegt, beschränkten sich nicht darauf, das Proletariat zu organisieren. "Ihr Geschäft besteht gerade darin, dem revolutionären Entwicklungsprozeß vorzugreifen, ihn künstlich zur Krise zu treiben, eine Revolution aus dem Stegreif, ohne die Bedingungen einer Revolution zu machen. Die einzige Bedingung der Revolution ist für sie die hinreichende Organisation ihrer Verschwörung... Sie werfen sich auf Erfindungen, die revolutionäre Wunder verrichten sollen: Brandbomben, Zerstörungsmaschinen von magischer Wirkung, Emeuten, die um so wundertätiger und überraschender wirken sollen,

115 Engels: "Einleitung zu 'Die Klassenkämpfe in Frankreich' ", 1895, MEW 7, S. 523. Dies ist nicht nur eine Formulierung von Engels, vielmehr äußert sich Marx in demselben Sinn in einem Interviewsmit der "Tribune" vom 18.12.1878 (MEW 34, S. 514): "Man braucht kein Sozialist zu sein, um vorauszusehen, daß es in Rußland, Deutschland, Österreich und möglicherweise in Italien, wenn die Italiener auf dem bisherigen Weg fortschreiten, zu blutigen Revolutionen kommen wird. Die Ereignisse der französischen Revolution können sich in diesen Ländern noch einmal abspielen. Das ist jedem Kenner der politischen Verhältnisse deutlich, aber diese Revolutionen werden von der Mehrheit gemacht werden. Revolutionen werden nicht von einer Partei gemacht, sondern von einer ganzen Nation."

je weniger sie einen rationellen Grund haben. Mit solcher Projektmacherei beschäftigt, haben sie keinen andern Zweck als den nächsten des Umsturzes der bestehenden Regierung und verachten aufs tiefste die mehr theoretische Aufklärung der Arbeiter über ihre Klasseninteressen. Daher ihr nicht proletarischer, sondern ihr plebejischer Ärger über die habits noirs, die mehr oder minder gebildeten Leute, die diese Seite der Bewegung vertreten, von denen sie aber ... sich nie ganz unabhängig machen können." (116) Das sozialistische Sektenwesen stößt notwendig an eine Schranke: alle Sekten sind wesentlich reaktionär, sobald die wirkliche Arbeiterbewegung zu einer selbständig geschichtlichen Rolle fähig ist. Marx und Engels bekämpften die utopischen Sozialisten und die Konzeption der geheimen Gesellschaften, weil schon bei dem damals erreichten Stadium der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise Kommunismus nicht mehr heißen konnte: "Ausheckung, vermittelst der Phantasie, eines möglichst vollkommenen Gesellschaftsideals, sondern: Einsicht in die Natur der Bedingungen und die sich daraus ergebenden allgemeinen Ziele des vom Proletariat geführten Kampfes." (117) Aus dem Auflösungsprozeß des Privateigentums folgt notwendig, daß das Wesen einer Assoziation, die sich mit der Arbeiterklasse selbst identifiziert, jede Organisation nach der Form der geheimen Gesellschaft verbietet. "Wenn die Arbeiterklasse konspiriert, die die große Masse jeder Nation bildet, die allen Reichtum erzeugt und in deren Namen selbst die usurpierenden Gewalten vorgeben zu regieren, so konspiriert sie öffentlich, wie die Sonne gegen die Finsternis konspiriert, in dem vollen Bewußtsein, daß außerhalb ihres Bereiches keine legitime Macht besteht." (118) Diese Auffassung, die sich notwendig aus den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Produktion ergibt, hat sich in den Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation niedergeschlagen. Darüberhinaus setzt Marx auf der Londoner Konferenz der IAA im September 1871 folgenden Antrag durch: "Alle geheimen Gesellschaften im eigentlichen Sinne des Wortes sind förmlich verboten... Im übrigen steht dieser Organisationstyp im Widerspruch zu der Entwicklung der proletarischen Bewegung, weil diese Gesellschaften, statt die Arbeiter zu erziehen, sie autoritären und mystischen Gesetzen unterwerfen, die ihre Selbständigkeit behindern und ihr Bewußtsein in eine falsche Richtung lenken." (119) Die Ablehnung der geheimen Gesellschaft richtet sich nicht prinzipiell gegen geheime Organisationen, insofern unter bestimmten Bedingungen das Proletariat sich nicht öffentlich zu organisieren vermag, was freilich immer nur Durchgangsstadium sein kann, bis das Proletariat die legalen Mittel für seine Organisation und seinen Kampf zurückerobert hat. Die Phase der Illegalität kann nur die Form der Organisierung des revolutionären Proletariats betreffen, nicht aber ihren Inhalt in dem Sinne, daß eine bewußte Minderheit stellvertretend für die noch nicht bewußten Massen handelt.

Die Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise wird zur zwingenden Notwendigkeit dadurch, daß auf einem bestimmtem Punkt ihrer Entwicklung die weitere Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit mit den bornierten Produktionsverhältnissen unverträglich werden; die grundlegende Umwälzung der ökonomischen Struktur – die politische Form der sozialen Emanzipation – kann nur das Werk der Organisation der Masse der unmittelbaren Produzenten sein, nicht aber einer Organisation einer Minderzahl von Verschwörern, die selbst noch die Spuren der bürgerlichen Gesellschaft trägt. Zwar haben die Kommunisten theoretisch die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und

116 Marx/Engels: "Rezensionen aus der 'N.Rh.Ztg. Polit.-Ökonom. Revue' ", MEW 7, S. 273 f.

117 Engels: "Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten", MEW 21, S. 212.

118 Marx: "Proklamation des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation über die Verfolgungen der Mitglieder der französischen Sektionen", MEW 16, S. 422.

119 Aufzeichnung einer Rede von Karl Marx über die geheimen Gesellschaften, MEW 17, S. 655 f.

die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus, aber sie sind dennoch nicht das allein ausschlaggebende Moment in der sozialistischen Revolution, die treibende Kraft, die in den unbewußten Massen nur ihr Material findet, sondern sie müssen in den Kämpfen des Proletariats als praktisch entschiedenste Kämpfer zugleich die Einsicht in die Natur der kapitalistischen Produktionsweise vermitteln, um so den Bewußtwerdungsprozeß der Massen zu unterstützen. Insofern kann Engels formulieren, daß Marx sich "einzig und allein auf die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse (verließ), wie sie aus der vereinigten Aktion und der Diskussion notwendig hervorgehn mußte. Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Erfolge, konnten nicht umhin, den Kämpfenden die Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Allerweltsheilmittel klarzulegen und ihre Köpfe empfänglicher zu machen für eine gründliche Einsicht in die wahren Bedingungen der Arbeiteremanzipation." (120)

Aus der Diskrepanz zwischen den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse und den noch unbewußten Massen im Stadium relativ unentwickelter Klassenkämpfe ergibt sich für diese bewußte Minorität eine bestimmte Aufgabenstellung: "Wo die Arbeiterklasse noch nicht weit genug in ihrer Organisation fortgeschritten ist, um gegen die Kollektivgewalt, i.e. die politische Gewalt, der herrschenden Klassen einen entscheidenden Feldzug (zu) unternehmen, muß sie jedenfalls dazu geschult werden durch fortwährende Agitation gegen die (und feindselige Haltung zur) Politik der herrschenden Klassen." (121) Der Inhalt und der organisatorische Rahmen der theoretischen Aufklärung des Proletariats sind bestimmt durch den wissenschaftlichen Sozialismus. Insofern der wissenschaftliche Sozialismus nicht Schlußfolgerung aus irgendwelchen Ideen oder Prinzipien ist wie etwa der "Einsicht", daß das Dasein der Klassen der Gerechtigkeit, der Gleichheit etc. widerspricht, sondern ideelles Produkt eines materiell-ökonomischen Prozesses ist, muß die reelle Basis der Agitation in den wirklichen Elementen der Klassenbewegung gesucht werden, kann die Agitation nicht nach einem doktrinären Rezept ausgerichtet werden. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist, kann die Organisation der Minderheit nie Ausgangspunkt der sich aus der Entwicklung der Klassenkämpfe ergebenden künftigen Massenorganisation, der Partei des Proletariats, sein, sondern wird über das Stadium der Sekte nicht hinausgelangen. Denn "die Sekte sucht ihre raison d'etre und ihren point d'honneur nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung gemein hat, sondern in dem besonderen Schibboleth, das sie von ihr unterscheidet." (122) Wenn dieser Zusammenhang berücksichtigt ist, ist die Teilung der Gesellschaft in Erzieher und Erzogene, von denen der eine über den anderen erhaben ist, aufgehoben, und die Veränderung des kapitalistischen Charakters der Produktionsweise als revolutionäre Praxis begriffen: "Das Zusammenfallen des Ändern(s) der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder der Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden." (123)

120 Engels: "Vorwort zum 'Manifest der Kommunistischen Partei' ", 1890, MEW 4, S. 585.
Zur Ansicht von Marx und Engels, daß die Arbeiterklasse erst dann, wenn sie zur Einsicht in die wahren Bedingungen ihrer Emanzipation gelangt ist, die proletarische Revolution durchführen kann, vgl. auch: Marx/Engels, "Rezensionen aus der 'N.Rh.Ztg. Polit.-Ökonom. Revue' ", a.a.O., S. 46 f: "Das Volk soll nicht für den folgenden Tag sorgen und sich alle Gedanken aus dem Kopf schlagen; kommt der große Tag der Entscheidung, so wird es durch die bloße Berührung elektrisiert und das Rätsel der Zukunft wird sich ihm durch ein Wunder lösen. Dieser Aufruf zur Gedankenlosigkeit ist ein direkter Versuch zu Prellerei gerade der unterdrücktesten Klassen des Volks."

121 Marx, Brief an Bolte vom 23.11.1871, MEW 33, S. 333.

122 Marx, Brief an Johann Babtist von Schweitzer vom 13.10.1868, MEW 32, S. 569.

123 Marx: "Thesen über Feuerbach", MEW 3, S. 6.

Wenn auch die grundlegende Umwälzung der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft an die Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit gebunden ist, so heißt das doch nicht, daß sich die Kommunisten in Situationen, wo die kapitalistische Produktionsweise zwar den Weltmarkt beherrscht, aber die kapitalistische Warenproduktion im nationalen Rahmen noch nicht verallgemeinert, also die gesellschaftliche Kombination der Arbeit relativ unentwickelt ist, jeder revolutionären Betätigung enthalten könnten. Gerade weil die proletarische Revolution sich beständig selbst unterbricht und fortwährend auf das scheinbar Vollbrachte zurückkommt, beständig ihre ersten Versuche als Halbheiten kritisiert, haben sie unter solchen Bedingungen die Organisation aufzubauen, was erst die Selbständigkeit der Klasse in den kommenden Auseinandersetzungen gewährleistet. Wenn die Mehrheit der Nation, Kaufleute, Bauern etc. sind, so hat die Bourgeoisgesellschaft noch die aus ihrer inneren Natur hervorgehenden ökonomischen Veränderungen – die Auflösung der Zwischenschichten – und die damit verbundenen verschiedenen politischen Formen und Konflikte zu durchlaufen, in denen die Leitung der Staatsmaschinerie von einer Gruppe der herrschenden Klasse auf andere übergeht, womit zugleich der unterdrückende Charakter der Staatsmacht entwickelt und diese rücksichtsloser gebraucht wird, weil die vor jeder Volksrevolution gegebenen Versprechungen nur durch Anwendung von Gewalt gebrochen werden können. Diese Aufeinanderfolge von Revolutionen drückt nur die soziale Tatsache der wachsenden Macht des Kapitals aus. Die politischen Auseinandersetzungen, in die die Mehrheit der Bevölkerung hineingezogen wird, sind nur Erscheinungsform des Verfallsprozesses der materiellen Basis dieser Zwischenschichten. Diese erstreben keine grundlegende Änderung der gesellschaftlichen Zustände, sondern sind nur an den günstigsten Bedingungen für die Fortexistenz überlebter Eigentumsverhältnisse interessiert. Das Proletariat kann diesen verschiedenen Fraktionen der bürgerlichen Demokraten nicht als beifallklatschender Chor dienen, es muß vielmehr eigene Forderungen aufstellen, sich selbständig organisieren und den kleinbürgerlichen Demokraten erschwerende Bedingungen für ihre augenblicklich unvermeidliche Herrschaft diktieren. Je mehr das Proletariat die Unterstützung von Fraktionen anderer Klassen findet, insbesondere sich mit Teilen der Bauernschaft – dem Landproletariat – verbindet, desto erfolgreicher wird es im Kampf um die politische Macht gegen alle mehr oder minder besitzenden Klassen sein. Die Möglichkeit, den Übergang von der demokratischen zur proletarischen Revolution zu verkürzen, also ein rationelles Stadium der Klassenkämpfe zu schaffen, ist gegeben, insofern das historische Milieu, die Gleichzeitigkeit mit der entfalteten kapitalistischen Produktion, alle fertigen Bedingungen der gemeinsamen Arbeit auf großem Maßstab bietet, die positiven Errungenschaften des kapitalistischen Systems anzueignen, ohne durch dessen "kaudinisches Joch" gehen zu müssen. Insofern formuliert Marx für die politische Situation Frankreichs Mitte des 19. Jahrhunderts: "Obgleich die revolutionäre Initiative wahrscheinlich von Frankreich ausgehen wird (wo die Mehrzahl der Bevölkerung unter den Bedingungen isolierter Arbeit produzierte – d. Verf.) kann allein England als Hebel für eine ernsthafte ökonomische Revolution dienen. Es ist das einzige Land, wo es keine Bauern mehr gibt und wo der Grundbesitz in wenigen Händen konzentriert ist. Es ist das einzige Land, wo die kapitalistische Form – d.h. die auf großer Stufenleiter kombinierte Arbeit unter kapitalistischen Unternehmern – sich fast der gesamten Produktion bemächtigt hat. Es ist das einzige Land, wo die große Mehrheit der Bevölkerung aus Lohnarbeitern (wages labourers) besteht. Es ist das einzige Land, wo der Klassenkampf und die Organisation der Arbeiterklasse durch die trade unions einen gewissen Grad der Reife und der Universalität erlangt haben. Dank seiner Herrschaft auf dem Weltmarkt ist England das einzige Land, wo jede Revolution in den ökonomischen Verhältnissen unmittelbar auf die ganze Welt zurückwirken muß." (124) Dieser prinzipielle Zu-

124 Marx: Der Generalrat an den Föderalrat der romanischen Schweiz, MEW 16, S. 386.

sammenhang gilt auch für die soziale und politische Situation Deutschlands dieser Zeit. "The whole thing in Germany wird abhängen von der Möglichkeit, to back the proletarian revolution by some second edition of the Peasants war. Dann wird die Sache vorzüglich." (125)

Lenin hat diesen entscheidenden Aspekt der Marxschen Theorie aufgenommen. Auch er forderte, solange in Rußland wie zuvor in Deutschland die demokratische Revolution nicht vollendet sei, "in der Taktik des sozialistischen Proletariats die ganze Aufmerksamkeit auf die Entfaltung der demokratischen Energie der Bauernschaft" (126) zu legen. Die Analyse der sozialökonomischen Ordnung und somit auch der Klassenstruktur Rußlands zeigte ihm, daß mit dem Entwicklungsprozeß in Rußland die objektive Voraussetzung für eine solche Politik, nämlich der Differenzierungsprozeß innerhalb der Bauernschaft, gegeben war. Um die günstigsten Bedingungen schaffen zu können, unter denen die Arbeiterklasse ihre wahre und grundlegende Aufgabe, die sozialistische Umgestaltung, verwirklichen kann, mußte die revolutionäre Potenz der armen Bauernschaft und des Landproletariats mit der des Proletariats verbunden werden. "Auf dieser ökonomischen Grundlage ist natürlich die Revolution in Rußland unausbleiblich eine bürgerliche Revolution. Diese These des Marxismus ist völlig unanfechtbar. Man darf sie niemals vergessen. Sie muß stets auf alle ökonomischen und politischen Fragen der russischen Revolution angewandt werden. Aber man muß sie anzuwenden verstehen. Es bedarf einer konkreten Analyse der Lage und der Interessen der verschiedenen Klassen, um die genaue Bedeutung dieser Erkenntnis bei ihrer Anwendung auf diese oder jene Frage zu bestimmen. Das umgekehrte Verfahren aber, ... d.h. das Streben, die Antwort auf konkrete Fragen in einer rein logischen Entwicklung der allgemeinen Erkenntnis vom Grundcharakter unserer Revolution zu suchen, ist eine Vulgarisierung des Marxismus und ein einziger Hohn auf den dialektischen Materialismus." (127)

Zur Rolle der "revolutionären Intelligenz"

Mit den zunehmenden Konflikten zwischen der materiellen Entwicklung der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Form der Produktion werden die Zwischenschichten in einen Auflösungsprozeß hineingezogen und Teile des Kleinbürgertums und der Bauern schließen sich der Bewegung des Proletariats an. So sehr dieser Anschluß Kennzeichen für den Fortschritt in der Entwicklung des Klassenkampfs ist, so liegt doch darin eine Gefahr für die Partei des Proletariats, insofern sich diese Teile nicht unumwunden die proletarische Anschauungsweise aneignen, sondern Reste von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Vorurteilen und Vorstellungen in die Bewegung einbringen. Im besonderen Maße gilt die Möglichkeit des Übergangs in die proletarische Bewegung für den Teil der Bourgeoisie, der sich aufgrund seiner Stellung im Reproduktionsprozeß und seiner Qualifikation zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung emporarbeiten kann. Diese im Gang der Entwicklung des Klassenkampfs begründete unvermeidliche Erscheinung, daß sich Teile der herrschenden Klasse und der Zwischenschichten (sog. Intelligenz) dem kämpfenden Proletariat anschließen, stellt nur dann einen wirklichen Fortschritt für die Bewegung dar, wenn ihr durch diesen Übergang Bildungselemente zugeführt werden. "Diese Leute (müssen), um der proletarischen Bewegung zu nutzen, auch wirkliche Bildungselemente mitbringen. Dies ist aber bei der großen Mehrzahl der deutschen bürgerlichen Konvertiten nicht der Fall... An wirklichem, tatsächlichem oder theoretischem Bildungsstoff ist da absoluter Mangel. Statt dessen Versuche, die sozialistischen, oberflächlichen angeeigneten Gedanken in Einklang zu bringen mit den verschiedensten theoreti-

125 Marx: Brief an Friedrich Engels vom 16.4.1856, MEW 29, S. 47.
126 Lenin: "Karl Marx", WERKE, Bd. 21, S. 67.
127 Lenin: "Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", Vorwort von 1907, WERKE Bd. 3, S. 18.

schen Standpunkten, die die Herren von der Universität oder sonstwoher mitgebracht haben und von denen einer noch verworrener war als der andre, dank dem Verwesungsprozeß, in dem sich die Reste der deutschen Philosophie heute befinden. Statt die neue Wissenschaft vorerst selbst gründlich zu studieren, stutzte sich jeder sie vielmehr nach dem mitgebrachten Standpunkt zurecht, machte sich kurzerhand eine eigene Privatwissenschaft und trat gleich mit der Prätention auf, sie lehren zu wollen. Daher gibt es unter diesen Herren ungefähr soviel Standpunkte wie Köpfe; statt in irgend etwas Klarheit zu bringen, haben sie nur eine arge Konfusion angerichtet – glücklicherweise fast nur unter sich selbst. Solche Bildungselemente, deren erstes Prinzip ist, zu lehren, was sie nicht gelernt haben, kann die Partei gut entbehren." (128) "Intelligenz" hat sich als revolutionäre erst zu erweisen, indem sie wirklich zur intellektuellen Entwicklung des Proletariats beiträgt. Sie muß sich vollkommen von ihren bisherigen bürgerlichen Vorstellungen befreien und sich restlos die proletarische Anschauungsweise aneignen auf die ihr mögliche Weise, des gründlichen Studiums der neuen Wissenschaft. Unter dieser Voraussetzung kann dann die Intelligenz zur Verbreitung der Einsicht in die historischen Bedingungen des sozialen Prozesses im Proletariat beitragen, also die Entwicklung des Bewußtseins des Proletariats vom Gegensatz von toter und lebendiger Arbeit, von der Verkehrung seiner eigenen gesellschaftlichen Arbeit in eine es beherrschende Macht, beschleunigen, indem sie als Kommunisten in dieser Agitation an die wirklichen Elemente der Klassenbewegung anknüpfen. (129)

Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten

Gegen den oben skizzierten Begründungszusammenhang wird eingewandt, Marx und Engels hätten in ihrer praktisch politischen Tätigkeit die Notwendigkeit anderer Organisationsformen zugestehen müssen. Dieses zu ihren theoretischen Überlegungen in Widerspruch stehende Verhalten habe sich in ihrer "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund (der Kommunisten – d. Verf.) vom März 1850" ausgedrückt, wo sie den Entwurf einer Klassenpartei entwickelten, die auf der strikten Trennung von Kader- und Massenorganisation basierte. Denn sie forderten in der "Ansprache" "eine selbständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen und jede Gemeinde (Grundeinheit des Bundes – d. Verf.) zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen, in denen die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden" (130) sollten. In dieser Trennung führender Kerne von den Arbeitervereinen hätten Marx und Engels die These von der prinzipiellen Beschränktheit des Arbeiterbewußtseins vorweg genommen, die erst von Lenin in der Reaktualisierung der Lehren vom Parteiaufbau in ihrer systematischen Bedeutung erkannt wurde. Die Unhaltbarkeit dieses Einwands zeigt schon ein oberflächlicher Blick auf die Geschichte des Bundes der Kommunisten.

Die eigentliche Geschichte des Bundes beginnt 1936 in Paris mit der Gründung des geheimen "Bundes der Gerechten" durch deutsche Flüchtlinge, der als deutsche Sektion der blanquistischen "Societe des Saisons" angehörte. Dieser Bund stand unter dem Ein-

128 Zirkularbrief von Marx an Bebel, Liebknecht, Bracke u.a. vom 17./18. Sept. 1879, MEW 34, S. 406 f. (Hervorhebung – d. Verf.).

129 Das Mittel der Aktion, die organisatorischen Formen, kann nur bestimmt werden unter Berücksichtigung der spezifischen Umstände der je gegebenen historischen Situation.

130 Marx/Engels: "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850", MEW 7, S. 248 f.
Vgl. DIE BOLSCHEWISIERUNG DER KPD, 1. Teil, a.a.O., S. 301 f.

fluß der blanquistischen Konzeption, daß eine verhältnismäßig kleine Zahl fest organisierter entschlossener Männer imstande sei, sich in einem günstigen Augenblick des Staatsapparats zu bemächtigen und sich solange zu behaupten, bis es ihr gelungen ist, die Masse des Volkes in die Revolution hineinzureißen. Mit dem gescheiterten Putsch von 1839 löste sich die "Societe des Saisons" und damit die deutsche Sektion auf, deren Mitglieder in der Emigration sich im "Bund der Kommunisten" eine neue Organisation schufen, die halb konspirativen, halb propagandistischen Charakter hatte. "Und wenn man auch fortfuhr, jedes Ereignis sich als Anzeichen des hereinbrechenden Sturms auszulegen, wenn man die alten, halb konspiratorischen Statuten im ganzen aufrecht erhielt, so war das mehr die Schuld des alten revolutionären Trotzes, der schon anfing, mit der sich aufdringenden besseren Einsicht in Kollision zu kommen." (131) Diese stille Umwälzung wurde entscheidend beeinflußt von Marx und Engels, die auf der Basis ihrer materialistischen Geschichtsauffassung den Kampf gegen die im Bund noch vorherrschenden kleinbürgerlich-utopischen Auffassungen vom Kommunismus aufnahmen. Obwohl nicht Mitglieder des Bundes, konnten sie über ihre Tätigkeit im "Deutschen Arbeiterverein" zu Brüssel und über die "Deutsche-Brüsseler-Zeitung" die theoretisch politische Entwicklung des Bundes mitbestimmen. "Wir waren nun keineswegs der Absicht, die neuen wissenschaftlichen Resultate in dicken Büchern ausschließlich der 'gelehrten' Welt zuzuflüstern. Im Gegenteil. Wir saßen beide schon tief in der politischen Bewegung, hatten unter der gebildeten Welt, namentlich Westdeutschlands, einen gewissen Anhang und reichliche Fühlung mit dem organisierten Proletariat. Wir waren verpflichtet, unsre Ansicht wissenschaftlich zu begründen; ebenso wichtig aber war es auch für uns, das europäische und zunächst das deutsche Proletariat für unsere Überzeugung zu gewinnen." (132) Die Veränderung innerhalb des Bundes resultierte darin, daß die Zentralbehörde 1847 Marx und Engels zum Eintritt aufforderte. Sie begründete diesen Schritt, die Mitglieder der Zentralbehörde "seien von der allgemeinen Richtigkeit unserer (der von Marx und Engels – d. Verf.) Auffassungsweise ebenso sehr überzeugt wie von der Notwendigkeit, den

131 Engels: "Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten", MEW 21, S. 210. (vgl. auch ders.: "Der Kommunistenprozeß zu Köln", MEW 8, S. 398 ff; Marx: "Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln", MEW 8, S. 405 ff; HERR VOGT, MEW 14, S. 381 ff.).

132 Ebda., S. 212.

ROTER ★ KURS
SOZIALISTISCHE GÖTTINGER STUDENTENZEITUNG

Organ des Kommunistischen Studentenbundes Göttingen

Erscheint 14-tägig; Bestellungen an die Redaktion:
Göttingen, Nikolausberger Weg 1, F. 58901/44989

Lenin – Rosa Luxemburg
ANALYSE IHRER DIFFERENZEN

ERSTER BAND DER SCHRIFTENREIHE DES KSB
GÖTTINGEN. ZWEITE ÜBERARBEITETE AUFLAGE
Zu beziehen über POLIBULA,
Göttingen Weender Straße 78
Tel. 0551/59644

Bund von den alten konspiratorischen Traditionen und Formen zu befreien." (133) Die Reorganisation drückt sich etwa aus in der Verabschiedung des "Manifests der Kommunistischen Partei". Im Verlauf der kontinentalen Revolutionen von 1848, wo überall Bundesmitglieder an der Spitze der extrem demokratischen Bewegung standen, löste sich die Organisation auf. Durch die Niederlage der demokratischen Bewegung und den Sieg der Reaktion war die öffentliche Organisation des Proletariats wieder unmöglich und die Reorganisation der zersprengten revolutionären Kräfte in der Form einer geheimen Organisation notwendig. "In dem Maß, als die erste Nachwirkung der erlittenen Niederlagen allmählich aufhörte, trat überall das Bedürfnis nach einer starken geheimen Organisation der revolutionären Partei über ganz Deutschland hervor." (134) Als Aufruf zur Reorganisation des Bundes unter den veränderten Bedingungen muß die "Ansprache" vom März 1850 begriffen werden. Die Wenigen, die zur Erkenntnis der geschichtlichen Rolle des Proletariats sich durchgerungen hatten, konnten sich unter den herrschenden Bedingungen nur im geheimen organisieren. "Der 'Bund der Kommunisten' war daher keine konspiratorische Gesellschaft, sondern eine Gesellschaft, die die Organisation der proletarischen Partei im geheimen bewerkstelligte, weil das deutsche Proletariat igni et aqua, von Schrift, Rede und Assoziation öffentlich interdiziert ist." (135) Wenngleich der Entwicklungsstand der Produktivkräfte die noch unentwickelte Gestalt des Proletariats bedingte und die nächste Revolution durch die Mehrheit der Bevölkerung, das demokratische Kleinbürgertum bestimmt sein würde, so fordern Marx und Engels doch eine selbständige Organisation des Proletariats, um zu verhindern, daß die Arbeiter in eine Parteiorganisation verwickelt würden, in der allgemein sozial-demokratische Phrasen vorherrschend wären. Die selbständige Organisation des Proletariats ist Garantie dafür, daß es nicht zum Spielball der Politik der herrschenden Klassen wird, und ist die einzige Möglichkeit, dem Kleinbürgertum selbst noch solche Bedingungen zu diktieren, "daß die Herrschaft der bürgerlichen Demokraten von vornherein den Keim des Untergangs in sich trägt und ihre spätere Verdrängung durch die Herrschaft des Proletariats bedeutend erleichtert wird." (136) Weil das demokratische Kleinbürgertum eben an der Veränderung der gesellschaftlichen Zustände nur insofern interessiert ist, als es dadurch tradierte kleinbürgerliche Eigentumsformen vor den kapitalistischen Entwicklungstendenzen abschirmen zu können glaubt, an einer grundlegenden Veränderung der ökonomischen Struktur aber kein Interesse hat, muß die Durchsetzung möglichst erschwerender Bedingungen für die augenblicklich unvermeidliche Herrschaft des Kleinbürgertums das Hauptinteresse des kämpfenden Proletariats sein. "Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch ... zum Abschluß bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit fortgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind." (137) Die selbständige Organisation des Proletariats, die je nach den Bedingungen öffentlich oder geheim ist, befähigt allein die arbeitende Klasse, unter der Herrschaft der kleinbürgerlichen Demokraten ihre revolutionäre Stellung geltend zu machen und den Übergang von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution vorzubereiten. Das deutsche Proletariat konnte nach Marx und Engels nicht zur Herrschaft gelangen, ohne eine längere revolutionäre Entwicklung durchzumachen. "Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkrieg durchzumachen, um die Verhältnisse zu ändern, um euch selbst zur Herrschaft zu befähigen, ist statt dessen gesagt worden: Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen, oder wir können uns schlafen legen." (138)

133 Ebda., S. 214 f: Vgl. dazu Marx, Brief an Wilhelm Blos vom 10.11.1877, MEW 34, S. 308 "Der erste Eintritt von Engels und mir in die geheime Kommunistengesellschaft geschah nur unter der Bedingung, daß alles aus den Statuten entfernt würde, was dem Autoritätsglauben förderlich."

134 Marx/Engels: "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom Juni 1850", MEW 7, S. 306.

135 "Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln", a.a.O., S. 461.

136 "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850", a.a.O., S. 249.

137 Ebda., S. 247 f;

Die gegenwärtigen Aufgaben revolutionärer Taktik können nur gelöst werden durch Berücksichtigung der Wechselbeziehungen aller Klassen einer Gesellschaft und damit der Berücksichtigung der objektiven Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft. Gerade für die proletarische Revolution gilt, daß sie zur Lösung ihrer politischen Aufgaben nicht irgendwelche Muster aus ihrer eigenen Vergangenheit ausborgen kann, die in vergangenen Situationen wegen der gegebenen spezifischen Umstände ihre historische Berechtigung hatten. "Die früheren Revolutionen bedurften der weltgeschichtlichen Rückerinnerungen, um sich über ihren eigenen Inhalt zu betäuben. Die Revolution des neunzehnten Jahrhunderts (die soziale Revolution – d. Verf.) muß die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eigenen Inhalt anzukommen. Dort ging die Phrase über den Inhalt, hier geht der Inhalt über die Phrase hinaus." (139) Auch Lenin kritisiert jene weltgeschichtlichen Totenbeschwörungen, weil "durch den 'bestrickenden' Ausdruck aus einer überlebten Vergangenheit die Aufgaben der Zukunft verdeckt werden. Das Bestrickende des Ausdrucks, der seine Rolle in der Geschichte ausgespielt hat, verwandelt sich in solchen Fällen in unnützes und schädliches Flitterwerk, in Wortgeklingel." (140) Insofern wendet er sich etwa gegen die Phrase von "revolutionären Kommunen" in der Situation Rußlands von 1905, weil dadurch der Blick für die anstehenden revolutionären Aufgaben bloß vernebelt werde. "Das Wort 'Kommune' aber gibt gar keine Antwort, es verwirrt nur die Köpfe mit irgendeinem fernen Klang... oder mit leerem Geklingel. Je teurer uns, sagen wir, die Pariser Kommune von 1871 ist, um so weniger dürfen wir uns auf sie berufen, ohne ihre Fehler und ihre besonderen Bedingungen zu analysieren." (141) Je teurer den Kommunisten die Oktoberrevolution und die bolschewistische Partei ist, desto weniger dürften sie sich zur Lösung der aktuell politischen Aufgaben auf sie berufen, ohne ihre besonderen Bedingungen untersucht zu haben. Die Bestimmung der Taktik der arbeitenden Klasse kann auch heute nur geleistet werden durch die Untersuchung der gegebenen 'spätkapitalistischen' Verhältnisse im besonderen nationalen Rahmen, ausgehend von der Marxschen Theorie. "Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen hin weiterentwickeln müssen, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen." (142)

138 "Sitzung der Zentralbehörde vom 15. September 1850", MEW 8, S. 598. Vgl. dazu Friedrich Engels: "Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten", a.a.O., S. 221f. "Diese kühle Auffassung der Lage war aber für viele Leute eine Ketzerei... Genug, die von uns verteidigte Zurückhaltung war nicht nach dem Sinn dieser Leute; es sollte in die Revolutionsmacherei eingetreten werden; wir weigerten uns aufs entschiedenste."

139 Marx: "Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte", a.a.O., S. 117.

140 Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, WERKE, Bd. 9, S. 69.

141 Lenin, ebda., S. 69 f.

142 Lenin: "Unser Programm", WERKE, Bd. 4, S. 205 f.

politikon

Sozialistische Studentenzeitschrift

"Der Sozialismus ist in seinem Ziel und auf seinem ganzen Wege ein Kampf für die Verwirklichung der Freiheit."

Karl Korsch

---

nr. 25/Okt. 68: Arbeiterräte in der Mai-Revolte – Erich Gerlach: Räte in der spanischen Revolution – Prinzipien der sozialistischen Gesellschaft von Paul Chaulieu – Zur Intervention in die CSSR

nr. 30/Febr.70: Von der antiautoritären Bewegung zur antiautoritären Organisation: Kritik des Kursbuch 19 – Lenin heute: Kein Schritt vorwärts - zwei Schritte zurück – Heißer Herbst in Italien – Andre Gorz: Weder Bolschewik noch Gewerkschaftler

nr. 31/Mai-Juni 70: Gegen die voluntaristischen Ochsenfrösche: Zu den theoretischen Voraussetzungen der neo-leninistischen Fraktion in der Linken – Zur Organisation der Betriebsarbeit – Entwicklung der Produktivkräfte in der wissenschaftlich-technischen Revolution (Auszüge aus dem Richta-Report) – Die Kapitalisierung der Pädagogik

Nr. 33/Okt. 70: Serge Mallet, Nach dem Mai '68: Streiks für Arbeiterkontrolle – Studentenunruhen im Urteil der Arbeiter – Karl Korsch, Von der bürgerlichen Arbeiterpolitik zum proletarischen Klassenkampf – Radovan Richta: Die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Produktionsverhältnisse.

Nr. 34/Dez. 70: Klöckner-Arbeiter über Ihren Kampf – Interview in der Klöckner-Hütte Bremen – Spontane Streiks und Gewerkschaftsbürokratie – Spontane Streiks und Arbeiterbewußtsein.

Nr. 35/Feb. 71: Fritz Kramer (Heidelberg), Bemerkungen zur politischen Bedeutung der sozialistischen Studenten – Eine Antikritik zu Koch, Schmierer, Schwarzenberg (NRF 3/70) – Harald Kerber (Berlin), Systematisches zum Staatsbegriff bei Marx – Richard Vahrenkamp, Entwicklungstendenzen des industriellen Arbeitsprozesses.

Jedes Heft: 0,50 DM – zu beziehen in politischen Buchläden oder durch die Redaktion: 34 Göttingen, Leonard-Nelson-Straße 29, – Tel.: 0551/56620

Rudi Schmidt

Betriebsarbeit und Organisationsfrage

Zur Geschichte der Studentenbewegung

Der vorliegende Text stellt einen ersten Versuch dar, einen wesentlichen Abschnitt in der Geschichte der Studentenbewegung, die Wandlung vom antiautoritären zum sozialistischen Lager auf dem Hintergrund der geleisteten Betriebsarbeit und unter der Perspektive des beginnenden Aufbaus revolutionärer proletarischer Organisationen zu diskutieren.

Dieser Versuch schien jetzt notwendig angesichts der zunehmenden Verschleierung dieser wichtigen Periode unter dem Gespinst vielfältiger Legitimationsideologien.

Den einseitigen und verkürzten Interpretationen vor allem einiger Aufbauorganisationen soll hier jedoch nicht die – eine eigene Position vertuschende 'Objektivität der Geschichte' entgegengestellt werden, sondern die Wiedereröffnung der Diskussion durch die genauere Analyse anderer Entwicklungsmöglichkeiten, die durch die 'gesetzten' Organisationsmodelle und die sie vertretenen Gruppen einfach abgeschnitten wurden.

Organisationsfragen sind nicht auf das Niveau taktischer Probleme reduzierbar, andererseits auch nicht einfach vom allgemeinen Begriff des Kapitals her zu beantworten, sondern können nur unter Berücksichtigung der Realanalyse der gegenwärtigen Kapitaltendenzen und der Erfahrungen aus der Geschichte der Klassenkämpfe bestimmt werden. Die Fragwürdigkeit der Gründungsbeschlüsse von Aufbauorganisationen, die nur durch ihre negative Absetzung von der eigenen studentischen Geschichte als neue organisatorische Qualität ausgeben wollen, was eben nur eine formelle Konsequenz aus e i n e r historischen Erfahrung darstellt, läßt sich auch nicht mehr durch nachträgliche Rechtfertigungsmanöver (etwa bestimmte Interpretationen der KPD-Geschichte) auf ein besseres Fundament stellen. Auch ein anzustellender Vergleich zwischen 'Führungsanspruch' und tatsächlicher Praxis würde geeignet sein, die Dimensionen der Kritik gegenüber vergangenen Phasen und damit auch den 'Führungsanspruch' zu relativieren.

I Einleitung

Die liquidatorische Haltung gegenüber der antiautoritären Studentenbewegung ist inzwischen zum organisatorischen wie theoretischen Gemeinplatz aller sozialistischen Plattformen geworden, die sich im Umkreis der transformierten Studentenbewegung herausgebildet haben. Bis auf wenige versprengte Reste Unentwegter um Frankfurt herum, wünscht niemand mehr an diesen Leichnam erinnert zu werden.

Diese Degoutanz ist der gemeinsame Ausdruck freilich sehr disparater Positionen. Die einen, die heute allgemein unter dem Begriff der Revisionisten subsumiert werden (1)

---

1 Früher, d.h. noch bis 1968, hießen sie in der 'Neuen Linken' oder 'im antiautoritären Lager', meist 'Traditionalisten'. Der Begriffswandel zeigt eine bemerkenswerte Umkehrung der kritischen Argumentation gegenüber der traditionellen KP-Linie, ohne daß er das Verhältnis beider Positionen zueinander und seinen Wandel ausreichend wiedergeben könnte. Sowohl die Bezeichnungen 'Revisionisten' wie 'nichtrevisionistische Linke' können deshalb weniger als erklärende Begriffe, denn als abgrenzende Markierungen gelten, die ihren Inhalt erst von den Gruppen und Parteien gewinnen, die jeweils hinter die eine oder andere Bezeichnung gestellt werden bzw. die Namensgebung besorgen. Mit entsprechendem Vorbehalt, aber vom Selbstverständnis der 'revolutionären Linken' ausgehend, sind sie hier verwandt worden.

fühlen sich inzwischen bestätigt. Nach Aufkündigung der breiten Bündnispolitik, den Angriffen auf die Liberalen, die Revisionisten und nach dem Verzicht auf die explizite Trennung zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen in den kämpferischen Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staatsapparat, (Äußere Markierungen u.a. CSSR-Intervention 1968, 'Schlacht am Tegeler Weg' am 4.11.1968 / Mahler-Solidaritätsdemonstrationen vor dem Berliner Landgericht) kritisierten diese Gruppen den eingeschlagenen Weg als putschistisch und sektiererisch und sagten der antiautoritären Studentenbewegung zunehmende gesellschaftliche Isolierung voraus. (2)

Die spontaneistische, radikale Praxis der Studentenbewegung, die meist erst nachträgliche, oft sehr fragwürdige theoretische Begründungen erhielt, ist heute an den meisten Universitäten einer systematischen, längerfristigen Arbeitsperspektive gewichen. Für den anderen Teil der ehemaligen außerparlamentarischen Opposition ist heute jene Praxis indessen nur als Pendant einer unterentwickelten politischen und theoretischen Position zu begreifen, die – von ihren ursprünglichen antifaschistischen, radikaldemokratischen Fundamenten einmal abgesehen – sich mehr als unmittelbarer Lernprozeß im Kampf gegen die hierarchische, reaktionäre Ordinarienuniversität und den sie sekundierenden Staatsapparat entwickelte, als auf grundlegenden Analysen über den spezifischen Charakter der bürgerlichen Gesellschaft beruhte. Es war aber nicht nur der (gemessen an den Zielen) letztlich begrenzte Erfolgswert, den viele Aktionen des antiautoritären Lagers besaßen, der es zur Einsicht zwang, daß die politische Strategie nicht länger von der durch Marcuse genährten Illusion des seine Verwertungsschwierigkeiten selbst regulierenden Kapitals auszugehen habe; die analytische Kapitulation Marcuses vor den gewaltig entfalteten materiellen Produktivkräften im Spätkapitalismus verleitete dazu, die Klassenverhältnisse nur noch als sozial integrierte politische Herrschaftsverhältnisse zu verstehen, womit von den nach wie vor bestehenden Widersprüchen in den Produktionsverhältnissen einfach abgesehen wurde.

So hieß es in der Resolution des ersten großen Sit-in v. 22./23. Juni 1966:

> "Was hier in Berlin vor sich geht, ist ebenso wie in der Gesellschaft ein Konflikt, dessen Zentralgegenstand weder längeres Studium noch mehr Urlaub ist, sondern der A b b a u o l i g a r c h i s c h e r H e r r s c h a f t und die Verwirklichung demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen." (3)

Die Hinwendung zur materiellen Basis der kapitalistischen Gesellschaft und damit zum wiedergefundenen historischen Subjekt ihrer bestimmten Negation wurde aber noch durch drei weitere Faktoren bewirkt: durch die wachsende Einsicht in den Stellenwert der Wissenschaft im Verwertungsprozeß des Kapitals und damit in die Verwertungsbedingungen des Kapitals selbst (Diskussion über 'Wissenschaft als Produktivkraft', Technologiedebatte), durch die Vermittlungsschwierigkeiten eines abstrakten Internationalismus und die Erkenntnis, daß seine Konkretion nur über den Angriff auf die produktive Basis des imperialistischen Kapitalismus zu leisten sei und schließlich durch die unmittelbare sinnliche Erfahrung der Verständigungsschwierigkeiten in der großen Propagandaoffensive nach dem 2. Juni 1967 in Berlin zwischen Studenten und Arbeitern vor den Betrieben wie auch später in der Notstandskampagne 1968.

Während also die Kritik der revisionistischen Parteien und Gruppen an der antiautoritären Studentenbewegung (die sie freilich nicht erst in deren radikalen Spätphase 1968/69, sondern auch schon früher geäußert hatten) sich überwiegend an der Wahl der politischen Mittel festmachte und z.B. gar nicht auf ihre Organisationsfeindlichkeit bezog, die für

2 DIE WAHRHEIT v. 15.10.1968, "SDS – Wohin? ".

3 Zit. nach Bergmann, Dutschke, Lefevre, Rabehl: REBELLION DER STUDENTEN ODER DIE NEUE OPPOSITION, Reinbek 1968, rororo 1043, S. 21 (Hervorhebung – d. Verf.).

eine 'marxistisch-leninistische' Partei wie die SEW oder DKP ja langfristig – in der Perspektive eines alternativen Kristallisationspunkts – nur vorteilhaft sein konnte, war es gerade die spezifische Organisationsfeindlichkeit der antiautoritären Studentenbewegung, ihr Spontaneismus und die entsprechenden Differenzen in der Strategie, die das kritische Verhältnis ihrer Nachfolgeorganisationen: Rote Zellen u.a. sozialistische Hochschulorganisationen und die 'proletarischen Kaderlinien' KPD-AO, KB/ML, PL/PI etc. gegenüber ihrer eigenen Geschichte bestimmen.

Ob der explizit liquidatorische Charakter, den diese Kritik besonders in den Stellungnahmen der AO annimmt, einfach als bewußte Ignoranz frischgebackener Kommunisten erscheint, dessen besonders engagierte Apologie antiautoritärer Studentenpraxis noch kurze Zeit zuvor möglichst nachhaltig aus dem historischen Gedächtnis der sozialistischen Bewegung getilgt werden soll, oder ob er – was hier angenommen wird – eine aus "ihrem Führungsanspruch" (4) resultierende Taktik der Tabula-Rasa-Politik ist gegenüber allen vorhergehenden Ansätzen proletarischer Organisation, die aus der Studentenbewegung hervorgingen, d.h. insbesondere gegenüber den Betriebsbasisgruppen, wird sich im Laufe der Untersuchung zeigen.

Dagegen sind in diesem Zusammenhang jene Gruppen zu vernachlässigen, deren generelles Desinteresse an der Studentenbewegung sich bisher nur in pauschalen Distanzierungen ausdrückte. (5)

II Die Entwicklungsbedingungen der Betriebsbasisgruppen in der Transformationsphase der antiautoritären Studentenbewegung

1.

Die Betriebsbasisgruppen sind aus der Studentenbewegung entstanden und auch in ihrer Entwicklung nicht von ihr zu trennen. Deshalb ist es unerläßlich, die theoretischen und praktischen Bedingungen anzugeben, denen sie ihre Entwicklung verdanken. Gegenwärtig kann noch niemand die Realgeschichte der Studentenbewegung aus der Sicht aller ihrer Zentren schreiben und so muß auch der Erklärungswert isolierter Ideengeschichte, wie sie

4 Vorläufige Plattform der KPD-AO in der RPK, Nr. 56/57 v. 13.3.1970, Sp. 1a.

5 So ist ihnen der Auflösungsprozeß der antiautoritären Studentenbewegung (resp. – Bewußtseins), der zugleich wesentlich Transformationsprozeß war, z.B. nur "ein Verfaulungsprozeß", die "Glorifizierung der Studentenbewegung", so nörgeln etwa Bischoff, Ganßmann, Kümmel, Löhlein in ihrem Aufsatz 'Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse', (In SOPO Nr. 6/7, S. 69) sei in der Theorie der Studentenbewegung "bestimmendes Moment" (ebda.), obwohl eher vom Gegenteil die Rede sein kann, wenn man wieder von der besonderen Frankfurter Tradition absieht.
Es kommt i.allg. nicht darauf an, welchen individuellen Gang die Bewußtseinsentwicklung von Sozialisten genommen hat, sondern letztlich darauf, welchen Wert ihre theoretischen Einsichten für Strategie und Taktik des Klassenkampfs besitzen, wohl auch, ob sie in der Lage sind, die gewonnenen Erkenntnisse auf eine schlüssige und politisch wirksame Weise umzusetzen.
Kommen daran schon erste Zweifel, wenn man das Unverständnis dieser Gruppe registriert, die antiautoritäre Studentenbewegung als einen historischen Schritt auf dem Weg zur gegenwärtigen immer noch primär von Intellektuellen bestimmten Klassenkampfbewegung zu begreifen, so werden sie noch verstärkt durch den Aufsatz von Bierbaum, Bischoff, Krätke und Menard 'Zur Aktualität der Leninschen Partei' in dieser Nummer, worauf in einer gesonderten Kritik noch eingegangen werden soll.

von Joscha Schmierer (6) und Karl-Heinz Roth (7) versucht wurden, begrenzt bleiben, weniger, weil auch sie lokalen Besonderheiten unterliegen, sondern weil sie nicht in Korrelation zu den damit verbundenen Fragen der Taktik und Organisation dargestellt wird und auch dort dominante Kausalitäten ermittelt, wo tatsächlich gegensätzliche und parallele Entwicklungen vorliegen. (8)

Die vorliegende Untersuchung folgt hauptsächlich der Berliner Entwicklung der letzten drei Jahre. Diese zunächst arbeits- und informationstechnisch bedingte Beschränkung wird bis zu einem gewissen Grad durch den exemplarischen Charakter der Berliner Entwicklung ausgeglichen, denn beide hier vor allem diskutierten organisatorischen Konzeptionen, die der Betriebsbasisgruppen und die der Kaderparteien sind zuerst bzw. am entschiedensten von Berlin aus propagiert und umgesetzt worden.

2.

Auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung, Anfang 1968, wurde in Berlin die erste Basisgruppe gegründet. (9) Das geschah nicht zufällig, war aber auch nicht die gezielte Schöpfung der anpolitisierten studentischen Massen, nicht teach-in-geboren, sondern folgte dem Diskussionsprozeß einer SDS-Projektgruppe über Räte-Organisation.

In welchem Kontext stand diese Tendenz?
Bis Ende 1970 bildeten bekanntermaßen zwei Grunderfahrungen die praktische und theoretische Voraussetzung für die Politik der Studentenbewegung: 1. die repressive und antiquierte Studien- und Universitätsstruktur und 2. der ständig eskalierte Krieg des mächtigsten imperialistischen Staates gegen das kleine, aber tapfere Volk der Vietnamesen. Beide Widersprüche, so unterschiedlich in ihrer Erfahrbarkeit, schienen gleich einsichtig, hatten ein gleich großes moralisches Engagement zur Folge, – dessen Intensität am Beispiel Vietnams sich gerade daraus erklärt, daß die Option für die Sache der Vietnamesen nicht Konsequenz einer vorgängigen theoretischen Einsicht über den Charakter des Imperialismus war, sondern umgekehrt aus der tiefen Enttäuschung der Nachkriegsjugend über das wahre Wesen der einstigen antifaschistischen Vormacht resultierte. Erst allmählich wurden dazu die theoretischen Erklärungen erarbeitet.

Der Ablösungsprozeß von den Nachkriegsnormen bürgerlicher Formaldemokratie auf dem Weg der Kultur- und Ideologiekritik ist inzwischen oft genug beschrieben worden. Von Interesse ist hier nur die besondere Tradition, die diese Kritik in allmählicher Anlehnung an die Frankfurter Schule für die antiautoritäre Studentenbewegung darstellte und ihre Fortentwicklung in späteren Phasen.
Von Anfang bis Mitte der sechziger Jahre hatte die kritische Theorie ihren Siegeszug durch die kleinen Zirkel des SDS, des Argument-Clubs u.a. linker Gruppen genommen und mit ihr die Freudsche Psychoanalyse. In der 'Rekonstruktionsperiode' der BRD mit

6 "Zur Analyse der Studentenbewegung", in: ROTES FORUM, 1969, H. 5, S. 5-14 und "Die theoretische Auseinandersetzung vorantreiben und die Reste bürgerlicher Ideologie entschieden bekämpfen – die kritische Theorie und die Studentenbewegung", in: ROTES FORUM 1970, H. 1, S. 29-36.

7 Joscha Schmierers Marsch in die syndikalistische Sackgasse, in: ROTES FORUM 1970, H. 1, S. 38-45.

8 Vgl. z.B. die Kritik Roths an der Organisationsgeschichte Schmierers, a.a.O., S. 43 und Schmierers Erwiderung, a.a.O., S. 37.

9 Der Begriff Basisgruppe ist in Berlin anders als in Westdeutschland niemals auf die studentischen Basisorganisationen an den Universitäten angewandt worden, sondern meinte immer Gruppen in der Stadt, die entweder Betriebs- oder Stadtteilarbeit leisteten. – Die westdeutschen Basisgruppen sind mit den früheren Berliner Ad-hoc-Gruppen vergleichbar, die von den Roten Zellen abgelöst wurden.

ihren äußerlich zugepappten Klassengegensätzen mochte die Frankfurter Theorie als "eine Intellektuellenideologie in einer Phase der Ohnmacht des Proletariats", (10) die noch etwas von den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft in sich bewahrt hatte, von den Studenten lange Zeit als einzig legitimer Schlüssel zum Verständnis der kapitalistischen Gesellschaft wie auch des Marxismus selbst begriffen werden.

Mit der Rezession von 1966/67 waren die ersten Signale gegeben, die Theorie der abstrakten Transzendenz, des 'schlechthin anderen', durch konkretere Analysen der kapitalistischen Klassengesellschaft zu ersetzen. Aber die für viele unerwartet sich ereignende ökonomische Schwäche des Kapitalismus wurde an den Hochschulen nur zurückhaltend registriert. Es mußten andere Erfahrungen hinzutreten, um hinter dem sich ständig erweiternden antiautoritären Lager auch seine immanenten Grenzen zu erkennen, die zugleich die seiner zeitweilig dominierenden Theorie waren. Ein gutes Beispiel dafür ist die Broschüre 'Der Untergang der BILD-Zeitung', die 1969 von einem SDS-Autorenkollektiv und dem Springer-Arbeitskreis der Kritischen Universität (Berlin) herausgegeben wurde. Beispiel auch für etwas anderes, was sich noch in der späteren Hochschulpolitik auf schädliche Weise auswirken sollte: für eine besonders in der Philosophischen Fakultät, der Hochburg der Studentenrevolte, gängige Ästhetisierung und libidinöse Besetzung von Theorie an sich. Die Literatur- und Kunstwissenschaftler, die Philosophen etc. pflegten die Kritische Theorie als hermeneutische Übung auf dem Weg zu immer reineren Theorien zu betreiben, weniger auf ihren gesellschaftlichen Gehalt zu achten als auf ihre metatheoretische Verfeinerung. Die extremste Konsequenz dieser Haltung ist das heruntergekommene Verständnis der Theorie als Mode, eine typische Erscheinung der bürgerlichen Intelligenz; vgl. die Strukturalismus-Rezeption.

Nur so erklärt sich "der Schock, den die Springer-Analyse" (11) bei den Autoren der KU-Broschüre (überwiegend Germanisten) auslöste. Sie fühlten sich "überrumpelt von der Erfahrung, daß uns der Klassenfeind selbst mit unseren eigenen Waffen schlägt"(S. 109). Springer hatte sich der Psychoanalyse bedient, um die BILD-Zeitung noch besser als Werbeträger verkaufen zu können: es kamen selbstverständlich genau die systemstabilisierenden Stereotypen heraus, die auch von den Studenten ermittelt worden waren; aber weil Springer das machte, war "die Wissenschaft (...) als korrumpierbar erwiesen", (S. 108) "der Bankrott der kritischen Wissenschaft offenkundig" geworden (S. 3). Masochistisch und kokett klagen die Genossen: "Springer, den wir enteignen wollen, hat uns zuerst enteignet". (S. 109) Der für Springer selbstverständliche Zynismus, mit dem er die affirmativen seelischen Grundmuster seiner Zeitung dem Kapital als werbewirksam anpreist, wird zum Zynismus der Wissenschaft selbst.

Diese moralische Kritik an der Wissenschaft erklärt sich nur aus der unkritischen, weil libidinös besetzten Beziehung zur Psychoanalyse, – die nebenbei bemerkt gegenwärtig in eine absolute Psychologiefeindlichkeit umzuschlagen droht.

Dem identifikatorischen Verhältnis zu den analysierten Gegenständen entspricht das Verhältnis zur Psychoanalyse: der BILD-Zeitung wird die Kraft zugesprochen, "die Entfaltung des studentischen Kampfes gestärkt oder auf einen falschen Stand festgehalten" zu haben (S. 120), sie "hat uns genötigt, unsere Klassenzugehörigkeit zu überprüfen" (S. 127), es erscheint gar die "BILD-Zeitung als Quelle der Belehrung übers Proletariat" (12), die

10 J. Schmierer: "Die theoret. Auseinandersetzung...", a.a.O., S. 33.

11 a.a.O., S. 110.

12 Ebda. – Einmal abgesehen davon, daß die BILD-Zeitung in Berlin im Vergleich zur mehr als drei mal so hohen Auflage der Springer-Zeitung BZ, – die gegenüber der Studentenbewegung oftmals eine besondere Taktik verfolgte, – nur eine untergeordnete Rolle spielt.

immerhin eine so unsinnige Parole zeitigte, wie die des damaligen KU-Arbeitskreises: "Arbeiter und Studenten! Kämpft für Zeitungen, die Eure Interessen vertreten. Fordert Mitbestimmung in den Redaktionen von BILD und BZ." (13)

Damit sollen die Verdienste der SDS- und KU-Genossen um die Vorbereitung der Springer-Kampagne und der Wert vieler Einzelanalysen nicht geschmälert werden. Aber wichtig ist die Position der Gruppe wegen ihres exemplarisch falschen Verständnisses von Theorien mit grundsätzlich nur partiellem Erklärungswert. Es kann dabei nicht darum gehen, ihnen vorzuhalten, daß sie sich überhaupt der Psychoanalyse bedienten, – allein mit ökonomischen Kategorien wäre die spezifische Wirkung der BILD-Zeitung nicht zu erklären, sondern nur um das oben beschriebene, besondere Verhältnis zu ihr. Es belastete die Studentenbewegung mit falschen Verallgemeinerungen, puristischen Überhöhungen, Fixierungen, kurz mit vermeidbaren Sackgassen und Umwegen.

Die Identifikation mit der kritischen Wissenschaft, – wie die Frankfurter Theorie und die Psychoanalyse damals zusammengefaßt wurden –, mag in der Phase der Minderheitenkritik am allmächtigen Positivismus und den konservativen Legitimationsideologen verständlich erscheinen, nach der 'Vermassung' dieser Theorien durch die KU, also spätestens Anfang 1968 hätte ihre Relativierung und allmähliche Überwindung betrieben werden müssen. (13a)

Nur bis dahin kann allenfalls zugestanden werden, was die Gruppe als kollektive Verteidigung der isolierten Studentenbewegung in der folgenden Selbstkritik vorbringt:

> "Die Indifferenz gegenüber dem Proletariat war am Beginn der Studentenbewegung nicht einfach falsche Strategie. Ohne die Rücksichtslosigkeit gegenüber möglichen Reaktionen in der Arbeiterschaft hätte weder die Politik der Traditionalisten im SDS überwunden noch jene internationale Solidarität entwickelt werden können, die der Studentenbewegung ihre Stoßkraft über die reine Hochschulpolitik hinaus verliehen hat. Wären wir weniger gleichgültig gegenüber den Rückwirkungen bei den Arbeitern gewesen, hätte sich keine antiautoritäre Bewegung entfalten können, wäre eine Strategie der direkten Aktionen, eine praktische Erprobung der Provokationstechniken, die die Grundlage unserer Aktionen bildete, unmöglich gewesen. Falsch waren gleichwohl die Rationalisierungen, die wir in unseren Theorien im Hinblick auf die Arbeiterklasse unternahmen." (S. 125)

Demgegenüber gab es andere Strömungen in der antiautoritären Studentenbewegung, die nicht so einseitig von der Kritischen Theorie beeinflußt wurden, die schon viel früher den historischen Anschluß an den Marxismus suchten und entsprechend früher auch die theoretische und praktische Verbindung zum Proletariat forderten, wenngleich auch sie den Klassencharakter des Kampfes gegen das kapitalistische System meist noch verkannten, und im Sinne eines 'undogmatischen Marxismus' von einem breiten 'Lager' aller Unterdrückten und ausgebeuteten Schichten des Volkes ausgingen, mit dem vor allem der 'antiinstitutionelle' Kampf geführt werden sollte.

Zu ihnen gehört auch Rudi Dutschke, der wie kein anderer die Ideologie der antiautoritären Studentenbewegung mitbestimmt hat. Anders aber als bei den reinen Vertretern der Kritischen Theorie, die das abstrakte Bekenntnis zum Proletariat noch lange Zeit nur wie eine exotische Plakette vorwiesen, ist bei Dutschke u.a. in der permanenten Reflexion auf die historischen und theoretischen Voraussetzungen des antiimperialistischen und antikapitalistischen Kampfes die Möglichkeit der Transformation zu einem klaren Klassenstandpunkt bereits angelegt. (14)

13 Text eines Aufklebers, der in Berlin Ende 1967 verteilt wurde.

13a Gegenüber solchen Feststellungen kann nicht stereotyp auf den kleinbürgerlichen Charakter der Studentenbewegung verwiesen werden, deren Klassensituation eben diese Wendung verhindert habe. Die materialistische 'Notwendigkeit' in der gesellschaftlichen Entwicklung ist kein Generalablaß für alle Fehler der handelnden Subjekte in einer konkreten historischen Situation.

Dutschke in seiner Vorbemerkung zu dem Ende 1967 geschriebenen Aufsatz 'Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt' (14a):

> "Eine tiefe Auseinandersetzung mit der geschichtlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit der Gegenwart kann und darf nicht von den bisherigen Resultaten der revolutionären Theorie abstrahieren. Das heißt noch immer kritische Rezeption und Ausbreitung der Marxschen Theorie und ihrer Weiterentwicklung in den verschiedenen Perioden nach ihrer Entstehung. Wir sind gegen jede Dogmatisierung des Marxismus, denn er ist eine schöpferische Wissenschaft, die sich auf der Grundlage der kritischen Methode der Dialektik mit jeder neuen Wirklichkeit auseinandersetzen muß, aus ihr die Kategorien für ein Verständnis der je konkreten Gegenwart zu gewinnen hat."

In diesem Aufsatz werden bereits viele jener Elemente thematisiert, die in den folgenden Phasen den Ablösungsprozeß von der antiautoritären Studentenbewegung bestimmten. Deshalb sei er hier neben einigen anderen aus der gleichen Zeit exemplarisch angeführt.

Dutschke zeichnet in seiner politökonomischen und organisationstheoretisch widersprüchlichen und unausgeführten Skizze über die kapitalistische Entwicklung und die Geschichte der Arbeiterbewegung ein düsteres Bild:

> "Die Erinnerung an die letzten 50 Jahre der deutschen Arbeiterbewegung hat nur Reiz für den kontemplativen Intellektuellen. Für die Massen stellen sie eine bisher ununterbrochene Kette des Verrats der linken und rechten Intelligenz dar." (S. 89)

Im Anschluß an die Darstellung seines ökonomischen Kernstücks, der Etatismustheorie ("staatliche Lenkung des Privatkapitalismus", S. 54), kommt er zu dem Schluß:

> "Die Notwendigkeit der gesamtgesellschaftlichen Regelung, forciert durch das ständige Wachstum des Gesamtumfangs ökonomischer Staatstätigkeit, beseitigt teilweise die Anarchie der Produktion. Die schon weiter oben angedeuteten neuen Tendenzen in der Klassendynamik wurden durch die neue Funktionsbestimmung des Staates noch sehr viel deutlicher. Das revolutionäre Subjekt der kapitalistischen Formationsperiode war durch das Versagen der Arbeiterbewegung und durch die historische Praxis des Kapitals zersetzt worden. Was war aber an seine Stelle getreten? " (Ebda.)

Diese Frage bleibt bewußt offen. Und sie wird auch in allen seinen drei Beiträgen des Bändchens nicht klar beantwortet. Die damals gängige Version lautete: die Randschichten unter Führung der Studenten.

Es kennzeichnet die beginnende Wandlung, wenn Rudi Dutschke sich anschickt, von seinen noch auf der 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967 vertretenen Thesen zur Rolle des Proletariats abzurücken und neue Antworten zu suchen. Sie werden zunächst noch von der Basis der antiautoritären Ideologie aus erteilt. Nach dem 2. Juni 1967 habe eine "kulturrevolutionäre Übergangsperiode" begonnen, die

14 Dutschke soll hier nicht als Prophet der revolutionären Linken neu inthronisiert werden; so lange man glaubt, daß man zum "Verständnis der je konkreten Gegenwart" "a u s i h r die Kategorien" dafür zu gewinnen hat, (s. weiter unten; Hervorhebung – d. Verf.) ist man von einer materialistischen Gesellschaftsauffassung noch genauso weit entfernt, wie die Etatismustheorie von der marxistischen Klassenanalyse (s. unten S. 000). Hier soll nur herausgestellt werden, daß die von Dutschke vertretenen Positionen i m E n t w i c k l u n g s p r o z e ß des antiautoritären Lagers gegenüber der damals noch in weiten Teilen der Studentenbewegung herrschenden Identifikation mit der kritischen Theorie einen Fortschritt bedeuten.

14a In: Bergmann u.a., a.a.O., S. 33.

"noch lange nicht abgeschlossen" sei (S. 88). Sie stelle sich im " 'klassischen' Verständnis der Revolutionstheorie" dar als "eine vorrevolutionäre Phase, in der Personen und Gruppen sich noch manchen Illusionen, abstrakten Vorstellungen und utopistischen Projekten hingeben, (sie) ist eine Phase, in der der radikale Widerspruch zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen der herrschenden Klasse in ihrer neuen Form und dem Lager der Antiautoritären und Unterprivilegierten noch nicht konkret und unmittelbar sich auszutragen beginnt." (S. 91) Zumindest für die 'kulturrevolutionäre Übergangsphase' hält er an einem damaligen Grunddogma fest:

> "Es gibt keinen Bereich in der Gesellschaft mehr, der in der kulturrevolutionären Phase unserer Bewegung ausschließlich privilegiert wäre, die Interessen der Gesamtbewegung auszudrücken." (S. 90) (15)

In dem Gespräch mit Rabehl, Semler und H.M. Enzensberger vom Oktober 1967 im Kursbuch (16) heißt es dagegen:

> "Der Umschlag der vorbereitenden Opposition in die radikale Infragestellung des Systems ist nur möglich durch die Verbindung dieser Opposition mit dem abgebauten Proletariat. Diese spezifische Verbindung, die vielleicht in der nächsten Zeit möglich wird, zeigt an, daß es natürlich eine im revolutionären Sinn privilegierte Schicht gibt. Das wären die vom Abbau bedrohten Arbeiter."

In der Januar-Nummer des FU-Spiegel warnt er bereits: (17)

> "Das Proletariat als eine Fraktion des revolutionären Lagers ist noch latent, muß sich im Kampf gegen den Staat konstituieren. Unterliegen wir auf keinen Fall einer Metaphysik des Proletariats, wir könnten den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen..."

Dutschke formuliert die notwendige Kooperation zwischen Studenten und Arbeitern immer deutlicher:

> "Wir haben eine gefährliche Übergangsphase, in der es entscheidend ist, die Basis an den Universitäten zu erhalten und zu erweitern, aber es gleichzeitig unerläßlich ist, Basisgruppen in den Betrieben zu bilden, an ihrem Aufbau mitzuhelfen, die Einheitsfront von antiautoritären Studenten, Schülern, Lohnabhängigen in der Produktion und Verwaltung praktisch werden zu lassen." (18)

Und in seinem letzten Interview vor dem Mordanschlag im Frühjahr 1968 mit Nadine Lange (19) relativiert er noch einmal klar die revolutionäre Rolle der Studenten im Kampf gegen die spätkapitalistische Gesellschaft:

> "Wir geben uns nicht der Illusion hin, als Studenten in der jetzigen Periode Revolution machen zu können. Wir haben an einem Punkt, am schwächsten Glied des Spätkapitalismus (Universität), Demokratisierungstendenzen von unten massenhaft in Bewegung gesetzt. Ohne eine subversive Verbreiterung in der Gesellschaft werden wir notwendigerweise scheitern. Die Einheit von Arbeitern, Angestellten, Schülern, Bauern und Studenten wird bei uns die entscheidende Voraussetzung für die Gesamtrevolution darstellen. Der Prozeß einer Herausbildung einer solchen Kampfeinheit ist nicht kurzfristig möglich."

Von einer materialistischen Klassenanalyse war Anfang 1968 kaum die Rede. Angesichts der Tausenden von politisierten Studenten, die den Rücktritt des Chefs einer Landesregierung, eines Innensenators und eines Polizeipräsidenten erzwangen und sich auf einer ständig wachsenden Woge der Massenmobilisierung wähnten (10.000 auf der Vietnam-Demonstration vom 21.10.67, 20.000 am 19.2.68 und 30.000 am 1. Mai 68), schienen das auch sekundäre Fragen.

15 Ebenso Rabehl: "Von der antiautoritären zur sozialistischen Opposition", a.a.O., S. 176.
16 Nr. 14 (1968), S. 146-174, hier S. 157.
17 Nr. 62 (1968).
18 KONKRET-Interview vom März 1968, S. 5 f., hier S. 6.
19 Abgedruckt in: KONKRET Nr. 5 (Mai) 1968, S. 19-23, hier S. 33.

Diese Illusionen über die quasi automatische Basiserweiterung der Protestbewegung wurden durch die geringe Resonanz der Arbeiter auf die Verabschiedung der Notstandsgesetze nachhaltig erschüttert. Es kam hier aber darauf an klarzustellen, daß bereits in der Phase der scheinbar unaufhaltsamen Verbreiterung des antiautoritären Lagers auf die mögliche Gefahr der Isolierung und auf die bloß relative, wenn auch initiierende Rolle der Studenten immer wieder hingewiesen wurde.

So sind Dutschkes Thesen nicht einfach als Kolportagen der damals gängigen Strategieelemente und Theoriemixturen zu werten, wenngleich auch bei ihm Horkheimer, Fromm, Marcuse und Marx zu einer spezifischen Symbiose kombiniert werden. Im Gegensatz zu vielen 'Theoretikern' der antiautoritären Studentenbewegung unterzog er sich durchaus der Mühe, seine Kritik an der Geschichte der Arbeiterbewegung und seine Einschätzung des Spätkapitalismus besser zu fundieren. Daß er dabei über (z.T. auch falsche) Ansätze nicht hinausgelangte, ist in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung. Wichtig bleibt, daß viele Probleme, die später viel stärker in den Mittelpunkt rückten, durchaus schon gesehen wurden, die Studentenbewegung in ihren theoretischen Reflexionen nicht einfach blind umhergetappt ist.
Schließlich hatte die Studentenbewegung immer von dem Umstand auszugehen, daß auch die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse in Westdeutschland fast zum Stillstand gekommen waren und nicht bloß die herrschende Partnerschaftsideologie, sondern die bürgerliche Wissenschaft ganz allgemein suggerierte, Klassenbewußtsein oder unbestimmter: 'dichotomisches Bewußtsein' sei aus den Köpfen des Proletariats gänzlich entschwunden.
In den Erklärungen für die 'Lethargie' der deutschen Arbeiterklasse wurde auf die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen durch den Faschismus und auf die anschließende lange Periode des Antikommunismus hingewiesen. Dennoch schienen diese Begründungen unzureichend.

Für Rudi Dutschke ist die 'Integration' des Proletariats nicht bloß Ergebnis nationaler, also besonderer historischer Bedingungen, sondern zunächst einmal, wie er in Anschluß an Marx formuliert, das Resultat des "normale(n) Gang(s) der kapitalistischen Produktionsweise." (20) Dabei stützt er sich auf ein Zitat von Marx aus dem I. Band des Kapitals (21):

> "Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Überbevölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit und daher den Arbeitslohn in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den 'Naturgesetzen der Produktion' überlassen bleiben, d.h. seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital."

Dutschke fährt fort:

> "Allein in der tiefen ökonomischen Krise, als einer Krise der Gesamtgesellschaft, kann die verinnerlichte und mehr oder minder akzeptierte ökonomische Gewalt des Kapitalverhältnisses vom Produzenten problematisiert werden, entsteht die ob-

20 "Die Widersprüche...", S. 41.
21 MEW, Bd. 23, S. 765.

jektive Möglichkeit für die Entstehung eines revolutionären Klassenbewußtseins auf der Grundlage des politischen Klassenkampfs zwischen Lohnarbeit und Kapital." (a.a.O.)

Wenn dann in einer solchen Krise, in einer Situation der Schwäche der Bourgeoisie wie 1918 der Klassenkampf weit hinter seinen historischen Möglichkeiten zurückbleibt, so ist das nicht als Ausdruck der 'Integration' des Proletariats zu verstehen (auch die Leninsche Theorie von der Arbeiteraristokratie wird von Dutschke als "eindeutig vulgärmarxistisch" abgelehnt, a.a.O., S. 44), sondern als Versagen der klassischen Arbeiterorganisationen SPD und Gewerkschaften. (Ebda.)

Zwar könne in der Periode der "transitorische(n) Notwendigkeit des Kapitalismus" die Partei "keine selbständige Initiative, getrennt von den Massen durchführen", sie kann nur "den Prozeß beschleunigen, movens der Bewegung sein, aber nie getrennt von der Bewegung der Massen" (S. 43), gerade das aber sei der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß sie die Arbeiterbewegung durch eine "falsche Ideologie (...) wehrlos gemacht habe (S. 42) und damit hinter ihre historische Aufgabe zurückgefallen sei".

> "So fehlte die politisch-organisatorische Kraft, die die bewußte Kontrolle über Staat und Wirtschaft hätte übernehmen können, kam es nicht zur Entfaltung der Selbsttätigkeit der Massen gegen die sich temporär zurückziehenden Kräfte des Kapitals und Großgrundbesitzes, konnte die m ö g l i c h e Umwälzung der gesellschaftlichen Grundlagen nicht in Angriff genommen werden." (Ebda.)

Aus der Kritik an den reformistischen Arbeiterorganisationen zieht er aber nicht den Schluß, daß die "nur durch 'Außenlenkung', durch die Partei als Avantgarde der Klasse organisiert und revolutioniert werden" könne, wie es Lenin in 'Was tun? ' formuliert habe. Ohne die 'anderen Bedingungen' auszuführen sagt er:

> "Unter den anderen Bedingungen Mitteleuropas, mit einer hochqualifizierten Arbeiterklasse, die durch den 'stummen Zwang' der kapitalistischen Verhältnisse die Normen und Verhaltensweisen der bürgerlichen Gesellschaft verinnerlicht hatte, mußte auch diese Theorie der Organisation, die nur sehr schlecht den grundlegenden Sinn der marxistischen Emanzipationsidee, daß die 'Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter' sein kann, für sich in Anspruch nehmen konnte, scheitern." (S. 45)

Nach Dutschke könne aber das " 'klassische' Verhältnis von Ökonomie und Ideologie", dem die oben angeführte enge Verbindung von Partei und proletarischen Massen entspricht, nur für die Periode der "transitorischen Notwendigkeit des Kapitalismus zutreffen" (S. 43). Wie war es dann möglich, daß sich in den Klassenorganisationen des Proletariats eine 'falsche Ideologie' breit machen konnte? Etwa deshalb, weil diese enge Verbindung nicht mehr bestand? Und wenn sie sich gelöst hatte, welche Gründe hatte dieser Prozeß ? Lagen sie in der immanenten Tendenz einer zentralistischen Partei zur Bürokratisierung ? In der korrumpierenden Taktik der bürgerlichen Parlamentsarbeit? Wie konnte diese falsche Ideologie überhaupt entstehen? War sie auf den Einfluß der bürgerlichen Intelligenz zurückzuführen?

Und wenn man davon ausgeht, daß die Phase der 'transitorischen Notwendigkeit' des Kapitalismus mit der Entwicklung zum Monopolkapitalismus 1914 oder 1918 längst vorüber war: welches Verhältnis zwischen Partei und Massen mußte unter diesen veränderten ökonomischen Bedingungen gelten? War nicht 1918 längst ein ganz anderer Parteityp historisch notwendig geworden? War das die KPD(S)? Warum hatte sie sich so schwach und so spät entwickelt? usw.

Auf alle diese – heute zentralen Fragen – gibt es bei Dutschke und anderen führenden Genossen des damaligen antiautoritären Lagers keine Antworten. Sie wurden auch nicht als dringend empfunden, weil im allgemeinen Konsens über das 'Versagen' bzw. den

'Verrat' der Sozialdemokratie und das dogmatisch-sektiererische Verhalten der KPD in der Weimarer Republik, ihrer 'stalinistischen Wendung' ein Anknüpfen an diese historischen Organisationsformen des deutschen Proletariats von vornherein mit dem Odium des Scheiterns behaftet gewesen wäre.

Und es schien ja auch einschlägige Erfahrungen über die Möglichkeiten traditioneller Parteiarbeit links von der SPD zu geben. Man brauchte dafür gar nicht die Prozentzahlen der allgemeinen Wahlen heranzuziehen, die Einflußlosigkeit von SED und KPD in den Betrieben, ihr kritikloses Anhängen an die integrativen Gewerkschaftsprogramme mochten deren Perspektivlosigkeit und Scheitern schon ausreichend belegen. Das galt auch rückwärts betrachtet für die Bemühungen der 'Neuen Linken', die sich nach der Trennung der SPD vom SDS 1961 konstituierte, immer wieder Bündnisse zwischen sozialistischer Intelligenz und linken Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern anzustreben, um eine linke Alternative zu SED/KPD bzw. SPD zu schaffen.

Als der SDS für die 'Neue Linke' 1962 zum ersten Mal in Berlin zu einer eigenen sozialistischen Maifeier aufrief, kamen vielleicht 250 Genossen und Sympathisanten zum Wittenbergplatz, um Erich Kuby und den Betriebsratsvorsitzenden der Stuttgarter Zeitung, Fritz Lamm, zu hören.

> "Die Arbeiterbewegung, so schien es den Studenten, hatte wieder dort anzusetzen, von wo sie vor 100 Jahren ihren Ausgangspunkt genommen hatte, unter den heutigen Bedingungen den ökonomistischen Kampf in den politischen Kampf umzuwandeln, dabei belehrt durch die bitteren Erfahrungen im Scheitern ihrer bisherigen Klassenkämpfe." (22)

An solcher Kritik bestand also kein Mangel, umsomehr an konkretem Aufschluß darüber, wie jenseits der kritisierten Arbeiterorganisationen und ihrer 'verfehlten Politik' die Formen aussehen sollten, in denen sich dieser Neuanfang konstituieren konnte.

Als abstrakte Bündnispartner gegen den Senat, Springer und den Imperialismus wurden die Arbeiter bereits unmittelbar nach dem 2. Juni in Hunderttausenden von Flugblättern über die Vorgänge an der Deutschen Oper, in der Universität, in Vietnam und Persien, über die Funktion der Springer-Presse und die Wirtschaftslage Berlins angesprochen. Aber die Aufklärungsaktion brachte kaum Informationen über die konkrete Lage der Arbeiter, (woher sollten sie so schnell auch kommen?) sie blieb abstrakt, wenn auch die heftigen, von der Springer-Presse geschürten Aggressionen der Anfangszeit abgebaut werden konnten. Die 'Öffnung zur Stadt' wurde mit großen Erwartungen und viel Naivität betrieben. Die 'Kritische Universität' (KU) bezeichnete sich gemäß diesem Anspruch in ihrem ersten 'Provisorischen Verzeichnis der Studienveranstaltungen' für das WS 1967/68 vom Sommer 1967 auf dem Umschlag als "Arbeiter, Schüler, Studenten Uni", auf dem Umschlag des endgültigen 'Programms' für das WS 67/68: "Kritische Universität d e r Studenten, Arbeiter & Schüler". (23)

Davon konnte nicht die Rede sein. Im Höchstfall betrug der Anteil von Nichtstudenten in den Arbeitskreisen der KU ein Viertel der Teilnehmer, davon waren die meisten Schüler, einige jüngere Angestellte, kaum mal ein Arbeiter. In vielen Arbeitskreisen blieben die Studenten unter sich.

---

22 Rabehl, a.a.O., S. 175. Vgl. a. den Antrag des Landesverbands Berlin des SDS auf der 1. ao. Delegiertenkonferenz des SDS vom 29.-31.3.1968 in Frankfurt. Zitiert in dem Bericht der Konferenz v. Sibylle Plogstedt im FU-SPIEGEL Nr. 64, S. 25.

23 Hervorhebung – d. Verf. – Im inneren Titel hieß es aus taktischen Gründen gegenüber dem Akademischen Senat, der mit Raumverbot und Mittelentzug drohte: "Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch- und Fachschulen von Westberlin".

Die erhoffte Öffnung der KU zur Stadt gelang nur ganz wenigen Arbeitskreisen. Dagegen faßten einige Genossen (im Oktober 1967!) in ihrem KU-Beitrag 'Die Gegenuniversität in der Kritischen Universität' (24) bereits die Möglichkeit eines unverhüllten Klassenkampfes" ins Auge. Ihre berlinzentristisch beschränkte Analyse gipfelte in der euphorischen Prognose:

> "Gerade weil das Zusammenspiel der Bürokratien des Staates, der Kapitalisten und der Gewerkschaftsspitze in unserer Stadt so umfassend ist, werden die ersten spontanen Abwehrkämpfe der Arbeiter das System im ganzen in Frage stellen, wird im Klassenkampf das Bild der Gegengesellschaft aufblitzen. In diesem Augenblick wird die auf Praxis gerichtete Universität zur praktisch umwälzenden, zur Gegenuniversität. (25)

Zu Beginn des Jahres 1968 herrschte also im antiautoritären Lager Einigkeit darüber (und nicht nur in Berlin), daß eine enge Verbindung wenigstens mit Teilen der Arbeiterklasse für die zukünftige Existenz der Studentenbewegung und der 'Außerparlamentarischen Opposition' eine unerläßliche Bedingung sei.

Man war sich auch darin einig, daß diese Arbeit an der Basis nur in räteähnlichen Organisationsformen vor sich gehen könne, (26) also möglichst dezentralisiert und apparatfrei, mit den größtmöglichen Entfaltungsbedingungen für Spontaneität, die auch der gewandelten Bedürfnisstruktur sich emanzipierender Individuen entsprechen müßten. Die lockere Gruppenform, ohne gewählte Vorstände und feste Abhängigkeiten, nur der gemeinsamen Sache verpflichtet, mit dem Plenum als einziger Beschlußinstanz schien die einzig mögliche Form der neuen Praxis, ohne daß es weitergehender theoretischer Begründungen bedurfte.

Zunächst jedoch wurde die Propaganda in der Stadt und vor den Betrieben noch von den Hochschulverbänden (SDS, SHB, LSD, GSG, HSU) getragen und von den ASTA der FU und TU und vom Republikanischen Club koordiniert. (Auch das sozialistische Maikomitee bestand im wesentlichen aus diesen Verbänden und noch nicht aus den erst im Entstehen begriffenen Basisgruppen.) Ein typisches Beispiel für die Propaganda in dieser Phase, ein Flugblatt an die 'Berliner Arbeiter' vom SDS aus dem Februar 1968 (Anlaß: Demonstrationsverbot und Behinderung des Vietnam-Kongresses) ist im Anhang dokumentiert (Nr. 1).

Der leitende Gedanke seit den Erfahrungen aus den Aufklärungsaktionen nach dem 2. Juni war, den Arbeitern das Mißtrauen gegenüber den Studenten zu nehmen, hier probten vielleicht nur Bürgersöhne den Aufstand gegen ihre Väter, eine neue jeunesse doree treibe ihren gewalttätigen Schabernack gar auf Kosten der Arbeiter, mit anderen Worten: es handele sich eben bloß um die Auseinandersetzungen innerhalb ein und derselben Klasse; ein Eindruck, der von der Springer-Presse durch das von ihr kolportierte Synonym des Studenten mit dem Typ des faulen, herumgammelnden Rabazniks bewußt verstärkt wurde.

Die Propaganda mußte also die Motive der Studenten auf analoge Situationen der Arbeiter beziehen, wenn sie ihre Proteste und Widerstandsaktionen als gegen die allen Bereichen der kapitalistischen Gesellschaft gemeinsame Herrschaftsstruktur gerichtet verständlich machen wollte. Im antiautoritären Kampf gegen alle Formen der Herrschaft und Unterdrückung wurde die 'demokratische Selbstbestimmung' als Alternative propagiert und später in der Parole von der 'Selbstbestimmung am Arbeitsplatz' in den Hochschulkampf zurücktransportiert.

24 'Programm' der KU, a.a.O., S. 40-42, hier S. 41.

25 Ebda. Allerdings wurde die Erwartung eines baldigen Zusammenbruchs der Berliner Wirtschaft bei einer der nächsten Krisen auch von anderen Gruppen geteilt. S. weiter unten S. 000.

26 Bernd Rabehl: "Das Jahr 1918, die radikale Parole der 'Rätedemokratie' ist in Europa gegenwärtig." Aus: Zum Singen bringen. Die Studentenrevolte in Europa, in: FU-SPIEGEL Nr. 64, Mai 1968, S. 24.

Dagegen blieb die ökonomische Argumentation noch überwiegend auf die Berliner Wirtschaftslage insgesamt bezogen: Sie ging dabei von der globalen Analyse aus:

> "Die Westberliner Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Strukturkrise, die sich im wesentlichen in einem starken Rückgang der Westberliner Bevölkerung, der Zahl der Erwerbstätigen, einem starken Zurückbleiben der Ausrüstungsinvestitionen hinter der Entwicklung der Bundesrepublik bzw. den produktionstechnischen Möglichkeiten der Westberliner Wirtschaft, in der Abwanderung bzw. Verlagerung von Produktionsstätten, in der ungenügenden Neugründung von Produktionsstätten und dem Verlust von Arbeitsplätzen ausdrückt." (27)

Die permanente Strukturkrise Westberlins mußte bei einer der nächsten Belastungen durch eine allgemeine politische oder ökonomische Krise in ein besonders scharfes Stadium treten. Auch vermehrte staatliche Subventionsspritzen würden das auf privater Investitionstätigkeit basierende System kaum noch stützen können; so etwa lassen sich die damaligen Diskussionen zusammenfassen.

> "Diese Konstellation von ökonomischer Strukturkrise, ihrer Verschleierung durch Regierungsapparat und Presse und der fruchtlosen Versuche, sie mit systemimmanenten Maßnahmen zu beheben, macht das Beispiel Westberlin interessant und wichtig als Modellfall spätkapitalistischen Zerfalls." (Ebda.)

Ein Modellfall dafür war sie gerade nicht. In den damaligen Diskussionen wurde der hohe politische Symbolwert, den die Stadt für jede Bundesregierung als Stabilitäts- und Konkurrenzsymbol des kapitalistischen Systems besitzt, meist unterschätzt. Das ausgebaute staatliche Subventionssystem dämpfte zudem auch die Auswirkungen westdeutscher Konjunkturkrisen. (28)

Die Verlagerung von Produktionsstätten geht in der Regel auch so verschleiert und allmählich vor sich, daß sie nicht zum Ausgangspunkt spektakulärer Massenmobilisierungen werden konnte. Schließlich ist doch wohl nicht zu verkennen, daß sich die außenpolitische Lage Westberlins seit dem Chruschtschow-Ultimatum (1959) und dem Mauerbau (1961) auch wieder relativ stabilisiert hatte.

Zusammen mit der zunehmenden Aufarbeitung der Rezessionsauswirkungen von 1966/67 halfen diese Diskussionen über die Berliner Wirtschaftsstruktur immerhin dabei, die falschen Vorstellungen von der kapitalistischen Selbstregulation zu erschüttern und die Einsicht in den Krisenzusammenhang des kapitalistischen Systems zu eröffnen, – wenn sie sich auch in der propagandistischen Praxis oftmals zu einer mechanischen Krisenerwartung für Westberlin vergröberte.
In dieser Erwartung und angesichts der in Westberlin zu jener Zeit äußerst gespannten Atmosphäre wurde zur Maikampagne eine breite Bündnispolitik betrieben einschließlich linker Sozialdemokraten und SEW.

Der Senat konnte zwar das allgemeine Demonstrationsverbot, das Albertz nach dem 2. Juni erlassen hatte, nicht aufrechterhalten, aber auch die große Vietnam-Demonstration

27 BERLIN – WIRTSCHAFT UND POLITIK – IM KERN GESUND? Materialien zur Diskussion vorgelegt vom Berlin-Arbeitskreis im Republikanischen Club Westberlin, April 1968, S. 1.

28 Vgl. die Wachstumsraten der BRD mit denen Westberlins 1966/67. Es wirken sich auch noch andere Faktoren krisendämpfend aus; z.B. der im Vergleich zur BRD höhere Anteil der – zudem noch in größerem Maße von staatlichen Aufträgen abhängigen – Bauindustrie.

vom 19.2. konnte erst durch ein Verwaltungsgerichtsurteil legal stattfinden. Für den illegalen Fall waren umfangreiche ('Vorbeuge'-)Verhaftungslisten angefertigt worden, und Innensenator Neubauers nie eindeutig widerlegter Ausspruch: "Auf ein paar Tote kommt es mir nicht an", illustrierte die Entschlossenheit des reaktionärsten Teils der Stadtadministration. Die am 21.2. vom Senat bestellte Hetzkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus mit der anschließenden Lynchjustiz in den Nebenstraßen, das drohende Verbot von SDS und RC, schließlich der Mordanschlag auf Rudi Dutschke, all das bewirkte eine Kampfbereitschaft auf dieser Seite der Barrikaden, die zusammen mit der Berliner Krisenerwartung und der ständig wachsenden Basis des antiautoritären Lagers bei einem großen Teil der Genossen die Illusion stärkte, es könnten die entscheidenden Kämpfe vielleicht nicht mehr so lange auf sich warten lassen. Daraus wurde auch allgemein die Konsequenz gezogen, daß die bisherige Form der Aktionen und Kampagnen: die Vorplanung zentralen, ad hoc konstituierten Gremien, die konkrete Einlösung indes der Phantasie und Spontaneität der Massen anzuvertrauen nicht nur auch künftig erfolgreich, sondern überhaupt die beste Organisationsform des politischen Kampfes des antiautoritären Lagers sein müßte.

Das mochte auch für eine antiautoritäre Studentenbewegung zutreffen, für eine Bewegung, die sich anschickte, eine sozialistische zu werden, bedeuteten solche Auffassungen ein gefährliches Hemmnis.

Zunächst konnte sich diese Tendenz, besonders in der Hochschulpolitik, weitgehend durchsetzen. So vollzog sich parallel zu ihrem allmählichen Bedeutungsverlust auch die Auflösung der alten politischen Kerne der Studentenbewegung, der Hochschulverbände, die bald entweder auch formell liquidiert wurden, wie in Berlin SDS und GSG oder aber nur noch wie die Wachsfiguren aus Madame Tussauds Kabinett paradierten (z.B. SHB, LSD, HSU). Diese Entwicklung mündete an den Berliner Universitäten (Sommer1968) in die Gründung der lockeren Ad-hoc-Gruppen, von denen auch künftig die ASTA-Politik bestimmt wurde.

So kann man von zwei gegensätzlichen Tendenzen bei der Konstituierung der Basisgruppen sprechen: (29)
Zum einen wirkte die Erfahrung, die aus der überwiegend geringen Resonanz der allgemeinen Propaganda vor den Betrieben gewonnen wurde, daß die Arbeiter nur durch Informationen über ihre konkrete Lage im Betrieb, ihre unmittelbaren ökonomischen Interessen, wie Fragen des Lohns und der Arbeitsplatzsicherheit für weitgehende Probleme und Forderungen aufgeschlossen werden konnten. Im Gegensatz zum späteren 'Ökonomismus'-Vorwurf gegen die Basisgruppen muß festgestellt werden, daß gerade die ökonomische Propaganda nicht nur am Anfang weder betriebsnah noch umfangreich genug betrieben wurde. Nur über solche genauen und zuverlässigen Informationen aber ist das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen. Deren Kenntnis setzte wiederum eine enge Kooperation mit den Arbeitern des jeweiligen Betriebes voraus, die nur durch systematische und ständige Kontakte und Diskussionen hergestellt werden konnte. Dies mußte auch den antiautoritär strukturierten Basisgruppen allmählich eine festere organisatorische Form geben, wenn erfolgreiche Betriebsarbeit überhaupt möglich werden sollte.

29 Auf sie wurde von Bernd Rabehl schon relativ früh, jedenfalls noch vor Gründung der Basisgruppen kritisch hingewiesen: "Der Widerspruch zwischen der schwärmerisch revolutionären Fraktion in der antiautoritären Opposition und der, die sich der Anstrengung aussetzt, sozial relevante Schichten der Arbeiterklasse durch eine Analyse der Stagnationskrise für die Verbreitung der gesellschaftlichen Basis der Opposition zu finden, spitzt sich in dem Moment zu, wo beide Fraktionen zu je spezifischen Aktionsformen gelangen." Aus: "Von der antiautoritären Bewegung...", in: Bergman u.a., a.a.O., S. 176.

Andererseits: Gerade in der Phase, in der die Notwendigkeit einer Verankerung des 'antiautoritären Lagers' im Proletariat im Prozeß auf eine sozialistische Bewegung hin allgemein anerkannt wurde, entwickelte sich die Studentenbewegung in ihren Aktionen und Organisationsformen erst auf den eigentlichen antiautoritären Kulminationspunkt zu.

Diese widersprüchliche Entwicklung ist offenbar nur so zu erklären, daß für die Masse der nach dem 2. Juni politisierten Studenten die Wende zu einer sozialistischen Bewegungnoch zu früh kam, sie die Emanzipationsprobleme ihrer individuellen bürgerlichen Schicksale vorschnell verallgemeinerten und zum Inhalt der ganzen Bewegung machten. Auf diesem Hintergrund ist auch die erst 1968 voll anbrandende Reich- und Freud-Welle zu erklären, mit ihren terroristischen Psychodiskussionen bis in die kleinste Wohnkommune hinein.

Bei den Germanisten zum Beispiel verdichtete sich diese Tendenz katalysiert durch die resignativen Erfahrungen mit der kritischen Wissenschaft im Sommer 1968 fast zur Theoriefeindlichkeit. Die Schwierigkeiten, in der Ad-hoc-Gruppe während der Besetzung des Germanischen Seminars anläßlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze überhaupt politisch und theoretisch zu diskutieren, lagen nicht so sehr in der häufigen Abwehr von Angriffen Reaktionärer auf das Gebäude, sondern in dem unverarbeiteten, traumatischen Verhältnis zu ihrem Studium, zur Literatur, ihrer Präsentation und der sublimen Gewalt der 40 000 Bücher der Bibliothek, in der man ständig tagte. Im allgemeinen Protest gegen die NS-Gesetze mußten die Germanisten erkennen, daß aus der luxurierenden Ecke ihrer Wissenschaft jeder Widerstand nur symbolisch oder nur als Ausdruck der Ohnmacht verstanden werden konnte. ("Das politische Ziel der Besetzung ist erst realisiert, wenn die Fabriken besetzt werden." (30)) Der Widerspruch zwischen der brutalen Wirklichkeit und einem Fach, daß nur "politische Resignation" (31) und 'deformierte Charaktere' (32) produzierte, fand in einer neuen Form von Eskapismus seine Lösung. Die schwachsinnigen Sendungen der Kommune I aus dem obersten Stockwerk, die ansonsten mit 60-Watt-Beat ständig ganz Dahlem bestrichen, wurden ebenso vehement gegen die politischen Lustfeinde verteidigt wie das antiautoritäre Verdikt von der Fixierung an die anale Phase gegen alle jene geschleudert wurde, deren Emanzipationsfortschritte sich nicht in einer betont negativen Beziehung zum Buch ausdrückten. (33)

Zur radikalen Konsequenz, dieser Wissenschaft abzuschwören, war damals kaum einer bereit, eine sozialistische Lehrerperspektive noch von dem insgeheim mitgeschleppten bürgerlich-individualistischen Karrierebewußtsein blockiert.

Anfang 1968 wurde zumindest verbal ganz allgemein anerkannt, daß es unmöglich sei, "die Welt vom imperialistischen Verbrechen zu befreien, solange der Kapitalismus nicht auch in den Metropolen selbst gestürzt ist", wie es Mandel in seiner richtungsweisenden Rede auf dem Vietnam-Kongreß formulierte. (34) Und das bedeutete:

30 Aus: "Die Organisation der Besetzung". In: Dokumentation der ersten Besetzung des Germanischen Seminars der FU. (Berlin Oktober 1968), S. 10.

31 Flugblatt vom 27.5.1968 der 'Ad-hoc-Gruppe Notstand der Germanistik'. Abgedr. in: 'Studenten stürmten FU-Institut', a.a.O., S. 19.

32 Vgl. a.a.aO., S. 20.

33 Mit großem analytischen Aufwand verteidigte Kommunepraxis: sie aus dem Fenster oder durch den Raum zu schmeißen.

34 Abgedr. in: NEUE KRITIK, Nr. 47, Mai 1968, S. 60-68, hier S. 63. Seine Thesen gingen auch vielfach in die Schlußresolution ein. Der Kongreß akklamierte einmütig auch folgende Passage der Abschlußerklärung: "Der Kampf gegen die US-Aggressionen in Vietnam muß zugleich ein Kampf gegen die imperialistische Politik der kapitalistischen Länder Westeuropas sein. Eine zweite revolutionäre Front gegen den Imperialismus in dessen Metropolen kann nur dann aufgebaut werden, wenn

" (...) an all den Bruch- und Krisenpunkten der bürgerlichen Gesellschaft, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anzuknüpfen, um dieses (i.e. "antikapitalistisches", R.S.) Bewußtsein auszubreiten, in Aktionen zu verwandeln und langsam aber sicher auszurichten auf das einzig mögliche Ziel, die revolutionäre Machteroberung durch die Werktätigen, die Verbindung von Arbeitern, Angestellten, technischer Intelligenz und Studenten." (35)

Oder kurz:

"Die politische Lehre wurde bereits vom Genossen Dutschke wie einer Reihe von anderen Rednern in die Formel zusammengefaßt: Verbindung und Aktionseinheit von Arbeitern und Studenten auch auf elementarster Basis." (S. 65)

Die Hindernisse zu deren Realisierung wurden in der vorherrschenden Tendenz großer Teile der antiautoritären Studentenbewegung gesehen, die Praxis der Hochschulpolitik weiterhin an den bürgerlich-individualistischen Emanzipationsbedürfnissen zu orientieren. (36) Das belastete die mit der Mai- und der Notstandskampagne breit einsetzende Basisgruppenbewegung in zweierlei Hinsicht: erstens wurde dadurch das Engagement für Basisarbeit faktisch gebremst und zweitens verlängerte sich auch in den Basisgruppen die antiautoritäre Phase durch die anfangs fortdauernde Abhängigkeit von den politisch führenden Universitätsgruppen; diese Abhängigkeit ist in gewisser Hinsicht bereits dadurch bezeichnet, daß kaum einer der bis dahin führenden Genossen sich an der Organisation der Basisgruppen und ihrer Arbeit direkt beteiligte. (37)

3.

In der Mai-Kampagne 1968 arbeiteten noch alle wesentlichen, unter dem Titel 'antiautoritäres Lager' bzw. 'Außerparlamentarische Opposition' registrierbaren Gruppen intensiv zusammen, um eine eindrucksvolle Demonstration und eine mächtige Kundgebung zu organisieren. Die Gemeinsamkeit dieses Ziels und die drohenden Notstandsgesetze verdeckten die aufgetretenen Differenzen und legten noch einmal die gesamte Kraft frei, die das antiautoritäre Lager über den bloßen Appell an die solidarische Hilfe mobilisieren konnte. (38)

Wenn man einmal von der erheblich intensivierten und systematischen Propaganda absieht, die heute vor und in den Betrieben Westberlins geleistet wird, dann ist festzuhalten, daß die im April und Mai 1968 organisierte Propagandaarbeit bei keiner späteren Kampagne wieder erreicht wurde. (39) Zwar liegt das an dem historisch bisher einmaligen Mobilisierungsgrad der Studenten, Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter, die in der Folge

---

die antiimperialistische Oppositionsbewegung lernt, die spätkapitalistischen Widersprüche politisch zu aktualisieren und den Kampf um revolutionäre Lösungen in Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen aufzunehmen." BERLINER EXTRA-DIENST vom 21.2.1968, S. 9 f.

35 Mandel, a.a.O., S. 66.

36 Die sich immer weiter öffnende Kluft zwischen Theorie und Praxis oder besser, zwischen den abstrakten Parolen und der tatsächlich möglichen Politik wurde besonders im Wintersemester 1968/69 deutlich, dem Semester des 'aktiven Streiks'.

37 Dieser Umstand erklärt übrigens zu einem Teil auch die Weise, in der später die politischen Differenzen zwischen den 'selbsternannten Kadern' und den 'arbeitenden Gruppen' ausgetragen wurden.

38 Der Kampagne schloß sich auch die 'Kritische Universität' an, dessen Potential teilweise in die während der Kampagne gegründeten Basisgruppen überging. S. KU-Broschüre BERICHTE UND PROGRAMM zum Sommer 1968, S. 3-6. "Die Kampagne 1. Mai wird damit ein Modellfall für eine bestimmte Arbeitsweise der KU." S. 6.

39 Zur Argumentationsweise s. Anhang Nr. 2.

des 2. Juni durch die Ereignisse und Aktionen: Springerkampagne, Vietnam-Kongreß, Osterunruhen, Mai-Kampagne, Mai-Revolte in Frankreich, Kampagne gegen die Notstandsgesetze in geradezu atemlosen Aktionszwang gerieten, wohl aber auch an der damals stärker aktivierten Phantasie und Spontaneität, die – um den Preis einer gewissen Diffusität der Argumentation – dem einzelnen das Gefühl selbstbestimmten Handelns verleiht und damit zu größerer Einsatzbereitschaft führte.

Ein Beispiel dafür sind die wochenlang organisierten BZ- und BILD-Kommentare. Im April und Anfang Mai zog jede Nacht ein kleiner, wechselnder Trupp von Genossen aus und klaute je ein Paket 'BZ' und 'BILD', die von der Springer-Auslieferung in Hauseingängen oder vor Kiosken für die Zeitungshändler abgelegt worden waren. Dann wurden in der Koordinationszentrale (TU-ASTA) eiligst kurze Kommentare zu den wichtigsten Nachrichten, Falschmeldungen und 'Meinungen' angefertigt und als Flugblätter vor U-Bahnhöfen und Bus-Haltestellen in den Fabrik- und Arbeitervierteln beim Kauf von BZ und BILD-Zeitung nachgereicht. Kaum eine Aktion der Studenten hat damals mehr Eindruck auf die Arbeiter gemacht, als die Tatsache, daß die Studenten auf findige Weise schon vor dem Verkauf an die Springer-Zeitungen gelangten, noch Zeit fanden, sie zu kommentieren und die Kommentare regelmäßig zwischen 6 und 7 Uhr verteilten.

Die Mobilisierung führte im April und Mai zur Gründung zahlreicher Basisgruppen in fast allen Stadtteilen, wobei die Basisgruppe Wedding als Schrittmacher fungierte. Im Mai bestanden folgende Basisgruppen: Friedenau, Kreuzberg, Märkisches Viertel, Moabit, Neukölln, Reinickendorf, Schöneberg, Spandau, Wedding, Wilmersdorf und Zehlendorf. Sie hatten anfangs in der Regel 30 bis 50 Mitglieder, manche über 100, wie etwa die BG Spandau. Nur ganz am Anfang waren die Studenten in der Mehrzahl, bei den meisten Basisgruppen stieß rasch eine ganze Reihe von anpolitisierten Schülern, Lehrlingen, Jungarbeitern u.a. hinzu, die bislang bei den Demonstrationen oder Kampagnen temporär mitgemacht hatten, sich aber weder in den Hochschulverbänden (40) noch im Republikanischen Club (urspr. als linker Intellektuellenclub gegründet) organisatorisch binden konnten. Allerdings bestimmten die Studenten auch dort weitgehend Struktur und Diskussion der Basisgruppen, wo sie eindeutig in der Minderheit waren.

Zunächst griffen die Basisgruppen alles auf, was sich propagandistisch gegen die bestehende Herrschaft ins Feld führen ließ. Dazu gehörte die Aufklärung über die Folgen der Notstandsgesetze, verbunden mit der Kritik am Parlamentarismus und der formalen Demokratie, über die Wirtschaftslage Berlins, die angekündigten Mieterhöhungen ('Weißer Kreis'), Springer und die Bewußtseinsmanipulation, Vietnam u.a., wofür sich verschiedene bezirkliche Schwerpunkte herausbildeten. So konzentrierte sich die Propaganda der BG Wedding auf Industriebetriebe (des AEG-Telefunken-Konzerns), die BG Kreuzberg auf die Wohnungsprobleme in den Sanierungsgebieten, die BG Reinickendorf auf die Schülerarbeit. Das Vorgehen der BG Wedding ist typisch für alle damaligen Basisgruppen:

"Unsere ersten Kontakte mit der Arbeiterklasse waren experimentell, ohne klare Vorstellungen über die Grundlagen proletarischer Existenz. Wir agitierten in Kneipen, öffentlichen Versammlungen, auf der Straße und verteilten zum 1. Mai und zur Notstandsdemonstration allgemeingehaltene Flugblätter vor den Betrieben. Diese Agitation versuchte einerseits die Handlungen der rebellierenden Studenten zu erklären ('Warum tragen wir rote Fahnen?'). Andererseits griffen wir allgemeine Probleme der politischen und ökonomischen Situation Westberlins auf (Betriebsverlagerungen, Weißer Kreis)." (41)

---

40 Das gilt auch für den SDS bzw. für dessen organisatorischen Rest, die wöchentlichen Lagebesprechungen im alten Zentrum am Kurfürstendamm und die immer unverbindlicher werdenden 'Generalrats'-Sitzungen.

41 Aus: "Kritik und Selbstkritik der Basisgruppe Wedding". Hekt. Manuskript vom 25.10.1969, S. 3.

Der folgenlose Sternmarsch auf Bonn am 11.5.68 und das fast völlige Ausbleiben der erwarteten Streiks anläßlich der dritten Lesung der Notstandsgesetze schlugen sich auf den Optimismus und die Einsatzbereitschaft der Sympathisanten und auch vieler Genossen lähmend nieder. Im Sommer 1968 kam es nicht nur zu einer allgemeinen Krise des antiautoritären Lagers, sondern auch zur ersten Krise der Basisgruppen. Viele Liberale und oberflächlich Politisierte sprangen wieder ab. Das wirkte sich besonders auf diejenigen Basisgruppen aus, die mehr als 'Bürgerkomitee' mit einem diffusen Begriff von Stadtteilarbeit begannen, wie die BG Friedenau, Moabit, Schöneberg und Wilmersdorf. Während die BG Friedenau nicht einmal den Sommer überstand, konnte sich die BG Wilmersdorf noch bis Anfang 1969 als Kapital-Schulungsgruppe halten. Von diesen vier Gruppen gelang es aber nur der BG Moabit, sich durch konsequentere Betriebsarbeit im Herbst zu stabilisieren. (42)

III Die Phase der relativen Konsolidierung der Basisgruppen und die beginnende Fraktionierung in der sozialistischen Studentenbewegung

Vom Herbst 1968 an datiert erst die eigentliche Betriebsarbeit der Basisgruppen, mit einem halben Jahr Verspätung könnte man fast sagen, wenn man die zahlreichen Aufrufe aus dem Winter 1967/68 sich der 'mühevollen und langfristigen Arbeit im Proletariat' zu unterziehen als Ausgangspunkt bestimmt.

Es war ein gut Teil Opportunismus, der viele führende Genossen damals davon abhielt, ihre Erkenntnis auch in die Tat umzusetzen, denn die Perspektive der mühseligen Kleinarbeit, die in den Betriebsgruppen auf sie wartete, hätte erst einmal gegen die Teach-in-Rituale vom WS 68/69 durchgesetzt werden müssen, auf denen, – in der mechanisch eskalierten Inflation abstrakter Parolen deutlich sichtbar – ein voluntaristisch verkürzter Avantgardebegriff herrschte, der es zunehmend erschwerte, nüchterne Analysen noch dazu über die nächsten Monate hinaus anzustellen. Kritik an falschen Aktionen, die damals, als es noch keine verselbständigten Anarchistengruppen gab, durchaus noch beachtet worden wäre, wurde entweder nur in kleinen Zirkeln oder sehr spät geübt, – um nicht dem Defätismusverdikt zu verfallen.

In dieser Furcht, von der man nicht weiß, ob sie als unverdauter Rest bürgerlichen Narzißmus oder als antiautoritäres Erbe eines schwer verzichtbaren Bedürfnisses nach 'Gruppenwärme' wirkte, wurde es z.B. üblich, sich erst einmal einen 'Revisionisten' zu schaffen, den man auch getrost gegen dessen Intention interpretieren konnte, bevor man es so abgesichert selbst wagen konnte, leichte Kritik zu äußern.

Nur aus diesem politischen Klima heraus ist der perspektivlose Aktionismus des WS 68/69 und die erstaunlich lange 'Gültigkeit' der illusionären Parole, 'Lernt euren Beruf im Klassenkampf!' verständlich. (42a) Von einer so hochgeschaukelten Radikalität aus mußte es lächerlich erscheinen, sich mit so banalen Dingen wie dem Hochschulgesetz zu befassen, und es lag ganz auf dieser linksopportunistischen Linie, wenn sich die Taktik der INFI-

42 Siehe BASISGRUPPEN-INFO Nr. 4 (a), (ca. März 1969), S. 2 und 5.

42a Damit ist nichts gegen den 'aktiven Streik' und andere Maßnahmen gesagt, die geeignet waren, die damals drohenden Relegationen (politische Hausordnung) zu verhindern, aber viel gegen ihre Durchführung und ihre ideologischen Begründungen. Diese Diskrepanz wirkte sich damals schon in der geringen Mobilisierung aus. Das einzige Verdienst der durch jene Parolen provozierten Diskussionen lag in der Hinwendung zur bislang verdrängten Berufsperspektive, wenn sie auch unter falschen Voraussetzungen als 'revolutionäre' Berufsperspektive vollzogen wurde, worin noch die alte antiautoritäre Überschätzung der Überbauberufe nachwirkte.

Gruppe (43), die damals immer mehr die Hochschulpolitik bestimmte, im Sommersemester schließlich durchsetzte, dem Berliner Senat den ASTA kampflos zu schenken. In diesem Antiinstitutionalismus zeigte sich die einzige konsequente Linie, die die späteren KPD-AO-Gründer noch weit über das Ende der antiautoritären Phase hinaus verfolgten, – würdig ergänzt durch die VDS-Liquidation (44) –, bevor sie sich zu guten Leninisten mauserten, die heute sicher was drum gäben, an den Fleischtöpfen des ASTA oder des VDS sitzen zu können.

Das Verhältnis zwischen den Basis- und Universitätsgruppen war im Sommersemester 1968 noch durch die gemeinsame Antinotstandskampagne kooperativ vermittelt, aber schon während der ersten Besuche von Basisgruppen in den besetzten Instituten wußten die Studenten kaum mehr mit ihnen anzufangen, als sie für Hauswachen einzuteilen. Die immer wieder aufgestellte Forderung, die 'Theorie praktisch werden' zu lassen, konnte über eine exotisch-ästhetische Beziehung zu den 'Arbeitern in der Universität', die ihre Gruppensitzungen in das Philosophische oder Germanische Seminar verlegt hatten, nicht erfüllt werden. Die Distanz der Sprache und Probleme, die nur Ausdruck einer wachsenden politischen Differenz war, führte dazu, daß im Winter 1968/69 die Isolierung der Basisgruppen von den Hochschulgruppen weiter zunahm.

Während die Ad-hoc-Gruppen fortfuhren, die Studenten mit immer geringeren Erfolg über ihre abstrakten Parolen zu mobilisieren, – ohne eine konkrete Perspektive für die Taktik gegenüber dem Vorschaltgesetz (LEX OSI) oder dem Hochschulgesetz zu besitzen, gründeten die Basisgruppen die ersten Betriebsgruppen, gaben Betriebszeitungen heraus (45) und machten sich daran, konkrete Probleme wie Lohnfragen, die Arbeitszeit, Verlagerungen, Entlassungen, Unfallschutz, die Rolle der Gewerkschaften, des Betriebsrats, der Vertrauensleute, die Funktion des Betriebsverfassungsgesetzes usw. anzugehen. Sie mußten bald feststellen, daß ihre Kräfte und Kenntnisse für diese vielfältigen Aufgaben nicht ausreichten. So wurde immer wieder die Aufforderung an die Hochschulgruppen herangetragen, die praktische Arbeit der Basisgruppen durch theoretische Zuarbeit zu unterstützen; aber lange Zeit, bis etwa Mitte 1969 blieb diese Hilfe äußerst dürftig und erhielt auch dann nicht den Charakter einer systematischen Unterstützung.

43 INFI = Internationales Forschungsinstitut. Es wurde Anfang 1968 in Westberlin gegründet und hatte neben den beabsichtigten Forschungsprojekten vor allem die Aufgabe, die internationalen Beziehungen des SDS zu erweitern und zu koordinieren. Wie so viele Pläne der antiautoritären Studentenbewegung ließ sich auch dieser nur unzureichend verwirklichen. Ende 1968 war das INFI nur noch eine Lokalität, in der sich u.a. jene Gruppen von 'Altgenossen' und Hochschulfunktionären traf, die als 'geheimes ZK' (Begriff der RPK-Konferenz vom Dez. 1969), abgehoben von den verschiedenen Gruppen über diversen Strategien brütete und die zahlreich gescheiterten Organisationsversuche der 'revolutionären sozialistischen Gruppen' einer administrativen Lösung zuführen wollte. Über ihren tatsächlichen Einfluß werden die Meinungen auseinandergehen. Als Ansammlung ehemaliger SDS-Autoritäten und Führer der Studentenbewegung mit ihren zahlreichen Kontakten besaß sie jedoch in vielen Westberliner und westdeutschen Gruppen weiterhin eine große Geltung, – obwohl sich die Zeit der großen Vollversammlungen und Delegiertenkonferenzen (deren Hauptbetätigungsfeld) ihrem Ende zuneigte.

44 Es gehört zu ihren üblen Tricks, wenn sie die Ausführung eines damals kollektiv erteilten Auftrags heute einzelnen Genossen anlasten wollen.

45 Ab Herbst 1968, zuerst durch die BG Wedding. – Es ist immerhin erwähnenswert, daß die 'Projektgruppe Betriebszeitung', die von führenden Genossen jener INFI-Gruppe etwa zur gleichen Zeit wie die BG Wedding gegründet worden war, während ihrer ganzen Existenz bis Ende 1968 nicht eine einzige Betriebszeitung zustandebrachte. Auch ihr Projekt 'Lehrlingszentrum' scheiterte.

Stattdessen wrude schon recht bald die Kleinarbeit der wachsenden Betriebsgruppen (46) von den um ihren Führungsanspruch gegenüber der gesamten revolutionären sozialistischen Bewegung besorgten INFI-Genossen als Kleinkrämerei und schließlich als Handwerklerei abgetan. Sie wußten auch, woran das lag, und wie dagegen anzugehen sei. Ein führendes Gründungsmitglied der AO konnte auf einer INFI-Sitzung vom 4.4.1969 unwidersprochen feststellen: "Man muß das linksbürgerliche Bewußtsein der Basisgruppen mit organisatorischen Hebeln aufbrechen." Damit ist nicht nur das Programm für die kommenden Fraktionierungen ab Mitte 1969 vorgezeichnet, sondern auch das instrumentelle Organisationsverständnis beleuchtet, das die KPD-AO in ihren Auseinandersetzungen mit anderen Gruppen bis in die jüngste Zeit bewahrt hat. (47)
In ihren Versuchen, die politische Arbeit der Betriesbgruppen auf eine bessere theoretische und organisatorische Grundlage zu stellen, blickten die Basisgruppen (48) aber nicht nur zu den Hochschulgruppen hinüber. Von Anfang an waren die organisatorische Verbindung der Gruppen, die "Selbstausbildung der agitatorisch und propagandistisch arbeitenden Genossen" und die "Arbeiterschulung" (49) klar erkannte Notwendigkeiten, wenn sie zunächst auch kaum als politökonomische Grundlagenarbeit begriffen wurde. Es dauerte aber noch bis zum Sommer 1969, bis die allgemeine und systematische Schulung, die sich von den konkretistischen Konfliktanalysen und den 'Strategiedebatten' abhob, vor allem für die Arbeitergenossen in den Betriesbgruppen eingeführt werden konnte.

Die Verzögerung hatte vor allem in der besonderen Betriebstaktik der Basisgruppen ihren Grund. Die Studenten, die mit der Betriebsarbeit begannen, fanden in den Betrieben eine durch den Antikommunismus in seiner spezifisch Berliner Form politisch gelähmte Arbeiterschaft vor, eine politisch ebenso gelähmte SEW, deren Betriebsgruppen nur die Funktion von Informationslieferanten für das Parteiorgan 'Die Wahrheit' hatten und erlebten, daß in dieser quasi pazifizierten Atmosphäre schon kleine Konflikte große Wellen schlugen. Von ihrer antiautoritären Herkunft animiert und von den meist unausgesprochenen Erwartungen der Hochschulgruppen, 'wann denn der Kampf an der Betriebsfront begänne', gedrängt, schlugen sie anfangs immer neue Konflikttaktiken ein, wobei nur selten durchschlagende Erfolge erzielt werden konnten, weil die Aktionen nicht genügend vorbereitet waren und meist noch keine im Betrieb fest genug verankerte Betriebs-

46 Bis Anfang 1969 hatte die BG Wedding vier Betriebsgruppen aufgebaut, auch die im Herbst konstituierte BG Tempelhof hatte bis zum Frühjahr 1969 vier Betriebsgruppen gegründet. Die BG Zehlendorf, Spandau und Moabit hatten Ende 1968 je eine Betriebsgruppe und die Anfang 1969 gegründete BG Tegel besaß zeitweilig zwei Betriebsgruppen.

47 Vgl. die Kritik der 'Marxistisch-Leninistischen Hochschulgruppe Germanistik' an dem AO-Flügel der Rotzeg anläßlich ihres Ausscheidens aus der Zelle, RPK Nr. 93 vom 4.12.1970, S. 7 ff.

48 Das Verhältnis zwischen Betriebs- und Basisgruppe war uneinheitlich geregelt. Während in der BG Wedding die Betriebsgruppen von den Basisgruppen organisatorisch getrennt bestanden, um nicht gleich alle anpolitisierten Studenten, die zur Basisgruppe stießen, 'auf die Arbeiter loszulassen', waren z.B. in der BG Tegel die beiden Betriebsgruppen identisch mit der Basisgruppe. Der Name 'BG Tegel' war hier mehr ein lokaler Tarnbegriff für die eigentlichen Betriebsgruppen. Allerdings kamen hier nach der Konsolidierung der Gruppe nur noch wenige neue Studenten hinzu. – Ab Frühjahr 1969 haben alle Basisgruppen Betriebsarbeit geleistet, die meisten ausschließlich (Ausnahme BG Spandau), weshalb der Begriff Basisgruppe und Betriebsgruppe außerhalb der spezifischen Organisationsdebatten der Basisgruppen meist synonym verwandt wurde. Zur Abgrenzung gegenüber anderen Betriebsgruppen, etwa denen der SEW, wurde gelegentlich auch der Begriff Betriebsbasisgruppe verwandt.

49 Siehe "Protokoll der Basisgruppensitzung" v. 3.5.1968, Anhang Nr. 3.

gruppen bestanden, die die Rückschläge hätten auffangen und überwinden können. (50) Ein anderer Grund liegt in der permanenten Überlastung der studentischen Genossen, die wegen ihrer ungebundenen Zeit nicht bloß alle organisatorischen, finanziellen Regelungen der Basisgruppe, den Druck und die Verteilung der Flugblätter und Betriebszeitungen, die Vorbereitung mehrerer Sitzungen in einer Woche usw. übernahmen, sondern auch die vielfältigen Außenkontakte zu anderen Basisgruppen, Hochschulgruppen, RPK u.a.m. Diese Arbeitsteilung erschwerte zweifellos die politische Emanzipation der Arbeitergenossen, auch jüngere Studenten übten Kritik an dem zwangsläufig entstehenden bzw. sich verfestigenden Informationsvorsprung, dem 'Informationsmonopol' der älteren studentischen Genossen. Diese Kritik wurde teilweise auf die Außenkontakte überhaupt ausgedehnt, mit der Folge von dezidiertem In-group-Bewußtsein und – bestärkt durch den elitären Führungsanspruch der INFI-Gruppe – zur Feindschaft gegen alle Zentralisierungsversuche, bis hin zur Weigerung, sich an Redaktion und Herstellung der RPK zu beteiligen, an der die Basisgruppen anfangs maßgeblichen Anteil hatten. Diese Position war aber bei den Basisgruppen insgesamt immer in der Minderheit. Sie war z.B. typisch für den anarchosyndikalistischen Flügel der BG Wedding und für die später ausgeschiedene Minderheitsfraktion der BG Tegel.
Als abgeschwächte Tendenz war sie aber bei fast allen Basisgruppen anzutreffen. Dazu trugen noch einige andere Umstände bei. In der Anfangsphase der Basisgruppen (1968) hatte sich auch der neue studentische Lebensstil, das antiautoritäre Submilieu mit der Lustbetontheit und spezifischen Unverbindlichkeit in einigen Basisgruppen eingenistet; besonders in solchen, in denen Studenten den Ton angeben, die – von Universität und Wissenschaft enttäuscht – meinten, in einer Sphäre handfester, realer Praxis den eigentlichen Sinn ihrer politischen Existenz verwirklichen zu können. Zuweilen blieb diese Praxis im bloßen 'emanzipativen' Submilieu stecken. Dafür steht etwa der Konflikt im Sozialistischen Club Neukölln, wo die Betriebsarbeit (im Herbst 1968) damit endete, daß die politisierten Lehrlinge und Jungarbeiter ihre Arbeit niederlegten und sich dem angenehmeren Leben im studentischen Submilieu hingaben. Gestützt wurden solche Tendenzen noch längere Zeit durch die Ideologie von der besonderen Lebensform in den Wohnkommunen und durch die These von der notwendigen Rekonstruktion eines 'Arbeitermilieus', eines 'Gegenmilieus', die in einer Phase abgehobener 'kulturrevolutionärer' Argumentation entstand (50a) und sich noch bis in das Jahr 1969 am Leben erhielt, allerdings nicht nur in den Basisgruppen.

Eine wichtige Rolle spielten auch die lange Zeit (etwa bis Sommer 1969) fortwirkenden, nie ausreichend analysierten und deshalb später auch nur pauschal kritisierten Vorstellungen von den Räten als Kampforgane der Arbeiterklasse und antizipierter Organisation der 'assoziierten Produzenten' in einer künftigen Gesellschaft. Ohne hier näher darauf eingehen zu können muß wohl zugestanden werden, daß sie sich in der Praxis eher hemmend auf die verschiedenen Zentralisierungsversuche ausgewirkt haben, obwohl solche Versuche meines Wissens nie mit expliziter Berufung auf die Räteorganisation abgelehnt wurden. Von der täglichen Praxis der Basisgruppen aus gesehen bestand aber auch zunächst keine Notwendigkeit für einen aufwendigen zentralen Apparat. Bei aktuellem Anlaß konnte man sich der Möglichkeiten von RC und AStA bedienen (Räume, Telefon,

50 Die grundsätzliche Diskussion über die Rolle der Studenten im Betrieb, das Verhältnis von Kader und Massen, die Funktion der Schulung etc. wie sie seit dem Herbst 1969 anhand des 'Harzer Papiers' der PEI (Projektgruppe Elektroindustrie, später PL/PI = Proletarische Linke/Parteiinitiative), des 'Klassenanalyse-Papiers' der ML-Gruppen u.a. Texte geführt wurden, kann hier nicht mehr aufgenommen werden.

50a Siehe die bereits erwähnte Unterhaltung zwischen Enzensberger, Dutschke, Rabehl und Semler im Kursbuch, a.a.O., passim im Okt. 1967.

Schreib- und Druckmaschinen). Zur Zeit größerer Kampagnen und Aktionen (z.B. 1. Mai 1969) war schnell ein zentraler, kontinuierlich arbeitender Ausschuß gebildet. Im Maß wie er – über den aktuellen Anlaß hinaus ? bloß als Gremium allgemeinen Informationsaustauschs und allgemeiner, theoretisch oft unzulänglich vorbereiteter Strategiedebatten fortexistierte, schwand auch jedesmal das Interesse der Delegierten aus den Basisgruppen an einer weiteren Mitarbeit. Ein gewisses Bedürfnis nach Koordination hat sich aber immer aus der Basisgruppenarbeit selbst ergeben, unabhängig von den gezielten organisatorischen Versuchen, die Basisgruppen zum Ausgangspunkt und zu Grundeinheiten einer größeren proletarischen Organisation werden zu lassen.

Die Versuche zur Zusammenfassung und Vereinheitlichung der Basisgruppenarbeit sind so alt wie die Basisgruppen selbst. Ihre Erfolge und Fehlschläge sind aber nicht allein aus der Struktur und Politik der Basisgruppen zu erklären. Anfangs resultierten die Organisations- und Zentralisierungsversuche aus der notwendigen Kooperation bei der Mai- und Notstandskampagne: Produktion und Verteilung der Flugblätter, gegenseitige Information über die Reaktion von Arbeitern und anderen Teilen der Bevölkerung, Diskussion gemeinsamer Probleme beim Aufbau der Basisgruppen und der Gestaltung ihrer politischen Arbeit. Der erste Ansatz war das Delegiertentreffen ab April 1968 (s. Anhang Nr. 3), das sich im Sommer wieder auflöste. Im Herbst wurde ein neuer Koordinationsversuch gemacht, mit dem auch die Kritik umgesetzt wurde, die an der Tendenz zur Bildung neuer Funktionäre und Autoritäten über den Delegiertenstatus geübt worden war. Ab Oktober 1968 (bis April 1969) tagte einmal wöchentlich die Vollversammlung aller Basisgruppen ('Dienstags-Treffen'), die sich ab Februar 1969 auch ein eigenes Organ schuf, den 'Basisgruppen-Info', der bis Juni 1969 mit sechs Nummern herauskam. In ihm wurden allgemeine Erfahrungsberichte der Basisgruppen, der Verlauf von Aktionen, Strategiedebatten und internationale Erfahrungen über revolutionäre Betriebsarbeit (Pirelli u.a.) veröffentlicht. Dabei dominierten Themen wie 'Arbeiterkontrolle', 'proletarisches Gegenmilieu' und immer wieder die Organisationsfrage, die dann das ganze Jahr 1969 über im Mittelpunkt der Diskussion stand.

Im ganzen waren aber die Kräfte der Basisgruppen Anfang 1969 so angespannt, daß weder diese organisatorischen Maßnahmen, noch die kurzfristigen Zentralisierungsversuche über das 'Zehnerkomitee', in dem fünf Vertreter von Ad-hoc-Gruppen mit fünf Vertretern der Basisgruppen zusammensaßen, eine fühlbare Entlastung und Stärkung der Basisgruppen bedeuteten. (51) Die Skepsis gegenüber größeren Aktionen und auch

51 Das 'Zehnerkomitee' war auch mehr als taktischer Gegenzug im Rahmen der Auseinandersetzung mit der INFI-Gruppe zu verstehen. Aus dem BASISGRUPPEN-INFO Nr. 3 (Ende Februar 1969), S. 4: "Zwischen den Praxisbereichen an der Hochschule und der Arbeit der Basisgruppen besteht zur Zeit ein Widerspruch. Er kommt darin zum Ausdruck, daß die FU-ad-hoc-Gruppen zusammen mit dem Infi sich ein eigenes zentrales Gremium schaffen wollen (großkotzig Zentralkomitee genannt), in das die Basisgruppen nicht einbezogen sind. Die Basisgruppen sollten darauf nicht vorschnell mit einem eigenen 'ZK' antworten. Wir müssen aber überlegen, wie wir mit den Genossen aus den Universitätsgruppen diskutieren können, um langfristig zu einer einheitlichen Strategie und Organisation zu kommen."

SOZIALISTISCHE POLITIK 11
erscheint Anfang April 1971

Rahmen auch ohne Demonstration gestalten wollte. Schließlich einigten sich die Basisgruppen, die bei der Vorbereitung nur geringe, meist finanzielle Unterstützung von den übriggebliebenen studentischen Verbänden und Institutionen erhielten (52), sonst aber die Kampagne allein trugen auf folgende Linie:

> "Es kann uns nicht darauf ankommen, kurzfristig möglichst viele Menschen zu mobilisieren, mit dem Ziel, am 1. Mai die etwa gleiche Anzahl von Manifestanten auf die Straße zu bringen wie 1968. Sondern wir müssen unsere so anlegen, daß sie nach dem 1. Mai weitergeht. Das bedeutet eine Intensivierung der langfristigen Basisarbeit, Bildung von Arbeitsgruppen oder Übernahme von Aufgaben durch bestehende Gruppen, die nach dem 1. Mai weiterarbeiten. Das gilt besonders für die Universitätsgruppen, die in die Basisarbeit hineinzuziehen wären und die dadurch eine Perspektive für das nächste Semester gewinnen würden (...).
> Eine weitgestreute Agitation würde uns – falls sie überhaupt erfolgreich wäre – in ein ähnliches Dilemma führen wie am letzten 1. Mai: Wir könnten die von uns mobilisierten Gruppen von Arbeitern organisatorisch nicht auffangen und würden damit erneut einem Resignationsprozeß und Versinken in Apathie Vorschub leisten. Es wird daher vorgeschlagen, alle Anstrengungen weitgehend zu konzentrieren auf die Betriebsarbeit, vor allem auf Großbetriebe. Uns scheinen hier die Möglichkeit der Organisierung und kontinuierlichen politischen Arbeit am günstigsten." (53)

In der Sicht der Basisgruppen ähnelte die Westberliner Situation der russischen zwischen 1894 und 1901, von der Lenin sagt:

> "Damals verfügten wir tatsächlich über erstaunlich geringe Kräfte, damals war die Entschlossenheit, sich restlos der Tätigkeit unter den Arbeitern zu widmen und jedes Abweichen von ihr scharf zu verurteilen, natürlich und gerechtfertigt, damals bestand die ganze Aufgabe darin, in der Arbeiterklasse festen Fuß zu fassen." (54)

Aber die damalige Forderung der Basisgruppen nach Konzentration auf die Betriebsarbeit wurde nur verbal unterstützt. Besonders die INFI-Gruppe, die als KPD-AO die fundamentale Bedeutung von Betriebsgruppen für jede revolutionäre sozialistische Arbeit eingesehen hat (55), lähmte die Unterstützung der Basisgruppen durch die Hochschulgruppen immer wieder durch ihr denunziatorisches Gerede vom 'Ökonomismus' und der 'Handwerkelei' der Basisgruppen, ohne die praktischen Schwierigkeiten der Betriebsgruppenarbeit genau zu kennen, und ohne überhaupt eine ausreichende Vorstellung darüber zu besitzen, welche Funktion gerade auch die ökonomischen Konflikte als Grundlage und Vorbereitung zur Bildung von politischem Klassenbewußtsein in der Betriebsarbeit besaßen. Die Basisgruppen wurden stattdessen permanent mit den Fragen heimgesucht, wieviel Internationalismus sie in ihrer Propaganda untergebracht hätten, und ob ja nicht der Kampf gegen

52 Auch die INFI-Gruppe hatte fast den ganzen März und April über ihr Desinteresse an den Vorbereitungen zum 1. Mai bekundet. Erst ganz zum Schluß schaltete sie sich auf ihre Weise ein. Als es im Maikomitee zu Auseinandersetzungen mit der SEW über die auf der Demonstration mitgeführten Parolen kam, witterte die INFI-Gruppe wieder eine Chance, sich mit einem historischen Brief wider den Revisionismus in die Geschichte der Arbeiterbewegung einzuschreiben. Der Brief sollte ursprünglich im Auftrag des Maikomitees unter Beteiligung nur eines INFI-Mitglieds geschrieben werden. Tatsächlich wurde er dann, ohne Kenntnis des Maikomitees, von acht Mitgliedern des INFI unterzeichnet (s. RPK, Nr. 9, v. 18.4.69, S. 11). Der Parteivorstand der SEW hatte es dann leicht, unter Hinweis auf die isolierte Position der Altfunktionäre sich der geforderten Auseinandersetzung zu entziehen.

53 BASISGRUPPEN-INFO Nr. 4 (a), S. 3.

54 WAS TUN? , WERKE V, S. 443. – Diese Aufgabe besteht sicherlich auch jetzt noch, nur ist der Unterschied zwischen unserer Situation und der russischen nach 1901 der, daß bei uns keine "gigantische(n) Kräfte in die Bewegung hineingezogen worden" sind. (Ebda.)

den Staatsapparat zu kurz käme. Dabei waren diese beiden Elemente von Anfang an wichtige Bestandteile der Betriebsarbeit, was sich anhand von Flugblättern und Betriebszeitungen leicht belegen läßt. Aber diese Einwände wurden von der INFI-Gruppe auch nicht als ernstgemeinte, solidarische Kritik verstanden, sondern galten als taktisches Manöver, das ihre zentralistische Sonderstellung legitimieren sollte.

Im Sommer 1969 versuchte die INFI-Gruppe noch einmal in Zusammenarbeit mit Hochschul- und Basisgruppen über drei 'Kommissionen', von denen nur eine, die 'Kommission Produktion' mit vier Untergruppen, auch Berichte vorlegte, eine allgemeine Bestandsaufnahme der revolutionären sozialistischen Bewegung Westberlins vorzunehmen, die über eine anschließende Strategiedebatte zur organisatorischen Neubestimmung und Zusammenfassung der Bewegung führen sollte. Der Versuch scheiterte an den mageren Ergebnissen der Kommissionen, aber auch weil das einmal entstandene Mißtrauen gegenüber den unausgewiesenen Führungsansprüchen verschiedener Gruppen, besonders der INFI-Gruppe, nicht so schnell abgebaut werden konnte.

Die INFI-Gruppe verlegte sich dann darauf, ihre organisatorischen Ziele mit dem inzwischen probat gewordenen Mittel der Fraktionierung zu erreichen. Die 'Arbeiterkonferenz', die sich zu jener Zeit vor allem aus Lehrlingen und Jungarbeitern gebildet hatte, die in kleinen Betrieben oder dort arbeiteten, wo keine Betriebsgruppen bestanden, geriet durch das Taktieren einiger Arbeiter, die die Redeweise und den Funktionärsstil der Studenten kopiert hatten, jetzt aber als eigene Organisationsführer operieren wollten, bald ins Blickfeld der INFI-Gruppe. Sie bestärkte die Führer der Arbeiterkonferenz in ihrer sachlich nur z.T. berechtigten, im übrigen unkritisch übernommenen, falschen Kritik an den Basisgruppen und versuchte, sie gegen diese auszuspielen. Als die Arbeiter merkten, daß sie nur Instrumente in den Händen der INFI-Genossen waren und sie sich weigerten, noch länger über die Köpfe der anderen Genossen hinweg Entscheidungen zu treffen, ließ die INFI-Gruppe sie als unbrauchbar fallen und die Arbeiterkonferenz löste sich bald wieder auf.

Mit den Organisationsbemühungen der Basisgruppen stand es allerdings nicht sehr viel besser. Ende Sommer 1969 war auch das 'Maikomitee', das seit April die Koordinationsinstanz der Basisgruppen darstellte, eingeschlafen, so daß im Herbst wieder ein neuer Ansatz gemacht werden mußte. (56)

Aber er konnte auf die im Herbst einsetzende verstärkte Fraktionierung der Westberliner Linken nicht mehr Einfluß nehmen. Das Auftauchen von ML und KPD-ML versetzte die um ihren Führungsanspruch besorgten Genossen in helle Aufregung. In den nun folgenden politischen und organisatorischen Diskussionen spielten die Basisgruppen höchstens als Objekt der entstehenden Kaderlinien noch eine Rolle. Nach den vielen Organisationskonzepten, die seit dem Frühjahr 1969 von den Hochschulgruppen ausgebrütet worden waren (Sektionen, Rote Zellen, Sozialistische Massenorganisation, 'Hauptquartiere', Syndikate, ML-Schulungsgruppen etc.), ohne daß diese eine nennenswerte Auswirkung auf die Intensivierung und bessere Organisation der Betriebsarbeit gehabt hätten, zogen sich die Basisgruppen weitgehend aus dieser Diskussion zurück. An der großen RPK-Konferenz vom Dezember 1969 waren nur ganz wenige Betriebsgruppen beteiligt. Zu diesem Rückzug trugen auch die dogmatischen Debatten bei, wie sie von ML-Genossen seit Ende Sommer 69 geführt wurden. Mit ihrem sektiererischen Konzept, allein die Schulung als Praxis der Betriebsarbeit zu definieren und von der Schulung her die Organisation aufbauen zu wollen ("Mit der Schulung beginnt die Organisierung" (57)) fielen sie massenhaft in Basisgruppen ein und fraktionierten die Betriebsgruppen (z.B. Wedding). Die ML-Bewegung von 1969 und Anfang 1970 war eine typische Intellektuellenerscheinung, wie in Frankreich und Italien so auch Westdeutschland und Westberlin, und setzte sich damals fast durchweg aus Studenten zusammen, die bis dahin noch keinerlei Betriebsarbeit geleistet hatten. Dafür kopierten sie die hölzernen Phrasen der großsprecherischen Unione Marxista-Leninista – genauso wie die KPD-AO-Gründer –, die schließlich ein unrühmliches Ende fand.

Im Herbst 1969 war die Zeit 'reif' geworden für solche dezisionistischen Konzeptionen; nach den einjährigen fruchtlosen Diskussionen und den ständig wechselnden Parolen (dafür ist die 'Linie' der Rotzeg typisch) gab es zahlreiche sozialistische Studenten, die – koste was es wolle – eine feste Perspektive suchten. Ein großer Teil der in den früheren Kampagnen Politisierten war bereits in privaten Zirkeln verschwunden, in die zahlreichen Schulungsgruppen an den Universitäten gegangen oder beteiligte sich am Aufbau von Gegenstudienprogrammen. Vorstellungen, in denen Schulung gleich Praxis gesetzt wurde, hatten nach der aktionistischen Phase an der FU einige Attraktivität. Gefährlich und grundfalsch wurden diese Konzeptionen, als sie mit Ausschließlichkeitsanspruch verkündet und auf die proletarischen Organisationsansätze, wie die Betriebsbasisgruppen übertragen wurden. (58)

IV

Von der Basis dieser gewiß noch unzureichenden und besonders für die letzte Phase (ab Mitte 1969) allzu knappen Materialskizze lassen sich folgende Einwände gegen eine 'proletarische Kaderlinie' studentischer Provenienz, wie sie die KPD-AO repräsentiert, erheben. Daß sie ihr Organisationskonzept auf dem Weg einer abstrakten Rezeption historischer Modelle zusammengebaut hat und sich mit einem dezisionistischen Akt aus dem selbstbereiteten Sumpf der ideologischen und organisatorischen Misere der sozialistischen Studentenbewegung ziehen will. Sie verkennt, daß sie entgegen ihrem Anspruch, eine sozialistische Intellektuellenorganisation geblieben ist, – auch wenn sie sich 'auf den proletarischen Standpunkt stellt!'. In der gegenwärtigen Phase der Zirkelarbeit können neue Formen noch keine neue Qualität bedeuten, den neuen Inhalt: Marxismus-Leninismus haben inzwischen alle Gruppen für sich entdeckt.

Es blieb in diesem Beitrag kein Raum mehr, ein Jahr Praxis der KPD-AO ausführlich genug zu analysieren. Aber so viel zeigt schon ein kurzer Vergleich: In dem Jahr zwischen Ende 1968 und Ende 1969 schritt die Verbreiterung und Intensivierung der Betriebsarbeit sehr viel rascher voran, als in dem Zeitraum zwischen 1969 und 1970, seitdem die 'Kaderlinien' mit der Betriebsarbeit begannen, (59) darüber darf man sich auch nicht durch die sehr viel größere Zahl der Betriebszeitungen täuschen lassen (60). In dem knappen Jahr ihrer Existenz hat die KPD-AO zwei schwache Betriebsgruppen aufbauen können und ist im übrigen auf das Ein-Mann-System der 'Arbeiterkorrespondenten' angewiesen. An den Schwierigkeiten, die mit dem Aufbau gut funktionierender Betriebsgruppen verbunden sind,

55 "Vorrangiges Ziel der KPD-Aufbauorganisation ist der Aufbau von Fabrikzellen". Vorläufige Plattform, a.a.O., Sp. 5a.

56 Initiative der Basisgruppe Tempelhof, der im Frühjahr 69 gegründeten Betriebsgruppe Bosch und des SALZ = Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum, im Juni 69 aufgebautes Schulungszentrum für Jungarbeiter und Lehrlinge mit lockerer Verbindung zu den Basisgruppen, s.a. RPK Nr. 17, v. 13.6.69, S. 1 ff.

57 Proletarierinnenzentrum/ML, RPK Nr. 36 v. 24.10.69, Sp. 10b. Wie so vieles aus dem Jahre 1969 war auch dieses Zentrum ein Windei.

58 Der aus den ML-Gruppen hervorgegangene 'Kommunistische Bund/ML' hat sich inzwischen ähnlich kritisch von dieser Anfangsphase abgesetzt.

59 Die kontinuierlichere Entwicklung der PL/PI muß davon ausgenommen werden.

60 Die sechs Westberliner Deckblattzeitungen der KPD/ML leben im wesentlichen von den Berichten einzelner 'Arbeiterkorrespondenten'.

kann die KPD-AO ermessen, welche historischen Möglichkeiten sie mit ihrer bestenfalls distanzierten, meist aber denunziatorischen und liquidatorischen Politik vertan hat. Es ist wesentlich ein 'Verdienst' des Gründungskerns der KPD-AO und ihrer assoziierten Hochschulgruppen gewesen, wenn die Basisgruppen nicht der Kern der organisatorischen Zusammenfassung aller radikalen sozialistischen Kräfte Westberlins werden konnten, die in der Unterstützung des proletarischen Klassenkampfs die einzig sinnvolle politische Perspektive sehen.

Spätestens seit dem Frühjahr 1969 hat die INFI-Gruppe alias KPD-AO diesen Versuchen faktisch entgegengearbeitet und damit die vielleicht einzige Chance vertan, die für eine breite, zukunftsträchtige Klassenkampfbewegung jenseits von DKP und SEW in den vergangenen Jahren bestanden hat. Die organisatorische Ungeduld, die permanente Denunziation der 'arbeitenden Gruppen', des 'Zirkelwesens' hat selber nichts besseres hervorgebracht als lediglich disziplinierteres Zirkelwesen. Diese Ungeduld war immer eine studentische, eine Intellektuellen-Eigenschaft, sie fand sich immer in den aktionistischen Hochschulgruppen, die es nicht eilig genug hatten mit dem Klassenkampf, – so wie sie ihn verstanden, dabei gelang es nicht einmal, klare Perspektiven für den Hochschulkampf zu entwickeln. Als die Basisgruppen vor zwei Jahren zögerten, ob sie eine mobilisierende Maikampagne gegenüber den ev. folgenlos mobilisierten Lehrlingen und Jungarbeitern verantworten könnten, und keine Unterstützung von den Hochschulgruppen kam, da war die damalige INFI-Gruppe damit beschäftigt, den perspektivlosen Aktionismus jener Gruppierung zu unterstützen (61), die als schließlich immer derselbe 30-Mann-Trupp durch alle Hörsäle zog.

Eine Chance für die 'proletarischen' Nachfolgeorganisationen der sozialistischen Studentenbewegung jenseits von DKP und SEW in die künftigen Klassenkämpfe organisierend und unterstützend eingreifen zu können, besteht überhaupt nur noch, wenn nach einer – bisher ausgebliebenen Phase gründlicher Selbstkritik ernsthaft "die Frage des Bündnisses hinsichtlich der Vereinigung" (62) gestellt wird und die Ausdehnung der Arbeit in Westdeutschland gelingt. (63)

Die nächsten zwei Jahre werden darüber entscheiden, ob wenigstens diese Lehre aus der Geschichte der Studentenbewegung und aus der Geschichte der Arbeiterbewegung gezogen wird oder ob die einzelnen Aufbauorganisationen endgültig zu Sekten verkümmern bzw. sich auflösen werden zugunsten der DKP und SEW.

Einstweilen sieht es wenigstens bei der KPD-AO so aus, als würde sie lediglich die Lehren aus der Geschichte ziehen wollen, die ihr genehm sind. Mit der Taktik der Legendenbildung wird sie auf die Dauer keine ausreichende Legitimation für sich begründen können. (s. Exkurs)

61 Vor allem um die Ad-hoc-Gruppe der Germanisten, die spätere Rotzeg, die auch den letzten, bankrotten ASTA der FU stellte.
62 KPD-AO-Plattform, a.a.O., Sp. 3a.
63 Wenn die Information des NRW-Innenministers Weyer v. 11.12.70 zutrifft, dann hat die DKP gegenwärtig allein im Ruhrgebiet 80 Betriebsgruppen.

Beim Verlag sind z.Zt. vergriffen: SOPO 1, SOPO 2, SOPO 3, SOPO 4, SOPO 5, SOPO 6/7.
Nachauflagen erfolgen für sämtliche Ausgaben im Laufe des Jahres. Einzelbezug über die Westberliner Buchladen Kollektive (s. S.).

Exkurs: Die KPD-Legende

Der bewußten Blindheit der AO-Gruppe gegenüber ihrer eigenen Entwicklung aus der Studentenbewegung entspricht die Geschichtsklitterung an ihrem neugewählten Stammbaum.

In ihrer ersten Publikation der geplanten Reihe 'Dokumente, Analysen zur Geschichte der Kommunistischen Arbeiterbewegung' über 'Die Bolschewisierung der KPD' (64) kommt die Aufbauorganisation zu folgender Einschätzung: Bis 1925 wurden in der Weimarer KPD schwere Fehler begangen. Sie sind das Ergebnis der rechten bzw. ultralinken Politik der jeweiligen KPD-Führungen. Erst durch Thälmann und mit der Bolschewisierung hat die Partei ihre Linie gefunden, wenngleich eingeräumt wird, daß für ihre Gestaltung und Durchsetzung "eine zu kurze Zeit" zur Verfügung stand. (65)

Die Darstellung der KPD-Geschichte folgt der Intention: Wenn auch die KPD selbst nicht mehr in der Lage war, das Instrument der Bolschewisierung konsequent anzuwenden, so bleibt dies doch ihr wichtigstes Vermächtnis, das es zu bewahren und erst richtig zu verwirklichen gilt.

Da man aber andererseits die Gültigkeit eines Organisationsprinzips nicht einfach von seinem historischen Ursprung gelöst bestimmen kann, wird die frühe KPD-Geschichte unter dem Aspekt der späteren Thälmann-Politik (bzw. ihrer Legende) interpretiert und Erfolg wie Scheitern der unter seiner Führung betriebenen Bolschewisierung gegen alle konkrete Erörterung der aus ihr folgenden bzw. mit ihr verknüpften Politik abgeschirmt.

Darin geht das Nachwort auch weiter als der ältere RPK-Artikel (66) 'Untersuchung und Parteiaufbau', indem immerhin auf die KPCh als "ein konkretes historisches Modell" hingewiesen wird (67), an dem die gelungene Bolschewisierung zu studieren sei. In diesem Artikel findet sich auch eine schlüssige Darstellung des Verhältnisses von Strategie und Organisation in der KPD. (68)

Beiden Beiträgen gemeinsam ist aber die Exemtion der Komintern von aller Kritik. Überhaupt bleibt das ganze Verhältnis der KPD zur Komintern als S e k t i o n der KI weitgehend ausgeklammert; es wird auch nicht diskutiert, inwiefern die vom EKKI ausgegebenen Parolen den nationalen Kampfbedingungen der europäischen Bruderparteien entsprachen und inwieweit den außenpolitischen Erwägungen der Sowjetrepublik, z.B. in der Folge der NEP-Periode. (69)

Hier macht sich's die AO allzu einfach, wenn sie der Komintern die richtigen, objektiven Analysen zugute hält und das Falsche an ihrer Politik nur den unzulänglichen Berichten der KPD über den subjektiven Faktor zuschiebt (a.a.O., S. 354). (70) Das ist z.B. weder für die März-Aktion 1921 noch für den geplanten Oktoberaufstand 1923 bewiesen.

Daß der "als Spezialist für die Komintern" arbeitende Karl Radek seine Politik in Deutschland, z.B. 1923 den chauvinistischen Schlageter-Kurs "als vereinzelter Genosse" und von

64 1. Teil, Berlin 1970.
65 a.a.O., S. 343.
66 Nr. 59 v. 3.4.1970, S. 8 ff. (Auszugsweise abgedruckt in: 'Die Bolschewisierung', S. 345-55).
67 a.a.O., S. 355.
68 Siehe S. 353 ff.
69 Einmal abgesehen von den Fraktionsauseinandersetzungen zwischen Radek und Trotzki einerseits und Stalin und Sinowjew andererseits, später auch zwischen Stalin und Sinowjew, die sich auch in der Politik des EKKI niederschlugen.
70 Siehe dazu die 'Rede des Genossen Sinowjew über die Lage in der KPD', in: DIE INTERNATIONALE, v. 28.3.24, Sonderheft zum Reichsparteitag, S. 35.

der KPD 'unkontrolliert' (S. 354) inauguriert haben könnte ist doppelt falsch. Er vertrat diese Linie bereits auf der Juni-Tagung des EKKI (71), und die KPD war vom Juli bis September entsprechend eifrig bemüht, sie bis zu den unteren Parteigliederungen umzusetzen. (72)

Man mag sich nun streiten, wer opportunistischer war, das EKKI mit Radek oder die KPD. Ganz offensichtlich ist jedenfalls d i e s e Linie nicht auf dem Mist der linken Fischer/Maslow-Führung gewachsen, – wenn sie sie bezeichnenderweise auch mitgemacht hat.

Die Ignoranz der AO gegenüber der tatsächlichen Politik der Komintern verleitet sie zur Kolportage schierer Ammenmärchen: "Auch ist zu bezweifeln, ob die Komintern der KPD jemals eine Weisung gegeben hat, mit der die Partei nicht einverstanden war." (73)

Selbst die SED ist mit ihrer G e s c h i c h t e d e r d e u t s c h e n A r b e i t e r b e w e g u n g (Berlin 1966, Bd. 1-8) inzwischen kritischer geworden. Als 1931 Nazis und Deutschnationale einen Volksentscheid über die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung vorbereiteten, faßte das Politbüro der KPD nach vorangegangenen Meinungsverschiedenheiten

> "einmütig den Beschluß, daß die KPD sich nicht am Volksentscheid beteiligen werde. Anders in der Politkommission des EKKI. Hier konnten sich D.S. Manuilski und andere führende Funktionäre, die die Lage realistisch einschätzten,nicht durchsetzen. Da sich auch J.W. Stalin und W.M. Molotow für die Teilnahme der KPD am Volksentscheid einsetzten, erhob die Politkommission des EKKI Einspruch gegen den Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der KPD, Die KPD wurde aufgefordert, endlich ihre Haltung zu ändern. So entstand ein Gegensatz zwischen den Beschlüssen der KPD und denen des führenden Organs der Kommunistischen Internationale. Die KPD wurde zu einer Entscheidung gedrängt, die den wirklichen Gegebenheiten in Deutschland nicht Rechnung trug.
> Das Sekretariat, das Politbüro und das Zentralkomitee traten am 22. Juli nacheinander zusammen und revidierten die Haltung der KPD zum Volksentscheid. Die kommunistischen Wähler wurden aufgefordert, ihre Stimme für die Auflösung des Preußischen Landtags abzugeben." (74)

An diesem Beispiel wird deutlich: die mechanische Abhängigkeit der KPD von der KI während der Thälmann-Führung, z.Z. des Ausbaus der 'Partei neuen Typs'. Sie kann als eines der wenigen Reste dessen bezeichnet werden, was von der versuchten Bolschewisierung schließlich übrigblieb. Wie die AO selbst einräumt (75), versagte die KPD bei einer der wesentlichsten Aufgaben, der auch von der Komintern geforderten organisatorischen Umstellung auf Betriebszellen (76); sie schwankte auch nach 1925 in der Gewerkschaftspolitik, der Einheitsfronttaktik; ihr mißland die notwendige, feste Verankerung in den Massen (77),

71 In der Rede vom 29.6.1923.
72 Vgl. H. Weber: DIE STALINISIERUNG DER KPD IN DER WEIMARER REPUBLIK, Frankfurt 1969, Bd. I, S. 48 f.; O.K. Flechtheim: DIE KPD IN DER WEIMARER REPUBLIK, Frankfurt 1969, S. 177 ff.
73 a.a.O., S. 354.
74 GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG. Berlin 1966, Bd. 4, S. 303. – Darauf hat übrigens schon Hermann Weber in der Einleitung zu Flechtheims KPD-Geschichte 1969 hingewiesen, S. 57 f.
75 a.a.O., S. 341.
76 Siehe dazu auch den 2. Teil des Aufsatzes von Heilmann/Rabehl im letzten Heft.
77 ... wofür die Mitgliederfluktuation nur ein Symptom ist. Sie betrug in einigen Jahren bis zu 100 % und mehr, und zwar nicht bloß in der Zeit von 1921 bis 1924, sondern z.B. auch 1930; im Januar besaß die KPD 133 000 Mitglieder, im Laufe des Jahres kamen 143 000 dazu und am Ende des Jahres waren es wieder nur noch 176 000 Mitglieder; 100 000 schieden also im Laufe eines Jahres wieder aus. Siehe Walter Tormin: GESCHICHTE DER DEUTSCHEN PARTEIEN SEIT 1848, Stuttgart 1966, S. 210; Flechtheim a.a.O., S. 347 f.

die Entwicklung einer mittel- und längerfristigen strategischen Perspektive auf der Basis einer politökonomisch ausreichend fundierten Klassenanalyse, sie vernachlässigte die Kaderschulung und die Sicherung der innerparteilichen Demokratie, – von der es in der 27. These über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern (78) heißt:

> "Die Formen der innerparteilichen Organisation haben sich den ausschlaggebenden Interessen des Kampfes um die proletarische Diktatur unterzuordnen. Unter allen Verhältnissen aber hat die kommunistische Partei eine gewisse Freiheit der innerparteilichen Kritik, einen Geist der Gleichheit der Parteimitglieder untereinander, eine Zuvorkommenheit der höheren Organe den ihnen unterstehenden Zellen gegenüber, das Prinzip der Wählbarkeit usw. zu wahren."

Das einzige, was der KPD bei dem Versuch der Bolschewisierung wirklich gelang, war die Zentralisierung, – wofür allerdings schon Levi und die Fischer-Maslow-Führung auf ihre Weise Vorarbeit geleistet hatten, – und die Entwicklung einer "eisernen proletarischen Disziplin" (79).

Das alles mußte in der konkreten Politik der Partei zu einer Entwicklung führen, die sich u.a. so auswirkte, daß "Kursänderungen... deshalb immer das Ergebnis des Machtwechsels von Führungsgruppen (waren), an dem die unteren Ebenen keinen Anteil hatten." (80)

Diese Kursänderungen folgten also keinen umfassend begründeten Analysen der aktuellen Kapitaltendenzen, sondern waren entweder empirisch motivierte Korrekturen aufgrund spürbaren Mitgliederschwundes und verminderten Einflusses in Arbeiterorganisationen, bei Wahlen etc. oder taktische Wendungen als Folge von Fraktionsauseinandersetzungen.

Diese analytische Schwäche der KPD-Strategie findet sich bereits in der frühen Phase. Wie Heilmann und Rabehl ausführlich darstellen (81), haben sowohl Komintern wie KPD lange Zeit die Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland und Westeuropa ignoriert; das relative Verdienst der Komintern ist es höchstens, daß sich in ihr die richtige Einsicht etwas früher ankündigt (82) als in der KPD. Aber ganz offensichtlich vermochte die theoretische Arbeit in der Komintern den objektiven Anforderungen der Kommunistischen Parteien auch nicht zu genügen.

Das KPD-Bild der AO fällt inzwischen (gegenüber dem bereits erwähnten RPK-Artikel in der Nr. 59) etwas positiver aus, aber nur um den Preis weiterer Schönfärbereien. Dazu gehört auch das Basteln an einer neuen Thälmann-Legende. Die AO verschweigt, daß Thälmann lange Zeit fest hinter der linken Fischer/Maslow-Gruppe stand, und z.Z. der Wahl des neuen EKKI auf dem 5. Weltkongreß der Komintern gehörte neben Thälmann auch Ottomar Geschke zu dieser Fraktion. (84) Auf eben diesem Weltkongreß der KI opponierte Thälmann gemeinsam mit einer Gruppe von ultralinken Arbeiterdelegierten (z.B. mit Wilhelm Schwan, Arthur Vogt, Hans Weber) gegen die vom EKKI vorgelegten Thesen zur Taktik, in denen die Losung von der 'Arbeiterregierung' als bestes Mittel angesehen wurde, an die Massen heranzukommen. (85)

78 Verabschiedet von der Erweiterten Exekutive der KI v. März/April 1925. Zit. nach DIE BOLSCHEWISIERUNG' a.a.O., S. 52.
79 Ebda., siehe auch Stalins 11. der "12 Thesen über die Bolschewisierung der Partei", RPK Nr. 59 v. 3.4.1970, Sp. 11 b.
80 Nachwort d. AO in: DIE BOLSCHEWISIERUNG..., S. 253.
81 "Die Legende der 'Bolschewisierung' der KPD", 1. Teil, SOPO 9, S. 65 ff.
82 Siehe Heilmann/Rabehl, a.a.O., Abschnitt: 'Die Analysen der Komintern über Deutschland von 1921 bis 1925, S. 90 ff.
83 Vgl. a. Nachwort der KPD-AO, a.a.O., S. 330.
84 DIE BOLSCHEWISIERUNG, a.a.O., S. 331.
85 Siehe PROTOKOLL DER ERWEITERTEN EXEKUTIVE, Febr./März 1926, Hamburg/Berlin 1926, S. 170; Weber a.a.O., S. 84.

Die ultralinke, illusionäre Politik der Fischer/Maslow-Gruppe etwa in der Gewerkschaftsfrage, der Einheitsfrontpolitik etc. wird heute kaum noch von einem Kommunisten verteidigt, umso leichter müßte es doch fallen, ihre Politik nüchtern und kritisch zu werten. Offenbar ist diese Gruppe der AO als rein schwarz gefärbter Hintergrund sehr willkommen, lassen sich doch vor ihm die neuen, alten Helden umso strahlender herausstellen.

> "Vor den Reichstagswahlen (86) im April 1925 weigerte sich die ultralinke Führungsgruppe, an die SPD heranzutreten, um einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Katz, Rosenberg, Scholem und auch Maslow waren der Ansicht, daß es für die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse bedeutungslos sei, ob man unter der 'Hindenburg-Diktatur' lebe oder in der parlamentarischen Republik. Sie bestanden auf Thälmanns Kandidatur. So bekam Hindenburg 14,7 Millionen Stimmen, Marx 13,8 und Thälmann nur 1,9 Millionen." (87)

Diese Darstellung ist teils unvollständig, teils falsch. Die Ultralinken Katz, Rosenberg und Schwarz hätten den Beschluß kaum durchsetzen können, wenn nicht offensichtlich Thälmann selbst seiner Kandidatur im zweiten Wahlgang zugestimmt hätte, zumal nicht nur Ruth Fischer, sondern – nach H. Weber – auch Arkadij Maslow dagegen waren. (88)

---

86 Muß heißen: Reichspräsidentenwahlen! (d. Verf.).

87a a.a.O., S. 335.

88 a.a.O., S. 107: "Unabhängig von der Komintern-Führung drängte auch Maslow aus dem Gefängnis auf die Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten", i.e. Braun, der dann im 2. Wahlgang zugunsten des Zentrums-Kandidaten Marx zurückgezogen wurde.

Westberliner Buchladen Kollektive

Marxistische Theorie

Psychologie • Padagogik

Das Politische Buch
1 Berlin 15, Lietzenburger Str. 99
Tel.: (0311) 883 25 53

Buchhandlung Karin Röhrbein
1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Tel.: (0311) 32 29 83

Jürgens Buchladen
1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40
Tel.: (0311) 769 16 25

Wir arbeiten zusammen
Wir kontrollieren die Profite gemeinsam
Wir bauen Handarchive auf:
Zeitschriften: Das Politische Buch
Psychologie, Erziehung:
Buchhandlung Röhrbein
Marxistische Theorie: Jürgens Buchladen
Wir verschicken gemeinsame Literaturlisten

Zum Komplex der Einheitsfronttaktik gehört auch die These vom Sozialfaschismus. Sie wurde nicht bloß z.Z. der Fischer/Maslow-Führung aufgestellt und angewandt (89) – auf der Basis einer sicherlich kurzsichtigen und "schematischen Gleichsetzung von italienischem Faschismus und SPD-Führung" (90) wobei die Komintern, d.h. Sinowjew gar nicht so fein zwischen 'SPD-Führung' und 'd e r Sozialdemokratie', 'd e n Sozialdemokraten' unterschied, (91) sondern spielte auch unter der 'bolschewistischen 'Thälmann-führung Anfang der dreißiger Jahre wieder ihre und diesmal noch folgenreichere Rolle.

Sibyllinisch meinen die AO-Genossen allerdings "das Richtige an der Sozialfaschismustheorie nicht rundheraus ablehnen" zu können, ohne zu sagen, was nun das Richtige daran sei, und warum man es, – wenn es richtig ist, – dann doch ablehnen müsse. (92) Ähnlich verhält es sich mit dem Aufsatz der KPD-AO-Fraktion in der Roten Zelle Germanistik (Rotzeg). "Die Rolle der SPD im Faschisierungsprozeß der Weimarer Republik und die Sozialfaschismustheorie der KPD" in der RPK. (93) Dieser Artikel laviert zwischen Zustimmung zur von G. Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der KI (1935) vertretenen Faschismus-Theorie, die eine eindeutige Zurückweisung der pauschalen Sozialfaschismusthese in der KPD vor 1933 darstellt und einer vorsichtigen Verteidigung der "Linie des Thälmann-ZK, im Kampf gegen Faschismus und SPD", die "im Hinblick auf ihre richtigen und falschen Elemente nur gewürdigt werden" könne, wenn sie in den Zusammenhang mit der Bolschewisierung gestellt werde (Sp. 8b). Auch hier wird die konkrete Perspektive der zur Sozialfaschismus-These gehörenden Parole 'Einheitsfronttaktik von unten' als Etikett bloßer Denunziationskampagnen auf ihre 'Richtigkeit' nicht untersucht. Sinowjew: "Die Einheitsfront ist ... eine Methode zur Agitation unter den Massen und zu ihrer Mobilisierung gegen die Sozialdemokratie..." (94)

In den Thesen des Erweiterten EKKI 'Über die Bolschewisierung der Parteien' (95) heißt es: in bezug auf Deutschland: "Anwendung der Einheitsfronttaktik, die in der gegenwärtigen Situation (Enthüllung der Korruption der angesehensten Führer der Sozialdemokratie usw.) besonders fruchtbringend sein kann."

Einheitsfronttaktik, die n u r das zu sein beansprucht (Sinowjew: "Sie ist nichts mehr und soll auch nicht mehr sein." a.a.O.) konnte weder einen breiten Einbruch an der Basis der SPD erzielen, noch die geeignete Grundlage für spätere Bündnisse gegen den offenen Faschismus darstellen.

---

89 Siehe BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES IX. PARTEITAGES DER KPD in Frankfurt v. 7. bis 10.4.1924. Berlin 1924, S. 31. Vorher schon durch das EKKI-Präsidium: die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des EKKI zur deutschen Frage. Januar 1924. Hamburg 1924, S. 105 f. Siehe auch Protokoll des 5. Kongresses der Komintern (Moskau 17.6. bis 8.7.1924) Hamburg o.J. (1925), S. 67.

90 AO-Nachwort. a.a.O., S. 329.

91 DIE LEHREN, a.a.O.; Sinowjews Rede im EKKI vom Januar 1924 wurde auch abgedruckt in: DIE INTERNATIONALE v. 28.3.1924, Sondernummer zum Reichsparteitag, S. 33 ff. Da heißt es: "die Sozialdemokratie – das liegt heute bereits offen zu Tage – (ist) ein faschistischer Flügel der Arbeiterbewegung geworden..." – "Die deutsche Sozialdemokratie ist eine faschistische Sozialdemokratie." (S. 40) – "Die Sozialdemokratie (ist) ... zu einem Bestandteil des Faschismus geworden..." (S. 40) – "Die italienische Sozialdemokratie" ist ein "Flügel des Faschismus." (S. 40) – "Die internationale Sozialdemokratie stellt heute einen Flügel des Faschismus dar." (S. 41)

92 RPK-Artikel: "Untersuchung und Parteiaufbau", in "Die Bolschewisierung", a.a.O., S. 353.

93 Nr. 87 v. 23.10.1970, S. 4 ff.

94 DIE INTERNATIONALE, a.a.O., S. 37.

95 Zitiert nach DIE BOLSCHEWISIERUNG, a.a.O., S. 45.

Anhang

PROTOKOLL DER BASISGRUPPEN-SITZUNG VOM 3.5.1968

1. VORSTELLUNG ZUR KÜNFTIGEN ORGANISATION DER BASISGRUPPEN

In der Diskussion wurde weitgehende Einigung darüber erzielt, daß die Aufgaben der Basisgruppen vorläufig lediglich eine lockere Kommunikationsstruktur erfordern.

Drei Arbeitsfelder der Basisgruppen wurden beschrieben:

a) Konkretisierung allgemeiner Widersprüche an speziellen Konflikten (Bsp.: Verhinderung der Exmittierung eines Mieters im Märkischen Viertel), um die Selbstorganisation und Selbsthilfe der Betroffenen in Betrieb, Schule und Wohnblock anzuregen. Ausarbeitung einer soziographischen Studie der einzelnen Bezirke zur Auffindung aller möglichen Konfliktpunkte, an denen sozialistische Agitation ansetzen könnte.

b) Selbstausbildung der agitatorisch und propagandistisch arbeitenden Genossen: 1. Aneignung von spezifischen Kenntnissen (Bsp.: Mietfrage, Berlin-Ökonomie), 2. Erarbeitung eines theoretischen Fundus (Geschichte der Arbeiter-Bewegung, Revolutionstheorie). Die geeigneten Methoden sind noch zu finden.
Über das Verhältnis der theoretischen Arbeit in den Basisgruppen zu den SDS-Projektgruppen wurde keine Einigung erzielt. Zwei Positionen zeichneten sich ab: 1. Projektgruppen als selbständig arbeitende Zulieferer theoretischer Untersuchungen; 2. Tendenzielle Auflösung der Projektgruppen in die Basisgruppen.

c) Lokale Mobilisierung zu zentralen Kampagnen. Um die beiden ersten Aufgaben zu erfüllen brauchen die Basisgruppen ein relativ hohes Maß an Kommunikation zur Organisierung eines gegenseitigen Erfahrungsaustausches und Lernprozesses. Dem ist am besten gedient mit 1) regelmäßigem Austausch vonsProtokollen, Diskussionsmaterialien und Informationen aus den einzelnen Basisgruppen. Diese Aufgabe hat vorläufig B.L. übernommen, täglich von 10 bis 12 Uhr zu erreichen, nur in dringenden Fällen 17 bis 19 Uhr). 2) Möglichst häufiger Besuch der Basisgruppen untereinander. 3) Regelmäßiges Treffen der Delegierten der einzelnen Basisgruppen auf einem Diskussion- und Informationsforum.

Für die überbezirklichen Kampagnen (Aufgabenbereich c)) bedarf es eines zentralen Ausschusses. Dazu sollte sich das Diskussionsforum der Basisgruppen in ein temporäres, ständig tagendes Komitee umbilden. Dieses Komitee hätte für die Zeit der Kampagne politische und organisatorische Entscheidungsbefugnisse von der Art, wie sie der Zentral-Ausschuß der Verbände in der Kampagne zum 1. Mai gehabt hat. Dieser Zentralrat der Basisgruppen hätte gegenüber dem Zentral-Ausschuß der Verbände den Vorteil, daß er sich nicht auf die mehr oder weniger blutarmen Verbände, sondern auf die praktisch arbeitenden Gruppen in den Bezirken stützen könnte. Die Gefahr einer bürokratischen Verselbständigung der Spitze und der mangelnden Kommunikation zwischen Spitze und Genossen an der Basis, wie sie sich teilweise in der 1. Mai-Kampagne gezeigt hat, wäre damit reduziert. Der Delegiertenrat hätte sich nach Erfüllung der konkreten Aufgaben in ein allgemeines Diskussionsforum der Basisgruppen zurückzubilden. Diese Organisation der Basisgruppen wäre als Vorform einer zukünftigen Räteorganisation aufzufassen, für die selbstverständlich schon jetzt die Prinzipien der Räte-Demokratie (jederzeitige Abwählbarkeit der Delegierten, Rechenschaftspflicht, Rotation) zu gelten hätten.

2. ZENTRALE AUFGABEN, DIE NICHT VON DEN BASISGRUPPEN ERFÜLLT WERDEN KÖNNEN

I. Koordination der Arbeit in Schulen und Berufsschulen zur Bildung von Schülerorganisationen und Vorbereitung einer freien Schule. Der Widerspruch gegen diesen Vorschlag, der davon ausgeht, daß in der Schule auftretende Konflikte ebenfalls am besten lokal ausgenutzt werden können, wurde nicht ausdiskutiert.

II. Erarbeitung theoretischer Untersuchungen (wie z.B. zur Berliner Wirtschaftssituation) und Verteilung von Materialien aus der laufenden Arbeit von Projektgruppen (Zum Beispiel wäre ein Paper der Dritten Welt-Pr.Gr. dringend erforderlich, in dem die Frage "Was haben wir mit Vietnam zu tun" für Arbeiter verständlich dargestellt werden müßte.).

III. Zentrale Seminare und Arbeiterschulung: Ziel wäre eine Schule, in der Arbeiter sich für die Produktionskontrolle und Selbstverwaltung das nötige Wissen aneignen könnten. Diese Schule müßte in Zusammenarbeit mit der KU und dem SDS aufgebaut werden.

Die neue Taschenbuch-Reihe

Sammlung Luchterhand

Diese Reihe ist im Belletristischen auf der Höhe der Zeit und im Kritischen äußerst fortschrittlich: dies aber nicht als eine der vielen peripheren Erscheinungen modischer Orientierung, sondern im Grundsätzlichen wissenschaftlich und solid.
Heinz Ludwig Arnold, Hessischer Rundfunk

Im ersten Halbjahr 1971 erscheinen folgende Titel:

Band 15 Februar 1971
H.C. Artmann
das suchen nach dem gestrigen tag
oder schnee auf einem heißen brotwecken. Eintragungen eines bizarren Liebhabers.
DM 4,80

Band 16 Februar 1971
Eric J. Hobsbawm
Sozialrebellen
Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert.
Ungekürzte Sonderausgabe. DM 9,80

Band 17 April 1971
Eugène Ionesco
Der Schlamm/
Das große Massakerspiel
Zwei Stücke. Aus dem Französischen von Peter Gaus und Lore Kornell. Mit einer Dokumentation.
DM 7,80

Band 18 Februar 1971
H.C.F. Mansilla
Faschismus und eindimensionale Gesellschaft
DM 9,80

Band 19 Februar 1971
Helga Gallas
Marxistische Literaturtheorie
Kontroversen im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, collection alternative, herausgegeben von Hildegard Brenner, Band 1.
DM 9,80

Band 20 April 1971
Alexander Solschenizyn
Hirsch und Hure
Theaterstück.
Aus dem Russischen von Gisela Drohla.
DM 4,80

Band 21 April 1971
Georg Lukács
Die Seele und die Formen
Essays. DM 9,80

Band 22 April 1971
Hannes Heer
Das Ende des Reformismus
Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933. DM 7,80

Band 23 April 1971
Adrian Hsia
Die chinesische Kulturrevolution
Widersprüche in der chinesischen Gesellschaft.
DM 9,80

Band 24 Juni 1971
Kurt Marti
Abratzky oder Die kleine Brockhütte
Nachträge zur weiteren Förderung unseres Wissens.
Lexikon in einem Band
DM 4,80

Band 29 April 1971
Hans G Helms/
Jörn Janssen
Kapitalistischer Städtebau
Ungekürzte Sonderausgabe. DM 7,80

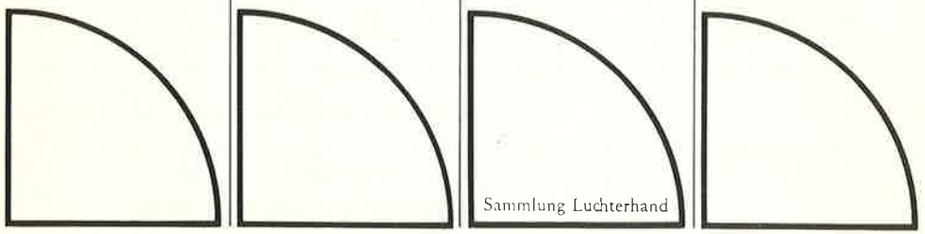
Band 25 Juni 1971
Jürgen Habermas
Strukturwandel der Öffentlichkeit
Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft.
Ungekürzte Sonderausgabe. DM 9,80

Band 26 Juni 1971
Miguel Angel Asturias
Weekend in Guatemala
Acht Novellen.
Deutsch von Lene Klein.
DM 9,80

Band 27 Juni 1971
Michael Scharang
Zur Emanzipation der Kunst
Essays. DM 4,80

Band 30 Juni 1971
Jean-Paul Sartre
Intellektuelle in der Revolution
Deutsch von H. v. Nussbaum. DM 7,80

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten sie in Ihrer Buchhandlung.



BERLINER ARBEITER !

Verschiedene Organisationen, der SDS, die Kampagne für Abrüstung, der sozialdemokratische Hochschulbund, Vertreter der SPD, schließlich sogar Vertreter der Kirche haben hintereinander versucht, eine Demonstration gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam anzumelden.
Der Senat hat all diese Anträge abgelehnt.
Er behauptet, die Veranstalter könnten und wollten den regulären Ablauf der Demonstration nicht gewährleisten.
Wollen die Studenten, Schüler und Berufsschüler nur randalieren?
Hat der politische Kampf der Studenten nichts mit dem der Arbeiter zu tun?

Die politische Bevormundung der Studenten an der Universität unter dem Deckmantel des Hausrechts gleicht der politischen Bevormundung der Arbeiter im Betrieb durch das Betriebsverfassungsgesetz wie ein faules Ei dem anderen!

Dieses Gesetz verbietet jede "parteipolitische" Betätigung im Betrieb und zwingt die Arbeiter zu "vertrauensvoller" Zusammenarbeit mit den Unternehmern.

Die Rektoren der Universitäten und Schulen versuchen, unsere politischen Veranstaltungen zu unterdrücken.
Im Betrieb darf auf der Betriebsversammlung nicht einmal das Aktionsprogramm des DGB erläutert werden.

Rektoren und akademische Verwaltung versuchen, oppositionelle Studenten zu maßregeln und zu entfernen. Im Betrieb wird fristlos gekündigt, wer in scharfer Form die Unternehmensleitung kritisiert. Das haben deutsche Gerichte entschieden.

Innensenator Neubauer will alle Veranstaltungen verbieten, in denen zu strafbaren Handlungen aufgerufen wird.
Wer bestimmt in unserer Gesellschaft, was strafbar ist? Der Senat und die gleichgeschaltete Presse führen als Rechtfertigung "terroristische studentische Aktionen" in der Vergangenheit hat. Ist es wirklich Terror, wenn Demonstranten den Verkehr blockieren?

Welche Kampfformen haben die Arbeiter denn selbst gegen ihre Ausbeuter entwickelt?
In den Eisenwerken in Hefford haben Arbeiterinnen mit einem "sit-in", also durch eine Blockade, gegen die Erhöhung der Akkordsätze protestiert.
Bei Continental in Hanau gingen streikende Arbeiter gewaltsam gegen Omnibusse mit Streikbrechern vor.
Die Mercedesarbeiter aus Stuttgart/Cannstatt belagerten das Haus des Direktors, um eine öffentliche Diskussion zu erzwingen.
Bei fast allen spontanen Arbeitskämpfen gehört es zur Begleitmusik, daß Fensterscheiben eingeworfen werden, daß Autos (von Streikbrechern) umgekippt werden, daß streikunwillige Angestellte den berechtigten Zorn der Arbeiter zu spüren bekommen.

Was unterscheidet die Kampfform der Arbeiter also von dem der Studenten?
Gegen die Studenten kann eine hysterische Hetzkampagne betrieben werden, sie können zum Prügelknaben dafür gemacht werden, daß westdeutsche Unternehmer nicht mehr in West-Berlin investieren, dafür daß Schütz vergeblich in der ganzen Welt herumreist und trotzdem keine Aufträge bekommt. Weil die Studenten isoliert sind!

Die Trennung der Studenten und Schülern von den Arbeitern wird künstlich aufrechterhalten, weil ein Bündnis all dieser Schichten mit der Arbeiterklasse eine demokratische Umwälzung in allen Teilen der Gesellschaft, im Betrieb, in der Schule, in der Uni, in der öffentlichen Verwaltung und bei den Gerichten möglich machen würde.

Das vietnamesische Volk kämpft für seine demokratische Selbstbestimmung gegen die amerikanische Aggression.
Kämpfen nicht auch wir für eine Demokratisierung unserer eigenen Gesellschaft, wenn wir den Kampf dieses tapferen Volkes mit Demonstrationen, Hilfsaktionen und Waffen unterstützen?

SDS – Kurfürstendamm 140 – SDS

SOZIALISTISCHER 1. MAI 1968

Die Mieten steigen, Westberlin wird Weißer Kreis. Die Neubauwohnungen sind zu klein und zu teuer. Wer seine Miete nicht mehr bezahlen kann, landet im Obdachlosenasyl.
Die Löhne liegen unter dem Stand vergleichbarer Städte in Westdeutschland, Arbeitsplätze werden abgebaut, zukunftssichere Arbeitsplätze werden nicht geschaffen.
Betriebe und Forschungsstätten wandern ab.
„Berlin-Hilfe" lockt Spekulanten an.

Das alles wissen Senat, Parteien und Gewerkschaftsspitzen. Sie schweigen. Sie schweigen über die wirklichen Ursachen der Unruhe. Wer darüber redet, den stempeln sie zum Unruhestifter.

1

Wer über die Verwendung der Arbeitskraft und der natürlichen Hilfsquellen eines Volkes bestimmt, hält ungeheure Macht in den Händen. Solange diese Macht bei wenigen Unternehmern und staatlichen Funktionären liegt, werden diese Wenigen sie wirtschaftlich und politisch zu ihrem eigenen Nutzen gebrauchen. Sie haben sie gebraucht und gebrauchen sie, um fremde und ihre eigenen Völker auszurauben und niederzuhalten. Die Folgen waren und sind ungeheure Zerstörung. Sie können diese Macht so gebrauchen, solange sie sich die natürlichen Hilfsquellen und die Arbeitskraft anderer aneignen und diese anderen von der Bestimmung darüber ausschließen. Sie verhindern die Ansiedlung neuer Industrien im Ruhrgebiet und lassen sich die Schließung unrentabler Zechen vom Staat bezahlen. Sie rationalisieren, schließen und verlagern Betriebe in Westberlin ganz nach ihrem eigenen Gutdünken, bringen ihre Profite nach Westdeutschland und lassen sich ihre Investitionen in Westberlin durch Subventionen aus Steuergeldern bezahlen.

Wir fordern daher die Bestimmung der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und über die natürlichen und technischen Hilfsmittel in der Wirtschaft des eigenen Volkes und in den Beziehungen zwischen den Völkern.

2

Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler haben die Produktionsmittel zu einem Stand entwickelt, auf dem sie in weit weniger als 8 Stunden pro Tag bei mindestens vollem Lohnausgleich ein nie gekanntes Maß an lebenswichtigen und langlebigen Gütern produzieren könnten. Sie müssen aber schnellverschleißende Gebrauchsgüter herstellen, für deren Reklame Riesensummen ausgegeben werden und für deren Verkauf ein Heer von Angestellten arbeiten muß. Sie alle haben als Verbraucher keine andere Wahl, als diese Waren zu kaufen. Und je öfter sie sie kaufen müssen, desto schneller fließen Löhne und Gehälter in die Taschen derer zurück, die sich für Lohn und Gehalt fremde Arbeit angeeignet haben, desto risikoloser und schneller häufen sich die Profite. Für dieses Interesse zu arbeiten und nicht für ihr eigenes, kann nicht die Sache der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler sein.

Wir fordern daher die Bestimmung der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler über das, was sie in ihren Betrieben, Büros und Labors produzieren.

3 Was erhält die Produktion aufrecht? Sind es die Anweisungen auf den Akkordzetteln, sind es Befehle der Vorgesetzten? Es ist vielmehr die lange Erfahrung der Arbeitenden selbst im Umgang mit Material und Maschine. Es ist der Austausch der Erfahrungen zwischen Werkstatt und Konstruktionsbüro. Es ist die Selbsttätigkeit der Produzenten, die gegen die Fesseln der Befehle kämpft oder sich ihnen zu entziehen sucht.

Wir fordern daher die Selbstorganisation am Arbeitsplatz, die grundlegende Demokratisierung der Betriebe und ihre Leitung durch selbstgewählte Organe der ganzen Belegschaft.

4 Schüler, Lehrlinge und Studenten sind in der Ausbildung ihrer Fähigkeit fremden Befehlen unterstellt. Ihre Arbeitskraft wird abgerichtet auf die Bedürfnisse des Kapitals und die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft. Sie lernen, Befehlen zu gehorchen, und nicht zu fragen, was und wofür sie arbeiten. Sie werden verleumdet und geschlagen, wann immer sie sich dem Alten entziehen und ihre Zukunft selbst gestalten wollen.

Wir fordern daher Schulen, Lehrlingsausbildungsstätten und Hochschulen, in denen Schüler, Lehrlinge und Studenten zusammen für die Sicherung ihrer Zukunft arbeiten können, in denen sie lernen können, was für die Befreiung des Menschen von der Herrschaft nützlich und für ein Leben ohne Herrschaft notwendig ist!

5 Arbeiter und Angestellte müssen ihr Leben lang einen großen Teil ihres Einkommens abgeben, um in Wohnungen leben zu können, für die sie während ihres Lebens ein Mehrfaches der Bau- und Instandhaltungskosten bezahlen, ohne daß diese ihnen je gehören. Mieterhöhungen und Kündigungen sind sie hilflos ausgesetzt.

Wir fordern daher die Überführung des gesamten Wohnraums in Gemeineigentum und die Errichtung neuer Wohnungen unter der Kontrolle derer, die sie bewohnen werden.

Wir fordern und schaffen eine demokratische Öffentlichkeit. In ihr allein können diese Forderungen von allen diskutiert und in die Tat umgesetzt werden.

Wir kämpfen gegen alle Gruppen, Organisationen, Institutionen und Parteien gleich welcher Richtung, die die Menschen in Unmündigkeit und Abhängigkeit halten und sie an der Entfaltung und Verwirklichung ihrer Bedürfnisse hindern.

Wir werden weiter darüber reden:

30. April 18 Uhr Sozialistisches Forum, Neue Welt, Hasenheide
1. Mai 10 Uhr Demonstration vom Karl-Marx-Platz aus
11 Uhr Abschlußkundgebung auf dem Hohenstauffenplatz

SOZIALISTISCHES MAIKOMITEE

Verantwortlich: Dirk Möller, Berlin-Steglitz

arbeiterbuch

Politische Buchhandlung GmbH 2 Hamburg 13

Grindelhof 45 Tel. 45 38 01 Dresdner Bank 450 33 51

ALLEINVERTRIEB:

SALZ Schulungsmaterial

1	**Intensivschulung 1** (Erkenntnisprozess - Konspekt zu Lohnarbeit und Kapital)	DM 2.--
2	**Intensivschulung 2** (Konspekt zum Manifest der Kommunistischen Partei)	DM 1.--
3	**Sonderschulung 2** (Zur Mitbestimmungsfrage)	DM 1.--
4	**Sonderschulung 3** (Zur Vermögensbildung)	DM 1.--
5	**Aufbauschulung 1** (Lenin, Brief an einen Genossen)	DM 1.--
6	**Aufbauschulung 2** (Jakowlew Lenin über die operative Beweglichkeit in der organisatorischen Arbeit)	DM 1.--
7	**Aufbauschulung 3** (Zur Faschismusfrage, Dimitroff, Bericht auf dem VII Weltkongress der Kommunistischen Internationale)	DM 1.--
8	**Einheit-Kritik-Einheit Nr 2** (Organ des S.A.L.Z.)	DM 1.--
9	**Kommunistische Arbeiterzeitung** erscheint monatlich ab Anfang Februar	DM -.50
10	**Eins teilt sich in zwei** (Hundert Beispiele der Dialektik) bisher unveröffentlichtes Manuskript entstanden während der chin. Kulturrevolution	ca. DM 6.50
11	**Lenin** Über die Presse (Zusammenstellung aus der Gesamtausgabe)	ca. DM 10.--
12	**Stalin** Über Selbstkritik	DM -.70

Wir können auf alle Schriften nur 30% Rabatt gewähren. Der Profit dient der unmittelbaren Unterstützung der ML-Organisation S.A.L.Z.

pläne

Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund
Humboldtstraße 12
Tel. 143996

Drei neue Schallplatten von Dieter Süverkrüp:

Süverkrüps Hitparade

Die Revolution ist beendet — Konzertierte Aktion — Das gesunde Volksempfinden — Kunsthalle — Der heilige Vater — Bleimse mir doch weg mit Ihrem Scheiß-Vietnam — Lied — Machtwechsel — Für ein Schullesebuch gedacht — Ungeschminkter Protest — Die Kunst, Andersmeinende für den Sozialismus zu gewinnen — Lied vom Nutzen — Schlußchoral 30-cm-LP, stereo, S 22303, DM 20.—

Stille Nacht, allerseits!

Dieter Süverkrüp singt garstige Weihnachtslieder

Stille Nacht — Morgen kommt der Weihnachtsmann — Es ist ein Rot entsprungen — Leise schnieselt der Re-aktionär seinen Tee

17-cm-Single, stereo, Peng Nr. 5, DM 5,—

Der Baggerführer Willibald

Dieter Süverkrüp singt Kinderlieder

Ein rotes Kleberlein — Der Mai ist gekommen — Traktor-Lied — Der Baggerführer Willibald

17-cm-Single, stereo, Peng Nr. 6, DM 5,—

...hören Sie mal rot! „pläne“

Jürgen KUCZYNSKI

Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus

Teil I: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart.

Band 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849. IX, 428 S., Leinen M 27.—

Band 2: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849 bis 1870. VII, 275 S., Leinen M 28.—

Band 3: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900. VI, 488 S., Leinen M 44.—

Band 4: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18. VIII, 485 S., Leinen M 40.—

Band 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33. VIII, 279 S., Leinen M 23.—

Band 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945. VII, 382 S., Leinen M 31.50

Band 7: Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945. 2 Teilbände. VIII, 435; V, 299 S., Leinen M 59.50

Band 8: Dokumente und Studien A zu Band 1. Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente. VIII, 206 S., Leinen M 11.—

Band 9: Dokumente und Studien B zur Band 1. Bürgerliche und halbfeudale Literatur aus den Jahren 1840 bis 1848 zur Lage der Arbeiter. Eine Chrestomathie. Mit einem bibliographischen Anhang von Ruth Hoppe. VIII, 306 S., Leinen M 16.—

Band 10: Dokumente und Studien C zu Band 1. Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien. VII, 176 S., Leinen M 11.—

Band 11: Dokumente und Studien zu Band 2. Studien zur Geschichte der zyklischen Ueberproduktionskrisen in Deutschland 1825 bis 1866. VIII, 200 S., Leinen M 16.—

Band 12: Dokumente und Studien A zu Band 3. Studien zur Geschichte der zyklischen Ueberproduktionskrisen in Deutschland 1873 bis 1914. VIII, 212 S., Leinen M 16.—

Band 13: Dokumente und Studien B zu Band 3. Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland von 1850 bis zum ersten Weltkrieg und andere Studien. VII, 215 S., Leinen M 16.—

Band 14: Dokumente und Studien zu Band 4. Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus. VII, 240 S., Leinen M 27.50

Band 15: Dokumente und Studien zu Band 5. Studien zur Geschichte der zyklischen Ueberproduktionskrisen in Deutschland von 1918 bis 1945. VIII, 200 S., Leinen M 21.—

Band 16: Dokumente und Studien zu Band 6. Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945. VII, 287 S., Leinen M 26.—

Band 17: Zur westdeutschen Historiographie — Schöne Literatur und Gesellschaft im 20. Jahrhundert und andere Studien. VII, 224 S., Leinen M 19.20

Band 18: Studien zur Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart. VIII, 390 S., Leinen M 35.—

Band 19: Studien zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart. VII, 372 S., Leinen M 31.—

Band 20: Ruth Hoppe, Dokumente zur Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart. XII, 347 S., Leinen M 29.30

Band 21: Ruth Hoppe, Generalregister zu Band 1 bis 20. ca. 480 S., Leinen ca. M 35.—

Teil II: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in England, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Frankreich.

Band 22: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1640 bis 1760. VII, 290 S., Leinen M 24.50

Band 23: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 bis 1832. VII, 234 S., Leinen M 19.80

Band 24: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1832 bis 1900. VII, 271 S., Leinen M 23.—

Band 25: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1900 bis zur Gegenwart. VII, 296 Seiten, Leinen M 24.70

Band 26: Zur politökonomischen Ideologie in England und andere Studien. VII, 338 S., Leinen M 28.—

Band 27: Die Geschichte der Lage der Arbeiter im englischen Kolonialreich. 2 Teilbände. VII, 263; V, 268 S., Leinen M 44.—

Band 28: Cung-Ping Yen, Jürgen Kuczynski, Wolfgang Jonas. Die Lage der Arbeiter in der Baumwollindustrie Shanghais, insbesondere in den englischen Fabriken. IX, 255 S., Leinen M 21.80

Band 29: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika von 1775 bis 1897. VII, 312 S., Leinen M 27.30

Band 30: Darstellung der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika seit 1898. VII, 384 S., Leinen M 32.—

Band 31: Amerikanische Krisen und Monopolbildung in deutschen diplomatischen Berichten. VII, 154 S., Leinen M 13.30

Band 32: Darstellung der Lage der Arbeiter in Frankreich von 1789 bis 1848. VII, 262 S., Leinen M 22.—

Band 33: Darstellung der Lage der Arbeiter in Frankreich seit 1848. VII, 349 S., Leinen M 29.—

Band 34: Zur politökonomischen Ideologie in Frankreich und andere Studien. VII, 183 S., Leinen M 15.60

Band 35: Ruth Hoppe, Register zu den Bänden 22 bis 34. XXVII, 239 S., Leinen M 22.—

Teil III: Zusammenfassung.

Band 36: Die Theorie der Lage der Arbeiter. VIII, 167 S., Leinen M 14.30

Band 37: Eine Weltübersicht über die Geschichte der Lage der Arbeiter. VII, 133 S., Leinen M 11.70

Band 38: Ruth Hoppe, Literaturverzeichnis, ca. 240 S. ca. M 19.50

THEORIA CUM PRAXI

Akademie-Verlag Berlin DDR

NEUERSCHEINUNG

ABRAHAM LEON

ca. DM 9.00

JUDENFRAGE & KAPITALISMUS

Historisch-materialistische Analyse der Rolle der Juden in der Geschichte bis zur Gründung des Staates Israel. Schulungstext zur Wirtschaftsgeschichte Europas

I GRUNDLAGEN FÜR EIN WISSENSCHAFTLICHES STUDIUM DER JÜDISCHEN GESCHICHTE

II VON DER ANTIKE BIS ZU DEN KAROLINGERN - DIE PERIODE DES KOMMERZIELLEN WOHLSTANDS DER JUDEN

III DIE PERIODE DES JÜDISCHEN WUCHERERS

IV DIE BEZIEHUNGEN DER JUDEN ZU DEN ANDEREN KLASSEN DER GESELLSCHAFT

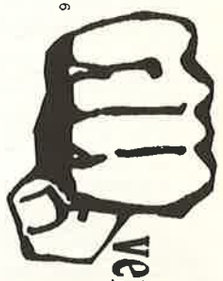
V DIE JUDEN IN WEST- UND OSTEUROPA

VI DIE ENTWICKLUNG DER JÜDISCHEN FRAGE IM 19. JAHRHUNDERT

VII DIE WIDERSPRÜCHLICHEN TENDENZEN DER JÜDISCHEN FRAGE IN DER EPOCHE DES KAPITALISTISCHEN AUFSCHWUNGS

VIII DER NIEDERGANG DES KAPITALISMUS UND DIE JÜDISCHE TRAGÖDIE IM 20. JAHRHUNDERT

IX DIE WEGE ZU EINER LÖSUNG DER JÜDISCHEN FRAGE



trikont verlagskooperative

8 München 80
Josephsburgstraße 16
Tel. 43 38 74

POLITLADEN-DRUCKE

ENDE FEBRUAR ERSCHEINEN POLITLADENDRUCK I UND II. ERHÄLTLICH IN ALLEN LÄDEN DES VERBANDES DES LINKEN BUCHHANDEL.

MATERIALIEN ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE DES AUSBILDUNGSSEKTORS

HERAUSGEGEBEN VON ELMAR ALTVATER UND FREERK HUISKEN

ca.420 seiten, kartoniert, din a 5, ca.10,50 dm

...

ALTERNATIVE REFORMMODELLE DER SOZIALISTISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTEN OSTEUROPAS.
AM BEISPIEL DER DDR UND DER CSSR.

VON WALTER LINDNER

(das stalinsche ökonomische system und grundzüge der reformen; warenproduktion im sozialismus; rückzugsgefechte gegen den marxismus; das ökonomische system des sozialismus in der ddr; "marktsozialismus" in der cssr; die politische dimension: bürokratische herrschaft; ausführliches literaturverzeichnis)

ca.120 seiten, kartoniert, din a 5, ca. 4,00 dm

Buchhandlung und Verlag
POLITLADEN GMBH
D-8520 Erlangen
Hindenburgstr. 17 - Tel. (09131) 25743

POLITLADEN
BÜCHER — ZEITSCHRIFTEN — AGITATIONSMATERIAL
POLIT-LADENZEITEN: MO-FR 12-18.30 SA 11-14 VERSAND IN (FAST) ALLE WELT

unser verlagsverzeichnis mit angaben über unsere acht reprint-titel und die zwei erstausgaben wird kostenlos verschickt.

merve verlag berlin
1 berlin 15, postfach 327

internationale
marxistische diskussion

1. charles bettelheim: über das fortbestehen von warenverhältnissen in den "sozialistischen ländern" dm 2
2. colletti/libertini/maitan/magri: lenins "staat und revolution" - - heute dm 5
3. martin nicolaus: konkurrenz und mehrwert. zur klassentheorie bei marx dm 4
4. edoarda masi: der marxismus von mao und die europäische linke dm 2
5. "partei und klasse" - eine diskussion zwischen jean paul sartre und "il manifesto". eingeleitet von rossono rossanda dm 3
6. jean laplanche: marcuse und die psychoanalyse dm 2
7. lucio colletti: zur stalin - frage dm 2
8. maurice godelier: system, struktur und widerspruch im "kapital" dm 2

der MERVE VERLAG ist kein profitunternehmen; alle mitarbeiter können einsicht in rechnungsführung und kalkulation nehmen. die INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION wird von einem sozialistischen kollektiv herausgegeben. sie wird in regelmäßiger folge arbeiten zu problemen marxistischer theorie und nicht revisionistischer praxis veröffentlichen.

internationale
marxistische diskussion

in vorbereitung:

Aufsätze von
- toni negri
- giulio pietranera
- guiseppe bedeschi
- mario tronti
- galvano della volpe
- michel tort

9. ernest mandel / martin nicolaus: kontroverse über die möglichkeit einer revolution in den usa dm 4
10. louis althusser: freud und lacan dm 2
11. "die notwendigkeit des kommunismus" die plattform von "il manifesto" dm 5
12. mario tronti: revisionismus und extremismus 3 aufsätze dm 3
13. martin nicolaus: die objektivität des imperialismus (anti - mandel) ca. dm 6
14. lucio colletti: marxismus als soziologie dm 3
15. ralph miliband: marx und der staat dm 3
16. nicos poulantzas: zum marxistischen klassenbegriff dm 5

merve verlag berlin
1 berlin 15, postfach 327

internationale
marxistische diskussion

NEUES FORVM

Internationale Zeitschrift für den Dialog

Im Eigentum der Redakteure

1966 . . . 3 000 Expl., 1969 . . . 15 000 Expl. Auflage

Kritisches Christentum.
Kritischer Sozialismus.
Solidarität mit der Dritten Welt.

... beste deutschsprachige Zeitschrift (Süddeutscher Rundfunk) ... erste Namen und überzeugende Beiträge (Presse) ... keine Verbrüderung, sondern sachliche Diskussion (Arbeiter-Zeitung) ... ausgezeichnet (Neue Zürcher) ... Baedekersterne für optimales Gelingen (Süddeutsche) ... lesenswertest (Welt) ... eine der wenigen wahren Hoffnungen (Frankfurter Allgemeine) ... Tribüne des Dialogs (Kierunke, Warschau) ... führende Zeitschrift (Woprossy Literatury, Moskau) ... une des publications les plus vivantes (Le Monde) ... one of the most hopeful (Erich Fromm) ... dialogisches Aktionszentrum (Ernst Bloch) ... Zentralorgan der revisionistischen Internationale (Neues Deutschland) ... ehrliches Christentum (Tempo Brasileiro) ...

Einzelheft:
DM 2,40 / sfr 2,50

Jahresabonnement:
DM 38,– / sfr 40,–

Ermäßigung für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten

In allen Buchhandlungen, Kiosken, Bahnhöfen, Hochschulen sowie

A 1070 Wien, Museumstraße 5

alternative

ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR
UND DISKUSSION

Materialistische Literaturtheorie:
Georg Lukács [Nr. 67/68]

Als erstes Heft einer Reihe, die Positionen marxistischer Literatur- und Kunsttheorie erarbeiten soll, wird hier mit einer Kritik an Lukács' literaturtheoretischem System begonnen.

Klaus Völker: Brecht und Lukács. Analyse einer Meinungsverschiedenheit — Helga Gallas: Ausarbeitung einer marxistischen Literaturtheorie im BPRS und die Rolle von Georg Lukács — Alberto Asor Rosa: Der junge Lukács, Theoretiker der bürgerlichen Kunst — Bibliografie zur Expressionismusdebatte.

Literatursoziologie:
Kritik an Lucien Goldmanns Methode [Nr. 71]

Redaktionsgespräch — Lucien Goldmann/Norbert Peters: „Die Katzen" von Baudelaire. Kritische Anmerkungen zur Interpretation von Jakobson und Lévi-Strauss — Lucien Goldmann u. a.: Interpretation der «Eloges III» von Saint-John Perse — Lucien Goldmann: Der genetische Strukturalismus in der Literatursoziologie — Miriam Glucksmann: Humanist oder Marxist? Eine kritische Studie zu Goldmanns Methode; u. a.

Literatur und Revolution
Beiträge aus Italien [Nr. 72/73]

Franco Fortini: Das Verhältnis der linken Intellektuellen zu den kulturellen Produktionsmitteln — Alberto Asor Rosa: Literatur und Revolution, Isaak Babel — Lucio Coletti: Von Hegel zu Marcuse — Feruccio Masini: Die Sprache der Avantgarde zwischen Ideologie und Utopie — Paolo Chiarini: Thesen zu Brecht.

Carl Einstein [75]

der schon vor Adorno und Horkheimer seine Thesen zum bürgerlichen Kulturbetrieb formulierte, rückt durch die Entschiedenheit, mit der er ästhetischen Avantgardismus auf die proletarische Revolution verpflichtet, in die Nähe von Benjamin und Brecht. Nicht zufällig ist Einsteins Werk von der bürgerlichen Literaturwissenschaft bisher weitgehend ignoriert worden.

Katrin Sello: Revolte und Revolution. Vorschläge zu einer Interpretation des «Bebuquin» — Hartmut Rosshoff: Der Kunstkritiker Einstein — Sibylle Penkert: Nachlaßbericht — Texte aus dem unveröffentlichten Nachlaß, Carl Einstein: Absolute Kunst und absolute Politik — Die Fabrikation der Fiktionen. Thesen zum bürgerlichen Kulturbetrieb — Aufzeichnungen zu einer Kunstgeschichte der Welt u. a. — Bibliographie.

Proletarische Partei und bürgerliche Literatur [76]

Georg Fülberth: Sozialdemokratische Literaturkritik im «Vorwärts», in «Die Neue Zeit» und «Die Volksbühne» (Mehring, Lafargue, Plechanov, Roland-Holst u. a.) — Auszüge aus der Debatte «Kunst und Tendenz» (1910/11) — Walter Fähnders, Martin Rector: Ansätze eines proletarischen Theaters nach der Novemberrevolution — Herbert Lederer: Beitrag zur DKP-Diskussion um die Rolle des kulturellen Erbes u. a.

Alternative Verlag, 1 Berlin 30, Steinmetzstraße 13/V. Einzelnummer 3,— DM, Doppelnummer 5,— DM, Jahresabonnement 13,50 DM.

DER PROZESS GEGEN BOBBY SEALE
Rassismus und politische Justiz in den USA,
Dokumente und Analysen, ca. 80 S., kart., 3,— DM

Eldridge Cleaver, Zur Klassenanalyse der Black Panther Partei, Politische Essays, ca. 40 S., kart., DM 2,—

Huey P. Newton, Selbstverteidigung!
Politische Essays, ca. 120 S., kart., DM 5,—

M. Cetowayo Tabor, Harlem: Kapitalismus & Heroin = Völkermord, ca. 20 S., kart., DM 1,—

ERZIEHUNG & KLASSENKAMPF
Eine Zeitschrift, vierteljährl., im Abonnement DM 3,—
Zu allen Fragen der politischen Jugendarbeit. Mit Berichten und Kritik zur Arbeit der Jugendverbände.
Für die kommunistische Jugendbewegung
in Erziehungsheimen, Betrieben und Schulen
Mit Unterrichtsmodellen. Schulbuchkritik.
Analysen der Lehrpläne

REVOLUTIONÄRE BIBLIOTHEK DER ARBEITERJUGEND
Band 1
Gerhard Roger, Die pädagogische Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung,
ca. 180 S., kart., ca. DM 6,—

VERLAG ROTER STERN

6 FRANKFURT/MAIN UNTERLINDAU 74

информационного бюлл
«Берлинер экстрадинст»
кционной статье бюлле

IST DER BERLINER EXTRA–DIENST MOSKAUHÖRIG?

Das behauptet zumindest der „Bayern-Kurier" des Franz Josef Strauß, der gleich die ganze Redaktion wegen Beleidigung anzeigte, weil ED-Karrikaturist Hachfeld den CSU-Chef in Hakenkreuzform konterfeite.

Weitere Attribute für den ED: „rot-revolutionär" (NPD-„Deutsche Nachrichten"), „Völkischer Beobachter der Berliner APO" (so die rechte Studentenzeitschrift „da"), „antikommunistisch" und „revisionistisch" (RPK) „linksradikal" (Springers „Morgenpost"), „fortschrittlich" ("Neues Deutschland"), „antiautoritär" („Kölner Stadtanzeiger"), „das prokommunistische Kampfblatt Berlins" („Deutsche Tagespost", Würzburg), „Mitteilungsblatt der linken Radikalen"(neo-Nazi-Zeitschrift „Mut"), „ein David gegen den Goliath Springer" (ARD-Fernsehen), „eine Art Exklusivorgan für höheren Orts als unangenehm empfundene Mitteilungen" (Tagesspiegel), „ein ausgemachter Bürgerschreck" (Handelsblatt), „zersetzend und polemisch" (Pressemitteilung des Polizeivizepräsidenten).

erscheint zweimal wöchentlich

kommt mit der Post ins Haus kostet 5 Mark im Monat mit Porto

Probeexemplare kostenlos

AB 1. MÄRZ MIT 24 SEITEN PRO AUSGABE (BISHER 16)

berliner EXTRA dienst

1 Berlin 31
Pfalzburger Straße 20
Telefon: 86 29 14

Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Themenkreis Betrieb 3

Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb

Adolf Brock
Wolfgang Hindrichs
Reinhard Hoffmann
Oskar Negt
Willi Pöhler
Olaf Sund
Reinhard Welteke

Europäische Verlagsanstalt

Themenkreis Betrieb

Bände 1-4, zus. 564 Seiten, kartoniert DM 20,–
ISBN 3 434 10033 4
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Die vier Hefte zum Themenkreis Betrieb sind Bestandteil eines Versuches, diesen Themenkreis für die Arbeiterbildung neu zu erschließen. Den Anstoß dazu gab die Arbeit von Oskar Negt „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeiterbildung", Europäische Verlagsanstalt (1968). Ausgangspunkt sind Konflikte, in die Arbeiter und Angestellte geraten aufgrund von Anpassungsschwierigkeiten bei technologischen Neuerungen, veränderten Formen der Zusammenarbeit, Lohnauseinandersetzungen oder Auseinandersetzungen mit Vorgesetzten, Betriebsräten oder Arbeitskollegen. Im Sinne eines neu verstandenen exemplarischen Lernens sollen diese Konflikte in ihren soziologischen Zusammenhängen als Ausdruck der strukturellen Widersprüche unserer Gesellschaft interpretiert werden.

Themenkreis Betrieb

Industriearbeit und Herrschaft

Herausgegeben von Adolf Brock, Olaf Sund, Reinhard Welteke Wolfgang Hindrichs, Reinhard Hoffmann, Oskar Negt, Willi Pöhler,
123 Seiten, kartoniert DM 5,–
ISBN 3 434 10034 2
Themenkreis Betrieb 1
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Der Konflikt um Lohn und Leistung

131 Seiten, kartoniert DM 5,–
ISBN 3 434 10035 0
Themenkreis Betrieb 2
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb

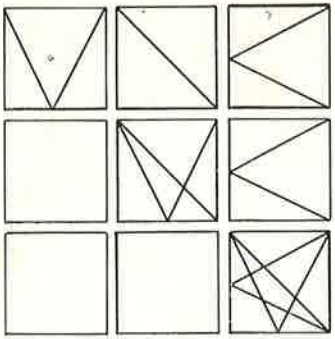
148 Seiten, kartoniert DM 5,–
ISBN 3 434 10036 9
Themenkreis Betrieb 3
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Die Würde des Menschen in der Arbeitswelt

162 Seiten, kartoniert DM 5,–
ISBN 3 434 10037 7
Themenkreis Betrieb 4
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Neu

Europäische Verlagsanstalt
6 Frankfurt 70
Metzlerstraße 25



Hans Jürgen Krahl
Konstitution und Klassenkampf
Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution
ca.350 Seiten, ca.DM 10,00

Verlag Neue Kritik KG
6000 Frankfurt am Main 1
Myliusstrasse 58
Telefon (0611) 72 75 76)

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution
Fotomechanischer Nachdruck der Erstausgabe von 1929, Format 28,5 x 21 cm
528 Seiten, flexibler Einband im Schuber
DM 50,00
Studienausgabe DM 20,00

Illustrierte Geschichte der russischen Revolution
Fotomechanischer Nachdruck der Erstausgabe von 1928, Format 28,5 x 21 cm
225 Illustrationen
592 Seiten, flexibler Einband im Schuber
ca. DM 50,00
Studienausgabe DM 25,00

Franz Jakubowski
Der ideologische Überbau in der materialistischen Geschichtsauffassung
Eingeleitet von Arnhelm Neusüss
120/XIII Seiten, DM 15,00
Studienausgabe DM 6,00

Archiv sozialistischer Literatur Band 9

Pariser Kommune 1871
Berichte und Dokumente von Zeitgenossen
Mit zahlreichen Abbildungen
461 Seiten, DM 25,00
Studienausgabe DM 12,00

Archiv sozialistischer Literatur Band 12

Nikolai Bucharin
Imperialismus und Weltwirtschaft
193 Seiten, DM 18,00
Studienausgabe DM 8,00

Archiv sozialistischer Literatur Band 13

Harry Magdoff
Das Zeitalter des Imperialismus
181 Seiten, DM 10,00

Probleme sozialistischer Politik Band 17

Enrica Collotti Pischel
Die chinesische Kulturrevolution
60 Seiten, DM 4,00

Probleme sozialistischer Politik Band 18

Fragen des Leninismus
Eine Diskussion über „Staat und Revolution“
ca.130 Seiten, ca. DM 8,00

Probleme sozialistischer Politik Band 19

Spontaneität und Aktion im „Wohlfahrtsstaat“
Die schwedischen Massenstreiks im Winter 1969/70
127 Seiten, DM 7,00

Probleme sozialistischer Politik Band 20

Hinweise

Es wird gebeten, die anhängende Anmeldekarte umgehend an den Veranstalter abzusenden.

Tagungsort: Bürgerhaus Nied, Frankfurt am Main. Beginn: Samstag, 17. April, 10.30 Uhr, voraussichtliches Ende der Tagung: Sonntag, 18. April, 15 Uhr.

Anmeldeschluß ist der 31. März 1971. Später eingehende Anmeldungen können nur unter Vorbehalt berücksichtigt werden.

Übernachtungsmöglichkeiten in Mehrbettzimmern (Jugendherberge o. ä.) sind nach rechtzeitiger Anmeldung möglich. Hotelreservierungen bitten wir, über den Verkehrsverein der Stadt Frankfurt (6 Ffm., Zimmernachweis Hauptbahnhof) vornehmen zu lassen.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Teilnehmerbetrag in Höhe von DM 10,– (für Lehrlinge, Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende, Rentner DM 5,–) erhoben.

Spenden zur Finanzierung der Tagung bitten wir unter dem Stichwort „Tagung" auf das Postscheckkonto Nr. 1963 46 PA Frankfurt zu überweisen.

Anmeldung

Ich wünsche an der wissenschaftlichen Tagung **„Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften"** teilzunehmen. Weitere Informationen über den Tagungsablauf bitte ich an die nachstehende Anschrift zu richten:

Name: .....

Postleitzahl: ..... Wohnort: .....

Straße: .....

Die Bezahlung des Teilnehmerbeitrages erfolgt zu Beginn der Konferenz.

Anreisetag: ..... Abreisetag: .....

Ich benötige eine / keine Unterkunft vom ..... bis .....
im Gemeinschaftsquartier (Vier-, Acht-Bett-Zimmer in Jugendherberge o. ä.).

(Nichtzutreffendes bitte streichen.) Wir bitten um möglichst genaue Angaben zur Erleichterung der Organisationsarbeit.

.....
(Unterschrift)

Ökonomische Theorie Politische Strategie und Gewerkschaften

Auseinandersetzung mit neoreformistischen und neosyndikalistischen Anschauungen

Einladung
zu einer wissenschaftlichen Tagung
veranstaltet vom
Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main
am 17. und 18. April 1971 in Frankfurt am Main

Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften

Themen der Referate

1. **Monopoltheorie und Kapitalismuskritik**
   Prof. Dr. Peter Heß (Berlin/DDR, Deutsches Wirtschaftsinstitut)

2. **Marxistische Klassentheorie und die Ideologie der „Neuen Arbeiterklasse"**
   Dr. Heinz Jung (Frankfurt/Main, IMSF)

3. **Neoreformistische Theorien und Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung**
   Prof. Dr. Josef Schleifstein (Köln, IMSF)

Entsprechend der Thematik der Hauptreferate werden drei Arbeitsgemeinschaften (AG) gebildet. Neben den jeweiligen Referaten werden Themen und Aspekte, die die Fragestellung des Hauptreferates erweitern und vertiefen und die gegebenenfalls in Kurzreferaten abgehandelt werden, zur Diskussion gestellt. So werden in den Arbeitsgemeinschaften u. a. behandelt:

AG 1 Monopoltheorie und Kapitalismuskritik

- Grundwiderspruch und zyklische Krise im staatsmonopolistischen Kapitalismus
- Monopole, Staat, Gesellschaft – Triebkräfte des Herrschafts- und Regulierungsmechanismus und die Grenzen der Regulierbarkeit
- Die fehlerhafte Auffassung des Monopols und des Imperialismus bei E. Mandel, P. Sweezy u. a.

AG 2 Marxistische Klassentheorie und die Ideologie der „Neuen Arbeiterklasse"

- Produktive und unproduktive Arbeit und der marxistische Klassenbegriff
- Technische Intelligenz und lohnabhängige Intelligenz – soziale Schicht oder Teil der Arbeiterklasse
- „Technische Kader" – Avantgarde, Elite oder Teil des Industrieproletariats

AG 3 Neoreformismus und die Strategie der Arbeiterbewegung

- Massenmobilisierung und Klassenorganisation im Spätkapitalismus
- Syndikalismus heute (bei Gorz, den Anhängern der „Basisdemokratie" usw.)
- Systemauseinandersetzung in Deutschland und Strategiediskussion
- Die Produktions- und Herrschaftsverhältnisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus, neoreformistische Demokratiemodelle und der demokratische Zentralismus
- Betriebliche Streiks und Gewerkschaften (Erfahrungen von 1969 und 1970)
- Funktion und Reichweite einer aktiven Lohnpolitik in der BRD
- Mitbestimmung – Integrationsmittel oder Instrument des Klassenkampfes

Thematische Anregungen werden nach Möglichkeit in der Konferenzplanung berücksichtigt, wenn sie dem IMSF bis zum 15. März 1971 mitgeteilt werden.

Über den genauen Tagungsablauf werden wir rechtzeitig informieren.

Abs.: .....

.....

.....

.....

.....

Ich werde voraussichtlich an der angekreuzten Arbeitsgemeinschaft (AG) teilnehmen:

☐ AG 1
☐ AG 2
☐ AG 3

Postkarte

Bitte mit 20 Pf freimachen

An das

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

6000 Frankfurt/Main 1

Liebigstraße 6